Donnerstag, 15. Mai 1986 - D ***

DIE WELT

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Nr. 111 - 20.W.- Preis 1,20 DM - 1 H 7109 A

Axel Springer Verlag AG, Postf. 10 08 64, 4300 Essen 1, Tel. 0 20 54 / 10 11
Wichtige Telefon-Nummern der WELT: Zentralredaktion Bonn (02 28) 304-1 / Anzeigenannahme Kettwig (0 20 54) 10 15 24 / Vertriebsabteilung Hamburg (040) 347-1 – Pflichtblatt an allen deutschen Wertpapierbörsen

Belgien 38,00 bfr. Frankreich 7,00 F. Griechenland 150 Dr. Großbritannien 65 p. Italien 1500 L. Jugoslawien 560,00 Din. Luxemburg 28,00 lfr. Niederlande 2,20 hfl. Norwegen 7,50 nkr. Österreich 14 öS. Portugal 150 Esc. Schweden 8,00 skr. Schweiz 2,00 sfr. Spanien 170 Pts. Kanarische Inseln 185 Pts. Türkei 750 TL.

POLITIK

Europa: Für verstärkte gemeinsame Terrorismusbekämpfung und für ein Entwicklungsabkommen der EG mit Lateinamerika hat sich der spanische König Juan Carlos (Foto) vor dem Europäischen Parlament ausgesprochen.



Anschläge: Die amerikanische und die japanische Botschaft in Jakarta waren gestern das Ziel mehrerer offensichtlich von Hand gebastelter Raketen, die jedoch kaum Schäden anrichteten.

Gesperrt: Das amerikanische Verteidigungsministerium hat einen 7,9 Millionen Dollar umfassenden Auftrag für die italienische Firma Fiat-Allis zur Lieferung von Traktoren gesperrt, weil Libyen an dieser Gesellschaft zu 15 Prozent beteiligt ist.

Zusage: Der sowjetische Bürgerrechtler Anatolij Schtscharanskij hat von US-Präsident Reagan die Zusage erhalten, daß sich die Regierung in Washington bei der Kreml-Führung verstärkt für die Ausreise von Juden aus der UdSSR einsetzen wird – in einer Mischung aus stiller Diplomatie und öffentlichem Druck. (S. 5)

Sudan: In Khartum gibt es erstmals seit 17 Jahren eine demokratisch gebildete Regierung. Ministerpräsident Sadek el Mahdi stellte ein 18 Minister umfassendes Kabinett vor; die vier für die Parteien aus dem schwarzafrikanischen Süden reservierten Ressorts wurden noch nicht besetzt.

Lummer: Der im Zusammenhang mit der Berliner Spendenaffäre zurückgetretene Innensenator Heinrich Lummer ist nachträglich einstimmig in den Landesvorstand der Berliner CDU gewählt worden. Seine Mitarbeit sei „für die Stadt und für die Union von großer Bedeutung".

Tarife: Unter Vorbehalt ist die Chemie-Tarifrunde eröffnet worden, die in diesem Jahr für die 660 000 Beschäftigten bundesweit geführt werden soll. Allerdings will der Gewerkschaftsbezirk Rheinland-Pfalz regionale Verhandlungen durchsetzen.

Heute in der WELT

Gefahr durch Hysterie

Die Hysterie um die „Strahlenschutztabletten" hat zu einer gefährlichen Verwirrung von Patienten mit Schilddrüsenhormon-Mangelerscheinungen („Kropf") geführt. Die Mediziner sehen ihre jahrelange Aufklärungsarbeit gefährdet. Seite 8

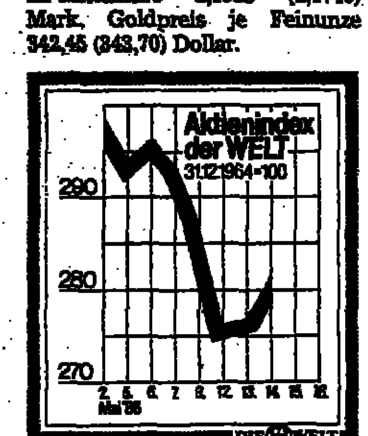
Waigel: Besonnenheit statt Wahltaktik

Lautstark fordern SPD und Grüne nach Tschernobyl den Ausstieg aus der Kernenergie. CSU-Landesgruppenchef Theo Waigel mahnt zur Besonnenheit: Wir sollten unsere Energiepolitik nicht wahltaktischen Maßstäben unterwerfen. Seite 4

WIRTSCHAFT

„Offensive": Die selbständigen Unternehmer erwarten von der Bundesregierung, daß in der nächsten Legislaturperiode „endlich Ernst gemacht wird" mit der „Offensive für mehr Markt", so vor allem mit dem Subventionsabbau um mindestens 20 bis 25 Milliarden Mark. Alle Steuerzahler sollten gleichermaßen entlastet werden nach dem Motto „Mehr Netto für alle". (S. 13)

Börse: Aktienmarkt und Rentenmarkt präsentierten sich gestern kräftig erholt. WELT-Aktienindex 281,63 (276,96). BHF-Rentenindex 106,886 (106,579). BHF-Performance-Index 104,211 (103,883). Dollar-Mittelkurs 2,1883 (2,1740) Mark. Goldpreis je Feinunze 342,45 (343,70) Dollar.



KULTUR

„Zarenbraut": Mit dem strahlenden Erfolg für Rimskij-Korssakows Oper, bei den Wiesbadener Maifestspielen von der Staatsoper Kiew dargeboten, war es so eine Sache. Die Aufführung zieht sich ziemlich träge dahin; die neuen Kulissen sind abermals aus dem alten Geist entstanden; hohle Gesten, krumme Posen. (S. 23)

Zwischenbilanz: Ein Höhepunkt der Filmfestspiele in Cannes war der Streifen des 37 Jahre alten irischen Schriftstellers und Regisseurs Neil Jordan. Der Film heißt „Mona Lisa" und spielt an auf Nat King Coles gleichnamigen Song aus den frühen 50er Jahren; ein Thriller aus der Londoner Unterwelt von heute. (S. 23)

SPORT

Fußball: Schon vor der Weltmeisterschaft in Mexiko steht fest, daß die Einnahmen alle Rekorde schlagen werden. Der internationale Verband rechnet mit einem Gewinn von umgerechnet 100 Millionen Mark, die Veranstalter mit 180 Millionen. Vor vier Jahren in Spanien waren 76,7 Mio. Mark übriggeblieben. (S. 11)

Amateurboxen: Bei den WM in Reno ist nur noch ein Boxer aus der Bundesrepublik im Wettbewerb, der Fliegengewichtler Wolfgang Kamm. Norbert Nieroba, Reiner Gies und Alexander Künzler unterlagen im Viertelfinale. Erfolgreichster Teilnehmer mit fünf sicheren Medaillen ist schon jetzt die Staffel aus Kuba. (S. 11)

AUS ALLER WELT



Architektur: Glas und mit Aluminium ummantelter Stahl bestimmen das Bild eines neuen Bankgebäudes in Hongkong (Foto). Das schönste Bankgebäude der Welt sollte entstehen. Das Resultat ist ein schmal wirkender Wolkenkratzer, dessen 52 Stockwerke sich 200 Meter hoch in den Himmel recken. (S. 24)

Scheintote: Ärztliche Kunstfehler, Fahrlässigkeit? Das Stuttgarter Innenministerium, mit der statistischen Erfassung „fehlerhafter Leichenschauen" betraut, registriert immer wieder Scheintote, die ins Krankenhaus und nicht auf den Friedhof gehören. (S. 24)

Kohl: Wir bieten unser Wissen für Atomsicherheit weltweit an

Union dringt auf Bundeskompetenz beim Zivilschutz / Vogel: Politik überdenken

DIETHART GOOS/DW. Bonn

Bundeskanzler Helmut Kohl hat die Haltung der Bundesregierung zur Nukleartechnologie nach dem Reaktorunfall in Tschernobyl auf die Formel gebracht: „Es geht jetzt nicht um den deutschen Ausstieg aus der Kernenergie, sondern um den Einstieg in eine internationale Anstrengung für mehr Sicherheit."

In seiner Regierungserklärung vor dem Bundestag sagte der Kanzler, Reaktorsicherheit lasse sich nicht durch Abschaltung der sichersten Anlagen, wie sie in der Bundesrepublik betrieben werden, erhöhen. „Schon aus einer weltweiten Verantwortung heraus müssen wir unsere langjährige Erfahrung einbringen, unser Wissen um eine sichere Nutzung der Kernenergie weiterentwikkeln und internationale Übereinstimmung über möglichst strenge Sicherheitsstandards anstreben."

In seiner knapp 40minütigen Rede äußerte der Kanzler tiefes Verständnis für Sorge, Unruhe und Angst unter den Menschen in der Bundesrepublik. „Niemand kann und darf diese Ängste einfach beiseite schieben." Er sei entschieden gegen jede Bagatellisierung und Beschwichtigung, er verwahre sich aber ebenso gegen das Schüren von Katastrophenstimmung. Die friedliche Nutzung der Kernenergie sei angesichts der extremen Sicherheitsanforderungen ethisch verantwortbar und diene als umweltfreundliche Energie der Gesundheit. Zugleich forderte der Kanzler neue energiesparende Techniken, Zukunftsforschung für alternative Energien und eine Fortentwicklung des weltweit beispielhaften Standards der deutschen Reaktorsicherheit.

Oppositionsführer Hans-Jochen Vogel dagegen nannte es ein Gebot der Vernunft, die Energiepolitik in der Bundesrepublik, insbesondere aber die Kernenergiepolitik „von Grund auf zu überdenken". An die Adresse Kohls gerichtet, verwies Vogel darauf, daß inzwischen auch führende CDU-Politiker wie der nordrhein-westfälische Landesvorsitzende Biedenkopf öffentlich den langfristigen Ausstieg aus der Kernenergie gefordert hätten. Dies lasse hoffen, daß der Dialog über ein Umdenken in dieser Frage auch quer zu den Parteilinien möglich sei.

Der CDU/CSU-Fraktionsvorsitzende Alfred Dregger setzte sich noch einmal für eine Zuständigkeit des Bundes bei Reaktorunfällen und im Hinblick auf notwendige Schutzmaßnahmen ein. Er kritisierte die „sich widersprechenden Äußerungen" der vergangenen Wochen. Einige Bundesländer hätten sich über Empfehlungen der Strahlenschutzkommission hinweggesetzt und damit die Unsicherheit zusätzlich erhöht. Das Atom- und Strahlenschutzrecht müsse im Hinblick auf das Schaffen einer „nationalen politischen Instanz" überprüft werden.

Außenminister Hans-Dietrich Genscher, der sich in der Bundestags-Debatte nicht zu Wort gemeldet hatte, erklärte gestern abend auf einer FDP-Versammlung in Wuppertal, „die eilfertigen und scheinbar abschließenden Antworten reichen noch weniger aus als vorher". Ähnliche Äußerungen Genschers waren bereits als deutliche Kritik an der Informationspolitik von Innenminister Zimmermann gewertet worden.

Dohnanyi gegen übereilten Ausstieg

Der Hamburger Senat holt Gutachten zur Sicherheit der Kernkraftwerke im Norden ein

H. SCHÜTTE/DW. Hamburg/Bonn

Als erste sozialdemokratische Landesregierung hat der Hamburger Senat seine energiepolitische Leitlinie festgelegt: Sie zielt darauf ab, längerfristig den Ausstieg aus der Kernenergie vorzubereiten. Bürgermeister Klaus von Dohnanyi wies vor der Bürgerschaft ausdrücklich darauf hin, daß „ein solcher Ausstieg sich wegen der grenzüberschreitenden Gefahren nicht auf die Bundesrepublik beschränken sollte".

Die Regierung des Stadtstaates will zunächst von der Reaktorsicherheitskommission bis spätestens Ende des Jahres eine Stellungnahme zur Sicherheit der Kernkraftwerke einholen, an denen Hamburg beteiligt ist. Auch die Materialprüfungsämter des Bundes und der norddeutschen Länder sollen noch in diesem Jahr Gutachten über die Sicherheit der Kernkraftwerke Stade, Brunsbüttel, Krümmel und Brokdorf abgeben. Auf der Grundlage dieser Gutachten – so heißt es in dem Senatsbeschluß – „wird der Senat feststellen, ob die Fortführung einzelner Kernkraftwerke, an denen Hamburg beteiligt ist, unter Berücksichtigung der Sicherheitsgesichtspunkte solange verantwortet werden kann, bis der schrittweise Ausstieg aus der Nuklearenergie möglich ist, oder ob eine vorzeitige Stillegung einzelner Kernkraftwerke erforderlich ist".

Bürgermeister von Dohnanyi bestätigte damit die zurückhaltende Haltung gegenüber den Forderungen nach Sofortausstieg, die er bereits letzte Woche beim Wirtschaftspolitischen Kongreß der SPD demonstriert hatte. „Was im Laufe einer Generation geschaffen worden ist, kann nicht mit einem Federstrich beseitigt werden", betonte Dohnanyi. Ein langfristiger Ausstieg dürfe weder arbeitsplatzvernichtend sein noch zum wirtschaftlichen Bankrott führen. Er gab der Überzeugung Ausdruck, daß ein „sorgfältig geplanter und technokratisch sauberer" Ausstieg zu einer wirtschaftlich und technologischen Erneuerung führe.

SEITE 4:
Atom-Debatte

Die saarländische SPD-Regierung lehnt die Kernenergie zur Stromerzeugung grundsätzlich ab. Ministerpräsident Oskar Lafontaine meinte im Landtag, die Kapazitäten der deutschen Kraftwerke reichten auch ohne Atomkraft aus, um den Strombedarf sicherzustellen. Die Landtagswahl in Niedersachsen bezeichnete Lafontaine als einen Volksentscheid für die Abschaltung der Kernreaktoren. Ministerpräsident Ernst Albrecht räumte in einem „Bild"-Interview ein, daß die Katastrophe von Tschernobyl die Chancen der Grünen in Niedersachsen „ganz erheblich" verbessert habe. Doch es könne wohl nicht wahr werden, „daß die unglaublichste Schlamperei in der Sowjetunion dazu führt, daß eine erfolgreich arbeitende Regierung in Niedersachsen abgelöst wird". Albrecht erklärte, in dem Maße, in dem andere Energieträger zur Verfügung stünden, könne der Anteil der Atomkraft reduziert werden.

Spezial-Truppe soll Fluggäste schützen

PanAm baut Anti-Terror-Einheit auf / Reaktion auf hohe Zahl der Umbuchungen

FRITZ WIRTH, Washington

Als erste amerikanische Fluggesellschaft wird PanAm eine eigene Anti-Terroristen-Truppe aufbauen. Das gab Edward Acker, der Vorsitzende des Unternehmens, dessen geschäftliches Schwergewicht auf der Atlantik-Route zwischen den USA und Europa liegt, gestern auf der Jahresversammlung der Gesellschaft in Miami bekannt. PanAm reagiert damit auf den Europa-Boykott zahlreicher amerikanischer Touristen, die aus Furcht vor Terroraktionen ihre geplanten Reisen umgebucht haben und lieber heimische Ferienziele ansteuern. Man spricht in den USA von der großen „Euro-Angst". Verstärkt wurde dieser Trend durch den fallenden Dollarkurs gegenüber europäischen Währungen, durch den Aufenthalte von Amerikanern in Europa um etwa 25 Prozent teurer geworden sind.

„Der internationale Terrorismus ist ohne Zweifel die ernsteste Krise, die die internationale Tourismus-Industrie bisher getroffen hat", erklärte Acker. Allein nach den Terroranschlägen auf den Flughäfen in Rom und Wien im Dezember 1985 buchten insgesamt 1,8 Millionen amerikanische Touristen ihre geplanten Reisen nach Europa um. Die Zahl ist nach der Libyen-Krise und dem letzten Anschlag auf eine Maschine der Gesellschaft TWA noch weiter angewachsen. Allein die TWA registrierte einen Rückgang an Buchungen um 25 Prozent.

Die Entscheidung der PanAm, eine eigene Anti-Terroristen-Truppe aufzubauen, bedeutet eine radikale Änderung der bisherigen Geschäftspolitik. Bisher war es üblich gewesen, die Schwierigkeiten im internationalen Luftverkehr eher herunterzuspielen. Edward Acker nannte diese Geschäftspolitik „nicht mehr länger akzeptabel", da sie nicht mehr die heutigen Realitäten berücksichtige.

Die Anti-Terror-Einheit der PanAm soll deshalb Teil des Werbeprogramms der PanAm werden und im Gegensatz zur israelischen Fluggesellschaft El Al, wo diese Einheiten bereits lange bestehen, ein sehr öffentliches Image erhalten. Die PanAm-Truppe soll den Namen „Alert" (Alarm) tragen. Acker kündigte an, daß man Mitglieder dieser Anti-Terroristen-Truppe gegebenenfalls auch anderen Fluggesellschaften zur Verfügung stellen werde.

Er machte keine Angaben über die Bewaffnung, Ausbildung und Stationierung dieser Truppe und verweigerte Auskunft darüber, ob bewaffnete Mitglieder dieser Einheit auch in den Flugzeugen selbst mitfliegen sollen. Es gibt viele Piloten, die den Einsatz von bewaffneten Schutztruppen in ihren Maschinen für gefährlich halten. Ein Pilot erklärte: „Es gibt in 10 000 Metern Höhe keine guten und keine bösen Kugeln, es gibt nur fatale Geschosse."

Die PanAm hat, da sie in diesem Jahr bereits Millionenverluste im Atlantikverkehr erlitten hat, kürzlich wegen mangelnder Nachfrage bereits fünf Prozent ihrer Flugkapazität vom europäischen auf den inner-amerikanischen Markt verlagert.

Ariane – für die Nasa Helfer in der Not

wth, Washington

Die amerikanische Weltraumbehörde Nasa erwägt den für sie bisher demütigendsten Schritt: Sie hat Pläne, sich an die europäische Konkurrenz zu wenden, um mit ihrer Hilfe Satelliten ins All zu befördern. „Wir müssen uns nach allen Möglichkeiten umschauen, so schnell es geht wieder Lasten ins All zu bekommen", sagte der Generalmanager der Nasa, Philip Culbertson, gestern in Washington. Er fügte hinzu: „Und zu diesen Optionen gehört auch die Ariane-Rakete."

Die Überlegungen kennzeichnen die aktuellen Probleme, in die die Nasa nach einer Serie von vier Raumfahrt-Fehlschlägen in den vergangenen Monaten geraten ist. Seither liegt das amerikanische Arsenal an Raumfahrt-Vehikeln praktisch still. So wurden die Raumfähren nach der „Challenger"-Katastrophe aus dem Verkehr gezogen, bis die endgültige Unfallursache gefunden und behoben worden ist. Der neue Nasa-Chef James Fletcher kündigte gestern an, daß diese Raumfähren wahrscheinlich im Sommer kommenden Jahres wieder einsatzbereit sind. Es gibt jedoch maßgebliche Leute bei der Nasa und im amerikanischen Kongreß, die das bezweifeln. Dagegen hofft man, daß die „Delta"- und „Titan"-Raketen, die kürzlich vom Himmel fielen, spätestens bis Ende dieses Jahres wieder für unbemannte Satelliten zur Verfügung stehen.

Selbst wenn die Nasa im Laufe des kommenden Jahres wieder ihre volle Raketen-Kapazität zur Verfügung haben sollte, würde dann zunächst die Beförderung von Militärsatelliten ins All absolute Priorität besitzen. Aus diesem Grunde haben sich einige Nasa-Kunden, die kommerzielle Satelliten ins All schicken möchten, bereits an die Europäer und Chinesen gewandt.

Die Absicht der Nasa, sich direkt an die europäische Konkurrenz zu wenden, wird im amerikanischen Kongreß auf beträchtlichen Widerstand stoßen. Die Kongreßmitglieder Bill Nelson und Senator Jake Garn, die beide bereits als Gäste der Nasa Flüge ins All unternommen haben, zeigten sich gegenüber diesen Plänen äußerst skeptisch und kündigten politische Schwierigkeiten an. Die Nasa muß diese Drohungen ernst nehmen, weil sie vom Kongreß eine erhebliche Erhöhung ihres Budgets erwartet.

Douglas Heydon, der Generalmanager des Ariane-Programms in den USA, erklärte zu den Schwierigkeiten der Nasa: „Es stellt sich jetzt heraus, daß es eine Fehlentscheidung war, sich fast völlig auf die Weltraumfähren zu verlassen und das übrige Raketenprogramm zu vernachlässigen." Ziel von „Arianespace" sei es, mindestens den halben Markt an unbemannten Raumtransportern zu erobern. Gestern erfolgte der nächste Schritt dorthin: Die japanische Firma JCSat ist bei den Amerikanern aus- und bei den Europäern eingestiegen, um 1988 einen Fernmeldesatelliten ins All befördern zu lassen.

DER KOMMENTAR

Ein klares Wort

BERNT CONRAD

Die Wurzeln der Angst heißen Desinformation und Mißtrauen. Wer dagegen überzeugend und sachlich-kühl informiert und Vertrauen in seine Kompetenz vermittelt, kappt diese Wurzeln. So wäre das klare Wort zu dem Reaktorunglück nicht erst gestern, sondern schon längst fällig gewesen. Kohl sprach es gestern im Bundestag. Er erfüllte damit einen Bürgeranspruch, dem erste Stellungnahmen aus dem Regierungs- und Koalitionslager nicht gerecht geworden waren.

„Wenn sich der Mensch von Unwägbarem bedroht fühlt, wird er im innersten Kern seiner Existenz getroffen", sagte der Kanzler. Diese Existenz ist derzeit „kerngespalten"; aber die mediale Halbwertzeit klingt merklich ab. Dieses Verständnis für einen irrationalen, aber dafür um so tiefer gehenden Schock legitimiert das in einer solchen Situation durchaus nicht leichte Plädoyer für die weitere Nutzung der Kernenergie.

„Die Sicherheit hat Vorrang", lautet das Credo des Kanzlers. Es war zwar auch schon in den vergangenen dreißig Jahren die Basis der friedlichen Nutzung der Kernenergie unter allen Bundesregierungen, aber durch seine heutige Bekräftigung erhält es neues Gewicht. Künftig wird man darüber noch strikter wachen. Gerade deshalb ist die Forderung von Grünen und SPD nach einem Ausstieg aus der Atomkraft hektisch, sinnlos und schädlich. Sichere Folge wäre nicht mehr Sicherheit, sondern mit Sicherheit die Vernichtung von Arbeitsplätzen.

Die Gefahren, die von Kernreaktoren in der Sowjetunion und anderen Nachbarländern ausgehen – sie sind schließlich die Ursache der (begründeten) gegenwärtigen Ängste –, würden durch die Abschaltung der deutschen Atomkraftwerke um kein Jota verringert. Diese Feststellung Kohls ist unwiderlegbar.

Daraus resultieren die schon auf dem Weltwirtschaftsgipfel in Tokio deutlich gewordenen Bemühungen des Kanzlers, das Problem zu internationalisieren. Alle Staaten in West und Ost, die die Kernkraft nutzen, müssen in die Verantwortung für die Sicherheit der Menschen eingebunden werden. Dieser Weg führt aus der Krise der Gefühle heraus.

Entwarnung nun auch in Hessen

DW. Wiesbaden

Fast drei Wochen nach dem Reaktorunfall in der Sowjetunion hat gestern auch die hessische Landesregierung weitgehend Entwarnung gegeben. Der Sozialminister Clauss (SPD) teilte mit, von Freitag an dürfe Salat wieder vermarktet werden. Sport- und Freizeitaktivitäten im Freien stände nichts mehr im Wege. Die Belastung der Milch könne nochmals ansteigen, wenn das Vieh wieder auf die Weiden getrieben werde. Der Minister kritisierte erneut die Bundesregierung, die „kläglich versagt" habe.

Neue Heimat vor Prüfungsausschuß

DW. Bonn

Der Fall des gewerkschaftseigenen Wohnungskonzerns Neue Heimat (NH) soll jetzt auch im Rechnungsprüfungsausschuß des Bundestages behandelt werden. Das beschloß gestern der Haushaltsausschuß. Zur heutigen Bundestagsdebatte über die umstrittene Geschäftspolitik des Konzerns legten die Koalitionsfraktionen und die SPD Entschließungsanträge vor, in denen sie den DGB als Eigentümer der Neuen Heimat auffordern, mit seinem Vermögen bei der Sanierung einzustehen.

Artukovic zum Tode verurteilt

DW. Zagreb

Ein Gericht in Zagreb hat den früheren Innenminister des mit Deutschland im Zweiten Weltkrieg verbündeten Kroatien, Artukovic, zum Tode verurteilt. Dem 86jährigen war die Beteiligung an Völkermord und Massakern an Zivilisten vorgeworfen worden. Der im Februar von den USA nach Jugoslawien ausgelieferte Artukovic hatte im Prozess alle Beschuldigungen zurückgewiesen. Er kann gegen das Urteil Berufung einlegen.

Lebensmittelhandel will Ausgleich

DW. Köln

Nach den Bauern verlangen jetzt auch die Lebensmittelhändler von Bonn Ersatz für Schäden, die ihnen aufgrund der Reaktorkatastrophe von Tschernobyl entstanden seien. Der Spitzenverband des Handels und die Verbände des Lebensmitteleinzelhandels appellieren an die Bundesregierung, „sich ebenso um einen schnellen und unbürokratischen Schadensausgleich zu bemühen, wie er für die Landwirtschaft zugesagt" worden sei.

Ballett sagt Israel-Reise ab

DW. London

Das königliche Londoner Ballett Sadler's Wells hat beschlossen, eine für nächsten Monat vorgesehene Israel-Reise abzusagen. Die 80 Tänzer fürchten sich vor Terroranschlägen. Premierministerin Thatcher vertrat die Auffassung, daß die Israel-Absage des königlichen Balletts ein indirekter Triumph für den arabischen Terrorismus sei. Frau Thatcher sagte, sie werde ihren Besuch in Israel auf jeden Fall antreten, und zwar schon am 24. Mai (bis 27. Mai) dieses Jahres.

Paris privatisiert Fernsehprogramm

DW. Paris

Die französische Regierung hat sich für die sofortige Privatisierung des ersten Fernsehprogrammes (TF-1) entschieden. Dies gab Kulturminister François Léotard gestern vor der Nationalversammlung bekannt. Das liberal-konservative Bündnis hatte vor seinem Wahlsieg am 16. März die Privatisierung von zwei der drei staatlichen Fernsehanstalten angekündigt. Die bürgerlichen Parteien hatten jedoch nicht präzisiert, um welche Kanäle es sich handeln solle.

Kanzler Sinowatz kommt in der SPÖ in Bedrängnis

Gratz als Nachfolger? / ÖVP sieht sich als stärkste Kraft im Lande

CARL GUSTAF STRÖHM, Wien

Wird Österreichs Bundeskanzler Fred Sinowatz nach einem Sieg des bürgerlichen Kandidaten Kurt Waldheim bei der Stichwahl des Präsidenten am 8. Juni von seinem Amt als SPÖ-Vorsitzender zurücktreten? Und wird er möglicherweise sogar die Kanzlerschaft an den jetzigen Außenminister Leopold Gratz übergeben? Die Wiener Tageszeitung „Die Presse" gibt in ihrer gestrigen Ausgabe solchen in sozialistischen Parteikreisen verbreiteten Gerüchten großen Raum. Danach drohen dem Kanzler nach Scheitern der Anti-Waldheim-Kampagne und nach einem Erfolg Waldheims schwere innerparteiliche Auseinandersetzungen. Die SPÖ-Führung, die – für manche ihrer Kritiker völlig unverständlich – die Präsidentschaftswahl mit einem Vertrauens- oder Mißtrauensvotum für oder gegen die SPÖ gekoppelt hatte, versucht jetzt, durch eine Mobilisierung der letzten Reserven ihr bevorstehendes Schicksal zu wenden. Allerdings werden auch bei SPÖ-Funktionären die Zweifel immer größer, ob der Vorsprung, den der bürgerliche Kandidat Waldheim gegenüber seinen sozialistischen Gegenspieler Steyrer errungen hat, realistischerweise überhaupt noch aufzuholen ist.

Nach Meinungsumfragen, die von der ÖVP allerdings geheimgehalten werden (um eine Demobolisierung der eigenen Wähler zu verhindern) soll jetzt Waldheim bei 52 Prozent gegenüber Steyrer mit 44 Prozent stehen. Dies würde bedeuten, daß Waldheims Stimmenanteil sich seit dem 4. Mai um fast drei Prozentpunkte verbessert hat, während Steyrer bei seinem damaligen Stand stagniert. Eines scheint nach den Meinungsumfragen sicher: Nicht nur Steyrer liegt hinter Waldheim zurück. Auch die SPÖ hat ihre jahrelang behauptete Stellung als stärkste politische Kraft Österreichs offenbar verloren. Nach jüngsten Umfragen liegt die SPÖ bei 43 gegenüber 47 Prozent für die ÖVP. Da die FPÖ zur Zeit weit unter fünf Prozent rangiert und ihr Abwärtstrend anhält, hätte die Regierung Sinowatz im Falle von Neuwahlen keine parlamentarische Mehrheit mehr.

DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Am Späthschen Wesen . . .

Von Günter Zehm

Müssen sich unsere Landesfürsten bei „DDR"-Reisen denn immer so weit aus dem Fenster hängen, wie das jetzt wieder Baden-Württembergs Ministerpräsident Späth getan hat? Seine Äußerungen in Weimar, die CDU habe einen Nachholbedarf bei Kontakten, besonders mit der Ost-CDU, und die beiden deutschen Staaten sollten eine Dolmetscher-Funktion zwischen den Großmächten wahrnehmen, klangen so leer rhetorisch, als habe ihr Urheber geradezu darauf spekuliert, nicht beim Wort genommen zu werden. Man sollte ihn aber gerade deshalb beim Wort nehmen.

Die Ost-CDU ist im Verständnis der SED nichts weiter als ein „Treibriemen", also nicht einmal ein Pförtner, der seinem westlichen Gesprächspartner einiges oben Aufgeschnappte zuflüstern könnte. Mit einem Treibriemen Kontakt aufnehmen zu wollen bedeutet, sich freiwillig zum Antriebsrädchen für irgendwelche Parolen zu machen. Für so etwas sollte sich ein hiesiger CDU-Politiker zu schade sein.

Wirkte das Wort zur Ost-CDU allzu kleinmütig, so das Wort von der Dolmetscher-Funktion allzu großartig. Es suggerierte, daß ausgerechnet die Deutschen, und zwar exklusiv, den Schlüssel für ein besseres Ost-West-Verhältnis in der Tasche hätten, daß sie den anderen Nachhilfeunterricht in politischer Sprache geben könnten. Die Schwierigkeiten im Ost-West-Verhältnis sind aber gar nicht semantischer Natur. Beide Seiten, speziell die sowjetische, verstehen recht gut, worum es geht, nämlich um angemaßte Macht in Mitteleuropa und um die Verweigerung von Menschenrechten und nationaler Selbstbestimmung.

Die gemeinsame Aufgabe der Deutschen im geteilten Land besteht nicht darin, andere zu belehren. Sie besteht darin, bei sich selbst das Bewußtsein der Zusammengehörigkeit wach zu halten, die innerdeutschen Grenzen durchlässig und schließlich frei passierbar zu machen, den Umgang der jeweiligen Obrigkeiten mit ihren Bürgern zu humanisieren, die Russen davon zu überzeugen, daß auch ihnen ein einiges und freies Deutschland letztlich nur nützen würde. Wer diese Aufgabe ernst nimmt, darf sich weder zum Rädchen noch zum Oberlehrer machen.

Verunglückte Retourkutsche

Von Carl Gustaf Ströhm

Die Milch – oder Trockenmilch – der frommen Denkungsart beschäftigt seit neuestem Jaruzelskis Regierungssprecher Jerzy Urban. Nachdem es ihm angesichts der radioaktiven Wolke aus dem brüderlichen und nahen Tschernobyl anfangs die Sprache verschlagen hatte – Beobachter fanden ihn bei seinen „atomverseuchten" Warschauer Pressekonferenzen nervös und mit Schweißtropfen auf der Stirn –, hat er nun seine alte Kondition halbwegs wieder erreicht. Als Antwort und gewissermaßen als Dank für eine Hilfssendung von 50 000 Tonnen Milchpulver, die der amerikanische Senat den von der radioaktiven Tschernobyl-Wolke besonders heimgesuchten Polen zur Verfügung stellte, gab er die Lieferung von 50 000 polnischen Schlafsäcken und Wolldecken als Spende der polnischen Regierung für New Yorker Obdachlose bekannt.

Urban sprach nämlich der Trockenmilch-Spende den Charakter eines „aufrichtigen Geschenks" ab. Das Milchpulver, so der Verwirrungskünstler, sei von „Feindseligkeit verseucht". Den Mut, die ganze Spende einfach abzulehnen, fand der polnische Regierungssprecher allerdings nicht – denn das hätte in Polen, vor allem aber in den Gebieten mit 500- bis 1000facher radioaktiver Strahlung aus Tschernobyl, möglicherweise zu Protesten geführt. Statt dessen gab es den Einfall mit den Schlafsäcken.

Nur einen Unterschied ließ der polnische Regierungssprecher außer acht: Die New Yorker Obdachlosen mögen frieren – aber sie sind nicht radioaktiv verstrahlt worden.

Bei den polnischen Müttern, die ihren Kleinkindern Milch geben müssen – und die Angst haben, sie könnte radioaktiv verseucht sein –, geht es um jenen Wert, vor dem alle ideologischen Haarspaltereien und alle rhetorischen Kunststücke eines Regierungssprechers verblassen: um das menschliche Leben, um die Gesundheit der Kinder. Deshalb hätte Jerzy Urban diesmal lieber schweigen sollen.

Kein Drang mehr

Von Peter Philipps

So recht zugeben und verkünden will es niemand der Beteiligten, aber es bestehen keine Zweifel mehr: Sowohl die restlichen Sicherheitsgesetze als auch die Novelle zum Betriebsverfassungs-Gesetz haben in der Koalitionsrunde am Montag eine Beerdigung dritter Klasse erfahren. Es ging nach dem bekannten Motto: Gibst du (FDP) mir nicht meine Sicherheitsgesetze, gebe ich (CDU/CSU) dir nicht deine Sprecherausschüsse.

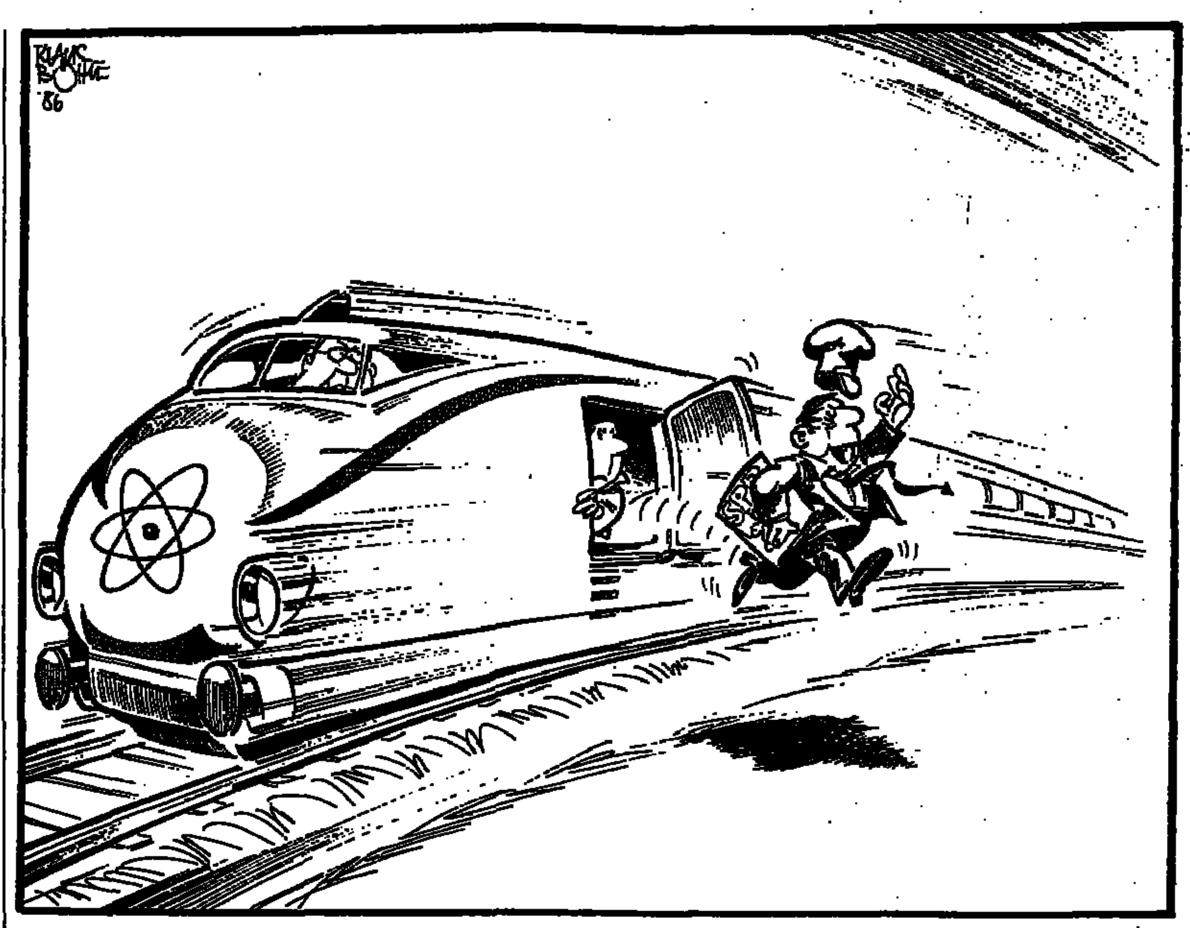
Die offizielle Lesart lautet, daß es „eine Tendenz gibt, nicht mehr auf eine Verabschiedung dieser Gesetze in dieser Legislaturperiode zu drängen". Man werde die Unterlagen so weiterberaten, wie sie jetzt in den Ausschüssen vorliegen – aber gemach. Die Koalition demonstriert damit zweierlei:

So ganz ernst, wie es nach außen immer dargestellt wurde, kann sie es mit den Gesetzentwürfen nicht gemeint haben, so furchtbar dringlich scheinen sie auch nicht zu sein. Denn wenn tatsächlich großer Handlungsbedarf bestünde, hätte man sich zu diesem letzten gesetzgeberischen Kraftakt aufgerafft.

Zweitens erweist sich, daß der Schlußstrich unter die Bilanz dieser Regierung praktisch schon gezogen ist. Aller Augen sind auf die bevorstehenden Wahlkämpfe gerichtet, vor allem auf den bis zum Januar 1987. Jeder Partner will sich auf seine Weise bei seiner, notfalls auch nur vermeintlichen Klientel profilieren.

Doch es bleibt ein merkwürdiger Eindruck zurück: Da bringen zwei Fraktionen gemeinsam Gesetzesentwürfe ein, es distanziert sich aber jeweils beim Einbringen schon wieder ein Partner davon – und am Ende bleibt nur bedrucktes Papier.

Gewiß, warum sollte sich die Union mit der von der FDP geforderten gesetzlichen Verankerung von Sprecherausschüssen im Betriebsverfassungs-Gesetz (die nicht einmal von den Arbeitgebern gewollt werden) nach dem Krach um den Paragraphen 116 ein weiteres Mal vor der Wahl mit den Gewerkschaften und dem eigenen Arbeitnehmerflügel anlegen? Und warum sollte eine rechtspolitisch mühsam nach Profil suchende FDP die Möglichkeit verpassen, sich bei den Sicherheitsgesetzen hervorzutun, die ohnehin nicht in der Koalitionsvereinbarung vorgesehen waren? Nur: Dies alles hätte eine funktionierende Koalition vorher bedacht, ehe das Getriebe in Schwung gesetzt wurde, das jetzt versandet.



„Ich steige aus!" KLAUS BÖHLE

Der Loewen-Anteil der ARD

Von Joachim Neander

Nun werden also auch Rundfunkintendanten samt weiterlaufendem Gehalt aus der Stadt gejagt wie Fußballtrainer. Bei manchem mag die schaurige Lothar-Loewe-Ballade Gefühle des Zorns wecken. Da hat einer also als wakkerer Journalistengeselle versucht, in einem öffentlich-rechtlichen Sender von ganz oben her etwas zu verändern. Gut, er hat manchmal kräftig danebengehauen. Aber andere, die jahrelang nichts tun, nichts riskieren und nichts bewegen, feiern doch fröhliche Wiederwahl.

Doch der Zorn zielt ins Leere. Einen Mann wie Loewe dorthin zu plazieren, war ein vermeidbarer Irrtum. Und das liegt nicht an Loewe, sondern am System.

Das hat zunächst etwas mit der Branche zu tun. Rundfunk-, vor allem aber Fernsehanstalten zählen ihrer inneren Struktur nach zu jenen höchst komplexen Gebilden, die der amerikanische Unternehmens-Soziologe Henry Mintzberg im Unterschied zu den Bürokratien „Adhocratien" nennt. Ein relativ kleines Heer sensibler, selbstbewußter Spezialisten fällt lauter Ad-hoc-Entscheidungen, die nur schwer zu überschauen und noch schwerer zu kontrollieren sind. Das System funktioniert nur durch gegenseitige Abstimmung. Unternehmensführung besteht hier nur noch in „weicher" Koordination, Personalpolitik und Beseitigung von Störungen.

Dies allein wäre aber kein Problem. Doch um dieses technisch und organisatorisch anfällige System herum hat die Weisheit deutscher Medienpolitiker die öffentlich-rechtliche Verfassung wie eine Beton-Ummantelung aus Kontrolle, Mitbestimmung, Bürokratie und gegenseitiger Bewachung gelegt. Der Intendant hat es hier nicht nur mit Spezialisten zu tun, sondern außerdem mit einer Hydra aus Aufsichtsorganen, Personalräten, parteigebundenen Freundeskreisen, Gewerkschaften, offenen und geheimen Seilschaften, Rechnungshöfen, Kirchen und Frauengruppen – die meisten dieser Leute unkündbar im Gegensatz zum Intendanten selber.

Intendant heißt, wörtlich übersetzt, Aufseher, Verwalter. Das meint eigentlich auch: im Dienste eines Höheren, der einstige Hoftheater-Intendant bei seinem Fürsten, der Staatstheater-Intendant beim Staat. Der Rundfunk-Intendant ist Höfling im Dienste Ihrer Majestät der Gesellschaft, die bekanntlich nicht als Person, sondern in gesellschaftlichen Gruppen auftritt.

Was ein Intendant darf und was er nicht darf, ist bei allen Anstalten genau festgelegt. Gleichlautend heißt es, daß der Intendant „leitet", „vertritt" und „verantwortlich ist". Bei einigen Sendern wie beim WDR wird hervorhebend ergänzt: „leitet selbständig". Beim Hessischen Rundfunk versteigt sich der Satzungstext in grimmig vorauseilender Satire sogar zu dem Satz: „... gestaltet das Programm".

Die Wirklichkeit wird daran erkennbar, daß zum Beispiel der Intendant von Radio Bremen nur noch eine einzige Personalentscheidung von Wichtigkeit treffen kann, ohne zuvor seine Direktorenkollegen, die Aufsichtsgremien, den Personalrat oder alle drei um Erlaubnis zu fragen: Er kann zurücktreten.

Und was so ein Intendant bei mehreren Fernseh- und Hörfunkprogrammen alles an täglichen Sendungen verantwortet, ahnt er zu seinem Glück nicht einmal. Einen Zipfel bekommt er zu sehen, wenn er persönlich (je näher der Wiederwahltermin rückt, desto mehr werden es) Protestbriefe beantworten muß. Vertrauen muß hier Kontrolle ersetzen. Aber Vertrauen kann man nicht erzwingen, schon gar nicht im Proporz.

Natürlich wird der Intendant dafür, daß er – statt Programm zu gestalten – Reiseanträge gegenzeichnen, Streit im Hause beilegen, über Arbeitszeitregelungen verhandeln und sich von Sitzung zu Sitzung mit wechselnden Redakteursmehrheiten und Intrigen herumschlagen muß, gut entschädigt, nicht nur per Gehaltsstreifen, auch durch gesellschaftliches Ansehen und öffentlich-rechtliche Würde. Freilich konnte nur in einer deutschen Rundfunkanstalt der Gedanke entstehen, für ihren jeweils amtierenden Intendanten auf einem Hügel mitten im Baden-Badener Anstaltsgelände eine Dienstvilla zu errichten, in der er auf Gedeih und Verderb bis zum Ende seiner Amtszeit residieren muß, obwohl er solchermaßen auch Frau und Kinder gegen ihren Willen einer Art betrieblicher Sozialkontrolle unterwirft.



Das war es dann: Lothar Loewe geht FOTO: KLAUS MEHNER

Nun wäre es aber gelogen, würde man behaupten, es gebe in diesem auf der Welt einzigartigen System, in dem die großartigsten journalistischen und künstlerischen Vorhaben gelegentlich an einer Manteltarif-Bestimmung für die Beleuchtungskabelhalter zugrunde gehen, keine erfolgreichen, mächtigen oder guten Intendanten. Der lästerliche Spruch, der gute Intendant unterscheide sich vom schlechten nur dadurch, daß der eine immer zur richtigen, der andere immer zur falschen Zeit auf Reisen und unerreichbar sei, ist eine Halbwahrheit. Aber die erfolgreichen Chefs, die sich aus den Grauslichkeiten des Systems selber Macht und Leitungskompetenz basteln, sind in der Regel keine Journalisten, oder sie haben ihre eigenen schöpferischen Programmideen rechtzeitig in die hinterste Schublade verbannt. Hier ist anderes gefragt.

Es gibt Unterschiede. Der eine erinnert eher an einen Artisten, der mehrere sich drehende Teller gleichzeitig balanciert. Der andere meistert die Probleme vielleicht dadurch, daß er seinen Mitarbeitern das dauerhafte Gefühl vermittelt, mit jedem anderen wären sie noch schlechter dran. Wirkliche Intendantenmacht und Souveränität sind sehr selten.

Daß die Konstrukteure und Verteidiger eines allgegenwärtigen öffentlich-rechtlichen Rundfunks aus dem Fall Loewe Lehren ziehen, ist allerdings kaum zu erhoffen. Sie werden vielmehr versuchen, am Ende auch das Privatfernsehen nach ihrer Façon zu ummanteln – sie nennen diesen Beton öffentlich-rechtliches Dach. Lothar Loewe wird nicht das letzte Opfer sein.

IM GESPRÄCH Tobias Dick

Nun der Griff nach Sternen?

Von Dieter Thierbach

Vor knapp vier Jahren, gerade 13jährig, wurde er in der englischen Zeitschrift „Nature" fündig: „Ich hab' einfach feststellen müssen, daß auf diesem Gebiet sehr wenig bekannt ist." Der 17jährige Tobias Dick aus Heiligenhaus, 20 Kilometer vor den Toren Düsseldorfs, heimste sich bei „Jugend forscht" den Bundessieg in Biologie ein: In einer Computer-Simulation entwickelte er den Aufbau eines wenig bekannten Enzyms. Für seine rein theoretische Arbeit wurde er mit dem Sonderpreis des Bundespräsidenten bedacht.

Der Zwölftkläßler eines Düsseldorfer Gymnasiums nutzte seinen Standortvorteil: Nur einen Katzensprung von der elterlichen Wohnung entfernt liegt die Düsseldorfer Universität mit ihrer Fachliteratur. Recherchen auf diesem Gebiet – für Wissenschaftler oft eine gehaßte, dennoch berufsnotwendige Tätigkeit – wurden für Tobias schnell zu etwas völlig Normalem. Da sein holpriges Englisch damals noch nicht reichte, mußte er sich die Texte Stück für Stück erkämpfen: „Anfangs habe ich mich ziemlich durch die Artikel gequält. Als ich dann nach und nach das Fachvokabular beherrschte, lief's flüssiger."

Im Laufe von zwei Jahren, er selbst nennt es Vorbereitungsphase, hatte er alles gelesen, was über sein Gebiet „gelaufen" ist. Die letzten eineinhalb Jahre „ging es dann so richtig los". Scheu, sich bei Fachleuten zu erkundigen, hatte er nicht. „Ich bin erst mal in die Unis gegangen, die haben mich dann weitervermittelt. So bin ich stets mit den neuesten Informationen versorgt worden."

Seine „Lieblinge" sind eine bestimmte Klasse von Enzymen, die mit dafür sorgen, daß die genetischen Informationen in entsprechende Gen-Produkte umgesetzt werden. Sein Hauptaugenmerk aus dieser umfangreichen Enzym-Gruppe galt besonders einer Spezies mit dem zungenbrecherischen Namen Tyrosyl-Transfer-Ribonucleinsäure-Synthetase.



Ein Sieger bei „Jugend forscht": Tobias Dick FOTO: DIE WELT

Die schriftliche Arbeit, die er als Conclusio seiner dreijährigen Denk-Phase einreichte, durfte nur 15 Seiten Umfang aufweisen. Die Beschränkung ist ihm schwergefallen, doch „beim Wettbewerb konnte ich mündlich auch die anderen Ergebnisse vorstellen". Erster Erfolg und Beweis für die von ihm entwickelten Modellvorstellungen: Aufgrund seiner Voraussagen konnte ein Teil von einer Londoner Wissenschaftler-Gruppe praktisch nachvollzogen werden.

In 14 Tagen läuft in Oslo ein „Jugend-forscht"-Wettbewerb auf Europa-Ebene, für den er nominiert wurde. Und dann? „Danach ist Schluß. Man könnte zwar jetzt meinen, daß ich wüßte, was ich mal beruflich mache", gibt er lachend zu verstehen. Doch er ist gar nicht sicher, ob er „mal was mit Wissenschaft machen möchte". Seine Bedenken: „Auf die Dauer nicht ganz uneingeschränkt dafür eingenommen zu sein." Er möchte zwar studieren, die Fachrichtung steht jedoch noch in den Sternen. Vielleicht liegt gerade hier seine Zukunft, denn neben der Leichtathletik begeistert er sich für astronomische Beobachtungen.

DIE MEINUNG DER ANDEREN

Allgemeine Zeitung

Die Mainzer Zeitung kommentiert zum Medien-Staatsvertrag:

Der Entscheid des SPD-regierten Stadtstaates Hamburg, doch dem am 20. März unterzeichneten Staatsvertrag der nördlichen CDU-geführten Länder über die Nutzung direkt strahlender Fernsehsatelliten beizutreten, zeigt, daß Bürgermeister v. Dohnanyi die für Hamburg bedeutsamen Sachinteressen realistisch über die in seiner Partei vorhandenen ideologischen Vorbehalte setzt ... Bleibt zu hoffen, daß Hamburgs Beispiel Schule macht und bald auch Nordrhein-Westfalen seine Abseitsstellung aufgibt. Die gegenwärtige Situation, die von der Nordschienen-Lösung und dem in dieser Woche unterzeichneten Südvertrag der Unionsländer Bayern, Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz gekennzeichnet ist, während Hessen, Bremen und das Saarland die Unversehrtheit des öffentlich-rechtlichen Monopols beschwören, kann politisch nur für eine Übergangszeit akzeptiert werden.

SÜDKURIER

Die Konstanzer Zeitung meint zur Diesel-Besteuerung:

Wenn eine Regierung in der Bevölkerung Verwirrung zuläßt, nicht bekämpft oder erst erzeugt, wird sie mit Bewertungen von nicht besser als „schwach" bestraft. Diesen Grundsatz muß sich das Bonner Kabinett einmal mehr beim „Gesetz über steuerliche Maßnahmen zur Förderung des schadstoffarmen Pkw" vorhalten lassen. Aus dem im Prinzip lobenswerten Gedanken, die Umweltbelastung durch den Autoverkehr mit Hilfe steuerlicher Anreize zu verringern, hat die Ministerialbürokratie einen kaum noch durchschaubaren Komplex von Verordnungen gemacht. Jetzt ist wieder eine dazugekommen.

NRZ NEUE RUHR ZEITUNG

Die Essener Zeitung findet ein Haar im Bier:

In Luxemburg wurde es bierernst: Vor dem Europäischen Gerichtshof streitet die Bundesrepublik Deutschland mit der EG-Kommission um die Zukunft des hierzulande geltenden Bier-Reinheitsgebots. So zumindest will es uns die deutsche Brauerei-Lobby weismachen. Sie ängstigt nämlich die Biertrinker zwischen Flensburg und Konstanz, die mit einem Jahresdurst von 146 Litern Vizeweltmeister hinter den Belgiern sind, ihr Lieblingsgetränk werde künftig auch nicht mehr das alte sein. Statt nur aus Wasser, Hefe, Hopfen und Malz, wie es im Jahre 1516 der Bayern-Herzog Wilhelm IV. befahl, werde der Gerstensaft künftig aus Hirse, Mais, Melasse und zahlreichen chemischen Scheußlichkeiten bestehen. Dies freilich ist nichts als Propaganda-Schaum der Brauerei-Branche. Denn das Reinheitsgebot nutzt sie vor allem als Mittel, um den heimischen Biermarkt von unliebsamen ausländischen Konkurrenzen reinzuhalten.

LES ECHOS

Die Pariser Zeitung steht dem Investitionsappell an die Unternehmer skeptisch gegenüber:

Ist es die Regierung, die im Dienste des Landes steht, oder sind es die Unternehmen, die im Dienste der Regierung stehen? ... Vertrauen läßt sich nun einmal nicht befehlen.

Was heute in Wittenberg an die Kirche geschlagen wird

Religion drüben und der Marxismus-Leninismus / Von Werner Kahl

Der marxistische Religionskritiker Hans Lutter, Philosophie-Professor im mecklenburgischen Güstrow, hat für den kommunistischen Machtbereich das Ende der Religion prophezeit. Diese Meldung, die der Evangelische Pressedienst vor ein paar Tagen verbreitete, verdient es, näher betrachtet zu werden. Denn die These des „DDR"-Atheisten – vor einer großen Zahl theologischer Lehrer und Studenten auf einem Colloquium der Ostberliner Humboldt-Universität verkündet – kommt nicht von ungefähr.

Hinter der Verkündung dieses marxistisch-leninistischen Verständnisses, daß sich das Christentum in absehbarer Zeit in seiner Funktion erschöpft, steckt handfeste Tagespolitik: Gläubige und Seelsorger samt den zum Theologiestudium drängenden Studenten sollen verunsichert werden. Der Führung der SED blieb der Weg rat- und hilfesuchender Menschen, besonders jüngerer, unter das Dach der Kirche nicht verborgen. Ein Indiz für die Stimmung nach dem kürzlichen SED-Parteitag ist ein Aushang in der Schloßkirche zu Wittenberg.

Dort, neben den Thesen Luthers, hängt eine Analyse der Parteitags-Reden. Die Verfasser, die sich als „überregionale Friedensinitiative in der DDR" bezeichnen, halten der SED vor, daß sie die Glaubwürdigkeit verloren habe. Gegenüber den Kommunisten herrsche ein „Argwohn". Viele Leute seien der Fließband-Parolen der Partei „müde". Die Christen erwarteten von der Führung Beweise, daß sie es mit den Vorschlägen zu Frieden, Abrüstung und Demokratie ernst meine. Die Regierenden mißbrauchten ihre Ämter ... Ähnliche Kritik war am vergangenen Sonntag in Weimar zu hören. Beim Gottesdienst in der Kreuzkirche hieß es in der Predigt, daß „immer mehr Menschen den Mut haben, Unmut über Amtsmißbrauch zu äußern".

Ohne den Begriff der „Ausreise aus der DDR" zu benutzen, mahnte der Geistliche anhand der Geschichte vom Auszug aus Ägypten, im Lande zu bleiben und den Anspruch auf „Frieden und Freiheit" zu verwirklichen. Diese Begriffe meidet das kommunistische Regime wie der Teufel das Weihwasser. Die Gotteshäuser in der „DDR" erweisen sich nach vier Jahrzehnten totalitärer roter Herrschaft, die sich unmittelbar an die Nazi-Diktatur anschloß, als eine zähe Macht.

So verweist der Weimarer Oberkirchenrat Hans Schäfer auf die wieder leicht ansteigenden Zahlen bei den Taufen, nach jahrelanger umgekehrter Tendenz. Knapp die Hälfte der Bewohner der „DDR" gehört einer Kirche an: sechs bis sieben Millionen Protestanten, 1,2 Millionen Katholiken, und etwa 100 000 sind Mitglieder einer Freikirche. Von den 30- bis 40jährigen weiß jedoch mindestens die Hälfte nichts mehr vom Evangelium. Bei Führungen im Naumburger Dom werden die Besucher deshalb stets gefragt, ob ihnen die Passionsgeschichte bekannt ist.

1977 hatte die Veröffentlichung des Entwurfs eines SED-Parteitags-Programmes tiefe Sorge ausgelöst. Darin waren die Grundrechte der Verfassung ohne Glaubens- und Gewissensfreiheit verzeichnet. Mit Erfolg forderte daraufhin der Kirchenbund eine Korrektur. Bei einer Zusammenkunft von SED-Generalsekretär Honekker mit dem Vorstand des Kirchenbundes wurde im März 1978 eine Generalklausel vereinbart: die eigenständige gesellschaftliche Anerkennung der Kirchen im Sozialismus. Mit „freiwilliger Toleranz" seitens der zuständigen Staatsorgane können die Gemeinden jedoch nicht rechnen.

Ihre Rechte müssen jeweils konkret eingefordert werden. Die SED-Führung verzichtete zwar darauf, die Kirche zu „sozialisieren", richtete jedoch zugleich die Erwartung an Amtsträger und Laien, „in Dienst und Zeugnis die Deutsche Demokratische Republik allseitig weiter zu stärken" (Paul Verner). Die Kirche erkennt ihrerseits „den kommunistischen Staat als Obrigkeit" an (Oberkirchenrat Hans Schäfer). Was die jüngste Totsagung angehe, so gab sich der thüringische Theologe zuversichtlich, daß die Kirche die Propheten des Atheismus überdauern werde.

Vor einiger Zeit noch rechneten „DDR"-Gesellschafts-Wissenschaftler mit 300 bis 400 Jahren konkurrierenden Zusammenlebens mit der Kirche. Um diese Zeitspanne im Bewußtsein der Menschen drüben zu verkürzen, ließ nunmehr die Partei erneut die These vom Absterben der Religion verkünden. In Ost-Berlin wie in Moskau dürfte es jedoch kaum einen Zweifel geben, daß der Kommunismus in Mitteldeutschland auf eine abendländische Kirche gestoßen ist, die nicht nach Maßstäben des Marxismus-Leninismus „liquidiert" werden kann.

Kunstfehler, Schlamperei oder ungerechte Vorwürfe?

Er war ein angesehener Orthopäde und Chefarzt eines Hamburger Krankenhauses. Heute steht Rupprecht Bernbeck als Zeuge vor einem Untersuchungsausschuß, der unter anderem darüber befinden soll, ob er Kunstfehler begangen hat.

Von GISELA SCHÜTTE

Spannung, Neugier, Schadenfreude, Beklemmung, auch Haß prägen die Atmosphäre im Plenarsaal des Hamburger Rathauses. Abgeschirmt von Sicherheitskräften, begleitet von seinem Anwalt, betritt am Dienstag abend die Hauptperson die Bühne: der Orthopäde Professor Dr. Dr. Dr. Rupprecht Bernbeck. Der 69jährige soll als Zeuge im parlamentarischen *Untersuchungsausschuß* „Orthopädie AK Barmbek" gehört werden. Erklärt werden sollen mögliche ärztliche Kunstfehler, untersucht wird eventuelle behördliche Trödelei bei der Sanierung schwerer baulicher Mängel in der Klinik, und nicht zuletzt geht es auch um „Versäumnisse" bei der Regelung von Schadenersatzforderungen. Politische Kontroversen im Ausschuß und persönliche Auseinandersetzungen zwischen den Anhängern und den Gegnern des Arztes, die in einer Patienten-Initiative um materielle Wiedergutmachung für Behandlungsfehler kämpfen, erschweren die *Wahrheitsfindung.*

Etwa 150 Zuschauer drängen sich bei der Zeugenanhörung auf den rückwärtigen Bänken und auf den Emporen, in sicherer Distanz zu dem Arzt, der bereits einen Aussagetermin hatte platzen lassen: wegen Drohungen und Telefonterror.

Er sei um seine Sicherheit besorgt, läßt er seinen Anwalt mitteilen. Dabei mag man ihm Angst gar nicht zutrauen, so wie er mit verschlossenem Gesicht und starrem Blick, hager, *grauhaarig, mit buschigen* Augenbrauen, den Ansturm der Fotografen stehend und scheinbar ungerührt erduldet. Er sieht sich nicht um, bringt das Protokoll in Schwierigkeiten, weil er dem Mikrophon ausweicht, um den fragenden Parlamentariern ins Auge zu sehen.

Er, der Orthopäde mit der dreifachen chirurgischen Fachausbildung *und dem dreifachen Doktorgrad,* der als Sohn eines königlich-bayrischen Forstassessors in Schleswig-Holstein geboren wurde, fuhr im Krieg auf einem U-Boot – das Abzeichen unter dem Revers zeigt er stolz. Und die aufrechte Haltung, der knappe Ton, *die laute Stimme* und die häufige Ungeduld des Befehlsgewohnten geben ihm auch mehr als 40 Jahre nach Kriegsende etwas Militärisches.

Einen Untersuchungsausschuß wie diesen hat es in Hamburg noch nicht gegeben. Die Parlamentarier mußten sich seit Herbst vergangenen Jahres in schwierige Details ärztlicher Behandlungsmethoden einarbeiten, Fragen der Krankenhaushygiene und Infektionsgefahren einschätzen lernen. Sie hatten mit Zeugen zu tun, die abseits politischer Verantwortung persönlich betroffen, ja geschädigt waren, Zeugen, die nicht zu sachlicher Aussage in der Lage waren, die nach oder trotz ärztlicher Behandlung am Stock gehen, an Krücken, die im Rollstuhl sitzen, ohne Hoffnung auf Besserung, die weinten.

Ein solcher Wirbel wie der um die Barmbeker Orthopädie und ihren ehemaligen Chefarzt ist ebenso ohne Beispiel. Seit Januar 1984 haben sich bei der Gesundheitsbehörde in Hamburg 186 Patienten aus der Klinik gemeldet, die Wiedergutmachung für Behandlungsfehler fordern. Ungläubigkeit und Ratlosigkeit brachten die Untersuchung nur schleppend in Gang. Gutachter wurden bestellt, Gutachten präsentiert, überprüft und wieder verworfen.



In Rollstühlen und mit Krücken: Die „Opfer" beobachten den Auftritt des Professor Dr. Bernbeck FOTO: JOCHEN KÖRNER

Über 40 Patienten haben inzwischen Geld bekommen, Abschlagszahlungen oder Entschädigungen. *Ein junges Mädchen erhielt die höchste* Abfindung, die in einem Kunstfehlerstreit in Deutschland bisher gezahlt wurde – über 600 000 Mark. Nach einer Knieoperation saß sie monatelang im Rollstuhl. Die Folgen des Eingriffs sind irreparabel.

Bei der Aussage des Arztes an diesem Abend im Hamburger Rathaus werden Spannung und Emotionen unter den Zuschauern *nur mühsam* unterdrückt. Auch der Zeuge wirkt anfangs verkrampft. Dann weist er unmißverständlich die Kritik an seinen Operationsmethoden zurück, unterstreicht das stete Bemühen um die bestmögliche Behandlungsmethode, betont, daß trotz der baulichen Misere, gegen die er zusammen mit seinen Kollegen jahrelang vergebens bei der Gesundheitsbehörde protestiert hatte, die Patienten nicht in Gefahr gewesen seien.

Wie in einem dürftigen Feldlazarett

Dabei hatte es erschreckende Berichte von Patienten vor dem Ausschuß gegeben über einen rüden Umgangston des Chefarztes, der nach nicht erfolgreicher Behandlung die Kranken mit Nichtbeachtung gestraft haben soll. Da stehen in den Akten Details über bauliche Zustände nach Art eines dürftigen Feldlazaretts – zeitweilig regnete es in den Operationssaal, vor dessen Tür der Fahrstuhl für Patienten, Besucher, Putzfrauen und Essenskarren endete; Schleusen gab es nicht.

Bei geöffneter Tür, so Zeugen, konnten Besucher auf den OP-Tisch sehen. Unvollständige Krankenakten, fehlende Röntgenbilder, haarsträubende Kritik von ärztlichen Zeugen, die eine Schienbein-Operation des Orthopäden im Nachhinein auf dem Röntgenbild als „Trümmerbruch" eingestuft hatten, gutachterliche Aussagen über beispiellosen ärztlichen Pfusch und im Hintergrund die Zuschauer im Rollstuhl – das ist die eine Seite der Fakten, die der Ausschuß gesammelt hat.

Auf der anderen Seite steht der internationale Ruf als orthopädisches As, das mehrere Hamburger Senatoren behandelte, Erfolgsberichte von fast 40 000 gelungenen Operationen während der Dienstzeit des Orthopäden zwischen 1963 und 1981, der geradezu rührende Einsatz für die Contergan-Kinder, die Tätigkeit als Behinderten-Arzt, die Anhänglichkeit und Ergebenheit von Patienten, denen der Professor half, und die Loyalität *ehemaliger Mitarbeiter.*

Was ist die Wahrheit, oder stimmen beide Bilder? Der Ausschuß soll über *Verantwortlichkeiten und* Versagen entscheiden. In allgemeinen Fragen von Hygiene widerspricht Bernbeck kritischen Aussagen früherer Zeugen. Auf einen Disput über die von ihm entwickelte, umstrittene Methode der Hüftoperation hat er sich bestens vorbereitet: Der Arzt demonstriert das Verfahren mit Knochenmodellen aus dem Aktenkoffer. Auf aggressive, vorwurfsvolle Fragen der Ausschußmitglieder reagiert er unwirsch.

Aber gerade diese Unverbindlichkeit bringt ihm, in Grenzen, auch bei Kritikern unerwartet Anerkennung ein: Er hat sich nicht gedrückt vor diesem unangenehmen Auftritt (wie viele erwarteten), nicht versucht, durch verbindliches Gehabe um Sympathie zu werben. So wie der Professor sich im Ausschuß gibt, erklärt sich gleichzeitig die Anhänglichkeit seiner Bewunderer und die Abneigung seiner Gegner.

Als nach vierstündiger Vernehmung Details aus Krankengeschichten zur Sprache kommen, schaltet sich Bernbecks Anwalt ein. Der fast 70jährige Zeuge habe ein Attest, nach *dem ihm längere Befragung nicht zumutbar* sei. Er sei zu weiteren Auskünften, aber nur bei vollständiger Aktenvorlage, bereit, heißt es.

Denn im Einzelfall geht es nicht nur um Schadenersatz, sondern auch um eine Reihe von Ermittlungsverfahren bei der Hamburger Staatsanwaltschaft: Etliche Patienten haben den Orthopäden wegen Körperverletzung angezeigt. *Als der Arzt mit seinen* Bewachern in einen Nebenraum eilt, löst sich die Spannung im Saal. „Pfui, pfui", rufen Patienten. Sie sind davon überzeugt, daß sich der Zeuge jetzt drücken will.

„Fresno – Kardinal der Versöhnung"

Die katholische Kirche in Chile geht auf Distanz zur Regierung Pinochet. Kardinal Juan Francisco Fresno prangert öffentlich Menschenrechtsverletzungen an. Doch er wirft die Tür zum Regime nicht zu: Gemeinsam mit gemäßigten Oppositionsgruppen bemüht er sich um einen Dialog.

Von WERNER THOMAS

Die Frau des Präsidenten atmete erleichtert auf. „Ein Geschenk des Himmels", sagte Lucia Hiriart de Pinochet. Der Grund für diese Danksagung: Der konservative Geistliche Juan Francisco Fresno war gerade *vom Papst zum neuen* Erzbischof Santiagos berufen worden, als Nachfolger des „roten Kardinals" Raul Silva Henriquez. Heute, drei Jahre später, urteilt die erste Dame Chiles anders über den Kirchenführer. Öffentlich bekennt sie ihre *„Enttäuschung".*

Juan Francisco Fresno (71) inzwischen zum Kardinal erhoben, steht im öffentlichen Rampenlicht wie sein Amtsvorgänger. Er spielt jedoch eine noch einflußreichere Rolle, weil er eine breitere Unterstützung in der Bevölkerung genießt. Sein Integrationstalent und sein vorsichtiges Verhalten beeindruckt inzwischen viele seiner ehemaligen Kritiker.

Der stämmige Mann mit den weißen Haaren und den robusten Gesichtszügen ist eine imponierende Persönlichkeit. Es gibt in Lateinamerika nur noch einen Kirchenfürsten, der eine ähnliche Ausstrahlungskraft *besitzt: der Nicaraguaner Miguel* Obando y Bravo.

Die Leser der Zeitung „Las Ultimas Noticias" wählten Fresno Ende 1985 zum „Mann des Jahres". Die Zeitschrift „Hoy" verlieh ihm diesen Titel ohne Abstimmung.

Beide Kardinäle, Obando y Bravo und Fresno, bestreiten ein politisches Engagement. Sie sind aber, freiwillig oder unfreiwillig, die wichtigsten Kontrahenten ihrer jeweiligen Regierungen geworden, die ideologisch das linke beziehungsweise das rechte Lager Lateinamerikas repräsentieren.

Juan Francisco Fresno übernahm 1983 die Führung einer politisierten Kirche, die er *entpolitisieren wollte.* Damals begann jedoch die blutige Demonstrationswelle gegen das Pinochet-Regime, auf die der General unterschiedlich reagierte. Einmal zeigte er Dialogbereitschaft, dann drohte er mit einer Politik der „harten Hand". Gelegentlich herrschte ein rigoroser Ausnahmezustand.

Schon Ende 1983 wurde immer deutlicher, daß die Kluft zwischen der Regierung und der Opposition nicht zu überbrücken war. Die Opposition forderte den sofortigen Rücktritt Pinochets. Der pochte dagegen auf die Verfassung aus dem Jahr 1980, die ihm eine Amtszeit bis mindestens *1989* garantiert. *„Die Verfassung steht nicht zur Disposition",* erklärte er damals.

Da kam Augusto Pinochet, nach eigenen Aussagen ein gläubiger Katholik, mit der Kirche in Konflikt: weil er sich an die Macht krallte und weil er sich diese Macht mit repressiven Methoden sicherte.

Kardinal Silva Henriquez und die meisten Bischöfe hatten im September 1973 noch den Militärputsch gegen die marxistische Allende-Regierung *unterstützt, ihre Einstellung zu* Pinochet änderte sich jedoch, als sie sahen, wie er regierte, und als sie erkannten, daß der General kein Übergangspräsident sein wollte.

1976 ließ Silva Henriquez die Menschenrechtskommission „Vikariat der Solidarität" gründen, die der General von Anfang an als „politisches Instrument" verurteilt hat und die ihm äußerst unangenehm war. Denn in ihrem Büro registrierte sie Mordfälle, Entführungen und Folterungen – und publizierte ihr Material in der ganzen Welt.

Pinochet warf den dort tätigen Priestern marxistische Gesinnung vor: „Sie sind kommunistischer als die Kommunisten." Aktionen gegen das Vikariat verschärften die Lage.

Im März vergangenen Jahres wurden drei Regimegegner mit abgetrennten Köpfen in der Nähe des Pudahuel-Flughafens gefunden, unter ihnen der marxistische Soziologe José Manuel Parada, ein Vikariat-Vertreter. Mitglieder der Carabinero-Polizei müssen *sich jetzt für dieses* Verbrechen verantworten.

Vor diesem Hintergrund fiel es Fresno immer schwerer, Makler zu sein. Schon 1984, nicht ganz ein Jahr nach seiner Amtseinführung, geriet er zwischen die Fronten. Als vier des Terrorismus verdächtigte Jugendliche auf das Gelände der Nuntiatur flüchteten und die Pinochet-Regierung auch nach einem päpstlichen Appell keine Ausreisegenehmigung erteilen wollte, kritisierte Fresno öffentlich den General. Als die Regierung schließlich freies Geleit gewährte, zügelte Fresno – noch immer um Ausgleich bemüht – den Priester Rafael Marotto, der in der Zeitung „El Mercurio" die marxistische Rebellengruppe „Bewegung der revolutionären Linken" (MIR) verteidigt. Sie kämpfe für die „bessere Demokratie". Der Erzbischof entband den MIR-Freund vom Gemeindedienst.

Rechte Kreise beschmierten jedoch die Kirchen und den Amtssitz des Kardinals mit Slogans wie „Viva Pinochet" und „Rote Kurie". Die Auseinandersetzungen verschärften sich, als in der zweiten Hälfte des Jahres 1984 der französische Priester André Jarlan in Santiago bei schweren Unruhen von Sicherheitskräften erschossen wurde. Fresno erklärte: „Eine Schande für Chile." Er zelebrierte eine emotionsgeladene Totenmesse.

Dann weigerte sich die Regierung, den damaligen Vikariats-Vorsitzenden Ignacio Gutierrez, einen spanischen Priester, von einer Auslandsreise zurückkehren zu lassen. Der Kardinal: „Ein ernster Schritt, den ich nicht akzeptieren kann." Junta-Mitglied General Fernando Matthei, der Luftwaffenkommandeur, konstatierte: „Die Beziehungen zur katholischen Kirche waren nie kälter."



Überraschung für Pinochet: Kardinal Juan Francisco Fresno FOTO: STUDIO X

Im vergangenen Jahr, als die Welle der Gewalt eskalierte und die oppositionellen Parteien ein Bild totaler Zerstrittenheit boten, übernahm der *Kardinal* eine Vermittlerrolle zwischen ihnen. Unter seiner Regie entstand das Ende August von elf nichtmarxistischen Parteien unterzeichnete „Nationale Abkommen für den Übergang zur vollen Demokratie".

Ein diplomatisch formuliertes Dokument, das nicht Pinochets umgehende Demission forderte, sondern einen stufenweisen Übergang zu demokratischen Verhältnissen empfahl. Der General wies den „Acuerdo Nacional" zwar nicht zurück, er wollte ihn aber auch nicht als Verhandlungsgrundlage akzeptieren. Er will nicht verhandeln.

Fresno läßt sich nicht entmutigen. Er verschont, im Gegensatz zu vier sehr viel radikaleren Bischöfen, den Präsidenten mit persönlicher Kritik. Er sucht weiter das Gespräch mit ihm. Kurz vor Weihnachten und kurz nach Ostern führten die beiden ein Gespräch unter vier Augen im Moneda-Palast. Bei aller Gesprächsbereitschaft scheut sich der Kardinal aber nicht, seine Stimme gegen die Regierung zu erheben.

Als Sicherheitskräfte Anfang Mai mehrere tausend Chilenen in den Arbeiterbezirken vorübergehend festnahmen, protestierte er energisch. „Solche Aktionen verletzen die Würde des Menschen und die Rechte der ärmsten Bevölkerungsschichten."

Die Bischofskonferenz veröffentlichte Ende vergangenen Jahres eine *„Pastorale Orientierung für 1986 bis 1989".* Darin wird die staatliche und terroristische Gewalttätigkeit verurteilt und der Wunsch nach einer Veränderung der Machtverhältnisse geäußert: „Die Kirche vertraut in die demokratische Ordnung."

Juan Francisco Fresno hat trotz aller Probleme die Hoffnung auf friedliche Lösungen nicht aufgegeben. Seine *Bewunderer haben an* Hauswände in Santiago einen Slogan gemalt, den er gerne liest: „Fresno – Kardinal der Versöhnung."

Volvo, der heimliche König im Königreich

Wie eine Krake zieht der schwedische Konzern Volvo Firmen im Lande an sich. Innerhalb von fünf Jahren verfünffachte sich die Zahl der kontrollierten Firmen. Jetzt gelang ein neuer Cup: der Einstieg in die Biotechnik.

Von GOTTFRIED MEHNER

Vor wenigen Jahren noch gab es kaum eine Wirtschaftsregion, in der Geldglücksritter und Finanzemporkömmlinge so chancenlos antraten *wie in* Schweden. *Sie alle* scheiterten am übermächtigen Wallenberg-Imperium, das alle entscheidenden Schaltstellen leise und effizient kontrollierte und verteidigte. Mittlerweile müssen sich die Schweden aber nicht mehr in die Fernsehwelt des Texas-Fieslings J. R. entführen lassen, um eine Ahnung von Machtkämpfen und Finanzintrigen zu erhalten: nach dem Tode des Finanzmagnaten Marcus Wallenberg zogen auch an der Stockholmer Börse teilweise Wildwestmanieren ein. Hauptakteure: eine Handvoll Finanzemporkömmlinge, deren Namen außerhalb Schwedens kaum eine Rolle spielen. *Aber auch diverse* schwedische Multinationals, ganz vorne mit dabei: Volvo.

Volvo wird teilweise noch als Hersteller der „Welt schnellsten Traktoren" belächelt, gemeint sind die robusten Pkws. Setzt man die Produktionszahlen etwa ins Verhältnis zu großen europäischen oder amerikanischen Anbietern, so überläuft einen alles andere als ehrfurchtsvolle *Schauer: die Volvo-Zahlen produzieren* die Großen der Automobilbranche an einigen Nachmittagen.

Aber für skandinavische Verhältnisse ist Volvo ein Gigant, der ein so erdrückendes Gewicht entfaltet, als ob – dies zur Illustration – Mercedes, Nestlé, Ciba Geigy, die BHF-Bank, Holsten und Aral zu einem Konzern gehörten. Volvo steht für elf Prozent des schwedischen Bruttoinlandprodukts beziehungsweise für 12,5 Prozent aller addierten schwedischen Exportwerte.

Wann immer in Schweden einer ein Bier oder eine Flasche Mineralwasser aufmacht, mittels Fertiggerichten, *Konserven, Tiefkühlkost, Fleisch* oder Würstchen sein Mittagsmahl bestreitet: die Chancen sind groß, daß auch Volvo mitverdient.

Neben dem Energie- und Nahrungsmittelsektor hat sich Volvo auch ganz vorne in der Pharma- und Medizinaltechnik placiert: Jetzt glückte die Übernahme des Sonesson-Konzerns, aus dessen Gruppenteilen Volvo einen Biotechnikkonzern zusammenfügen will.

Im Königreich Schweden ist Volvo längst selbst ein kleines Königreich. Wenn Chef Per Gyllenhammar einlädt, dann entfalten sich im sozialdemokratischen Schweden noch höfische Zeremonielle, stehen die in Politik und Wirtschaft Einflußreichen Schlange. Auch Henry Kissinger gibt sich öfters ein Stelldichein. Der Haus*herr trägt übrigens an beiden Hand*gelenken eine Uhr: manche sehen darin den Versuch, sich über die Zeit hinwegsetzen zu wollen.

Trotz der unbestrittenen Erfolge, die auch dem Lande nutzen, wird im Lande immer häufiger kritisch die Frage gestellt: Wer kontrolliert eigentlich Volvo? Die Eigentümerstruktur der Volvo Aktiengesellschaft *ist so atomisiert (160 000 Aktionäre),* daß das Management weitgehend von außen unbehelligt schalten und walten kann. Management? Bei Volvo hat allein Gyllenhammar das Heft in der Hand. Und dessen Entscheidungen sind in letzter Zeit nicht immer *ohne Kritik geblieben.*

Mitte 1987 werden zwei Spitzenmanager bei Volvo die Stühle räumen. Eigenartige Dimensionen erhält das im Zeichen des „Generationenwechsels" angestoßene Führungskarussell aber dadurch, daß Hakon Frisingers (57) Nachfolger gleichaltrig und der Nachfolger von Ulf Linden (48) vier Jahre älter ist.

Wo Rauch ist, ist auch Feuer: Volvo, dies zur Vorgeschichte, war in der zweiten Hälfte der 70er Jahre ein Unternehmen in der Krise: mißglückte Modellpolitik und fehlschlagende Kooperationen lösten einander ab. In dieser Situation übernahm Frisinger. Er setzte die Konzentration auf teure, exklusive und qualitativ hochwertige Limousinen durch. Dies entpuppte sich als visionär.

Lindens Job war *die Pflege* des Diversifikationsbereiches. Als er 1981 zum Konzern stieß, umfaßte dieser Bereich gerade drei Gesellschaften mit 800 Angestellten. Heute werden direkt 15 börsennotierte Gesellschaften mit etwa 17 000 Angestellten kontrolliert. Volvo kann alle „menschlichen Grundbedürfnisse" erfüllen. Mißmanagement dürfte also als Motiv *für den Abgang ausfallen.*

Was Gyllenhammars Renommee nachhaltig ramponierte und auch ein Ende seiner Machtfülle signalisiert, war eine Kooperation im Alleingang mit dem Senkrechtstarterchef der, so meinen Beobachter, „windigen" Firma Fermenta. *Im Januar* wollten Volvo und Fermenta bei der Neuordnung der schwedischen Pharma- und Biotechnikindustrie kooperieren. Volvo zog sich aber von dieser Abmachung zurück, als ruchbar wurde, daß Fermenta-Chef el-Sayed bei der Aufnahme einer Privatanleihe gegenüber den Anlegern vollmundig unwahre Angaben über seine akademischen *Qualifikationen (er hatte keine)* gemacht hatte. Obwohl Gyllenhammar es zuerst abgestritten hatte, wurde später offenbar, daß Volvo sich mit 300 Millionen Kronen aus diesem Ziel freikaufen mußte.

Geld ertragreich und solide anlegen: Mit Bundesobligationen.



Nominalzins 5,50 %
Ausgabekurs 99,60 %
Rendite 5,59 %
Laufzeit 5 Jahre
Stand: 14.5.1986

Mit Bundesobligationen erwerben Sie ein Wertpapier mit festen Zinsen, marktgerechten Renditen und einer überschaubaren Laufzeit von 5 Jahren. Eine ertragreiche und vorteilhafte Geldanlage. Der Verkauf zum Börsenkurs ist jederzeit möglich. Neu ausgegebene Bundesobligationen bekommen Sie spesenfrei ab 100,– DM bei allen Banken, Sparkassen und Landeszentralbanken. Vom Informationsdienst für Bundeswertpapiere erhalten Sie ausführliche Informationen. Schreiben Sie oder rufen Sie an: Tel. (0 69) 55 07 07. Die aktuellen Konditionen aller Bundeswertpapiere werden „rund um die Uhr" unter Tel. (0 69) 5 97 01 41 angesagt.

Bitte einsenden an den Informationsdienst für Bundeswertpapiere, Postfach 10 04 61, 6000 Frankfurt 1. Sie erhalten ausführliches Informationsmaterial.

Name

Straße

PLZ/Ort



Bundesobligationen

WELT-Serie Die „Außenpolitik" der Länder (II.): Hamburg

Mit hanseatischem Ehrgeiz wird auch schon mal antichambriert

Von HERBERT SCHÜTTE

Wir sind aufeinander angewiesen", begrüßte Hamburgs Bürgermeister Klaus von Dohnanyi Anfang dieser Woche rund 1000 Gäste beim traditionellen Mai-Empfang des Senats für das Konsularkorps. Er machte eine „neue Öffnung der Stadt mit beachtlichen Erfolgen" aus. Zwar ist das „Abenteuer von Seefahrt und Handel" verblaßt, von dem der portugiesische Außenminister Pedro Pires de Miranda kürzlich mit Blick auf die Gemeinsamkeiten in der Geschichte seines Landes und der Hansestadt beim „Matthiä-Mahl" in Hamburg sprach.

Dafür ist ein Stück Außenpolitik – vornehmlich als Akquisitions-Politik – hinzugekommen. Welches Bundesland hätte eine bessere Legitimation dazu als die Hansestadt, die sich in der Präambel ihrer Verfassung die Aufgabe zugewiesen hat: „Sie will im Geiste des Friedens Mittlerin zwischen allen Erdteilen und Völkern der Welt sein".

Der Begriff „Außenpolitik" steht in dem Stadtstaat, der das Matthiä-Mahl vor mehr als 600 Jahren einmal zu Ehren der „Hamburg wohlgesonnenen Mächte" eingeführt hat, heute für wirtschaftliche und kulturelle Zusammenarbeit. Hier hat Hamburg beträchtliche Erfolge vorzuweisen: Die Volksrepublik China wählte die Hansestadt zum Standort für ihr westeuropäisches Außenhandelszentrum, die Hansestadt ist damit die Drehscheibe Pekings für die wirtschaftlichen Aktivitäten im westeuropäischen EG-Raum.

Wilhelm Haferkamp als Repräsentant in Brüssel

Der Senat hat wiederum mit der Wirtschaftsregion Shanghai eine enge Zusammenarbeit vereinbart. Die Hansestadt war auch die erste, die in Brüssel ein eigenes Büro eröffnete und im ehemaligen Vizepräsidenten der EG-Kommission, Wilhelm Haferkamp, einen der besten Kenner des EG-Apparats als Repräsentanten gewann.

Inzwischen ist das Hamburger Büro dabei, sich eine angemessene Beteiligung am „Esprit- II"-Projekt zu sichern. Das Projekt mit dem Schwerpunkt Informationstechnologie ist mit 6 Milliarden Mark ausgestattet, nach dem jüngsten Stand der gegenwärtig laufenden Vorbereitungsphase haben rund 20 Firmen und Institute aus Hamburg und der weiteren Umgebung eine Chance, an dem Forschungsprogramm beteiligt zu werden.

„Akquisition" heißt heute das Schlüsselwort für die Beziehungen Hamburgs nach draußen, eines Stadtstaates, dessen Kaufleute schon vor mehr als 100 Jahren in Afrika, Ostasien und Südamerika Türen geöffnet haben. Hamburg braucht sich also draußen nicht erst vorzustellen, doch es muß alte Beziehungen sorgsam pflegen. Ein Pluspunkt ist die Funktion als führender Außenhandelsplatz der Bundesrepublik. Damit ist Hamburgs Stellung als Konsularplatz Nummer eins erklärt, mit 76 ausländischen Vertretungen steht die Hansestadt sogar nach New York an der Spitze der Welt.



Akquisition – das drückt sich auch in 20 Auslandsreisen aus, die Senatsmitglieder im letzten Jahr unternahmen. Hamburgs ehemaliger „Chef-Akquisiteur" Harald Schulze – er war viele Jahre Staatsrat (Staatssekretär) der Wirtschaftsbehörde, ehe er zum Präsidenten des Rechnungshofes berufen wurde – brachte seine Erfahrungen auf die Formel: „Man kommt selten nach Hamburg zurück und kann sagen: ‚Diese Firmen-Ansiedlung habe ich im Sack.' Vor allem in Japan muß man viel Geduld haben."

Schulze brachte sie auf, er war fünfmal für den Senat in Japan. Mit dem Ergebnis, daß bedeutende japanische Elektronik-Unternehmen heute große Niederlassungen in der Hansestadt unterhalten. Schulze: „Man darf sich für nichts zu schade sein, Antichambrieren gehört zum Geschäft."

Der hanseatische Chef-Akquisiteur konnte sich auf die Vorarbeit des Hamburg-Büros in Tokio stützen. Auch in New York besteht eine ähnliche Vertretung. Die Handelskammer verfügt über ein eigenes Büro in Brüssel (gemeinsam mit Bremen), eine Handelskammer, die den Senatsbemühungen mit ihrer Potenz ebenso wie mit den unbezahlbaren Erfahrungen großer Außenhandelsfirmen Rückendeckung gibt. Fast an allen großen Delegationsreisen der Stadtstaat-Regierung ist die Kammer beteiligt.

Außenpolitik zum Nutzen der Stadt und des Staates

Kein Wunder, wenn sich immer wieder Bonner Diplomaten, bevor sie ihren Posten an einer deutschen Auslandsmission in einem jungen Staate Afrikas oder Südostasiens antreten, bei der Kammer informieren.

Hamburgs Bürgermeister, Klaus von Dohnanyi, sieht als ehemaliger Staatsminister im Auswärtigen Amt in der Pflege auswärtiger Beziehungen ein Feld, das ebenso von der Verfassung des Stadtstaates wie von seinen persönlichen Neigungen geprägt ist. Zudem brachte er ein Netz persönlicher auswärtiger Beziehungen mit in sein Hamburger Amt.

Dohnanyi, der ein Buch über Japan geschrieben hat, erkennt in den Hamburger Aktivitäten gegenüber dem Ausland – Besuche der Hamburger Bürgermeister, Gegenbesuche von Politikern aus vielen Ländern, das traditionell starke Konsularkorps – eine Förderung der „außenpolitischen Zielsetzung zum Nutzen der Stadt und zum Vorteil der Bundesrepublik Deutschland".

Erst kürzlich hat das Rathaus Hamburgs sein außenpolitisches Interesse bekräftigt: Der EG-Beitritt von Spanien und Portugal war Grund für den Senatsbeschluß, im September „Ibero-Amerikanische Wochen" zu veranstalten. Dabei sollen die wirtschaftspolitischen Themen und die Kultur Ibero-Amerikas im Mittelpunkt stehen. Der Senat stellte dafür 350 000 Mark zur Verfügung. Auch wenn der Etat-Titel „Standortförderung" heißt, ist dies zweifellos ein Stück Außenpolitik.

Will Späth auch Kontakte zur Ost-CDU?

dpa, Weimar

Der baden-württembergische Ministerpräsident und stellvertretende CDU-Bundesvorsitzende Lothar Späth hat seine Bereitschaft signalisiert, ohne Vorbehalte mit allen Verantwortlichen in der „DDR" Kontakte aufzunehmen. Dabei schloß er die CDU in der „DDR" nicht ausdrücklich aus. Bei einem Gespräch mit Journalisten in Weimar antwortete Späth auf die Frage, ob er sich auch Kontakte zwischen seiner Partei und der gleichnamigen Organisation in Mitteldeutschland vorstellen könne, man müsse zu Gesprächen mit allen bereit sein, die in der „DDR" Verantwortung tragen. Gleichzeitig sprach er sich gegen jede Einengung bei der Suche nach Gesprächsmöglichkeiten aus. Seine Partei, so der stellvertretende Vorsitzende, habe „ein wenig Nachholbedarf an solchen Kontakten".

Späth, der bei seinem Aufenthalt in Weimar von dem der CDU in der „DDR" angehörenden Oberbürgermeister Gerhard Baumgärtel begleitet worden war, vertrat die Auffassung, daß umsomehr Vertrauen entstehen könne, je enger wirtschaftliche, kulturelle und persönliche Verbindungen seien.

Gestern fuhr Späth von Weimar nach Dresden weiter. Dort standen unter anderem Gespräche beim Rat des Bezirks und in der Technischen Universität auf dem Programm. Zum Abschluß seiner viertägigen Reise durch die „DDR" wird Späth morgen in Ost-Berlin mit Staats- und Parteichef Honecker zusammentreffen.

Kostenbescheide der Polizei Rechtens

AP, Mannheim

Die Polizeikostenverordnung des Landes Baden-Württemberg ist rechtlich unbedenklich und vom Grundgesetz gedeckt. Das stellte der Verwaltungsgerichtshof (VGH) des Landes in Mannheim gestern in drei Entscheidungen fest. Die Polizei kann danach solche Bescheide gegen Teilnehmer an Sitzblockaden erlassen, wenn diese mit einem Polizeieinsatz aufgelöst werden mußten.

Mit den Grundsatzentscheidungen wird ein mehr als vierjähriger Verwaltungsrechtsstreit beendet. Betroffene hatten gegen Entscheidungen einzelner Verwaltungsgerichte, die die Kostenbescheide bestätigt hatten, Berufung eingelegt.

In der Atom-Debatte spricht Jacoby Lafontaine die Meinungsführerschaft ab

„Moralität nicht Vorrecht der Maschinenstürmer" / Strauß sieht SPD-Kehrtwendung in Energiepolitik

lz, UR. München/Saarbrücken

Wer von Oskar Lafontaine einen Zeitplan für den von der SPD geforderten Ausstieg aus der Kernenergie erwartet hatte, wie ihn die Grünen in Hessen jetzt vorlegen wollen, wartete vergebens. In der Debatte um die Folgen der Reaktorkatastrophe von Tschernobyl im saarländischen Landtag blieb der SPD-Regierungschef, von den linken in der Partei gern als Vordenker angepriesen, unverbindlich. „Energien, die nicht beherrschbar sind, sind nicht akzeptabel", führte der studierte Physiker blumig aus. „Sofort" müsse lediglich der Ausbau der Kernenergie gestoppt werden, „nach und nach" auch die laufenden Reaktoren außer Betrieb genommen werden.

Lafontaines von Beobachtern als schwach empfundene Regierungserklärung nutzte CDU-Chef Peter Jacoby, um der SPD die Meinungsführerschaft in dem für die CDU heiklen Thema abzusprechen. „Moralität ist nicht das Vorrecht der Maschinenstürmer, sondern durchaus das Recht der skeptischen Technologie-Befürworter", sagte der CDU-Politiker mit Blick auf allzu undifferenzierte Ausstiegs-Forderungen.

Keine „Zukunftslösung"

Der gegenwärtigen Stimmung in der Bevölkerung angemessen sei laut Jacoby ein „Nachdenken über eine verantwortbare Energiepolitik", deren Ziel es sein müsse, die Abhängigkeit von der Kernenergie zu überwinden. Jacoby, in der Union der erste Politiker, der offen mit dem Gedanken eines Abkoppelns von der Kernenergie spielte, blieb seiner Linie treu. Die friedliche Nutzung der Kernkraft sei in „höchstem Maße gefährlich" und eben nicht, wie immer wieder behauptet werde, absolut sicher. In der Vergangenheit habe der technisch-ökonomische Aspekt in der Kernkraft-Diskussion zu Unrecht eine dominierende Rolle gespielt. In einem Prozeß „grundsätzlichen Nachdenkens über eine menschliche Industriegesellschaft" komme es jetzt darauf an, „daß wir unserer Verantwortung auch gegenüber der nachfolgenden Generation gerecht werden". Atomenergie sei eine „Übergangs-, nicht aber eine Zukunftslösung". Durch ein Weiterentwickeln „alternativer Energien" und verstärkte Anstrengungen zur Energieeinsparung müsse Atomkraft „überflüssig gemacht werden".

In München lehnte der bayerische Ministerpräsidenten Franz Josef Strauß die Forderung der SPD nach einem Ausstieg aus der Nukleartechnik ab. Es führe nicht zu mehr Sicherheit der Bevölkerung, falls die ungefährlichen deutschen Anlagen stillgelegt würden, dagegen in anderen Ländern die gefährlichen Anlagen weiterbetrieben und ausgebaut werden, erklärte Strauß gestern im bayerischen Landtag.

Der CSU-Vorsitzende forderte von Bundeskanzler Helmut Kohl, auf eine weltweite Lösung dieses Problems hinzuwirken und deshalb bei den Vereinten Nationen eine internationale Reaktorsicherheitskonferenz zu beantragen. „Wir haben Anspruch darauf, daß die UNO sich dieses Themas annimmt", erklärte Strauß und nannte drei Ziele dieser Konferenz: Alle Reaktoren müssen mit den nach dem Stand der Technik bestmöglichen Sicherheitssystemen ausgerüstet werden; alle Kernenergie nutzenden Staaten müssen zu vollständiger und regelmäßiger Information über sämtliche Störfälle und ihre Auswirkungen verpflichtet werden; für grenzüberschreitende Schäden muß nach dem Verursacherprinzip der Staat aufkommen, auf dessen Gebiet die Schadensursache liegt.

Reaktoren auch stillegen

Reaktoren, die nicht umgerüstet werden könnten, müßten stillgelegt werden. „Dann bin auch ich für den Ausstieg", meinte der Ministerpräsident. Der SPD warf er vor, mit ihrer Kehrtwendung in der Energiepolitik so zu tun, „als ob man technische Entwicklungen an- und abschalten könnte wie ein Fernsehgerät".

Während der SPD-Spitzenkandidat Karl-Heinz Hiersemann unbeirrt den schrittweisen Ausstieg aus der Kernenergie „ohne Wenn und Aber" forderte, so sagte er dennoch dem Ministerpräsidenten Unterstützung zu bei den Bemühungen um eine internationalen Reaktorkonferenz. Moskaus Informationspolitik verurteilte Hiersemann als „menschenverachtend", warf aber zugleich auch den Ministerien in Bonn und München „Vertuschung, Verharmlosung und Chaos" vor.

Spiel mit verteilten Rollen in Hessen

GERNOT FACIUS, Bonn

Die hessischen Grünen um Umweltminister Joschka Fischer reden munter von einem „Ausstiegs- und Umstiegsszenario" für die Atomenergieanlagen und produzieren täglich Spekulationen über einen Störfall in der rot-grünen Koalition. Zumindest zwei hessische Spitzenpolitiker läßt das kalt: Ministerpräsident Holger Börner und CDU-Landeschef Walter Wallmann. Sie schweigen – aus unterschiedlichen Gründen.

An Stelle Börners, der just am Höhepunkt der Ausstiegsforderungen der Grünen Hessen in Richtung Spanien verlassen hat, gibt Staatskanzleichef Paul Leo Giani in Interviews zu bedenken, daß der Gedanke an eine akute Gefährdung der Hessen-Koalition weit hergeholt ist. Zwar forderten die Grünen den sofortigen Ausstieg aus der Kernenergie, während die SPD die Sicherung der Energieversorgung zur Vorbedingung mache, sagte Giani im Deutschlandfunk. Aber dieser Dissens sei bereits in der Koalitionsvereinbarung festgeschrieben, die bisher nicht gekündigt sei. Die SPD halte es nicht für eine Alternative zur Kernenergie, „jetzt alle veralteten Kohleöfen" mit ihren Emissionen wieder anzufahren. Gleichwohl, die SPD kam dem Partner entgegen und entspannte den Koalitions-Zwist. Am Ende der Auseinandersetzung mit den Grünen werde „ein konsensfähiges Szenario des Ausstiegs aus der zivilen Nutzung der Kernenergie gefunden", sagte Sozialminister Armin Clauss.

In der CDU wiederum vermutet man ein „Spiel mit verteilten Rollen" zwischen SPD und Grünen. Als Teil dieses Spiels wird bei der größten Oppositionspartei im Wiesbadener Landtag die „Überlegung" von Finanzminister Hans Krollmann zum Bau eines Hochtemperaturreaktors im nordhessischen Borken gesehen. Krollmann, so heißt es, habe nicht von sich aus reagiert. Der Finanzminister und nordhessische SPD-Chef habe sich eher von dem Gedanken leiten lassen: Wie kann man die Genossen im Norden „ruhigstellen".

Börners und Krollmanns Parteifreunde in der strukturschwachen Region plädierten in der Vergangenheit vehement für ein Kernkraftwerk in Borken. Dieses Faktum muß die Regierung in Wiesbaden berücksichtigen, zumal da Hans Krollmann im vergangenen Jahr die heikle Aufgabe zugefallen war, die skeptischen Genossen von der Nützlichkeit des rot-grünen Bündnisses zu überzeugen.

Daß mit Tschernobyl sozusagen der „politische GAU", der größte anzunehmende Unfall, über die Hessen-Koalition gekommen ist, wird auch im grünen Spektrum nicht unbedingt bejaht. „Der schmale Grat des Atomkompromisses ist nach Tschernobyl zu Messers Schneide geworden", ließ sich Minister Fischers Sprecher vernehmen.

Doch der Meister selber glaubt noch einige Karten in der Hand zu haben. Vorerst beschränkt er seine Offensive gegen die SPD auf eine „Phase inhaltlicher Konfrontation" und gibt seinen Parteifreunden fast flehentlich zu bedenken, daß die Alternative doch nicht die Fundamentalisten in den eigenen Reihen sind, sondern Walter Wallmann und dessen Generalsekretär Manfred Kanther sowie Wolfgang Gerhardt (FDP). Fischer: „Ich will diese Koalition." Diese Einlassungen zeigen, daß die Strategie Fischers und seiner „Realos" auch aus den innerparteilichen Zwistigkeiten geboren ist. Fischer muß sich profilieren, gerade nach Tschernobyl.

Die Kompetenzverteilung bei der Bildung der rot-grünen Koalition hat es mit sich gebracht, daß Sozialminister publikumswirksam den Kampf mit dem Bund um Grenzwerte und Informationen austragen konnte. Der Umweltminister war praktisch abgemeldet. Auch das ging den Grünen an die „politische Schmerzgrenze".

„Wir müssen jetzt besonnen bleiben"

CSU-Landesgruppenchef: Wer unsere Reaktoren abschalten will, handelt opportunistisch

Von THEO WAIGEL

Der Reaktorunfall von Tschernobyl in der UdSSR hat zu einer Beunruhigung in unserer Bevölkerung geführt. Der mit dem Unfall verbundene Schaden blieb nicht auf das Gebiet der Sowjetunion begrenzt. Die Emission umweltgefährdender und radioaktiver Schadstoffe macht vor nationalen Grenzen nicht halt.

Unmittelbare politische Folge des Reaktorunfalls von Tschernobyl ist das Wiederaufflammen der Kernenergiediskussion in der Bundesrepublik. Die SPD, in deren Regierungszeit die am Netz befindlichen Kernreaktoren erstellt wurden, propagiert lautstark den mittelfristigen Ausstieg aus der friedlichen Nutzung der Kernenergie. Die Grünen fordern das sofortige Abschalten der deutschen Kernkraftwerke.

Diese Diskussion über die Nutzung der Kernenergie erinnert an Max Webers Analyse von Gesinnungs- und Verantwortungsethik. Die Haltung der Kernenergiegegner wird gesinnungsethisch begründet: Da die friedliche Nutzung der Kernenergie ein nicht beherrschbares Restrisiko in sich berge, müsse auf Kernkraftwerke verzichtet werden. Die Haltung der Kernkraftbefürworter ist demgegenüber verantwortungsethisch geprägt: Es ist unsere sittliche und ethische Pflicht, die voraussehbaren Folgen und Nebenfolgen aller Energieversorgungssysteme einschließlich der damit verbundenen Restrisiken abzuschätzen und abwägend zu entscheiden, ob bei entsprechend hohen Sicherheitsstandards und Überwachungsmöglichkeiten der Einsatz der Kernenergie gerechtfertigt ist.

Politiker und politische Gruppierungen, die heute die Stillegung unserer Reaktoren verlangen, handeln ausschließlich nach gesinnungsethischen, um nicht zu sagen opportunistischen Gesichtspunkten. Wer den Ausstieg aus der Kernenergie propagiert, leugnet beziehungsweise verharmlost die umweltpolitischen Folgen und Nebenfolgen einer zusätzlichen Verstromung fossiler Energieträger. Wer heute die weltweit als sicher geltenden und ständig überwachten deutschen Reaktoren stillegen will, aber den Weiterbetrieb der diesem hohen Sicherheitsstandard nicht entsprechenden Kernreaktoren im Ostblock stillschweigend in Kauf nimmt, betreibt allenfalls eine Politik



Theo Waigel

zur Beruhigung seines eigenen Gewissens, leistet aber weder einen Beitrag zur Gewährleistung der Gesundheit unserer Bevölkerung noch zur Verhinderung umweltpolitischer Folgeschäden.

Eine an der Verantwortungsethik ausgerichtete Politik wägt positive und negative Folgen und Nebenfolgen von Entscheidungen ab. Die Konsequenz aus dem Reaktorunfall von Tschernobyl muß deshalb lauten: alle Hebel in Bewegung setzen, damit die Reaktoren in allen Betreiberstaaten den optimalen und weltweit anerkannten Sicherheitsstandard deutscher Anlagen erhalten.

Es ist folgerichtig, wenn die Bundesregierung auf eine vollständige Information seitens der Sowjetunion drängt, Moskau von Anfang an Hilfe angeboten hat und eine internationale Konferenz aller kernenergienutzenden Staaten fordert. Ist die Sowjetunion nicht bereit, dem Ersuchen der Bundesregierung nach genauen Informationen über Ursache und Auswirkung des Reaktorunfalls nachzukommen, empfiehlt sich die Beantragung einer UNO-Sondersitzung durch die Bundesregierung.

Wir müssen uns in der jetzigen Situation politisch besonnen verhalten, und das heißt in Anlehnung an den Philosophen Robert Spaemann: unter den gegebenen Bedingungen, die wir uns nicht ausgesucht haben, das Sinnvolle tun, nämlich das unter diesen Bedingungen Bestmögliche.

Die Bundesrepublik Deutschland kann auf die friedliche Nutzung der Kernenergie nicht verzichten. Rund 35 Prozent der Stromerzeugung entfällt auf die Kernenergie. Dieses Potential kann wegen der hohen umweltpolitischen Belastungen nicht von der Kohle übernommen werden. Angesichts der weltweit begrenzten Vorräte an Erdöl und Erdgas kommt auch eine Substitution der Kernkraft durch diese Energieträger nicht in Betracht. Das Einspar-Potential beim Stromverbrauch ist zu einem großen Teil ausgeschöpft.

Wer den Ausstieg aus der friedlichen Kernenergienutzung propagiert, handelt nicht rational, sondern ausschließlich unter wahltaktischen Gesichtspunkten. Am deutlichsten zeigt sich das beim Entsorgungskonzept des SPD-Kanzlerkandidaten Johannes Rau. Er wendet sich heute gegen die unter dem ehemaligen Bundeskanzler Helmut Schmidt konzipierte Strategie der Wiederaufarbeitung und verlangt statt dessen die direkte Endlagerung, obwohl die SPD im Bund und in Niedersachsen bisher nichts Positives getan hat, um dieses Konzept voranzubringen.

Auch nach der Beunruhigung in der Bundesrepublik infolge des in der Sowjetunion erfolgten Reaktorunfalls sollte unsere Energiepolitik sich nicht opportunistischen und wahltaktischen Maßstäben unterwerfen.

Theo Waigel (47) ist Landesgruppenchef der CSU und hat maßgeblich die Arbeit der Grundsatz-Kommission in der Partei bestimmt.

Unternehmensgruppe TENGELMANN

Mülheim an der Ruhr,
Donnerstag, 15. Mai 1986

An unsere Geschäftspartner
aus der Waschmittelindustrie

Sehr geehrte Damen und Herren,

die kontrovers geführte Diskussion auf Ihrer Seite um die **Phosphatbelastung unserer Gewässer** durch Waschmittel hat die Verbraucher verunsichert.

Unbestritten ist wohl inzwischen, daß **phosphatfreie Waschmittel** (mit entsprechenden Ersatzstoffen) **weniger umweltbelastend** sind. Dennoch bieten einige von Ihnen ausschließlich phosphathaltige, andere sowohl phosphatfreie als auch solche mit Phosphat an.

Dabei erklären die einen, daß phosphatfreie Produkte eine geringere Waschkraft haben als phosphathaltige. Die anderen sagen dagegen, daß die Waschkraft gleich sei.

Unsere Kundenbefragungen haben ergeben, daß die Verbraucher bereit sind, ihren **Beitrag zum Umweltschutz** zu leisten; was den Waschmittel-Sektor angeht, fehlt ihnen dazu jedoch die notwendige Information.

Die Unternehmensgruppe TENGELMANN engagiert sich seit Jahrzehnten für den **Umweltschutz** und möchte sich auch auf dem Waschmittel-Sektor **umweltbewußt** verhalten. Wir bitten daher die Waschmittelindustrie, uns in unseren Bemühungen zu unterstützen und für eine **lückenlose Aufklärung** der Verbraucher Sorge zu tragen.

Unsere Unternehmensgruppe selbst wird zunächst in einem Großtest die Reaktion der Kunden erforschen, wenn phosphathaltige Waschmittel aus unserem Sortiment gestrichen werden.

Helfen Sie uns mit, die Unsicherheit der Verbraucher zu beseitigen. Wir sind sicher, daß der richtig informierte Bürger auch richtig entscheiden wird – **der Umwelt zuliebe.**

Mit freundlichen Grüßen

Erivan Haub
allein geschäftsführender Gesellschafter der Unternehmensgruppe TENGELMANN

Plus

WELT-Gespräch mit geflohenen Spitzenfunktionären aus Nicaragua

„Verletzung der Menschenrechte ist ein politisches Instrument"

WALTER H. RUEB, Bonn

Eine fünfköpfige Gruppe von Vertretern der antisandinistischen „Einheit der nicaraguanischen Opposition" macht zur Zeit im Rahmen einer Europa-Reise Station in Bonn. Unter ihnen sind ehemalige Mitglieder des Regimes in Managua wie der frühere Botschafter bei den UNO-Organisationen in Genf, Jaime Pasquier, der stellvertretende Ex-Justizminister Alberto Gamez sowie Alvaro Baldizon, der ein enger Mitarbeiter von Innenminister Tomas Borge war.

„Das sandinistische Regime in Managua kann sich nur durch Unterdrückung der Bürger an der Macht halten", sagt Alvaro Baldizon in einem Gespräch mit der WELT über die Zustände in Nicaragua. „Die Verletzung der Menschenrechte ist in Nicaragua ein politisches Instrument."

Der 27jährige Nicaraguaner war bis Juli 1985 Chef des internen Untersuchungs-Departements im Innenministerium der sandinistischen Regierung. Zu seinen Aufgaben gehörten Ermittlung und Untersuchung von Menschenrechtsverletzungen durch Polizei, Armee, Justiz und andere Organe der Regierung. Das Ziel war indessen nicht die Wiederherstellung der Menschenrechte oder gar die Rehabilitierung der Betroffenen, sondern die Erarbeitung von Entschuldigungen und Erklärungen für das Ausland.

„Vorwürfe aus dem Ausland über Menschenrechtsverletzungen mußten dahingehend überprüft werden, wie sie am besten gekontert oder gar propagandistisch genutzt werden konnten", enthüllt Baldizon. Die Frage, ob die im Ausland erhobenen Vorwürfe über Menschenrechtsverletzungen in seiner Heimat zuträfen, beantwortet Baldizon klar: „Sie sind wahr. Und wir kannten die Wahrheit, mußten darauf jedoch mit Ausreden und Lügen reagieren."

Mit 20 Jahren trat Baldizon in den Dienst des Regimes, wurde mit 22 Jahren Polizeichef in der kleinen Ortschaft Sandino vor den Toren der Hauptstadt, fuhr einen Wagen, konnte heiraten, kassierte monatlich 2700 Cordovas – halb so viel wie ein Minister, aber viermal so viel wie ein Lehrer. Nach einjährigem Studium an einer Polizeiakademie in der Sowjetunion folgte unter Anleitung von Kubanern die Vorbereitung auf eine Karriere in Polizei- und Geheimdienst. 1982 wurde Baldizon Polizeioffizier und Sekretär für politische Erziehung, 1983 schließlich Chef des Untersuchungs-Departements im Innenministerium.

„Da begann ich zu verstehen", gesteht Baldizon. „Ich entdeckte Dinge, die mir bisher verborgen geblieben waren: Menschenrechtsverletzungen, Korruption, der wirtschaftliche Zusammenbruch des Landes, die Diskrepanz zwischen marxistischer Theorie und nicaraguanischer Praxis. Aber ein Ausscheiden aus meinem Amt war zu gefährlich. Ich wußte zu viel. Ich dachte an Flucht in die Botschaft von Venezuela, sah aber davon ab, als Ende 1983 ein Landsmann mit Gewalt aus der Botschaft Venezuelas geholt wurde."



Kronzeuge gegen Sandinisten: Alvaro Baldizon FOTO: WALPUSKI

Der Rest der Geschichte machte in Mittelamerika Schlagzeilen: Baldizon floh am 1. Juli 1985 nach Honduras, dann in die USA. Drei Tage später wurden seine Frau und sein älterer Bruder verhaftet, zur Erlangung von Hinweisen auf den „Verräter" gefoltert, der siebenjährige Sohn bei Fremden untergebracht. Baldizon bitter: „Seither steht meine Frau unter Hausarrest, mein Bruder mußte für zehn Jahre ins Gefängnis."

Der 57jährige Alberto Gamez erhebt ebenfalls Vorwürfe gegen das Regime in Managua: Zielgerichtete neue Gesetze sicherten die Verteidigung des Systems, das Innenministerium dominiere die Justiz und verhindere eine Gewaltentrennung. Gamez berichtet über ein Beispiel politischer Justiz: „1982 standen 350 Miskitos aus politischen Gründen vor Gericht. Richter, Anwälte und Verteidiger waren vom Innenministerium eingesetzt, Anklagen und Beweise erfunden, das Urteil vorgefertigt. 130 Miskitos verschwanden, die anderen landeten im Gefängnis . . ."

Gamez zog die Konsequenzen, trat von seinem Posten zurück, wurde am Tag darauf vom Staatssicherheitsdienst abgeholt, ins Gefängnis geworfen und einer politischen Umerziehung unterzogen. 1983 gelang ihm die Flucht nach Costa Rica.

Luis Mora Sanchez ist erst vor vier Wochen aus Nicaragua geflohen. „Ich war Somoza-Gegner, Vorsitzender der Druckergewerkschaft, Journalist und Mitarbeiter von ‚La Prensa'. In Ausübung meines Berufes verstieß ich immer wieder gegen sandinistische Gesetze. Es gibt keine Pressefreiheit."

Der 31jährige Journalist, Ehemann und Vater von vier Kindern saß in den letzten sieben Jahren insgesamt 22 Monate Haft im Gefängnis ab. Er wurde zusammen mit Homosexuellen in eine Zelle gesperrt, schließlich auf Intervention von Jimmy Carter bei dessen Nicaragua-Besuch im vergangenen April entlassen. „Im Gefängnis schlug man mir die Zähne aus und zertrümmerte meine Nase", klagt Sanchez. „Nach der Freilassung erfuhr ich von meinem Anwalt, daß das Gericht mich zu elfjähriger Haft verurteilen wollte. Deshalb floh ich nach Costa Rica."

„400 000 Nicaraguaner sind inzwischen ins Ausland geflohen", schätzt Roberto Ferry, der ehemalige Rechtsberater der sandinistischen Regierung. Er floh 1976 vor Somoza, kehrte 1979 in die Heimat zurück, arbeitete für die Regierung, war aber schnell ernüchtert. „In Managua geben die Kubaner den Ton an, der Staatssicherheitsdienst ist allgegenwärtig."

Athen ließ sich von Carrington nicht überzeugen

SAD, Athen

Offenbar erfolglos hat NATO-Generalsekretär Lord Carrington in Athen dafür plädiert, daß die griechische Regierung den Dialog mit der Türkei als geeignetes Mittel zur Beseitigung der seit Jahren bestehenden Differenzen benutzen sollte. Schon vor seinem Besuch hatte Carrington angedeutet, daß er eine Vermittlerrolle gern übernehmen würde.

Ministerpräsident Papandreou zeigte sich jedoch entschlossen, den Dialog abzulehnen, solange die Türkei den vor 1974 gültigen rechtlichen Status quo in der Ägäis nicht anerkennen und ihre Besatzungstruppen von der Mittelmeerinsel Zypern nicht abziehen wolle. Zusätzlich hat Papandreou jetzt eine alte Forderung neu aufgetischt: Eine Normalisierung der griechisch-türkischen Beziehungen könnte stattfinden, sollte die Allianz konkrete Schutzgarantien für die griechischen Grenzen gegenüber der Türkei geben.

Den Griechen geht es in erster Linie um eine Rückkehr zur Situation vor dem Sommer 1974, als durch den Zypern-Krieg und den vorübergehenden Austritt Griechenlands aus dem militärischen Teil der NATO das Verteidigungskonzept der Südostflanke aus den Fugen geriet.

Bis dahin hatten die Griechen die Verantwortung für die Operationskontrolle in der Ägäis. Im Zuge des griechischen NATO-Austritts wurde ein Teil dieser Pflichten den Türken anvertraut, was von Athen niemals anerkannt wurde.

Auch nach der Rückkehr Griechenlands in die Allianz blieben diese Fragen ungelöst. Zuletzt hatte Papandreou einen Vermittlungsplan des NATO-Oberbefehlshabers General Rogers im August 1985 abgelehnt. Er sah vor, daß Griechenland die Verantwortung für die Ägäis in Friedenszeiten hat, sie aber im Kriegsfall und bei Manövern mit der Türkei und den USA teilen sollte.

Von wenigen Ausnahmen abgesehen, hat Griechenland in den letzten zwölf Jahren alle NATO-Manöver im Ägäis-Bereich mit der Begründung boykottiert, daß die Allianz in der Frage der Hoheitsrechte den türkischen Standpunkt unterstütze. Vorrangiges Problem ist die Aufteilung der Operationskontrolle in der Ägäis sowie die Einbeziehung der Insel Lesbos in die Manöverplanung der NATO.

Schtscharanskij erbittet Reagans Hilfe für 400 000 Juden in der Sowjetunion

FRITZ WIRTH, Washington

Anatolij Schtscharanskij war ins Weiße Haus gekommen, um Dank zu sagen. „Ich verdanke nicht zuletzt Präsident Reagan meine Freiheit", hatte vor dieser Begegnung dieser kleine, energiegeladene Mann gesagt. Man weiß nicht, worüber die beiden Männer im „Oval Office" gesprochen haben. Doch wir dürfen sicher sein, daß es eine emotionale Begegnung war. Ebenso gewiß ist, daß in dieser Stunde des stillen Triumphes Ronald Reagan nichts lieber getan hätte, als sich anschließend an der Seite dieses jungen Mannes der Presse und den Fernsehkameras zu stellen.

Indes, die Szene fand nicht statt. Es gibt keine Fernsehfilme, die die beiden Männer zusammen zeigen. Lediglich ein Hofphotograph des Weißen Hauses war zugelassen. Die politische Vernunft, oder besser: die Strategen des State Departments hatten es so gewünscht, und sowohl Ronald Reagan wie auch Schtscharanskij stimmten zu. „Die Arrangements bei diesem Besuch im Weißen Haus und bei seinem Gespräch mit Außenminister Shultz entsprechen den Wünschen Mr. Schtscharanskijs", erklärte kühl der Sprecher des Außenministeriums.

Das Kalkül hinter diesem stark gebremsten und ent-emotionalisierten Protokoll war klar erkennbar. Schtscharanskij sollte nicht der letzte sein, der der Tortur der Arbeitslager entkommt. Die Reagan-Administration will im Vorfeld des nächsten Gipfels mit Gorbatschow alle verfügbaren Türen offen halten.

Für Schtscharanskij muß dieses bemühte „Meer der Ruhe" namens Washington ein fast befremdlicher Kontrast gewesen sein. Er war aus New York herübergekommen. Dort waren 300 000 Menschen zu seinem ersten öffentlichen Auftritt in den USA erschienen. „Meine Gefängniswächter des KGB versuchten mich zu überzeugen, daß ich allein war, machtlos in ihren Händen", sagte er den 300 000 Menschen. „Doch ich wußte, daß ich niemals allein war. Ich wußte, daß ihr alle bei mir wart." Es war auf dem Dag-Hammarskjöld-Platz in Manhattan trotz der 300 000 Menschen keine Massenversammlung, es war eine sentimentale Wiedersehensfeier von Menschen, die sich nie begegnet sind, dennoch aber vertraut miteinander waren.

Und dieser Kontrast zwischen dem triumphalen Volksfest und den bemüht kühlen, nicht öffentlichen Begegnungen in Washington illustrierte zugleich die auf den ersten Blick widersprüchlich erscheinende Strategie, der sich nicht nur die Reagan-Administration, sondern auch Schtscharanskij in ihrem Bemühen um die 400 000 Juden, die heute noch die Sowjetunion verlassen möchten, unterworfen haben. „Wir müssen mit einer Mischung von stiller Diplomatie und öffentlichem Druck die Sowjets in dieser Frage zum Handeln bewegen", sagte er in einer Pressekonferenz in Washington.



Präsident Reagan empfängt Anatolij Schtscharanskij im Weißen Haus FOTO: AFP

„Stille Diplomatie allein genügt nicht. Sie muß durch öffentliche Kampagnen gestützt werden, die Druck hinter diese Diplomatie setzen", ergänzte er später vor den Kongreßmitgliedern auf dem Kapitol und ließ keine Zweifel, welche Rolle er in dieser Doppelstrategie zu spielen wünscht.

„Ich bin frei, doch 400 000 Juden werden noch in der Sowjetunion festgehalten. Dutzende von Mitgliedern der Helsinki-Gruppe befinden sich noch in Arbeitslagern. Die Rolle, die Sie als Kongreßmitglieder bei der Formulierung der amerikanischen Politik spielen, gibt Ihnen die einzigartige Gelegenheit, die Sowjetunion dazu zu bringen, den Juden in der Sowjetunion die Tore zu öffnen."

Er gab direkte Hinweise darauf, welche Maßnahmen er vom Kongreß erhofft. Das sogenannte „Jackson-Amendment", das einen direkten Zusammenhang herstellt zwischen dem Ausmaß des amerikanischen Handels mit der Sowjetunion und der Verwirklichung und Beachtung der Menschenrechte durch Moskau müsse erneuert und gestärkt werden. Und für den bevorstehenden Besuch Gorbatschows in Washington plant er, die dort zu erwartende „stille Diplomatie" mit einer symbolhaften öffentlichen Kampagne zu begleiten.

Er hat vorgeschlagen, daß für die 400 000 Juden, die die Sowjetunion verlassen möchten, zu diesem Gipfel 400 000 amerikanische Juden nach Washington kommen, „um der sowjetischen Führerschaft zu demonstrieren, daß sie niemals unsere Solidarität zerstören können".

Es war ein bemerkenswerter Auftritt in der Rotunda des Kapitols. Er hat genug durchgemacht in den letzten neun Jahren, um zu hassen, doch er predigt keinen Haß. Er predigt Entschlossenheit, Härte, Unnachgiebigkeit, und er redet eindringlich in das Gewissen der Welt, jene nicht zu vergessen, die er zurückließ. Die Zahl 400 000 kehrt als Thema in jeder Rede, jedem Interview, jeder Randbemerkung wieder. „Nicht der KGB ist der schrecklichste Helfer der Tyrannei", sagt er, „sondern die Vergeßlichkeit."

Am Tag zuvor hatte es in New York die bewegendste Begegnung dieser USA-Reise gegeben. Nach zehnjähriger Trennung traf er zum ersten Mal Jelena Bonner wieder, die Frau Andrej Sacharows und Mitbegründerin der Helsinki-Gruppe. 15 Minuten waren sie zusammen. Ihr Gespräch, ihre Gefühle und ihre Reaktionen blieben vertraulich. „Es war eine bewegende Mischung von kindlicher, ausgelassener Freude und hilfloser Trauer", sagte der Verleger Robert Bernstein.

„Wir müssen den Helsinki-Prozeß fortsetzen", sagte Frau Bonner anschließend, deren Aufenthaltsgenehmigung in den USA am 2. Juni abläuft, dann zitierte sie einen Satz Sacharows aus seiner Nobelpreisrede: „Friede, Fortschritt und Menschenrechte müssen als eine Einheit zusammengehalten werden." Es war das Äußerste, was die Normen der „stillen Diplomatie" diesem Gast mit der geborgten und immer knapper werdenden Freiheit auf Zeit als letzten bittenden Warnruf zuließen.

„Feindseliges" Milchpulver

AFP, Warschau

Die polnische Regierung unterscheidet bei den Sammlungen im Westen, die dem Ankauf von Milchpulver für Polen dienen, zwischen „aufrichtigen Geschenken" und solchen, die von „politischen Hintergedanken angeregt" wurden. So sei das vom US-Senat gespendete Milchpulver gewiß von „Feindseligkeit" verseucht, doch werde es von Polen dennoch angenommen, erklärte der polnische Regierungssprecher Jerzy Urban. Er kritisierte die von der Europäischen Gemeinschaft beschlossenen Einfuhrbeschränkungen aus den Ostblockländern. In Polen ist die Frischmilch möglicherweise durch die Reaktorkatastrophe von Tschernobyl radioaktiv verseucht.

Gespräche zwischen China und Taiwan

rtr, Taipeh

Die Volksrepublik China hat sich bereiterklärt, in Hongkong mit der Fluggesellschaft der Inselrepublik Taiwan Direktgespräche über die Rückgabe eines taiwanesischen Fracht-Flugzeugs aufzunehmen. Vor zehn Tagen war eine Maschine der Fluggesellschaft „China Airlines" auf dem Flughafen Kanton in der Volksrepublik gelandet. Bei den Gesprächen soll es auch um die Rückkehr eines Besatzungsmitgliedes gehen. Pilot und Copilot hatten in Kanton um eine Aufenthaltungsgenehmigung nachgesucht. Es handelt sich bei den Gesprächen um die ersten Direktkontakte zwischen den beiden Ländern seit der Teilung im Jahre 1949 handeln.

Pressepolitik der UdSSR verurteilt

dpa, Wien

Die Generalversammlung des Internationalen Presseinstituts (IPI) hat die sowjetische Informationspolitik nach dem Reaktorunfall von Tschernobyl verurteilt. In einer Entschließung heißt es unter anderem: „Das schwere Unglück im Atomkraftwerk von Tschernobyl unterstreicht auf dramatische Weise, daß die sowjetische Regierung, was den freien Fluß von Informationen über Grenzen hinweg betrifft, nicht nach dem Geist der Helsinki-Vereinbarungen gehandelt hat." Die Generalversammlung des Instituts appellierte auch an alle Regierungen und internationalen Organisationen alles zu tun, um die in Beirut entführten Journalisten zu befreien.

In Sachen Tschernobyl argumentiert die „Iswestija" jetzt mit Gott und Genscher

CARL GUSTAF STRÖHM, Wien

Der liebe Gott und der deutsche Außenminister Hans-Dietrich Genscher – das sind für die sowjetische Regierungszeitung „Iswestija" die beiden wichtigsten Zeugen und Helfer gegen die „anti-sowjetischen Verleumder", die den Reaktorunfall von Tschernobyl für ihre „finsteren Machenschaften mißbrauchen" wollen.

Zum ersten Mal in ihrer Geschichte beginnt „Iswestija" (unter der Überschrift: „In Gedanken an Tschernobyl") den Grundsatzartikel ihres „politischen Beobachters" mit der Beschwörung einer Macht, die es laut Marxismus-Leninismus eigentlich gar nicht gibt. „Bei unerwarteten Schicksalsschlägen," so die „Iswestija" wörtlich, „pflegten unsere Vorfahren immer wieder zu sagen: Wir alle wandeln unter Gott". Ohne sich auf den Streit über Gott einlassen zu wollen, müsse man jetzt, wie die Regierungszeitung fortfährt, sagen: „Wir alle wandeln unter dem Atom."

Auf die alte Pauke

Nach einer eher flüchtigen Beileidsbekundung für die Opfer der Katastrophe ruft die „Iswestija" den Bonner Außenminister Genscher zum Kronzeugen auf, daß die Welt nach Tschernobyl kleiner geworden sei, und daß alle zusammenhalten müßten und jetzt erst recht Maßnahmen zur Stärkung des Vertrauens zwischen Ost und West notwendig seien. Man könne, so das Moskauer Blatt, jedes der Worte Genschers unterschreiben.

Aber weder Gott noch Genscher vermögen die sowjetische Regierungszeitung daran zu hindern, im nächsten Atemzug auf die alte ideologische Pauke zu hauen. Denn, so donnert die „Iswestija", alle diese Freundlichkeiten könnten sich nicht auf die „besessenen Sowjetisten" beziehen – auf jene, die nach der Reaktor-Havarie (das Wort Katastrophe wird in den sowjetischen Medien peinlichst vermieden) „Panik verbreitet" und die Atmosphäre – so wörtlich – „mit der Radioaktivität des Mißtrauens gegen die Sowjetunion" vergiftet hätten. „Sie habe keine Zunge, sondern einen vergifteten Stachel im Mund." Und die Moskauer Regierungszeitung kommt zu einem überraschenden Schluß, der die Reaktorkatastrophe gewissermaßen in die Pädagogik emporhebt. Natürlich wäre es besser gewesen, so heißt es da, wenn die Erfahrung von Tschernobyl sich nicht ereignet hätte – „aber, wenn es schon passiert ist, dann gibt diese Erfahrung allen Ländern der Welt noch einmal die Möglichkeit, etwas zu lernen."

Wie sehr sich das Weltbild der sowjetischen Regierungszeitung durch Tschernobyl innerhalb von wenigen Tagen geändert hat, zeigt der Vergleich zweier Reportagen, die beide aus der ukrainischen Hauptstadt Kiew stammen. Die eine berichtet – immerhin eine Woche nach der Reaktor-Katastrophe – von einer wahren Idylle am 1. Mai 1986, dem Feiertag der Werktätigen: „Im frischen Grün der Kastanien, übersät von samtroten Tulpen, eingehüllt in das rote Tuch der Fahnen begeht die Hauptstadt der Sowjet-Ukraine den Mai-Feiertag. Fast 100 000 Menschen kamen auf die Hauptstraße Kreschtschatik und den Platz der Oktoberrevolution." Über irgendeine Katastrophe, über die damals bereits voll einsetzende Evakuierung aus dem nahe gelegenen Tschernobyl – kein einziges Wort.

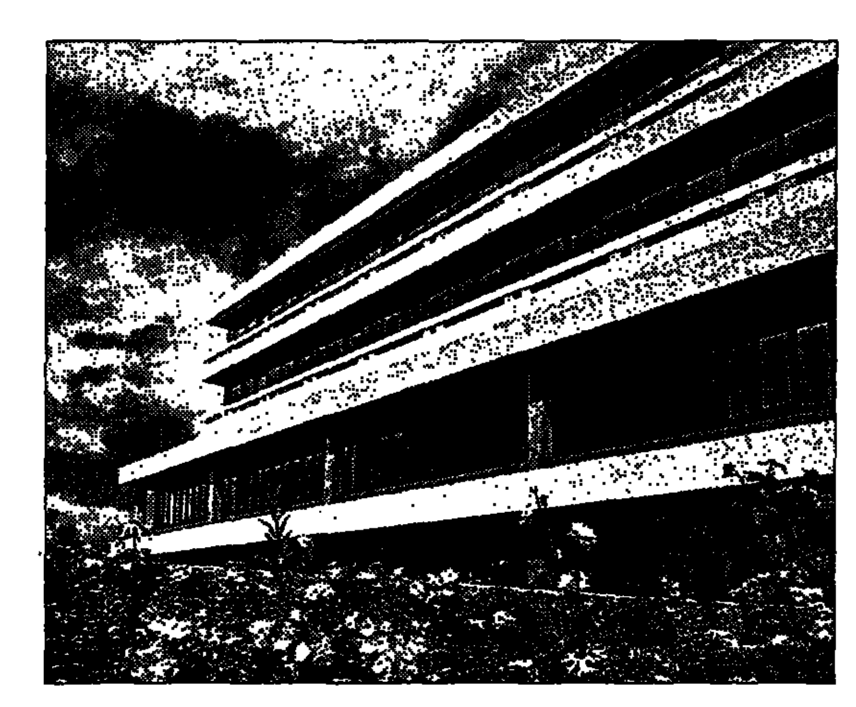
Zehn Tage danach ist alles anders: Nicht mehr von samtroten Tulpen und wehenden Fahnen ist die Rede – sondern von „Tagen der Sorge und des Alarms" (so die Schlagzeile der „Iswestija" vom 12. Mai). In einer Reportage aus Kiew berichtet sie, an den Zufahrtsstraßen der Stadt würden lange Schlangen von Personen- und Lastkraftwagen samt Insassen und Ladung sorgfältig auf Radioaktivität untersucht. Die Bewohner seien instruiert und ermahnt worden, vor allem Kinder nicht auf die Straße zu lassen.

Wie im Krieg

Über Evakuierte wird berichtet, die nicht glauben wollen, daß sie ihre Heimatorte im Unfallbereich auf lange Zeit – vielleicht für immer verlassen mußten. Der Reporter berichtet von einem „Stab", den das Rayonkomitee der Partei und des Sowjets des Gebiets Makarow gebildet hätten. Der Erste Parteisekretär betone, daß es wie im Krieg zugehe: „Der Staat arbeitet praktisch Tag und Nacht. Nach 24 Stunden werden die Führer abgelöst, sonst würde man es nicht aushalten."

Und auch das Akademie-Mitglied Welichow, ein enger Berater Gorbatschows, wird zitiert. Zwar beschwichtigt er, aber der Kernsatz seiner Aussage lautet: „Einstweilen werden unter schwierigsten Bedingungen hoher Radioaktivität im Kraftwerk Sonder-Arbeiten durchgeführt." So schnell kann sich für einen sowjetischen Zeitungsleser die Welt verändern.

Wer finanziert z. B. das deutsche Mekka der Gesundheit?



Die deutsche Klinik für Diagnostik in Wiesbaden. Von Patienten aus aller Welt aufgesucht. Von uns mitfinanziert.

Die Frankfurter.

Da sehen Sie, was man heute mit einer Hypothek von uns alles unternehmen kann. Unsere Kunden finanzieren damit Einfamilienhäuser und Eigentumsetagen, Miethäuser und Supermärkte, Produktionsstätten und Erholungsstätten. Oder auch einmal eine Klinik von überregionaler Bedeutung.

Mit uns können Sie über jede Planung reden, die wirtschaftlich sinnvoll ist. Gewerblich oder privat. Über Alt- oder Neubau, An- oder Ausbau. Über Kaufen oder Modernisieren. Über kleine Beträge oder Millionenbeträge.

Die Finanzierungen, die wir Ihnen vorschlagen, sind ideenreich wie Ihre eigenen Pläne. Wir garantieren Ihnen langfristig feste Zinssätze – bis zu 30 Jahren –, ganz wie es sich für Sie am besten rechnet. Unsere Berater helfen Ihnen, steuerliche Vorteile und staatliche Zuschüsse voll auszuschöpfen.

Nutzen Sie die Erfahrung, die Beweglichkeit und die Finanzkraft der Frankfurter.

Rufen Sie uns an. Zu einem ersten Gespräch. Sie erreichen uns in Frankfurt über den Anschluß (069) 29898-346. Oder über unsere Geschäftsstellen Berlin, Bielefeld, Braunschweig, Düsseldorf, Essen, Hamburg, Mannheim, München, Stuttgart, Wiesbaden.



Frankfurter Hypothekenbank

Wir geben Ihren Ideen Kredit.

Stoltenberg bestreitet Differenzen

DW. Bonn

Bundesfinanzminister Gerhard Stoltenberg ist gestern dem Eindruck entgegengetreten, daß es zwischen ihm und anderen Unionspolitikern in der Frage finanzieller Hilfen für die Bauern zu Meinungsverschiedenheiten gekommen sei (WELT v. 14. 5.). In einer von der Pressestelle seines Ministeriums übermittelten Stellungnahme heißt es: „Bundesfinanzminister Dr. Gerhard Stoltenberg hat persönlich beziehungsweise durch seinen zuständigen Staatssekretär an der Erarbeitung der Entlastungsmaßnahmen für die Bauern in der Agrarsozialpolitik mitgewirkt. Über die Ausgestaltung dieses Programms hat es am Montag keinerlei Differenzen mit dem Bundesfinanzminister gegeben.

Es bestand vor den Sitzungen Einvernehmen zwischen den beteiligten Bundesressorts, daß als Folge der Erweiterung der benachteiligten Gebiete für die Sozialförderung rund 100 Millionen Mark Bundesmittel zusätzlich benötigt werden. In den Sitzungen am Montag hat man sich ohne Kontroverse darauf verständigt, diesen Betrag mit rund 125 Millionen Mark anzusetzen."

Einen Vorbehalt in der Diskussion habe Stoltenberg zunächst gegen den Plan angemeldet, in einem Bundesland einen Großversuch zur Marktentlastung bei Grünbrache zu starten. Der Minister habe darauf hingewiesen, daß dieser Plan mit ihm nicht vorerörtert sei und einige Fragen mit ihm geklärt werden müßten. Nach einer „längeren Sachdiskussion" habe Stoltenberg „aufgrund der vorgetragenen Argumente und auf dringenden Wunsch der anderen Politiker von CDU und CSU" diesem Punkt zugestimmt. Als frei erfunden wurde die Darstellung bezeichnet, der Finanzminister habe die Koalitionsrunde mit der Bemerkung verlassen, er könne einen harmonischen Verhandlungsablauf nicht bestätigen.

DIE WELT (USPS 603-590) is published daily except sundays and holidays. The subscription price for the USA is US-Dollar 365,00 per annum. Distributed by German Language Publications, Inc., 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs, NJ 07632. Second class postage is paid at Englewood, NJ 07631 and at additional mailing offices. Postmaster: send address changes to: DIE WELT, GERMAN LANGUAGE PUBLICATIONS, INC., 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs, NJ 07632.

In Niedersachsen trifft Geißler auf eine Wand aus Angst vor den Strahlen

CDU-Generalsekretär: Selbst die Sorgen der Bauern treten in den Hintergund

DIETHART GOOS, Bonn

„Tschernobyl ist das im Wahlkampf alles überlagernde Thema. Selbst die Sorgen der Bauern treten da in den Hintergrund." Nach knapp sechs Stunden der Wählerwerbung in Friesland und im Oldenburgischen zieht CDU-Generalsekretär Heiner Geißler etwas erschöpft beim Biere spät abends diese Bilanz. Konkrete Strahlenangst und unterschwellige Sorge vor einer mit atomaren Risiken bedrohten Zukunft bewege die Menschen, nicht nur die politischen Gegner, sondern auch die CDU-Wähler.

Jugendliche Störer

Zum Blitzeinsatz war der CDU-„Trouble Shooter" aus seinem Hauptquartier an der Bonner Friedrich-Ebert-Allee nach Jever geflogen, um Stimmung für seine Christdemokraten zu machen. Im protestantischen Friesland steht die CDU nicht gerade auf festem Sockel, der Wahlkreis 99 in Jever wurde 1982 bei wenigen hundert Stimmen Vorsprung mit 42,8 Prozent vom CDU-Landwirt Andreas Luiken gewonnen. Wie die christlich-demokratische Union hier am 15. Juni abschneiden wird, wagt keiner recht zu prophezeien.

Vor der malerischen Kulisse des Schlosses hatten sich einige hundert Neugierige unter freiem Himmel versammelt. Doch manche von ihnen, meist Jugendliche, waren nicht gekommen, um den CDU-Generalsekretär anzuhören, sie wollten ihn vielmehr am Reden hindern. Die Transparente zeigten ihre Gesinnung. „Radioaktivität ist Tod auf Zeit mit Sicherheit." Oder: „Wir wollen leben, sauben und sicher, mit Sonne und Wind." Geißler versuchte, seinen jugendlichen Opponenten den Schneid abzukaufen: „Ich begrüße ganz besonders in unserer Mitte die politischen Gegner. Man kann bei der CDU immer seine Meinung sagen." Als die Krakeler jedoch nicht verstummen wollten, wurde der CDU-Generalsekretär schon deutlicher: „Man sollte sich hier mit dem Kopf auseinandersetzen, statt mit dem Kehlkopf und Trillerpfeifen." Und als auch diese Sprache nichts nutzte, wurde der nun sichtlich ärgerliche Geißler noch massiger: „Sie haben doch keine Argumente. Was wir hier hören, ist der Ausdruck des sozial-demokratischen Bildungsnotstandes der siebziger Jahre."

Später, im zünftigen Dorfgasthof von Stenum kurz vor Delmenhorst, ein gänzlich anderes Bild. Hier erreichte die Union vor vier Jahren satte 50 Prozent und sieht auch heute dem Wahlsonntag gelassen entgegen. Dennoch, Geißler wird auch hier vom Atom eingeholt. Als ein junger Mann besorgt kritisch nach den Möglichkeiten eines mittelfristigen Verzichts auf Kernenergie fragte, bedankte sich der CDU-Generalsekretär ausdrücklich für dieses Auskunftsverlangen.

„Konsequenzen ziehen"

Der Verzicht werde international irgendwann einmal möglich sein, wenn die neuen Technologien einsatzbereit sein würden. Für einen längeren Zeitraum werde man noch mit der Kernenergie leben müssen. „Nach Tschernobyl sind wir gescheiter als vorher und müssen daraus die Konsequenzen ziehen. Wir verlangen, daß die anderen Kernreaktoren um uns herum dieselbe Sicherheit bekommen wie unsere." Hier ist der Beifall fast stärker als bei der griffigen Warnung vor einer „Melonen-Koalition" in Niedersachsen: „Innen rot und außen grün." Sozialistische Geisterfahrer wollten hier ein rot-grünes Experimentierfeld schaffen. Das müsse verhindert werden.

Kohl spricht bei Sudetendeutschen

dpa, München

Mehr als 150 000 Besucher aus dem In- und Ausland werden beim traditionellen Pfingsttreffen der Sudetendeutschen Landsmannschaft am kommenden Wochenende in München erwartet. Erstmals in der Geschichte dieses Vertriebenentreffens wird mit Helmut Kohl auch der Bundeskanzler reden. Weiterer Festredner auf dem 37. Sudetendeutschen Tag ist Bayerns Ministerpräsident Franz Josef Strauß. Die Veranstaltung auf dem Messegelände der bayerischen Hauptstadt steht unter dem Motto „Gerechtigkeit schafft Frieden". Zum Rahmenprogramm, das schon am 10. Mai begonnen hat, werden in 33 Einzelveranstaltungen ein Volkstumsabend, Trachtenschauen, Festkonzerte und Podiumsdiskussionen angeboten.

Albrecht wendet sich an die Bauern

lor. Bonn

Der niedersächsische Ministerpräsident Ernst Albrecht läßt in einem Rundbrief an die Bauern des Landes das Ausmaß seiner Sorge über mögliche Vertrauenseinbrüche in dieser Klientel klar erkennen. Wie aus dem der WELT vorab bekanntgewordenen Schreiben hervorgeht, beklagt Albrecht, daß „viele weitgehend zu Unrecht" die CDU-geführte Bundesregierung für die großen Schwierigkeiten verantwortlich machten, mit denen die Landwirtschaft derzeit zu kämpfen habe. Dem hält er die nach seinem Drängen vom Bundeskabinett verabschiedeten Hilfen für die Bauern entgegen. In dem Brief werden allerdings nicht die Sorgen der Bauern nach dem Unfall von Tschernobyl aufgegriffen, die den Wahlkampf mittlerweile beherrschen.

Strafanträge im Rheinmetall-Prozeß

AP, Düsseldorf

Haftstrafen zwischen zweieinhalb Jahren und 21 Monaten hat die Staatsanwaltschaft gestern im Rheinmetall-Prozeß gefordert. Die vier angeklagten Manager des Düsseldorfer Rüstungsunternehmens haben, wie die Staatsanwaltschaft nach viermonatiger Beweisaufnahme für „eindeutig erwiesen" hält, gegen das Kriegswaffen-Kontrollgesetz und das Außenwirtschaftsgesetz verstoßen. Zwischen 1977 und 1980 hätten sie Waffen im Wert von 200 Milionen Mark ohne die notwendige Bonner Genehmigung nach Saudi-Arabien, Argentinien und Südafrika exportiert. „In zum Teil geradezu hinterhältiger Weise" seien die für Waffenexporte zuständigen Bundesbehörden über den Endverbleib der Waffen getäuscht worden.

Briefe an DIE WELT

DIE WELT, Godesberger Allee 99, Postfach 200 866, 5300 Bonn 2, Tel. 0228/30 41, Telex 8 85 714

Grobe Vereinfachung?

„Gegen Hunger und Gewalt hilft nur eine wirksame Entwicklungshilfe"; WELT vom 8. Mai

In seinem Beitrag kommt Dr. Warnke, Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit, zu dem Schluß, daß Familienplanung nicht Ersatz, aber sinnvolle und notwendige Ergänzung der Entwicklungspolitik sei. So weit, so gut.



Dr. Uwe Holtz, MdB, SPD
FOTO: JUPP DARCHINGER

Für äußerst bedenklich aber halte ich, daß Herr Warnke Armut, Hunger, Aggression, Brutalität und Sittenverfall, ja die Vergiftung und Plünderung unseres Planeten auf das Bevölkerungswachstum zurückzuführen sucht. Eine solche Vereinfachung ist unredlich und verschweigt, daß Hunger, Unterernährung, Krankheiten, Arbeitslosigkeit und Unterbeschäftigung nicht nur Folgen, sondern auch Ursachen eines zu hohen Bevölkerungswachstums sind.

Diese Ursachen müssen beseitigt werden, wenn Familienplanung greifen soll: Wenn eine hohe Geburtenrate in vielen Ländern der Dritten Welt angesichts der dortigen wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Zustände durchaus „sinnvoll" ist (z. B. zur Alterssicherung), kann eine andere Rationalität nur über eine Änderung dieser Zustände begründet werden. Wer diesen Zusammenhang verschweigt, erschwert die Lösung des Problems. Der Erfolg ist nur auf beiden Wegen möglich: Familienplanung muß einhergehen mit konkreten wirtschaftlichen und sozialen Verbesserungen gerade für die Ärmsten.

Eine Politik freilich, die unter einer „Verbesserung der Wirksamkeit" den Rückfall in nur ökonomisch orientierte Modernisierungsstrategien versteht, muß diese sozialen Zusammenhänge soweit wie möglich ausblenden. Die beste Pille zur Eindämmung des Bevölkerungswachstums aber ist wirtschaftliche und soziale Entwicklung.

Dr. Uwe Holtz, MdB, SPD, Vorsitzender des Ausschusses für wirtschaftliche Zusammenarbeit

Was Tschernobyl zeigte

„Was könnte sein, wenn ..."; WELT vom 6. Mai

All das in der Glosse Angeprangerte ist allein eine sekundäre, logische Folge einer in 14 Tagen erwiesenen Tatsache mit einer unglaublichen, gespenstigen Erkenntnis für eine wirkliche lebens- und lebensraumbedrohende Gegebenheit und ihre Vorstufen. Die Bundesregierung als bundesoberste Gesetzes- und Verwaltungsbehörde in ihrer Erst- und Hauptverantwortlichkeit hat bis heute keinen im einzelnen ausgearbeiteten, bekannten und allseits vermittelten Verhaltens- und Handlungsplan, der bis in die kleinste Anweisungs-, Ordnungs- und Betreuungsebene einwirkt, für ein Ereignis und erst recht nicht einen Notfall dieser Art in den unterschiedlichen Stufen von der einfachen Belästigung bis zur möglichen tödlichen Bedrohung der Menschen und der Vernichtung des Lebensraumes; weder kleinräumig noch großräumig.

„Über nicht vorbereitete Telefonleitungen, nicht vorhandene Informationswege und -zwänge, über widersprechende Empfehlungen, Verbote, Datenangaben und Risikohinweise, über Ungefährlichkeitserklärungen und Warnungen in gleicher Sache, über nicht bekannte, nicht festgelegte Grenzwerte, Verbote von Mitteilungen über Meßdaten, Schlagwörterkonsum, Scheinheiligkeit und Schuldabschiebung bis hin zur einsetzenden Lobbytätigkeit reicht die Palette des Versagers.

Heinz Becker-Rummel, Steinheim

*

In der Tat: Die Reaktor-Reaktionen, die sich zur Zeit bei uns abspielen, sind kabarettreif. Im Sandkasten spielende Kinder beliebe man bei der Heimkehr zu waschen. Am besten von Amts wegen, dann zahlt das Sozialamt. Von der Geldwaschanlage zur Kinderwaschanlage. Der Fortschritt ist nicht aufzuhalten. Bei Regen bediene man sich des Regenschirms. Difficile est ...

Der Boden der Bundesrepublik ist für Jod 131, Cäsium 137 etc. seit Jahren gut vorbereitet. Kein Tag, an dem die Medien nicht neue Giftmeldungen lanciert haben: Gift im Kleiderschrank, Gift im Klo, Gift in der Leberwurst, Gift im Mineralwasser, ad infinitum. Kein Wunder, daß sich der Bundesbürger angesichts dieses Dauerfeuers von Giftmeldungen nur noch müde an die Stirn tippt.

Nur die WELT, das darf ich als langjähriger Leser einmal feststellen, bildet eine rühmliche Ausnahme, indem sie sich stets bemüht hat, den Boden sachlicher Betrachtung nicht zu verlassen.

Mit freundlichen Grüßen Gerd Koenemann, Hamburg 65

Wort des Tages

„Um die Wahrheit wahrscheinlicher zu machen, muß man ein bißchen Lüge hineinmischen."

Fedor Dostojewski, russischer Dichter (1821–1881)

Auf Weisung

„Macht wirklich jeder es so wie Bereslav Schmitz?"; WELT vom 5. Mai

Sehr geehrte Damen und Herren,

ob der CDU-Fraktion wegen ihrer eher moderaten Haltung zu dem Ablauf des staatsanwaltschaftlichen Vor-Ermittlungsverfahrens tatsächlich „das Fell über die Ohren gezogen" worden ist, sei dahingestellt: Die Opposition im nordrhein-westfälischen Landtag besteht jedenfalls nicht allein aus der CDU, sondern auch aus der FDP.

Gerade die in jeder Hinsicht ungewöhnlichen „Parallel-Ermittlungen" der Kölner Generalstaatsanwaltschaft und die widersprüchliche Haltung des nordrhein-westfälischen Justizministeriums sind von der FDP scharf kritisiert worden.

Darüber hinaus hat die FDP Konsequenzen gezogen und – gemeinsam mit der CDU – einen Antrag zur Änderung des Landesbeamtengesetzes eingebracht. Der zweifelhafte Eifer des Kölner Generalstaatsanwalts nicht erst bei der Frage, ob gegen den Bundeskanzler ermittelt werden solle, kommt nach Auffassung der FDP nicht von ungefähr: Daß in Nordrhein-Westfalen auch Generalstaatsanwälte politische Beamte sind (statt ausschließlich an Recht und Gesetz gebunden zu sein), ist eine beamtenrechtliche Fehlkonstruktion, die einen „vorauseilenden Gehorsam" geradezu provoziert und die deshalb schnellstmöglich abgeschafft werden sollte – und sei es, die Justiz auch nur vor dem Anschein zu schützen, daß politische und parteiliche Gründe bei schwierigen Entscheidungen mitberücksichtigt werden könnten!

Mit freundlichen Grüßen Michael Ruppert, MdL, Düsseldorf

Vergessen?

Die WELT berichtete am 3. Mai über die für 1987 ausgewählten Briefmarkenprogramme. Ich finde es zutiefst bedauerlich, daß wohl abgelehnt wurde, dabei Ernst Wiecherts zu gedenken (Wiechert wurde am 18. Mai 1887 geboren). Falls ja: mit welcher Begründung? Ist im „Programmbeirat" der Bundespost und im zuständigen Referat ein fundiertes literarisches Urteil gewährleistet?

Dr. Herbert Czaja, MdB

Personen

EHRUNGEN

König **Juan Carlos** von Spanien wurde mit dem Europa-Preis 1986 ausgezeichnet, der vom Rat der Coudenhove-Kalergi-Stiftung in Lausanne vergeben wird. Die Preisverleihung soll im Juni in Madrid stattfinden. Der Preis, der aus einer Goldmedaille und einer Urkunde besteht, wird seit 1968 Persönlichkeiten verliehen, die sich um die Einheit Europas verdient gemacht haben. Unter den bisherigen Preisträgern sind der ehemalige französische Premierminister **Raymond Barre**, die früheren Präsidenten Griechenlands und Italiens, **Konstantin Tsatsos** und **Sandro Pertini**, sowie der österreichische Bundespräsident **Rudolf Kirchschläger**.

*

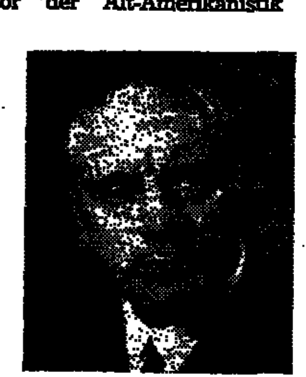
Der frühere Präsident des Reformierten Weltbundes, der amerikanische Theologe und Philosoph **James McCord** (66), hat den mit 230 000 Dollar dotierten Templeton-Preis erhalten. McCord wurde für seine Pionierarbeit in der theologischen Ausbildung geehrt. Zu den bisherigen Preisträgern zählen Mutter **Theresa** von Kalkutta, der amerikanische Evangelist **Billy Graham** und der sowjetische Schriftsteller **Alexander Solschenizyn**.

WAHL

Der Münchner Schriftsteller **Gerhard Köpf** ist zum neuen Stadtschreiber von Bergen-Enkheim gewählt worden. Der 1948 in Pfronten/Allgäu geborene Autor tritt sein „Amt" am 29. August an.

GEBURTSTAGE

Heute feiert der emeritierte Direktor des Seminars für Völkerkunde der Rheinischen Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn, Professor Dr. **Hermann Trimborn**, seinen 85. Geburtstag. Der gebürtige Bonner studierte in Bonn und München und wurde mit 21 Jahren promoviert. An der Hochschule seiner Heimatstadt habilitierte er sich 1929. 1933 erhielt er einen Ruf auf die neugegründete Professur für „Arqueologia y Etnografia Precolombina de América" an der Universität Madrid. Der 1936 einsetzende Bürgerkrieg zwang ihn jedoch, nach Deutschland zurückzukehren. An der Universität Bonn begann er 1948 mit dem Aufbau des Seminars für Völkerkunde. Heute ist Hermann Trimborn nicht nur der Nestor der Alt-Amerikanistik im deutschsprachigen Gebiet, er ist auch im internationalen Bereich einer der führenden Wissenschaftler seines Faches.



Hermann Trimborn

*

Adolf Müller aus Remscheid, Mitglied des Deutschen Bundestages der CDU, feierte seinen 70. Geburtstag. Bei einem Empfang im Bonner Bundeshaus würdigten Fraktionschef **Alfred Dregger**, Bundesarbeitsminister **Norbert Blüm**, aber auch die SPD-Politikerin **Anke Fuchs** und Bundestagsvizepräsident **Dieter Julius Cronenberg** von der FDP die parlamentarische Arbeit Müllers, der aus der katholischen Arbeiterbewegung kommt und führendes Mitglied der CDU-Sozialausschüsse ist.

VERANSTALTUNG

Zwar nicht viel Geld in der Tasche, aber die Köpfe voller „Ideen, Innovationen, Initiativen" – so schilderte der Minister für Bundesangelegenheiten und besondere Aufgaben des Saarlandes, **Ottokar Hahn**, die Situation seines Landes, das jetzt auch mit einer Ausstellung seiner Wirtschaft in der Bonner Landesvertretung seine „neuen Konturen" zeichnen möchte. Neun Unternehmen beweisen, so Hahn, daß man zukunftweisende Technologien anbieten könne, daß man dabei Kohle als „schwarzes Gold mit umweltsauberer Weste" anbiete.

UNIVERSITÄT

Der Grafiker **Klaus Staeck** soll Gastprofessor an der Staatlichen Kunstakademie in Düsseldorf werden. Der in Heidelberg lebende Künstler soll vom Wintersemester 1986/87 an für drei Semester an der Hochschule zum Thema „Arbeiten am erweiterten Kunstbegriff" lehren.

KIRCHE

Thomas Ackermann (33), seit 1984 Pastor an der Gartenkirche in Hannover, hat zum Sommersemester an der Evangelisch-Theologischen Fakultät der Universität München eine neue Aufgabe als akademischer Rat übernommen. Ackermann wird sich mit Problemen der Neueren Kirchengeschichte, insbesondere mit Fragen des „spezifisch lutherischen Widerstandes im Dritten Reich" befassen.

GESTORBEN

Die argentinische Frauenrechtlerin und Sozialistin **Alicia Moreau de Justo** ist in Buenos Aires im Alter von 100 Jahren verstorben. Die am 11. Oktober 1885 in London geborene Tochter eines französischen Ehepaares im Exil wuchs in Argentinien auf, wo sie Medizin studierte und unermüdlich für das Frauenwahlrecht kämpfte, das in den fünfziger Jahren von **Evita Peron** eingeführt wurde. „Der Feminismus ist der sozialen Wirklichkeit nicht fremd: Die Frau befreit sich gemeinsam mit dem Mann, nicht gegen ihn", resümierte Alicia Moreau ihr feministisches und sozialistisches Engagement.

AUFSCHWUNG

FACTORING

DG DISKONTBANK-FACTORING
Ein Konzept fördert Umsatz.

Durch Factoring kennen Sie keine Forderungsverluste mehr. Und Ihre Außenstände werden sofort zu Guthaben.

Denn wir, die DG DISKONTBANK, übernehmen mit dem Ankauf Ihrer Forderungen das volle Ausfallrisiko und verwandeln Außenstände in bares Geld. Sofort nach Auslieferung Ihrer Waren.

Wenn Ausfallrisiken für Sie also kein Thema sein sollen, wenn Sie trotz hoher Außenstände sofort über Liquidität verfügen wollen, dann sollte DG DISKONTBANK-FACTORING für Sie zum Thema werden.

Wir übernehmen natürlich auch das Inkassowesen für Sie und führen Ihre Debitorenbuchhaltung.

DG DISKONTBANK AG,
Wiesenhüttenstraße 10,
6000 Frankfurt am Main 1,
Tel. (0 69) 74 47 04, Telex 4 170 681,
Btx *597001527#

Im Verbund der Volksbanken und Raiffeisenbanken

Rechnen Sie mit uns.



Das Ergebnis der neuen ADAC-Pannenstatistik:

WIR HABEN GESIEGT. SIE HABEN GEWONNEN. TOYOTA

ADAC
PANNENSTATISTIK 85

Die neuen Sieger heißen: Toyota Starlet in der kleinen Klasse. Und Toyota Corolla in der unteren Mittelklasse. Denn diese beiden hatten 1985 jeweils die wenigsten Pannen. Was vor allem die Qualität und Zuverlässigkeit der Toyota Mehrventil-Motoren besonders eindrucksvoll unter Beweis stellt. Für den Fahrer bedeutet das: weniger Ärger, weniger Reparaturen, weniger Autokosten. Der hohe technische Standard bei Toyota zahlt sich also in Mark und Pfennig für Sie aus. Hinzu kommen die steuerlichen Vorteile. Der ADAC-Klassensieger Starlet ist mit 1,0-*l*-Motor und 54 PS/40 kW ohne Katalysator steuerfrei. Sie sparen in 3 1/2 Jahren bis zu DM 750,–. Ebenfalls ohne Katalysator spart der ADAC-Klassensieger Corolla mit 1,3-*l*-Motor, 74 PS/55 kW und 5-Gang-Getriebe bis zu DM 109,- Kfz-Steuern pro Jahr. Beide lassen Ihnen die freie Wahl zwischen umweltfreundlichem, bleifreiem Benzin und dem verbleiten Normalbenzin. Und für beide gilt auch das günstige Finanzierungsangebot: **3,33%** effektiver Jahreszins bei 33 % Anzahlung und Laufzeiten von 12, 24 und 33 Monaten über die Absatzkreditbank.

Radabdeckung Sonderausstattung.

Den Starlet bekommen Sie ab DM 12.640,– und den Corolla ab DM 14.740,– unverbindliche Preisempfehlung plus Überführung. Treffen Sie Ihre Wahl. Und Sie haben gewonnen.

TOYOTA

Nichts ist unmöglich



Das aktuelle Fachbuch

Was Dioxin und Curare verbindet

Zu allen Zeiten kannten die Menschen Gifte – und fürchteten sie. Stets war der Begriff Gift für den Menschen mit starken Emotionen beladen, weil sich mit diesem Wort die Vorstellung von Leiden, Not und Tod verbindet. Magier, Priester, Alchemisten und „Hexen" manipulierten in früheren Zeiten mit Giften; Ärzte, Pharmazeuten und Chemiker arbeiten heute mit ihnen und erforschen ihre Wirkung.

Das Buch vermittelt einen ausführlich geschilderten kulturgeschichtlichen Überblick zum komplexen Thema Toxikologie. Es berichtet auch über Vorkommen, Gewinnung, Anwendung und Bekämpfung der im Tier-, Pflanzen- und Mineralreich vorkommenden Giftstoffe. Die Wirkung von Fuselölen und Zyankali auf den menschlichen Organismus wird ebenso wie die giftige Wirkung der Kugelfische beschrieben.

Für den naturwissenschaftlich Interessierten werden von Fall zu Fall die chemischen Strukturformeln gleich mitgeliefert. Ein minutiös ausgearbeitetes Sachregister ist bei der Benutzung als Nachschlagewerk besonders wertvoll. D.T.

„Gift: Magie und Realität, Nutzen und Verderben", von Dieter Martinez und Karlheinz Lohs. Callwey-Verlag, München 1986, 184 Seiten mit 95 einfarbigen und 52 vierfarbigen Abbildungen, DM 58.-

„Heilmittel", die keine sind

Zunehmend werden Psychopharmaka allzu bedenkenlos und ohne begleitende Psychotherapie als „Hausmittel" gegen seelische Störungen aller Art eingenommen. Die unkontrollierte Verabreichung dieser Medikamente birgt erhebliche Gefahren in sich, wie Überdosierung und Entstehung eventueller körperlicher Schädigungen, die Verschleierung von Erkrankungen und manchmal die Entwicklung von Gewöhnung und Abhängigkeit bis hin zur Sucht.

Die Autoren stellen die einzelnen Medikamentengruppen übersichtlich und umfassend vor, erklären, welche Psychopharmaka zu vermeiden und welche im gegebenen Fall genommen werden können. Wertvoll ist die Beschreibung eines menschenwürdigen Therapiekonzeptes als Gegensatz zu einer rein chemisch orientierten psychiatrischen Therapie: Die Kräfte der Selbstheilung und Selbstregulierung sollen dabei gefördert werden.

Interviews mit Patienten über ihre Erfahrungen, ein kleines Lexikon der Fachausdrücke, Adressen von Beschwerdezentren und Selbsthilfegruppen sowie ein Medikamentenverzeichnis runden diesen nützlichen Ratgeber ab.

D.T.

„Chemie für die Seele, Gefahren und Alternativen", von Josef Zehentbauer und Wolfgang Steck. Athenäum-Verlag, Königstein/Ts., 336 Seiten mit zahlreichen Abbildungen, DM 24,80.



Auf einigen deutschen Flughäfen ist das Verursachen von Lärm teuer geworden. So werden z. B. seit April dieses Jahres auf dem Münchner Flughafen in einer neuen Landegebührenordnung leise Flieger belohnt und laute bestraft. Für Flugzeuge, die die verschärften Lärmgrenzwerte der Internationalen Luftfahrtorganisation übertreffen, gibt es einen zehnprozentigen Rabatt. Zu dieser Klasse gehören z. B. der Airbus A 310, die Boeing 767, die DC 9/80 und der modernisierte Jumbo B 747

FOTO: DPA

Mangel mit schwerwiegenden Folgen

Mediziner sehen das Schilddrüsen-Vorsorgeprogramm in der Bundesrepublik gefährdet

Von VERA ZYLKA

Im Mittelpunkt der Verwirrung um die gesundheitlichen Folgen des Reaktorunfalles von Tschernobyl stehen nach wie vor die radioaktiven Isotope Jod 131 und Caesium 137. Dem Jod kommt dabei eine besondere Bedeutung zu. So reagierte die Bevölkerung aus Angst vor Strahlenschäden mit einem Run auf Apotheken und Panikkäufen von Jodtabletten. Daraufhin warnten Institutionen des Gesundheitswesens und verschiedene Behörden vor deren Einnahme, da wegen des geringen Fallouts von Jod-131 ihre Verabreichung unnötig war.

In der Öffentlichkeit wurde so ein falsches Bild über Nutzen und Risiken der unterschiedlichen Jodtherapien hervorgerufen. Die amtliche Warnung hat viele Patienten verwirrt, die Jodtabletten und andere Schilddrüsenmedikamente bereits seit Jahren aufgrund ärztlicher Verordnung einnehmen. Aber auch Bundesbürger, die Jodpräparate zur Vorbeugung einer Jodmangelstruma („Kropf") verwenden, sind zunehmend verunsichert.

Schutz vor Strahlen?

Von der Öffentlichkeit wurde nicht ausreichend beachtet, daß die behördlichen Warnungen vor der Einnahme von Jodtabletten sich ausschließlich auf Präparate mit tausendfach höherem Jodgehalt beziehen. Diese hochdosierten „Reaktorunfalltabletten" (100 Milligramm Kaliumjodid pro Tablette) dienen der „Blockierung" der Schilddrüse. Sinn dieses Präparates ist es, durch Aufsättigung des Organs mit therapeutischem Jod die Aufnahme des radioaktiven Isotops um den Faktor zehn zu verringern. Der Einsatz dieser hochdosierten Jodtabletten soll ausschließlich für den Atomunfall mit hohen Strahlenbelastungen vorbehalten sein.

Mediziner des „Arbeitskreises Jodmangel" sehen jetzt gefährdet, was sie seit Jahren in breitangelegten Kampagnen zum Schutz der Bevölkerung initiiert hatten. Die undifferenzierte Warnung der Anwendung von Jodtabletten übt eine solche Breitenwirkung aus, daß nunmehr von der Öffentlichkeit das Gesamtkonzept der Jodeinnahme zur Verhütung von Kropfbildung und Folgekrankheiten in Frage gestellt wird. Besorgt über diese Entwicklung äußerten sich jetzt die Mitglieder der Sektion Schilddrüse der Deutschen Gesellschaft für Endokrinologie, Prof. Dieter Hötzel und Prof. Peter Pfannenstiel.

Im Gegensatz zur Hochdosierung, wie sie die Einnahme von „Reaktorunfalltabletten" vorsieht, schützt hingegen die Applikation von Jod in physiologischer Dosierung (0,1 Milligramm Wirkstoff pro Tablette) die Gesundheit der Bevölkerung in doppelter Hinsicht: Einerseits schafft sie eine bessere gesundheitliche Ausgangslage bei etwaigen weiteren Atomzwischenfällen.

Prof. Pfannenstiel: „Eine jodverarmte Schilddrüse nimmt im Mittel 60 bis 70 Prozent des radioaktiven Jods auf, eine ausreichend mit Jod versorgte hingegen nur 20 bis 30 Prozent. Andererseits gelte es festzuhalten, so der Mediziner, daß eine geeignete tägliche Jodprophylaxe der Kropfbildung und Schilddrüsenfunktionsstörungen entgegenwirkt.

Jod stellt den Schlüsselbaustein der lebenswichtigen Schilddrüsenhormone dar, mit denen alle Stoffwechselvorgänge im menschlichen Organismus reguliert und im Gleichgewicht gehalten werden. Alle Bestandteile der Schilddrüsenhormone kann die Schilddrüse selbst auf biologischem Weg herstellen – mit Ausnahme des Elementes Jod.

Jodhaltige Nahrung

Ein Jodmangel hat eine verminderte Produktion von Schilddrüsenhormonen zur Folge. Dies äußert sich in Müdigkeit, nachlassender Leistungsfähigkeit, Nervosität, Konzentrationsschwäche, Kopfschmerzen, Herzbeschwerden sowie Lern- und Merkschwierigkeiten bei Schulkindern, im Extremfall in geistigen und körperlichen Reifungsstörungen von Neugeborenen.

Wird dem Organismus nicht über die Nahrung (Seefische, Muscheln, Vollmilch, Hühnereier, Äpfel, Spinat, jodiertes Salz) oder medikamentösen Ersatz die täglich erforderliche Dosis von 150 bis 200 Mikrogramm (Millionstel Gramm) zugeführt, dann versucht er aus eigenen Kräften diesen Mangel zu kompensieren.

So gelangen über die Schilddrüsenhormon-Konzentrationen im Blut ständig Informationen an die übergeordneten Regulationszentren, den Hypophysenvorderlappen und den Hypothalamus. Nach dem Prinzip der negativen Rückkopplung veranlassen sie die Schilddrüse zu einer zahlenmäßigen Vermehrung der Zellmasse, was einer Vergrößerung des Organs, der Kropfbildung, entspricht.

Vom Donnervogel zum Flüsterjet

Im Kampf gegen den Lärm von Passagierflugzeugen vermelden Physiker weitere Erfolge

Von HORST MEERMANN

Die Belastung durch Fluglärm, die in der Bundesrepublik Deutschland noch bis in die 70er Jahre hinein angestiegen war, hat in letzter Zeit abgenommen. Der Trend zu einer weiteren Verringerung der Fluglärmbelastung wird sich auch in Zukunft – trotz wachsender Anzahl der Flüge – fortsetzen, insbesondere, weil ältere durch neue, weniger laute Flugzeuge ersetzt werden. Dieses Fazit ziehen Prof. Ernst-August Müller, Direktor am Göttinger Max-Planck-Institut für Strömungsforschung, und sein Kollege Dr. Klaus Matschat nach über dreißig Jahren Forschungsarbeit zur Entstehung, Ausbreitung und Minderung des Fluglärms.

Zur Berechnung der Fluglärmbelastung verwenden die Forscher eine Vielzahl von Angaben. Die wichtigsten flughafenspezifischen Daten sind dabei: die Lage der Start- und Landebahnen, der Verlauf der An- und Abflugstrecken und die Belegung dieser Strecken mit Flügen von Flugzeugen bestimmter Typen und Beladungen.

Individuelles Lärmgebirge

Für jeden Einzelflug wird ein bestimmtes Flugverfahren zugrunde gelegt, beispielsweise für Abflüge ein lärmminderndes Startverfahren, das von der Bundesanstalt für Flugsicherung empfohlen wird. Aus den akustischen Eigenschaften der Triebwerke kann dann mit Hilfe der Schallausbreitungs-Gesetze für jeden Punkt auf dem Erdboden die gesamte aus den Vorbeiflügen in einem bestimmten Zeitraum resultierende Schallbelastung ermittelt werden. So erhält man für das Umland des Flughafens ein „Lärmgebirge", dessen Höhenlinien (Linien gleicher Lärmbelastung) vom Computer gezeichnet werden.

Die Genauigkeit der Vorhersage-Verfahren kann mit Hilfe der von den Flughäfen betriebenen Fluglärm-Meßstellen überprüft werden. Die Differenzen zwischen Meß- und Rechenwert liegen häufig unter einem Dezibel (dB). Klaus Matschat: „Ein Schallpegel-Unterschied von 1 dB kann vom Menschen gerade noch wahrgenommen werden."

Insgesamt lassen sich die zur Minderung des Fluglärms angewandten Maßnahmen in vier Gruppen unterteilen:
- Lärmreduktion an der Quelle, so durch den Einbau leiserer Triebwerke und durch deren geeignete Anbringung am Flugzeug;
- Vergrößerung des Abstandes zwischen Flugzeug und den Menschen, die dem Lärm ausgesetzt sind;
- Minderung des Schalls auf dessen Ausbreitungsweg, etwa durch den Einbau von Schallschutz-Fenstern in den Wohnhäusern, die in der Nähe des Flugplatzes liegen;
- Beschränkungen des Flugbetriebs, beispielsweise durch Verbote von Nachtstarts.

Zu den vielfältigen Maßnahmen zur Minderung des Fluglärms gehört auch ein bereits in den 70er Jahren entwickeltes Landeverfahren. Bei dem neuen Verfahren wurden der horizontale Anflug auf 900 m und die Fluggeschwindigkeit auf ca. 390 km/h angehoben. Die Geschwindigkeit wird erst auf dem Gleitweg bei niedrigem Klappenwinkel und niedrigem Schub reduziert.

Berechnungen verfeinern

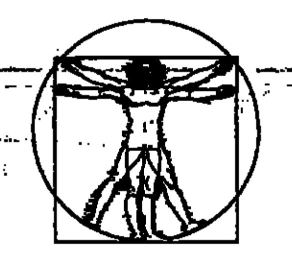
Erst etwa sieben Kilometer vor Landebahn-Anfang geht das Flugzeug in die Lande-Konfiguration über, die wegen des höheren Widerstands einen höheren Triebwerksschub benötigt und damit höhere Schallabstrahlung verursacht. Die erzielte Minderung des Lärmpegels beträgt je nach Ortslage bis zu 9 dB. Nachdem die Bundesanstalt für Flugsicherung bei den meisten deutschen Verkehrsflughäfen die Anflughöhe heraufgesetzt und die Staffelung der ankommenden Flugzeuge den erhöhten Fluggeschwindigkeiten angepaßt hat, wird das Verfahren seit 1975 allen Flugzeugführern zur Anwendung empfohlen.

In Zukunft wollen die Forscher des Göttinger Max-Planck-Instituts die Berechnungen der Fluglärmbelastung noch weiter verfeinern. Dazu Prof. Müller: „Die bisherigen Rechenverfahren sind standardisiert. Dabei gehen aber Feinheiten verloren, etwa die Abhängigkeit der Schallabstrahlung von der räumlichen Orientierung des Flugzeugs." Beispielsweise müsse man in die Berechnungen die Besonderheiten des Kurvenflugs einbeziehen oder auch die Art der vom Piloten ausgeführten Flugmanöver, etwa beim Steigflug nach dem Start.

NOTIZEN AUS LABORS UND INSTITUTEN

Gefräßige Ameisen

São Paulo (AFP) – Milliarden von Feuerameisen haben in wenigen Jahren im brasilianischen Bundesstaat Mato Grosso do Sul 230 000 Hektar Eukalyptuswald vernichtet. Die Eukalyptus-Wälder waren in den siebziger Jahren angepflanzt worden, um in dieser Region im Südwesten Brasiliens eine Holz- und Papierindustrie zu schaffen. Die ersten Symptome der wirtschaftlichen und ökologischen Katastrophe wurden bereits vor sechs Jahren festgestellt. Zu diesem Zeitpunkt waren bereits 65 000 Hektar Wald von den gefräßigen Ameisen vernichtet worden. Der brasilianische Agronom Nelson Teixeira de Mendonca sprach von der „größten Konzentration von Ameisenhaufen in der Welt".



Narkose-Computer

Bonn (DW.) – Ein Fortschritt auf dem Gebiet der Narkosesicherheit ist dem Bonner Institut für Anästhesiologie gelungen: In über zehnjähriger Forschung wurden Computerprogramme entwickelt, die es dem Narkosearzt ermöglichen, die optimale Dosierung der Schmerz- und Schlafmittel für die gewünschte Narkosetiefe im voraus zu berechnen. Während die Anästhesisten die Dosierung bisher nach Erfahrung und subjektiver Einschätzung des Patienten wählten, ist es jetzt per Computer möglich, die optimale Konzentration für den jeweiligen Patienten zu ermitteln. Dazu werden die Daten des Patienten – Alter, Anteile des Fett- und Muskelgewebes sowie Herzleistung – in einen Rechner gegeben, der dem Narkosearzt einen Dosierungsvorschlag macht.

„DDR"-Waldschäden

Berlin (dpa) – Die Bemühungen zur Bekämpfung der Waldschäden in der „DDR" sind nach den Worten von „DDR"-Forstwissenschaftler Prof. Horst Kurth in den letzten Jahren „sehr hoch". Kurth bezeichnete die schadstoffbedingten Schäden der Bäume in der Leipziger „Volkszeitung" als „ernstes Problem". Vordergründig gehe es darum, „bereits eingetretene Schäden zu mindern" und die Waldfunktion zu erhalten. Es gebe auch Versuche, „gegen Umwelteinflüsse weniger gefährdete Pflanzen zu züchten". Die „DDR" wolle den Bestand an Laubbäumen wieder erhöhen und vor allem den Fichtenanteil aus stärker belasteten Gebieten zurückdrängen. Auf einem Zehntel der Waldfläche würden zudem Koniferen eingebürgert, unter anderem Douglasien und Küstentannen.

Saljut-7 in Betrieb

Moskau (AFP) – Die beiden sowjetischen Kosmonauten Leonid Kisim und Wladimir Solowjew sind derzeit dabei, die Raumstation Saljut-7 betriebsbereit zu machen, in der sie sich seit einer Woche aufhalten. Dies meldete die sowjetische Nachrichtenagentur TASS. Am Montag hätten die Kosmonauten die Funktionstüchtigkeit des Steuersystems der Station überprüft. Jetzt stünden die Kontrolle und Wartung einiger Bestandteile der elektrischen Leitungen auf dem Programm. Kisim und Solowjew, die bereits seit zwei Monaten im Weltraum sind und sich zuvor in der neuen Raumstation Mir aufhielten, sind TASS zufolge bei guter Gesundheit.

Samstag auf der Wissenschafts-Seite

„Der Mensch – eine kosmische Episode?" – Über die neue Astronomie und die Stellung des Menschen im Kosmos sprach Adelbert Reif mit dem Direktor des Max-Planck-Instituts für Astronomie, Prof. Hans Elsässer.

*

„Als die Ursuppe nach Soda schmeckte" – Matthias Glaubrecht zur Vermutung Hamburger Geologen, daß Ozeane früher alkalisch waren.

Der Bundesverband der Deutschen Kalkindustrie e. V.  **informiert:**
Was hat Kalk mit dem Umweltschutz zu tun?



Kalk ist als bewährter und fortschrittlicher Naturstoff an der Herstellung einer unendlichen Zahl von Produkten direkt oder indirekt beteiligt. Es sind Produkte, die uns tagtäglich umgeben, die uns auf Schritt und Tritt begegnen.

So beweist Kalk zum Beispiel im Umweltschutz, was er kann. Kalk entschwefelt Rauchgase, macht Wasser zu Trinkwasser, reinigt Abwässer und befreit Klärschlämme von schädlichen Substanzen. Er ist der natürliche Helfer unseres vom sauren Regen bedrohten Waldes.

Aber das ist nur einer seiner vielen Anwendungsbereiche. Überall wird Kalk mit großem Erfolg eingesetzt. Und die Grenzen seiner Anwendungsmöglichkeiten sind noch längst nicht erreicht.

Kalk ist und bleibt ein unersetzliches Schlüsselelement unseres Lebens, ein Geschenk der Natur, ohne das es den Fortschritt von heute und morgen nicht gäbe.

Für mehr Informationen über „Kalk und seine überaus vielfältigen Einsatzmöglichkeiten" halten wir für Sie Informations-Broschüren bereit:
O Kalk in der Land- und Forstwirtschaft O im Umweltschutz O in der Baustoffindustrie O im Straßen- und Betonbau O in der Mörtel- und Putzindustrie O in der Industrie (d. h. Eisen und Stahl, Chemie, Glas, Zucker, Kosmetik, Papier ...)

Bitte anfordern beim:
Bundesverband der Deutschen Kalkindustrie e. V.,
Annastr. 67–71; 5000 Köln 51, Tel. 02 21/37 69 20, Telex 8 882 674

Kalk

Dr. Walter Matuschke

* 11. 5. 1903 † 8. 5. 1986

In stiller Trauer

Angela Fries-Matuschke, Wiesbaden
Bettina Matuschke-Jouannet, Genf
Cornelia Berman geb. Matuschke, Hamburg
Alexander Matuschke, München
Verena, Thomas, Julia als Enkelkinder

Die Trauerfeier findet am 16. Mai 1986, 11.00 Uhr, auf dem Friedhof Chapelle du Crématoire de St. Martin, Vevey, Schweiz, im engsten Familienkreis statt.

Bettina Jouannet
9 Avenue des Cavaliers CH–1224 Genf

Am 8. Mai 1986 verstarb kurz vor Vollendung seines 83. Lebensjahres

Dr. Walter Matuschke

Wir trauern um unseren ehemaligen Technischen Direktor, der sich große Verdienste um den Aufbau unserer Druckereien erworben hat. Als weltweit anerkannter Fachmann war er Gründer und Ehrenpräsident der internationalen Verbände der Druckindustrie IFRA (Inca – Fiej Research Association) und ERA (European Rotogravure Association).

AXEL SPRINGER VERLAG
Vorstand und Geschäftsführung

Wir trauern um

Dipl.-Ing.

Hellmut Eilsberger

Träger des Großen Verdienstkreuzes des Verdienstordens der Bundesrepublik Deutschland

Träger der belgischen Orden
Officier de l'Ordre de la Couronne
Officier de l'Ordre de Léopold II

Wie schon sein Vater hat der Verstorbene sein gesamtes berufliches Leben dem Hause Solvay in Deutschland gewidmet. Als Mitglied der Geschäftsführung der Deutschen Solvay-Werke von 1946 bis 1968 hat er in schwieriger Nachkriegssituation zunächst deren Existenz gesichert und das Unternehmen dann in zäher Aufbauarbeit zu ungewöhnlichem Erfolg geführt. In seiner Tätigkeit zeichneten ihn hohe persönliche Kultur, unternehmerischer Weitblick und stets ein besonderer Sinn für die Verpflichtung gegenüber allen Mitarbeitern aus.

In Dankbarkeit und Verehrung nehmen wir Abschied.

Aufsichtsräte, Geschäftsführer, Betriebsräte und Mitarbeiter
der
Deutsche Solvay-Werke GmbH

Sei getreu bis an den Tod,
so will ich Dir die Krone des
Lebens geben.

In Liebe und Dankbarkeit nehmen wir Abschied von

Dr. med. Karl Hermann Spannagel

* 29. November 1909 † 13. Mai 1986

Im Namen der Familie:

Ingeborg Spannagel
geb. Fuchs

5828 Ennepetal-Voerde, Milsper Str. 14, den 13. Mai 1986

Die Trauerfeier findet am Freitag, dem 16. Mai 1986, um 13.30 Uhr in der Friedhofskapelle Ennepetal-Voerde statt. Anschließend erfolgt die Beisetzung.

Bitte keine Beileidsbesuche und Beileidsbezeugungen am Grabe. Statt freundlichst zugedachter Blumen wird eine Spende zugunsten der Evang. Stiftung Lohernocken, Ennepetal-Voerde, Konto-Nr. 1 004 845, Sparkasse Ennepetal, BLZ 454 510 60, erbeten.

Allen, derer wir in unserer Trauer nicht gedachten, diene diese Anzeige.

Familienanzeigen und Nachrufe

können auch telefonisch oder fernschriftlich durchgegeben werden

Telefon: Hamburg
(0 40) 3 47–43 80,
oder –42 30

Berlin
(0 30) 25 91–29 31

Kettwig
(0 20 54) 1 01–5 18
und 5 24

Telex:
Hamburg
2 17 001 777 as d
Berlin 1 84 611
Kettwig 8 579 104

Liebe Leser

Schreiben Sie bitte die Chiffre-Nr. möglichst deutlich, wenn Sie auf eine Chiffre-Anzeige antworten. Sie ersparen sich damit Zeit und unnötige Rückfragen.

Wir sorgen für die Gräber.
Wir betreuen die Angehörigen.
Wir arbeiten für Versöhnung
und Frieden.

Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge
Werner-Hilpert-Str. 2, 3500 Kassel · Postgiro Kontonummer 4300-603 Frankfurt/Main, BLZ 500 100 60.

Unser Dankeschön für Sie
wenn Sie für die WELT einen neuen Abonnenten gewinnen



Ein Abonnement der Zeitschrift WELTKUNST
Aktuelle Zeitschrift für Kunst und Antiquitäten

Ein halbes Jahr alle 14 Tage ein aufwendig gestaltetes Heft mit vielen brillanten Farbbildern. Anerkannte Experten berichten aus der bildenden Kunst und dem Kunsthandwerk. WELTKUNST informiert Sie umfassend über bedeutende Ausstellungen, Auktionen, Kunstmessen und den Kunsthandel des In- und Auslandes. In jeder Ausgabe finden Sie den aktuellen Auktions-, Ausstellungs- und Messekalender.

Sprechen Sie mit Ihren Freunden und Bekannten, Nachbarn und Kollegen über die WELT, über ihre Aktualität, ihre Vielseitigkeit, ihre weltweite Sicht. Sicher werden Sie den einen oder anderen für die WELT gewinnen.

DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Der neue Abonnent kann den Auftrag innerhalb von 10 Tagen (Absende-Datum) schriftlich widerrufen bei: DIE WELT, Vertrieb, Postfach 30 58 30, 2000 Hamburg 36.

An: DIE WELT, Vertrieb, Postfach 30 58 30, 2000 Hamburg 36

Prämien-Gutschein

Ich bin der Vermittler. Ich habe einen neuen WELT-Abonnenten gewonnen (siehe untenstehenden Bestellschein). Als Belohnung dafür wünsche ich:

Das WELTKUNST-Abonnement

Vorname/Name: ______
Straße/Nr.: ______
PLZ/Ort: ______
Vorw./Tel.: ______ Datum: ______

Der neue Abonnent gehört nicht zu meinem Haushalt. Die Dankeschön-Prämie steht mir zu, wenn das erste Bezugsgeld für das neue Abonnement beim Verlag eingegangen ist.

Unterschrift des Vermittlers: ______

Bestellschein

Ich bin der neue WELT-Abonnent. Bitte liefern Sie mir die WELT mindestens 12 Monate ins Haus. *Der günstige** Abonnementspreis beträgt im *Inland* monatlich DM 27,10, anteilige Versandkosten und Mehrwertsteuer eingeschlossen. Die Abonnements-Bedingungen ergeben sich aus dem Impressum der WELT. Ich war während des letzten halben Jahres *nicht* Abonnent der WELT.

01-595

* Einsparung durch den günstigen Abonnementspreis gegenüber dem Einzelpreis jährlich DM 54,–!

Vorname/Name: ______
Straße/Nr.: ______
PLZ/Ort: ______
Vorw./Tel.: ______ Datum: ______

Unterschrift des neuen Abonnenten: ______

Ich habe das Recht, diese Bestellung innerhalb von 10 Tagen (rechtzeitige Absendung genügt) schriftlich zu widerrufen bei: DIE WELT, Vertrieb, Postfach 30 58 30, 2000 Hamburg 36.

Unterschrift des neuen Abonnenten: ______

Jubiläum für Rosenthals Quiz – Erfolg durch Zurückhaltung des Showmasters?

Es sprudeln des Rätsels Lösungsworte



Hans Rosenthal: „Das war Spitze"-Quizmaster FOTO: S.E.T.

Tempo bestimmt das Spiel. Spontaneität führt in die zweite Runde. Schlagfertigkeit bringt den Erfolg – im Fernsehen zumindest zehnmal jährlich anderthalb Stunden, wenn sich Schauspieler, Showstars, Sportler und Politiker zum Begriffe-Rufen treffen, wenn Quizmaster Hans Rosenthal alle die vor den Bildschirm lockt, die „sich gern amüsieren, keine Anstrengung, sondern Entspannung" (Rosenthal) wollen. Auf „Dalli-Dalli" sprudeln dann die Namhaften des Rätsels Lösungsworte hervor und erfüllen so die Forderung nach leichtem Entertainment, das die ZDF-Programmdirektoren der Sendung ins Konzept schrieben. Daß heute die 150. Folge ausgestrahlt wird, fünfzehn Minuten länger als üblich, spricht für den Erfolg des Ratesprints.

„Viele Ideen, um das Publikum noch lange gut zu unterhalten", faßt Hans Rosenthal seine Wünsche zusammen. Denn sein Zugpferd ist im Abendprogramm auch künftig am Start. „Solange ‚Dalli-Dalli' gut im Rennen liegt, wird es weiterlaufen", – zunächst bis Ende 1987, so weit reicht die Programmplanung.

Ständig aufgepeppt wird die Show, die von ihren Kandidaten oft akrobatisches Geschick fordert, aber in erster Linie Phantasie verlangt, um beispielsweise verbal und blitzschnell Reisegepäck oder Kochzutaten zusammenzusuchen. Zum Jubiläum nehmen mit Eduardo Foncillas und Adrien Meisch, Botschafter Spaniens und Luxemburgs in Bonn, erstmals

Dalli-Dalli – ZDF um 19.30 Uhr

Diplomaten auf den Kandidatenstühlen Platz. Und natürlich gibt es neue Spiele, bei denen jetzt die Zuschauer im Saal und zu Hause sogar Geld gewinnen können.

Damit das Publikum mitteilen kann, was es von dem Wettstreit vorn auf der Bühne hält, gibt es das gehüpfte „das war Spitze". Das Schlagwort stammt von Rosenthals Schwiegersohn. Das Springen war „beim ersten Mal ganz spontan". Um aber die Spiele stets „Spitze" werden zu lassen, testet Rosenthal sie vor ihrer Kamerapremiere.

Angefangen hat die „Dalli-Dalli"-Geschichte 1971. Hans Rosenthal sollte eine große Abendsendung konzipieren – kein schwieriges Denkspiel, keine Show mit Orchester und Ballett. In Berlin sollte das Quiz, das jetzt in München und Wien gedreht wird, ursprünglich immer starten. So erklärt Rosenthal auch den Titel: „Ich wollte gerne Schwung in die altehrwürdige Stadt bringen." Seitdem bietet der Quizmaster allen zu Hause die Chance, sich an den Berühmtheiten in der Kandidatenrolle zu messen. Denn bei „Dalli-Dalli" kann jeder mithalten und braucht sich nicht von vor wissen strotzenden Experten belehren oder gar frustrieren zu lassen.

Hans Rosenthal glaubt dabei, der Erfolg seiner Show gehe nicht allein auf das Konzept zurück: „Ich bin kein Star, sondern präsentiere die Gäste. Ich halte mich selbst im Hintergrund. Das ist sicher ein Grund, warum ‚Dalli-Dalli' länger hält als vergleichbare Quiz-Reihen."

MARTINA SCHLINGMANN

KRITIK

Einlullende Beschaulichkeit

Große Teile von Mexiko-Stadt, der größten Stadt auf unserem Planeten, sind – mit Verlaub – ein Dreckloch, das einem Vergleich mit der New Yorker Bronx allemal standhält. Dort, wo die Erde fast täglich bebt und nach einigen Stunden Aufenthalt die Augen unaufhörlich brennen, drängen sich bereits heute 18 Millionen Menschen – ameisengleich – auf einer Fläche von 1000 Quadratkilometern. Und der Zustrom reißt nicht ab, auch wenn die, die es wissen müssen, ständig warnen. Denn, so prophezeien die Experten, bei 25 Millionen ist alles vorbei, dann kommt der Kollaps, weil das Wasser nicht mehr getrunken, die Luft nicht mehr geatmet werden kann.

Wer das alles weiß, wundert sich über die bunten Bilder der Reportage am Montag **Wenn einer Stadt die Luft wegbleibt** (ZDF). Man wartet auf Szenen, die das Ausmaß dieser Gefahr deutlich machen. Vermittelt wurde indes museales Geplänkel, eingebettet in einlullende Beschaulichkeit. Was ZDF-Mittelamerika-Korrespondent Harald Jung da einsammelte, artete in eine gebremste Zustandsbeschreibung aus, zu hausbacken und zu bieder für das Medium Fernsehen. Nur wenige seiner Impressionen beeindruckten und gingen unter die Haut.

DIETER THIERBACH

Verhexte Schablonen

Wenn einer 75 wird, ehrt ihn auch das Fernsehen. Ist es Max Frisch, zeigt das ZDF **Andorra**. Ein „Modell", wie Frisch es nannte, aus „Zeiten, die auf Schablonen verhext sind". Daran hat sich auch in der Deutung des Stücks nichts geändert. Schablonenhaft sehen alle darin den Antisemitismus behandelt.

Doch der ist ja selbst Teil des Modells. Das Stück ist mehr. Wie in allen Werken Frischs seit „Stiller" (1954) geht es auch hier um die Identität des einzelnen und um die Möglichkeit, er selbst sein zu können. Und Frisch weiß – wie schon Kleist –, daß uns unser Ich erst von einem Du und vom Wir der anderen zukommt. Andri kann nicht „wie alle" sein, wenn alle ihn spüren lassen und es ihm sagen, daß er „anders" ist.

Der recht trockenen Düsseldorfer Aufführung, die das ZDF aufzeichnete, war das schon auf der Bühne nicht zu entnehmen. Regisseur Peter Heusch hatte sich allzu sehr auf die Brecht-Technik verlassen, die Frisch gerade in diesem Werk meisterlich auf die Spitze trieb. Nur ist sie in dem Vierteljahrhundert, die „Andorra" alt ist, ziemlich ranzig geworden. Der Bildregisseur muß das gemerkt haben: Um den Mangel auszugleichen, arbeitete er anfangs mit Gegenschnitten: Barblin auf der Straße, die Bürger in der Kneipe. Nur hielt er das Verfahren nicht durch, und die Inszenierung, in der die Figur des Andri nicht im mindesten entwickelt ist und keinerlei Wandlung durchmacht, war durch diesen Trick nicht zu retten. Wenn einer 75 wird, ist er zu ehren, gewiß. Nur darf das nicht zur Pflichtübung werden.

HORST ZIERMANN

Abschreckung gegen Spielzeug

Fernsehen und Politik haben eine Wechselwirkung, wenn flache Sendungen die einzige Informationsquelle sind. Zum Beispiel **Panorama** (ARD) über die neuen chemischen US-Waffen. Man erhielt den Eindruck, bornierte Militärs hätten nichts anderes im Sinn als C-Krieg. Moderator Gatter seufzte fromm: „Als ob es nicht schon genug brandgefährliches Kriegsspielzeug in Europa gäbe!" Daß die USA sich verpflichtet haben, chemische Waffen nicht als erste einzusetzen, blieb unerwähnt; ebenso, daß gerade beschlossen wurde, neue US-C-Waffen nicht in Friedenszeiten hier zu lagern.

Gut war allerdings – wohl ungewollt –, Soldaten in C-Schutzkleidung zu zeigen, denn die Hälfte der konventionellen Stärke ginge verloren, wenn die Verteidiger in die umständlichen Anzüge gezwungen würden. Daß man den potentiellen Angreifer auf allen Ebenen abschrecken muß, wurde aber auch nicht erwähnt.

cvb



ARD/ZDF-VORMITTAGSPROGRAMM

nur im ZDF-Kanal:
08.57 Heute im Parlament
Neue Heimat
nur in den ARD-Kanälen:
9.10 Die Sendung mit der Maus
9.45 Info Arbeit und Beruf
10.00 Tagesschau und Tagesthemen
10.25 Deutschland – Holland
Fußball-Länderspiel
12.00 Umschau
12.10 ZDF Magazin
13.00 Tagesschau

ARD

15.50 Tagesschau
16.00 Expeditionen ins Tierreich
Heinz Sielmann zeigt: Eine Welt der Gefiederten
Nahe Walsrode liegt einer der größten Vogelparks der Welt, der Einblicke in die Vogelwelt von fünf Kontinenten ermöglicht.
16.45 Die Abenteuer von Tom Sawyer und Huckleberry Finn
17.10 Fußballschule
Libero, Mann- und Raumdeckung
17.45 Tagesschau
Dazw. Regionalprogramme
20.00 Tagesschau
20.15 Profite aus dem Pulverfaß
Waffenhändler packen aus
Ein Film von Jürgen Roth
21.00 Der 7. Sinn
21.05 Extratour
22.30 Tagesthemen
23.00 Blaubart
Fernsehspiel nach Max Frisch
Ein Internist ist angeklagt, seine sechste Frau, die nach der Trennung eine Edelprostituierte wurde, ermordet zu haben.
0.35 Tagesschau
0.40 Nachtgedanken

ZDF

16.00 heute
16.04 Feste feiern
Eine serbische Slava
Anschl. heute-Schlagzeilen
16.35 Verkehrsarena
Tips für jugendliche Fahrer
17.00 heute / Aus den Ländern
17.15 Tele-Illustrierte
17.45 Der rosarote Panther
Anschl. heute-Schlagzeilen
18.20 Wanderjahre
19.00 heute
19.30 Dalli-Dalli
Spiel mit Hans Rosenthal
21.15 Reisebilder aus der DDR
Altenburg – die Skat-Stadt
Film von Ronald Knetschke
21.45 heute-journal
22.05 Edvige Scimitt
Fernsehspiel von Matthias Zschokke
23.35 Zeugen des Jahrhunderts
Adolf Butenandt im Gespräch mit Peter Koslowski
Butenandt wurde im Jahre 1939 mit dem Nobelpreis für Chemie ausgezeichnet, doch Berlin verbot ihm die Annahme
0.40 heute

III.

WEST

18.00 Telekolleg II
18.30 Die Sendung mit der Maus
19.00 Aktuelle Stunde
20.00 Tagesschau
20.15 Lodernde Flammen
Amerikanischer Spielfilm (1942)
21.35 Filmtip
21.45 In Sachen Ernst Thälmann
22.25 Kulturszene
23.10 Ossip Mandelstam
Der russische Dichter
23.50 Tips für Leser

NORD

15.00 Damen-Tennis aus Berlin
17.00 Sportpressefest Hannover
Aufzeichnung vom 7. Mai
18.00 Die Sendung mit der Maus
18.30 Buddha für das Abendland?
19.15 Die Erde lebt: Die Wüste
20.00 Tagesschau
20.15 Die Goldfalle
Amerikanischer Spielfilm (1964)
21.15 Bücherjournal
22.35 Frauen
Schriftstellerin Saliah Scheinhardt
23.20 Nachrichten

HESSEN

18.00 Tränengesicht und dunkler Fluß
18.30 Hessen Drei heute
18.35 Sammler und Gesammeltes
19.00 Rund ums Zwiebelmuster
19.20 Hessenschau
19.55 Drei aktuell
20.00 Die Bienenkönigin
Ital.-franz. Spielfilm (1963)
21.25 Autoreport
21.30 Drei aktuell
21.45 Kulturkalender
22.15 J. R. Oppenheimer, Atomphysiker
23.10 Frankfurter Poetikvorlesungen
Hermann Lenz

SÜDWEST

19.00 Abendschau
19.26 Sandmännchen
19.30 Zum Teufel mit der Armut
Italienischer Spielfilm (1945)
Nur für Baden-Württemberg:
21.00 9 aktuell
21.15 Politik Südwest
Nur für Rheinland-Pfalz:
21.00 Neues um 9
Nur für Rheinland-Pfalz:
21.15 Transparent
Gemeinschaftsprogramm:
21.45 Sport unter der Lupe
22.30 So isses

BAYERN

18.15 Hauptsache Beruf
18.45 Rundschau
19.00 Wirbelwind der Liebe
Amerikanischer Spielfilm (1941)
20.50 Evangelische Religion in der Schule
Bestandsaufnahme
21.35 Rundschau
21.50 Wandel ohne Revolution
Notizen aus Südafrika
22.35 Im Gespräch
23.25 Rundschau
23.25 Elf Uhr nachts
Französ.-ital. Spielfilm (1965)

SAT 1

15.00 Marco
15.30 Lassie
Anschl. Betty Boop
16.00 Musicbox
17.00 Kicker-Stammtisch
18.00 Boomer, der Streuner
Anschl. Dick Tracy
18.30 APF blick
18.45 Show und Talk
Mit Laura Branigan
19.45 Salz und Pfeffer
Englisches Kriminallustspiel (1967)
Mr. Salz und Mr. Pfeffer betreiben im Londoner Westend einen Nachtclub, in dem sie mit erstaunlichem Geschick den Leuten das Geld aus der Tasche ziehen. Bis ihnen ein Toter zur Türe hereinfällt.
21.30 APF blick
22.15 Musikalischer Spaziergang
Durch London
22.45 High Chaparral
Der Whisky-Krieg
23.35 AFP blick



19.00 Essen und Trinken
Unser täglich Brot
19.45 Europa – Deine Weine
Piemont
20.00 Tagesschau
20.15 Unter Ausschluß der Öffentlichkeit
Aktion Warenhaus

3SAT

18.00 Mini-ZIB
18.10 Sport-Zeit
19.00 heute
19.20 3SAT-Studio
19.30 Derrick
Zeuge Yurowski
20.30 Rundschau
Aus Schweizer Sicht
21.15 Zeit im Bild 2
21.35 Kulturjournal
21.45 Brennpunkt Brooklyn
Amerikanischer Spielfilm (1971)
Mit Gene Hackman, Roy Scheider
Regie: William Friedkin
Doyle versieht seinen Dienst als Detektiv des New Yorker Rauschgiftdezernats mit einem Fanatismus, der an Hysterie grenzt.

RTL-plus

18.35 Komm doch mal in die Küche
18.53 7 vor 7
19.22 Karlchen
19.30 Knight Rider
20.15 RTL-Spiel
20.20 Filmvorschau
20.30 Halleluja, der Teufel läßt euch grüßen
Ital.-span. Spielfilm (1968)
22.22 RTL-Spiel
22.27 Neu im Kino
23.00 Zeichentrick für Erwachsene
23.05 Wetter/Horoskop/Betthupferl

INSIDER-INFORMATIONEN
für Zulieferer der Raumfahrt-Industrie

Der Markt für die europäischen Raumfahrt-Programme wächst. Speziell für Zulieferer gibt es RAUMFAHRT-WIRTSCHAFT, den ersten europäischen Busineß-Report. Zweimal monatlich:

● Hintergrundinformationen ● Neue Anforderungen ● Auswahlkriterien für Newcomer ● Ausschreibungen ● Neues aus Forschung und Industrie ● Trends und Analysen

Probeabonnement für drei Monate: DM 195,-.

Zu beziehen bei:

Dr. Harnisch Verlags GmbH, Abt. R-W
Blumenstraße 15, 8500 Nürnberg 1

Auslieferungslager
Hannover – Braunschweig – Minden – Kassel
(nördlich bis Lüneburg – südlich bis Bad Hersfeld)
Lagerservice rund um die Uhr, flächendeckende, pünktliche u. zuverlässige Auslieferung im 24-Std.-Takt (auch Kleinverteilung), klimatisierte Lagerräume, Kastenfahrzeuge mit Kühlaggregat. Anlieferzeiten und Tage werden auf Ihre Wünsche abgestimmt. Fa. Horst Grundmann, 3418 Usla 2, Tel.: (0 55 73) 3 45 (15 Minuten v. d. A 7), Abfahrt Nörten-Hardenberg.

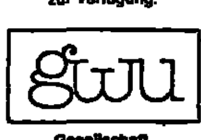
PARAGUAY
Investoren! Auswanderer!
Irgendwann muß die Transportfrage gelöst werden. Wir sind Spezialisten!
SLT SPEDITIONS-GMBH
Am Wall 102, Postfach 10 14 06, 2800 Bremen 1
Telefon: 04 21 / 1 50 21, Telex 2 44 693

Warenreste
Geschäftsauflösung
KAUF sofort gegen **BAR**
Telefon 02 34 / 53 10 35
Telex 8 25 495

An alle Gastronomen!
Wollen Sie Ihre Gäste mit etwas ganz Besonderem überraschen? Dann bieten Sie Ihre Tagesmenu-Karte über eine schöne Kassette an, die von einer angenehmen Stimme besprochen sowie mit schöner Musik umrahmt wird.
Melodie Musik-Studio
Postf. 21 01 16, 7500 Karlsruhe
Rudi Lam, Tel. 07 21 / 85 37 67 oder 0 72 71 / 87 75

Das Kontor
Bürozentrum
IHRE PRÄSENZ in HAMBURG
★ Konferenzraum/Schreibservice ★
★ möblierte Büros ★ Telefondienst ★
★ Geschäftsadresse ★ Telex/Telefax ★
Bramfelder Ch. 216, 0 40 / 6 41 49 21

Wir sind ein junges, leistungsfähiges Unternehmen, das sich ausschließlich mit Wirtschafts- und Unternehmensberatung sowie Personalberatung befaßt. Wir decken den gesamten Bereich der Unternehmensberatung ab.
Betriebsanalyse
Bankengespräche
Liquiditätsbeschaffung
Marketing
Krisenmanagement
Konkursabwendung
Marktanalyse
Standortanalyse
Sollten Sie unternehmerische Entscheidungen treffen, so stehen wir Ihnen mit qualifizierten Mitarbeitern zur Verfügung. Wir leisten Soforthilfe und stehen Ihnen in einem Gespräch in Ihrem Haus zur Verfügung.



Gesellschaft für Wirtschafts- und Unternehmensberatung mbH
Personalberatung
Königsallee 60
4000 Düsseldorf
Telefon 02 11 / 8 90 33 12
Telex 8 587 942 pdus
Telefax 02 11 / 8903 – 999

Einstieg in den US-Markt
Wie Sie richtig in den USA Fuß fassen und dabei Fehler vermeiden. Gratis-Info bei
EBcon European Business Consultants Inc.
Rothenbaumchaussee5
2000 Hamburg 13

Wichtige Immobilienfirma an der Costa Brava
(Gerona/Spanien) sucht Vertreter oder Immobilienagentur für den Verkauf unserer ganz fertigen Ferienhäuser. Wir liefern Fotoalben, Dispositive, Videos usw. und jedes notwendige Verkaufsmaterial. 20 Jahre Erfahrung.
Verbindung durch:
IMISA AG Rosellon 216-14-A
Barcelona 08008 Spanien.

CHINA-HANDELSVERTRETER
mit guten Erfahrungen und Verbindungen, nimmt z. Z. noch weitere Vertretungen entgegen. Angebote unt. C 2103 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

Versandhandel Verwaltungsrat-mandat
Schweizer Inkassogesellschaft besorgt über Schweizerbankkonto Checkinkasso und/oder Schweizerbürger als VR.
Interessenten melden sich unter Chiffre 44-131 339, Publicitas, Postfach, CH-8021 Zürich

Schweißarbeiten
DIN 18 800 u. 4113
Stahl-, Alu- u. Sondermetalle.
hoac Schweißtechnik
Tel. 0 20 54 / 8 44 04

Internationale Firmengruppe
übernimmt Firmenrepräsentanzen mit zum Teil eigenen Büros in USA, Mittel- und Fernost und im europäischen Ausland.
Angeb. u. Z 2122 an WELT-Verl., Postf. 10 08 64, 4300 Essen.

Wir sind ein angesehenes Unternehmen der österreichischen Textilindustrie, das seit vielen Jahren mit Erfolg den deutschen Markt bearbeitet. Unsere, im eigenen Unternehmen aus hochwertigen Naturfaser-Rohstoffen entwickelten Walkstoffe werden u. a. auch zu
Hausschuhen
verarbeitet, die im Markt gut eingeführt sind.
Für diese Produktpalette suchen wir zur Bearbeitung des Raumes
Norddeutschland
einen
Handelsvertreter
Diese Alleinvertretung möchten wir an einen Herrn vergeben, der im Schuhhandel gut eingeführt ist, entsprechende Erfolge nachweisen kann und bereit ist, eine längerfristige Bindung mit uns einzugehen.
Wenn Sie glauben, daß Sie für uns und wir für Sie richtige Partner sind, dann richten Sie bitte Ihre Zuschrift mit den nötigen Erläuterungen (bearbeitete Gebiete, vertretene Kollektionen, ggf. bestehende Vertragspartnerschaften) an die von uns beauftragte Unternehmensberatung, die Ihnen selbstverständlich vertrauliche Behandlung zusichert und die Sie zur Klärung einzelner Fragen auch vorher anrufen können.



Unternehmensberatung Hubert H. Schaefer
Postfach 7234 · 4000 Düsseldorf 1 · Duisburger Straße 115 · Telefon 02 11 · 49 33 77

EXISTENZ-AUFBAU
von Anfang an dabei sein! 10 000,– DM pro Monat verdienen Sie bei uns als selbst. Handelsvertreter (Franchise-Nehmer).
Schriftl. Info:
DGG, Postfach 1966, 65 Main
Mündl. Info:
DGG Informations-Seminar
Samstag, den 17. 5. 1986
Gasthof Biertunnel, am Mainzer Hauptbahnhof. Beginn 10.00 Uhr. Unkostenbeitrag DM 30,– für Speisen und Getränke.
NEHMEN SIE SICH DIE ZEIT AN DIESEM TAGE. EIN NEUES UNTERNEHMEN STELLT SICH IHNEN VOR, MIT DEM SIE MONATLICH SEHR VIEL VERDIENEN KÖNNEN!

Geigerzähler
aus schweiz. Armeebeständen preiswert abzugeben.
Ruf: 0 61 05 / 60 78
Telex 4 189 038

Tel. 02 01 / 48 00 24 **DM 4,70!**
je Kunde kostet Sie der Außendienst, der Ihre 1000 Kunden 4mal p. a. besucht und so mehr Umsatz bringt. Fragen Sie an bei CADICS, Niederweniger Str. 49, 43 Essen 15.

Handelsvertretung USA
Amerikaner, z. Z. in Deutschland (bis Ende Mai), sucht interessante Firmenvertretungen für Kalifornien. Ang. erb. unt. B 2124 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 4300 Essen.

Wahrsagerin Virchow
Viele nachweisbare Erfolge.
Tel. 0 62 02 / 1 04 24 u. 2 30 79

Ich, AMARJIT, Sohn von Harbans, geb. am 20. 9. 1958 in Sotal Baba, P. J. Morinda (Ropar), Indien, habe meinen Namen geändert in
Amarjit Steudel

Kaufen Sie sich Ihren
privaten Geigerzähler
Testen Sie die Strahlungsbelastung in der Luft, in Ihrem Garten und in Ihren Nahrungsmitteln selbst. Schützen Sie sich und Ihre Familie wirksam vor Verseuchung.
Die Gefährdung Ihrer Gesundheit durch den Reaktorunfall in Tschernobyl wird noch monatelang andauern. Durch den Regen kommen radioaktive Stoffe auf Wiesen, Felder, Städte und durch die Nahrung auch in unseren Körper. Nur wenn Sie wirklich wissen, ob Ihre Nahrungsmittel, Ihr Trinkwasser oder Ihr Garten verseucht sind, können Sie sich und Ihre Kinder wirksam davor schützen. Bestellen Sie noch heute das handliche Strahlenmeßgerät SC 311, das von namhaften Wissenschaftlern neu entwickelt und von der Industrie mit einem unglaublich hohen Qualitätsstandard und Präzision gebaut wurde. Das Gerät ist handlich (15 × 8 cm) und leicht überallhin mitzunehmen.
Preis ab Werk: nur DM 358,50
Zusätzlich erhalten Sie ein Informationshandbuch, womit Sie jederzeit feststellen können, wann welche Strahlendosis für Kinder, Erwachsene oder Haustiere gesundheitsschädlich ist.
Bestellung per:
1. Nachnahme zum Preis von 358,50 + Nachnahmegebühr und Zustellungsgebühr.
2. Scheckzahlung zum Preis von 358,50 (ohne weitere Gebühr)
3. Vorauszahlung Deutsche Bank Frankfurt BLZ 500 700 10, Kto.-Nr. 800 912.
Bei Vorauszahlung 3% Skonto, Preis 346,75 ohne weitere Gebühr.
Bitte genaue Adresse angeben, Sie erhalten dann umgehend Ihr Gerät bundesweit ohne weitere Kosten zugesandt. Rückgaberecht 14 Tage.
Unsere Adresse:
data-electronics GbR, Justinianstraße 22, 6000 Frft./M.

Aktuell
Die WELT wird jetzt im Fotosatz hergestellt: um ein Vielfaches schneller als im herkömmlichen Bleisatz. Und ihre Redaktion ist ohnehin schon schneller, weil sie in Bonn arbeitet: direkt im Zentrum der deutschen Politik. Das gibt den WELT-Lesern einen oft entscheidenden Informationsvorsprung. Probieren Sie's aus.
DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND
W 3846

DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Herausgeber: Axel Springer †, Dr. Herbert Kremp

Chefredakteure: Peter Gillies und Manfred Schell

Stellvertretender Chefredakteur: Dr. Günter Zehm

Meinungen: Enno von Loewenstern

Chefs vom Dienst: Klaus Jürgen Fritzsche, Friedr. W. Heering, Jens-Martin Lüddeke, Rüdiger v. Wolkowsky, Bonn; Horst Hillesheim, Hamburg

Verantwortlich für Seite 1, politische Nachrichten: Gernot Facius; Deutschland: Armin Reck (stellv.); Diethart Goos (Deutschlandpolitik); Ausland: Jürgen Liminski, Marta Weidenhiller (stellv.); Seite 3: Burkhard Müller, Dr. Manfred Rowold (stellv.); Bundeswehr: Rüdiger Moniac; Osteuropa: Dr. Carl Gustaf Ströhm; Zeitgeschichte: Walter Görlitz; Wirtschaft: Gerd Brüggemann; Industriepolitik: Hans Baumann; Geld und Kredit: Claus Dertinger; Feuilleton: Dr. Peter Dittmar, Reinhard Beuth (stellv.); Bildungs- und Kulturpolitik, Geisteswissenschaften: Dr. Paul F. Reitze; Geistige Welt/WELT des Buches: Alfred Starkmann, Peter Böbbis (stellv.); Fernsehen: Detlev Ahlers; Wissenschaft und Technik: Dr. Dieter Thierbach; Sport: Frank Quednau; Aus aller Welt: Norbert Koch, Dr. Rudolf Zewell (stellv.); Reise-WELT und Auto-WELT: Heinz Horrmann, Birgit Cremers-Schiemann (stellv. für Reise-WELT); WELT-Report: Heinz Kluge-Lübke; WELT-Report Ausland: Hans-Herbert Holzamer; Leserbriefe: Henk Ohnesorge; Personalien: Ingo Urban; Dokumentation: Reinhard Berger; Grafik: Werner Schmidt; Fotoredaktion: Bettina Rathje.

Weitere leitende Redakteure: Dr. Hanna Gieskes, Werner Kahl, Dr. Rainer Nolden, Lothar Schmidt-Mühlisch

Hamburg-Ausgabe: Knut Teske, Klaus Bruns (stellv.)

Bonner Korrespondenten-Redaktion: Günther Bading (Leiter), Heinz Heck (stellv.), Arnulf Gosch, Hans-Jürgen Mahnke, Dr. Eberhard Nitschke, Peter Philipps

Diplomatischer Korrespondent: Bernt Conrad

Deutschland-Korrespondenten Berlin: Hans-Rüdiger Karutz, Dieter Dose, Klaus Geitel; Düsseldorf: Dr. Wilm Herlyn, Joachim Gehlhoff, Harald Posny; Frankfurt: Dr. Dankwart Guratzsch (zugleich Korrespondent für Städtebau/Architektur), Inge Adham, Joachim Weber; Hamburg: Herbert Schütte, Jan Brech, Kläre Warnecke MA; Hannover: Michael Jach, Dominik Schmidt; Kiel: Georg Bauer; München: Peter Schmalz, Dankward Seitz; Stuttgart: Harald Günter, Werner Neitzel

Chefkorrespondent (Inland): Joachim Neander

Chefreporter: Horst Stein, Walter H. Rueb

Auslandsbüros, Brüssel: Wilhelm Hadler; London: Rainer Gatermann, Wilhelm Furler; Johannesburg: Monika Germani; Kopenhagen: Gottfried Mehner; Miami: Werner Thomas; Moskau: Rose-Marie Borngässer; Paris: Peter Ruge, Joachim Schaufuß; Rom: Friedrich Meichsner; Washington: Fritz Wirth, Horst-Alexander Siebert

Auslands-Korrespondenten WELT/SAD: Athen: E. A. Antonaros; Beirut: Peter M. Ranke; Brüssel: Cay Graf v. Brockdorff-Ahlefeldt; Jerusalem: Ephraim Lahav; London: Claus Geissmar, Siegfried Helm, Peter Michalski, Joachim Zwikirsch; Los Angeles: Helmut Voss, Karl-Heinz Kukowski; Madrid: Rolf Görtz; Mailand: Dr. Günther Depas, Dr. Monika von Zitzewitz-Lonmon; Miami: Prof. Dr. Günter Friedländer; New York: Alfred von Krusenstiern, Ernst Haubrock, Hans-Jürgen Stück, Wolfgang Will; Paris: Heinz Weissenberger, Constance Knitter, Joachim Leibel; Tokio: Dr. Fred de La Trobe, Edwin Karmiol; Washington: Dietrich Schulz.

Zentralredaktion: 5300 Bonn 2, Godesberger Allee 99, Tel. (02 28) 30 41, Telex 8 85 714
Fernkopierer (02 28) 37 34 65

1000 Berlin 61, Kochstraße 50, Redaktion: Tel. (0 30) 2 59 10, Telex 1 84 565, Anzeigen: Tel. (0 30) 25 91 29 31/32, Telex 1 84 565

2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Straße 1, Tel. (0 40) 34 71, Telex Redaktion und Vertrieb 2 170 010, Anzeigen: Tel. (0 40) 3 47 43 80, Telex 2 17 001 777

4300 Essen 18, Im Teelbruch 100, Tel. (0 20 54) 10 11, Anzeigen: Tel. (0 20 54) 10 15 24, Telex 8 579 104
Fernkopierer (0 20 54) 8 27 28 und 8 27 29

3000 Hannover 1, Lange Laube 2, Tel. (05 11) 1 79 11, Telex 9 22 919
Anzeigen: Tel. (05 11) 6 49 00 09
Telex 9 230 106

4000 Düsseldorf 1, Graf-Adolf-Platz 11, Tel. (02 11) 37 30 43/44, Anzeigen: Tel. (02 11) 37 50 61, Telex 8 587 756

6000 Frankfurt (Main) 1, Westendstraße 8, Tel. (0 69) 71 73 11, Telex 4 12 449
Fernkopierer (0 69) 72 79 17
Anzeigen: Tel. (0 69) 77 90 11–13
Telex 4 185 525

7000 Stuttgart 1, Rotebühlplatz 20a, Tel. (07 11) 22 13 28, Telex 7 23 966
Anzeigen: Tel. (07 11) 7 54 50 71

8000 München 40, Schellingstraße 39–43, Tel. (0 89) 2 38 13 01, Telex 5 23 813
Anzeigen: Tel. (0 89) 8 50 60 38 / 39
Telex 5 23 836

Monatsabonnement bei Zustellung durch die Post oder durch Träger DM 27,10 einschließlich 7 % Mehrwertsteuer. Auslandsabonnement DM 37,10 einschließlich Porto. Der Preis des Luftpostabonnements wird auf Anfrage mitgeteilt. Die Abonnementsgebühren sind im voraus zahlbar.

Bei Nichtbelieferung ohne Verschulden des Verlages oder infolge von Störungen des Arbeitsfriedens bestehen keine Ansprüche gegen den Verlag. Abonnementsabbestellungen können nur zum Monatsende ausgesprochen werden und müssen bis zum 10. des laufenden Monats im Verlag schriftlich vorliegen.

Gültige Anzeigenpreisliste für die Deutschlandausgabe: Nr. 64 und Kombinationstarif DIE WELT / WELT am SONNTAG Nr. 14 gültig ab 1. 10. 1985, für die Hamburg-Ausgabe: Nr. 50.

Amtliches Publikationsorgan der Berliner Börse, der Bremer Wertpapierbörse, der Rheinisch-Westfälischen Börse zu Düsseldorf, der Frankfurter Wertpapierbörse, der Hanseatischen Wertpapierbörse, Hamburg, der Niedersächsischen Börse zu Hannover, der Bayerischen Börse, München, und der Baden-Württembergischen Wertpapierbörse zu Stuttgart. Der Verlag übernimmt keine Gewähr für sämtliche Kursnotierungen.

Für unverlangt eingesandtes Material keine Gewähr.

Die WELT erscheint mindestens viermal jährlich mit der Verlagsbeilage WELT-REPORT. Anzeigenpreisliste Nr. 5, gültig ab 1. Oktober 1985.

Verlag: Axel Springer Verlag AG, 2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Straße 1.

Nachrichtentechnik: Harry Zander

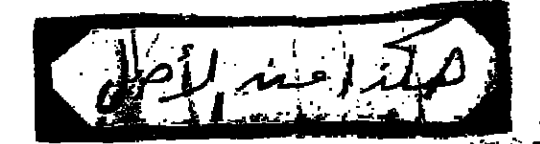
Herstellung: Werner Koziak

Anzeigen: Hans Biehl

Vertrieb: Gerd Dieter Leilich

Verlagsleiter: Dr. Ernst-Dietrich Adler

Druck in 4300 Essen 18, Im Teelbruch 100; 2070 Ahrensburg, Kornkamp



TENNIS / Junge Mädchen auf dem Sprung

Claudia Porwik wirbt für die Talentförderung

sid, Berlin

Von null auf 90 – die Tennisfreunde auf der Anlage von Rot-Weiß Berlin am Hundekehlensee haben einen neuen Liebling: Claudia Porwik, 17 Jahre jung, aus dem Fohlenstall des Deutschen Tennis-Bundes (DTB), ist schon während der 79. Internationalen Damen-Meisterschaften von Deutschland in Berlin auf den Sprung in lukrativere Regionen der unbestechlichen Computer-Weltrangliste.

Die brünette Fürtherin, vor Turnierbeginn auf der Position 124 notiert, war schon nach ihrem Vorstoß *ins Halbfinale* beim 75 000-Dollar-Damen-Turnier in Phoenix/Arizona Ende März ins Aufgebot des deutschen Federation-Teams gerückt. „Mir fehlt noch ein wenig die Sicherheit, die Großen in Verlegenheit zu bringen", spielt sie ihre schon jetzt großen Möglichkeiten bescheiden herunter.

Claudia Porwik, Aushängeschild des seit dem 1. Oktober eingerichteten Jugend-Förderungsprojekts des DTB, demonstrierte erfrischendes Offensivtennis und ästhetische Eleganz, *die jedermann begeisterte. Die* 20 Jahre alte Französin Pascale Paradis, 74 Plätze vor der neuen deutschen Hoffnung plaziert, war in der ersten Runde ihr Opfer (7:6, 6:7, 6:2), was den ersehnten Sprung unter die ersten Hundert bedeutete. Die routinierte Ungarin Andrea Temesvari setzte dann *mit 6:1, 6:2* den Träumen vom Achtelfinale ein Ende.

„Sie ist unheimlich leicht zu führen und in allen Belangen eine unkomplizierte junge Dame", schwärmt DTB-*Jugendtrainer Jürgen Hackauf* von seinem talentierten Schützling, der mit einem Überbein an der Hand und einem leichten Bluterguß zu vier Wochen Turnier-Pause gezwungen war. „Claudia ist *psychologisch* schon sehr weit und hat eine enorme Energie."

Die unkomplizierte Claudia ist mit Wiltrud Probst (16) und Regina Wieser (18) seit Oktober letzten Jahres in ein Jugend-Förderungsprojekt des DTB eingebunden, das bei einem Jahresetat von 500 000 Mark bereits erspähte Talente zu ruhmreichen Tennis-Damen formen soll. „Sie müssen sich für zwei Jahre einem harten Trainingsprogramm unserer Bundestrainer unterwerfen und bei internationalen Turnieren an den Start gehen", rührt DTB-Pressesprecher Jens-Peter Hecht die Werbetrommel für die „neue Zukunftsinvestition". „Mit 18 Jahren haben sie die Möglichkeit, auf eigene Faust weiter ins Profitennis einzusteigen, was im Moment für Einzelgänger doch ein recht *kostspieliges Unterfangen* wäre."

Auch Wiltrud Probst hat im letzten halben Jahr einen großen Sprung nach vorn gemacht. „Sie ist jetzt in vier Wochen von Platz 330 auf 198 *geklettert", sagt Hackauf über die Erlangerin,* die die erste Runde mit 6:2, 6:0 gegen die ehemalige Federation Cup-Gewinnerin Renata Tomanova (CSSR) meisterte, „vor allem zuletzt in Italien hat sie *mit zwei* Finalteilnahmen ausgezeichnet gespielt."

Vor einigen Tagen ist die 17 Jahre alte Heidelbergerin Mahela Gartner aus dem Quartett ausgeschieden. „Sie war dem Streß im Leistungszentrum Hannover nicht mehr gewachsen", berichtet Hackauf von der „Trennung *in gutem Einvernehmen*". Auch Regina Wieser aus Hannover steht kurz vor dem Absprung. „Sie konnte bisher nicht unsere Erwartungen erfüllen", sagt Hackauf, „der psychische *und psychologische Druck ist nicht* für alle Mädchen zu verkraften."

Die Finanzierung erfolgt durch einen Sponsoren-Pool, aus dem der Verband jährlich rund 400 000 Mark schöpft. *Ein preiswertes Unterfangen,* denn der DTB braucht jährlich nur 40 000 Mark beizusteuern.

BOXEN / Gies, Künzler, Nieroba ausgeschieden

Der Kleinste ist die letzte Hoffnung: Wolfgang Kamm

dpa, Reno

Ausgerechnet auf dem Kleinsten ruhen jetzt die letzten Medaillen-*Hoffnungen des Deutschen Ama*teur-Box-Verbandes (DABV). Fliegengewichtler Wolfgang Kamm (22) aus dem bayrischen Neumarkt, der eigentlich gar nicht mit nach Reno/Nevada fliegen sollte, muß all das nachholen, was Markus Bott (24) bereits im Achtelfinale, Norbert Nieroba (22), Reiner Gies (23) und Alexander Künzler (23) im Viertelfinale der IV. Weltmeisterschaften nicht schafften. Die Nervenbündel aus der Bundesrepublik träumten nur kurz von einer Medaille. In der Nacht zum Mittwoch war für sie alle Hoffnung beendet.

Zuerst scheiterte der Ahlener Halbmittelgewichtler Norbert Nieroba im Rechtsausleger-Duell am zweimaligen sowjetischen Meister Manwel Awetisjan (24). Der international noch unerfahrene deutsche Meister gab nach seiner 1:4-Punktniederlage zu: „In der dritten Runde war ich zu verkrampft. Ich kam mit den Beinen nicht mehr weg. Mein Ziel sind jetzt die Olympischen Spiele."

In der zweiten Viertelfinal-Veranstaltung waren die Hürden für Leichtgewichtler Reiner Gies (Kaiserslautern) gegen Junioren-Europameister und Rechtsausleger Orsubek Nasarow, „Boxer des Jahres" bei den UdSSR-Meisterschaften 1985, und Halbweltergewichtler Alexander Künzler (Karlsruhe) gegen den Jugoslawen Mirko Puzovic (30) zu hoch. Innerhalb von nur 30 Minuten verloren beide mit 0:5.

Gies versteckte sich nach seinem *Kampf lange. Er schämte sich.* Erst spät tauchte der Olympiateilnehmer von Los Angeles auf, geplagt von Selbstvorwürfen und Zweifeln: „Ich packe das nicht. Immer in den USA ist das so. In Deutschland hätte ich den Russen hundertprozentig geschlagen. Die letzte Nacht konnte ich *vor Aufregung nicht schlafen.*" Alexander Künzler ärgerte sich mit Tränen in den Augen nicht so sehr wie die aufgebrachten DABV-Offiziellen über Ringrichter Angel Maldonado aus Puerto Rico, der den Karlsruher zweimal verwarnte. Der Fünfte der Europameisterschaft und der Olympischen Spiele ging mit sich selbst ins Gericht: „Den hätte ich packen können. Sein Stil lag mir nicht. Jetzt brauche ich eine Pause."

Gies und Künzler sprachen in Reno von Rücktritt. Bundestrainer *Ranze* glaubt das nicht: „Das wurde in der ersten Enttäuschung gesagt. Ich kann mir auch nicht erklären, warum unsere Boxer nun schon seit Jahren immer dann scheitern, wenn es um die Wurst geht. Die boxerischen Mittel haben sie, um auch bei einem solchen Turnier Medaillen zu holen." Braucht der DABV also doch einen Seelen-Doktor, um seine Nervenbündel auf Medaillenkurs zu trimmen?

Die Boxer aus Kuba stehen vor dem größten Erfolg der WM-Geschichte. Sie haben bereits fünf Medaillen sicher.

NACHRICHTEN

Lizenz für Blau-Weiß

Berlin (sid) – Der Ligaausschuß des Deutschen Fußball-Bundes hat Bundesliga-Aufsteiger Blau-Weiß 90 Berlin die Lizenz für die Saison 1986/87 erteilt. Nach den Worten von Vereinspräsident *Manfred Kursawa* ist der als Sicherheit geforderte Avalkredit von 2,3 Millionen Mark auf rund eine Million Mark reduziert worden.

De Angelis verunglückt

Le Castellet (sid) – Der italienische Formel-1-Rennfahrer Elio de Angelis ist bei Trainingfahrten mit seinem Brabham-BMW auf der französischen Strecke von Le Castellet schwer verunglückt. Er kam von der Strecke ab und prallte mit hoher Geschwindigkeit gegen die Leitplanken. Der Wagen fing sofort Feuer. De Angelis wurde mit lebensgefährlichen Verbrennungen ins Krankenhaus von Marseille geflogen.

McEnroe: Verzicht?

New York (sid) – John McEnroe wird wahrscheinlich auch beim Tennis-Turnier von Wimbledon (23. Juni *bis 6. Juli) fehlen, das er dreimal* gewonnen hat (1981/83/84). Sein Vater erklärte in New York: „John hat seit vier Wochen nicht mehr ernsthaft trainiert, da kann er bei einem so bedeutenden Turnier nicht spielen."

Dietzen blieb Vierter

Madrid (dpa) – Raimund Dietzen (26) aus Trier beendete die Spanien-Rundfahrt für Radsprofis als Vierter. Nach der letzten Etappe betrug sein Rückstand 5:58 Minuten auf den Sieger Alvaro Pino (Spanien).

Regatta abgesagt

Duisburg (sid) – Der Deutsche Kanu-Verband hat die Teilnahme an der Internationalen Regatta in Slapy (CSSR) abgesagt. Die tschechoslowakischen Behörden verweigerten Bundestrainer Josef Capousek das Einreisevisum. Capousek war 1968 aus der CSSR legal ausgereist.

Borghi zum AC Mailand

Buenos Aires (sid) – Claudio Borghi (21), Stürmerstar der argentinischen Fußball-Nationalmannschaft, wechselt für eine Ablöse von 4,5 Millionen Mark zum italienischen Klub AC Mailand, wenn ein Jahr nach der Weltmeisterschaft die Grenzen für Ausländer wieder geöffnet werden. Der Verein hat *sich eine Option* gesichert. Paolo Rossi wechselt im Tausch für Nationalspieler Giuseppe Galderisi vom AC Mailand zu Hellas Verona.

Neuer Handball-Trainer

Engelskirchen *(sid)* – Der VfL Engelskirchen, deutscher Handball-Pokalgewinner der Frauen, verpflichtete Heinz Jügen Walter (39) als neuen Trainer. Walter war früher Assistent von Petre Ivanescu beim VfL Gummersbach.

FUSSBALL / Die Weltmeisterschaft von Mexiko meldet schon jetzt finanzielle Höchstmarken

Nur Olympische Spiele sind ein noch größeres Geschäft – 180 Millionen Mark Gewinn erwartet

sid, Mexico City

Finanzielle Rekorde werden bei der 13. Weltmeisterschaft in Mexiko mit Sicherheit aufgestellt. Sogar der Fußball-Weltverband (FIFA), der nicht allzu gerne über Geld redet, *geht bei den Einnahmen wie auch* beim Gewinn von neuen finanziellen Bestmarken aus.

Schon die vorsichtig angesetzten Kalkulationen weisen beim Endturnier *für die 30 Tage der Weltmeister*schaft vom 31. Mai bis zum 29. Juni auf ein Fußball-Geschäft bisher nicht bekannten Ausmaßes hin. Mit den Zahlen aus den Rechnungen des in*ternationalen Verbandes für die* Einnahmen von umgerechnet 174 Millionen Mark aus dem Verkauf der Karten (60 Millionen Mark), der Übertragungsrechte für Hörfunk und Fernsehen (59 Millionen) und der Werberechte (55 Millionen) sind alle Werte der schon geschäftstüchtig ausgeschlachteten Titelkämpfe 1982 in Spanien übertroffen.

Die FIFA hat 100 Millionen Mark Gewinn hochgerechnet und wurde von den Mexikanern nach oben korri*giert. Die WM-Gastgeber nannten* sogar schon einen Gewinn von 180 Millionen Mark. Das wäre im Vergleich zur Weltmeisterschaft von 1982 (76,7 Millionen Mark Gewinn) eine Steigerung von mehr als 100 Prozent. Eines weiß FIFA-Generalsekretär, der Schweizer Sepp Blatter, mit Sicherheit: „Der Reingewinn wird bedeutend höher ausfallen als in Spanien."

Damit hätte sich das Fußball-Welt*turnier 56 Jahre nach seiner ersten* Austragung 1930 in Uruguay zum zweitgrößten Finanzereignis des Sports entwickelt. Übertroffen wird die Fußball-WM nur von den Olympi*schen Spielen, die vor allem durch* das nordamerikanische Medien-Interesse zum größten sportlichen Geschäft avancierten und 1984 bei den Sommerspielen in Los Angeles einen *Gewinn von umgerechnet* 495 Millionen Mark einbrachten.

Die Weltwährung Dollar, der mexikanische Peso und die Schweizer Franken, mit denen die FIFA ihre Geschäfte abwickelt, rollen. Alle Geldquellen werden ausgeschöpft. In den Rechnungen stehen noch nicht einmal die Einnahmen aus dem Verkauf der WM-Münzen, der Souvenirs und dem Recht, eines der offiziellen WM-Embleme – dem Maskottchen „Pique" und dem roten Fußball mit den zwei Erdhälften – zu Reklamezwecken zu verwenden.

Nach Ansicht von Marketingexperten besteht der größte Gewinn-Spielraum aber beim Punkt „Werberechte mit der WM". Die veranschlagten 55 Millionen Mark (Steigerung von 43,2 Millionen im Vergleich zu Spanien) sind nämlich nur eine Summe, die garantiert in die Kassen und auf die Konten fließen wird.

Die elf *Weltfirmen* Gillette, Reynolds, Bata, Coca-Cola, Canon, JVC, Seiko, Fuji, Cinzano, Philips und Opel bezahlen für das Recht auf Bandenwerbung in den WM-Stadien und die Bezeichnung „offizieller Sponsor der FIFA" nach Expertenmeldung wesentlich mehr. Klaus Hempel von der in der Schweiz ansässigen International Sports, Culture- und Leisure-Marketing AG (ISL), dem Partner der FIFA, meinte, die angegebenen 55 Millionen Mark reichten „bei *weitem nicht aus*".

Geteilt wird der Gewinn, dessen Ermittlung nach den Erfahrungen der WM 1982 mindestens ein halbes Jahr dauern dürfte, nach einem festgelegten Schlüssel, der sich im Vergleich zu 1982 geändert hat. Damals erhielten die 24 Teilnehmerländer 65 Prozent, der Veranstalter 25 Prozent und die FIFA zehn Prozent. Diesmal sollen dem Weltverband 19 Prozent der Gesamteinnahmen zufließen. Von *dem Gewinn, der nach* Abzug auch dieses Postens übrigbleibt, erhalten die 24 Teilnehmerländer 70 Prozent und das Organisationskomitee 30 Prozent. Einem am Finale teil*nehmenden Verband könnten deut*lich mehr als fünf Millionen zustehen. Der Deutsche Fußball-Bund erhielt vor vier Jahren als Endspielteilnehmer und Vizeweltmeister etwa 4,2 Millionen Mark.

Die Gewinn-Rekordmarke ist vor *allem deswegen zu erwarten,* weil es die Mexikaner verstanden, die Kosten niedrig zu halten. Nur in Queretaro mußte ein Stadion komplett neugebaut werden, in den anderen Spielorten reichten Modernisierungen an den bei der WM 1970 benutzten Arenen. Außerdem hat das WM-Organi*sationskomitee viele in Mexiko* tätige Firmen eingespannt, die überall Hand anlegen und Hilfe bereitstellen. „Das hilft Kosten sparen. Wir wollen den Teilnehmern auch finanziell eine attraktive WM bieten", so Ramon Alatorre, der Generalsekretär des Organisationskomitees.

FUSSBALL / Borussia Dortmund nach 0:2 in Köln schon abgestiegen?

Fortuna-Familie feierte im „Bacchus"

ULLA HOLTHOFF, Köln

Jean Löring, der Präsident von Fortuna Köln, hatte eigens einen Bus gechartert, um die Ehrengäste nach dem Spiel in seine Kneipe „Bacchus" zu fahren. Zwar liegt das Heimatstadion der Fortuna, das Kölner Südstadion, in unmittelbarer Nähe der Gastwirtschaft, doch die Arena wäre zu klein gewesen für die 44 000 Zuschauer, die das Spiel zwischen Köln und Borussia Dortmund sehen wollten. Deshalb fand das erste Relegationsspiel um den Bundesligaauf- oder -abstieg im komfortablen Müngersdorfer Stadion statt. Als die Ehrengäste von dort endlich in der Südstadt eintrafen, fanden sie schon keinen Platz mehr in der völlig überfüllten Kneipe.

Hunderte von Anhängern hatten sich eingefunden, um den 2:0 (0:0)-Sieg der Fortuna zu feiern. Der zweite Bundesliga-Aufstieg nach 1972 ist in *realistische Nähe gerückt.* Obwohl Trainer Hannes Linßen (36) zunächst noch skeptisch war: „Nach unserem Sieg in Bielefeld waren wir in der zweiten Liga der Bundesliga schon viel näher als heute."

Gestern allerdings wurde die Skepsis von der Freude verdrängt. Beim *morgendlichen Training machte sich* Optimismus breit. „Ich bin ganz sicher: Die Dortmunder machen gegen mich kein Tor," strotzte Torwart Jarecki vor Selbstbewußtsein. Verteidiger Niggemann ist ebenso überzeugt: „Wir gewinnen 1:0, weil wir auswärts eher stärker sind als zu Hause."

Da konnte sich Trainer Linßen nur noch anschließen: „Wir haben unsere besten Spiele auswärts gemacht. Und wir sind dann besonders stark, wenn wir in Führung liegen – schließlich führen wir ja 2:0. Dann muß der Gegner kommen und wir haben den Raum, den wir brauchen. Wir haben eine gut eingespielte Abwehr und wir können schnell laufen."

Für Hannes Linßen war gestern die Welt *wieder* in Ordnung, nachdem er die Lust an seinem Job fast schon verloren und angekündigt hatte, er werde den Verein zum Saisonende verlassen, wenn Fortuna den Aufstieg verpaßt. „Das war eine Phase, in der wir ein Spiel nach dem anderen verloren haben. Da war ich unheimlich enttäuscht. *Das ist so: Ich war 16* Jahre lang Profi und ich war es gern. Da hat mir jeder Tag Spaß gemacht. Aber Trainer bin ich nur gern, wenn wir gewinnen."

Linßen ist bei Fortuna Köln nicht der einzige, der nach dem Lustprinzip arbeitet. Auch sein bester Spieler, Mittelfeldregisseur Bernd Grabosch, ist solchen Schwankungen unterworfen. Läuft es bei ihm, dann macht er große Spiele – wie beim 2:0 gegen Dortmund. Zuerst schoß er nach *herrlichem Dribbling das 1:0* (57. Minute). „Den Bernd möchte ich manchmal im einen Augenblick am liebsten umbringen und im nächsten Augenblick entscheidet er das ganze Spiel," sagt Linßen, der zu den Spielern ein freundschaftliches Verhältnis hat. „Mit den meisten habe ich ja noch zusammengespielt. Daher ist unser Kontakt intensiver und auch ehrlicher als in anderen Vereinen, wo die Trainer meistens nicht einmal die Hälfte von dem erfahren, was die Spieler wirklich denken."

Fußball bei Fortuna Köln ist eben immer noch eine Art Familienunternehmen, worauf Präsident und Mäzen Jean Löring besonders stolz ist. „Vom Zeugwart *bis zum Präsidenten* sind wir hier wie eine Familie. Ein Mann wie Schatzschneider würde mit seinen Gehaltsvorstellungen unser Gefüge sprengen," sagte der Präsident, als am Abend die Frage nach Verstärkungen laut wurde und häufig der Name Schatzschneider fiel. *Rund eine Milion Mark* hat der Verein eingenommen, der Transfer von Libero Karl Richter zum 1. FC Kaiserslautern bringt zusätzliches Geld. Dafür sollen neue Spieler verpflichtet wer*den. Gleichgültig ob der Aufstieg* gelingt. Gloede (Hertha BSC Berlin), Steininger (Duisburg) und Eck (Bayreuth) sind im Gespräch, Sane aus Freiburg ist schon sicher. „Selbst wenn wir aufsteigen, holen wir keinen Bundesligaspieler", sagt Linßen. Doch vorsorglich hat Günter W. Bekker, *das für die Sportförderung* zuständige Vorstandsmitglied der Bayer AG in Leverkusen, schon Hilfe angeboten. Als Ehrengast von Löring ins „Bacchus" geladen, machte er dem Kölner Präsidenten den Vorschlag, bei Bedarf Spieler aus Leverkusen auszuleihen.

ZAHLEN

TENNIS

Internationale Italienische Meisterschaften der Herren in Rom, erste *Runde: Schwaier (Deutschland) – Gomez* (Ekuador) 6:3, 7:6, Becker – Westphal (beide Deutschland) 6:2, 6:0, Osterthun (Deutschland) – Bengoechea (Argentinien) 6:2, 6:1, Keretic (Deutschland) – Arguello (Argentinien) 6:3, 6:7, 6:2, Cane (Italien) – Arraya (Peru) 6:1, 6:4, Pistolesi (Italien) – Ganzabal (Argentinien) 6:3, 6:2, Nystroem – Sundstroem (beide Schwe*den) 6:2, 6:0, Günthardt* (Schweiz) – Gunnarsson (Schweden) 7:6, 6:1, Krishnan (Indien) – Zivojinovic (Jugoslawien) 7:5, 6:2, Mecir (CSSR) – Casal (Spanien) 6:3, 6:4, Agenor (Haiti) – Jaite (Argentinien) 6:4, 6:4, Sanchez (Spanien) – Lloyd (England) 6:3, 6:0, Vilas (Argentinien) – Arias (USA) 6:2, 2:6, 6:4.

Internationale Deutsche Damen-Meisterschaften von Berlin, erste Runde: Field (Australien) – Nozzoli (Italien) 6:4, 6:7, 6:1, Durie (England) – *Raponi-Longo (Italien)* 7:6, 6:3, Huber (Österreich) – Villagran (Argentinien) 6:2, 6:0, Garonne (Italien) – Skronska (CSSR) 4:6, 6:2, 6:2, Karlsson (Schweden) – Okagawa (Japan) 6:2, 4:6, 7:6, Kanellopoulo (Griechenland) – Madruga-Osses (Argentinien) 6:1, 7:6, Tanvier (Frankreich) – Scheuer-Larsen (Dänemark) 6:3, 7:6, Herreman (Frankreich) – Keppeler (Deutschland) 6:3, 6:1, Reinach (Südafrika) – Nelson (USA) 6:2, 6:4, Dahlstroem (Schweden) – Byron (Australien) 6:4, 4:6, 6:2, Porwick (Deutschland) – Paradis (Frankreich) 7:6, 6:7, 6:2, Probst (Deutschland) – Tomanova (CSSR) 6:2, 6:0, Pfaff (Deutschland) – Votavova (CSSR) 3:6, 6:1, 6:1. – **Zweite Runde:** Lindqvist (Schweden) – Betzner (Deutschland) 6:4, 6:2, Horvath (USA) – Karlsson (Schweden) 6:3, 6:3, Bunge (Deutschland) – Kanellopoulou (Greichenland) 6:3, 6:2, Kelesi (Kanada) – Pfaff (Deutschland) 7:6, 6:0, Temesvari (Ungarn) – Porwik 6:1, 6:2, Kohde-Kilsch – Cueto (beide Deutschland) 7:5, 6:1, Budarova (CSSR) – Schropp (Deutschland) 6:1, 6:3, Huber (Österreich) – Bonder (USA) 6:4, 6:4.

FUSSBALL

WM-Testspiel in Oslo: Norwegen – Dänemark 1:0 (0:0). – **Freundschafts*spiele:*** *Pforzheim* – Bayern München 2:4, Seppenrade – VfL Bochum 0:6, Eintracht Frankfurt – Polen 1:5, Bad Windsheim – 1. FC Nürnberg 4:10, VfB Stuttgart – Bundeswehr-Auswahl 3:1, Rockenhausen – 1. FC Kaiserslautern 1:9, Schwetzingen – FC Homburg 0:2, Nationalmannschaft Japan – Werder Bremen 0:2.

RADSPORT

Spanien-Rundfahrt, Endstand: 1. Pino (Spanien) 98:16:04 Stunden, 2. Millar (Schottland) 1:06 Minuten zurück, 3. Kelly (Irland) 5:19, 4. Dietzen (Deutschland) 5:58, 5. Lejarreta 7:12, 6. Cabestany (Spanien) 7:28 Minuten zurück.

STAND ● PUNKT / *Vom sinnvollen Umgang mit den Sponsoren*

Das Deutsche Galopp-Derby, gegründet 1869 in Hamburg-Horn, zählt wohl unzweifelhaft zu den ältesten und renommiertesten Sportereignissen in Deutschland. In den beiden letzten Jahren hat der Computergigant IBM das Rennen gesponsert, 400 000 Mark wurden jeweils ausgegeben. Der Dreijahresvertrag läuft nun aus, am 6. Juli 1986 wird das Deutsche Derby zum letztenmal mit dem wenig populären Untertitel IBM-PC-Pokal gelaufen. Auf einer Pressekonferenz des Hamburger Rennclubs wurde das Ende der Zusammenarbeit *gestern bestätigt, die* WELT berichtete bereits am 26. April von dieser Tatsache. Das Unternehmen wird seine Werbeaktivitäten im Sport jetzt fast ausschließlich auf die Leichtathletik konzentrieren.

Wer ab 1987 die Patenschaft für das Derby übernimmt, ist noch unklar. Es dürfte kein Problem sein, für das populärste Galopprennen des Landes einen neuen Partner zu finden. Zu warnen ist allerdings davor, daß Rennen des Jahres jetzt auf dem Markt anzubieten wie ein Durchschnittsprodukt. Von der Öffentlichkeit erwar*ten die Veranstalter Verständnis für* ihre Aktivitäten, immer mehr Rennen zu verkaufen. So ist es jetzt auch mit dem seit 1892 gelaufenen Großen Hansa-Preis geschehen, der 1986 von einer in München erscheinenden Illustrierten (Quick) gesponsert wird.

Ein Sprecher *von IBM bedauerte* gestern in Hamburg zwar das Ende der Zusammenarbeit, unzweifelhaft aber hatte man die vorhandenen Möglichkeiten der Partnerschaft nur zu einem geringen Teil genutzt. Diese sind gerade im Galopprennsport gewiß recht gut. Allerdings haben *Sponsoren oft nur unpräzise* Zielvorstellungen. Das wurde im Vorjahr beim Puma-Europa-Preis in Köln ebenso deutlich wie zwei Jahre lang in Hamburg, wo lediglich beim Holsten-Jockey-Europa-Cup klare Vorstellungen herrschen (zu dem Spitzenjockey Bill Shoemaker aus den USA nun doch nicht erscheint, weil er doch zu teuer ist).

Bislang haben allerdings auch die Rennvereine nur zum Teil den Beweis erbracht, daß sie mit den Sponsoren sinnvoll umgehen können.

KLAUS GÖNTZSCHE

Investment mit Wiederanlage. Sparen für Fortgeschrittene.





Wie interessant die Geldanlage ›Investment‹ ist, zeigt sich mindestens zweimal im Jahr. Dann nämlich, wenn die Anleger der Union Investment, einer der ältesten und größten deutschen Kapitalanlagegesellschaften, ihre Ertragsausschüttung erhalten. So können sich z.B. jetzt im Mai die Anteilseigner unserer Fonds UNIRAK und UNISPECIAL I über mehr als 7 Millionen Mark Gewinn freuen.

Ambitionierte Anleger nutzen diesen Ertrag, um jetzt mit Wiederanlagerabatt weitere Anteile zu kaufen. Sie erhalten dann Jahr für Jahr die Erträge *von immer mehr Anteilen* – und ihr Vermögen wächst durch den ›Zinseszins-Effekt‹ besonders schnell. Wäre das nichts für Sie? *Sprechen Sie mit dem Anlageberater* Ihrer Bank.



Die Ertragsausschüttung ab 15. Mai 1986 für das Geschäftsjahr vom 1.4.1985 bis 31.3.1986

Fonds	Ertragschein-Nr.	Gesamtausschüttung je Anteil DM	abzüglich Kapitalertragsteuer je Anteil DM	Barausschüttung je Anteil DM
UNIRAK	7	3,81	0,36	3,45
UNISPECIAL I	14	1,90	–	1,90

Einlösen der Ertragscheine

Die Barausschüttung erfolgt kostenfrei durch Einlösung der Ertragscheine bei unseren Gesellschafterbanken und Zahlstellen sowie durch Vermittlung der Volksbanken, Raiffeisenbanken und aller anderen Kreditinstitute.

Wiederanlage mit Rabatt auf den Ausgabepreis

Die Wiederanlage ist in Anteilen aller Union-Fonds, mit Ausnahme des UNISPECIAL I, möglich. Mit Rabatt kann auch eine Zuzahlung in Höhe des Steuerguthabens wiederangelegt werden sowie die Zuzahlung eines Differenzbetrags zum Kauf eines vollen Anteils.

Bei Vorlage einer NV-Bescheinigung wird auf die Wiederanlage in Höhe der Gesamtausschüttung bis zum 30. Juni 1986 Rabatt gewährt: 3% bei UNIFONDS, UNIRAK und UNIGLOBAL, 1,5% bei UNIRENTA und UNIZINS.

Union Investment
Mainzer Landstraße 47, 6000 Frankfurt am Main 1

An Union-Investment-Gesellschaft mbH, Postfach 16 07 63, 6000 Frankfurt am Main 16
Bitte senden Sie mir ☐ Bericht per 31.3.1986
☐ Informationen über die Union-Fonds und über das Union-Anlagekonto
Ich bin Anteilinhaber ☐ ja ☐ nein
Name
Straße
PLZ/Ort
DW

Im Bauskandal jetzt auch ein SPD-Politiker in Haft

Berliner Exstadtrat Kaiser soll 10 000 Mark erhalten haben

H. R. KARUTZ, Berlin

Mit der Verhaftung eines ehemaligen SPD-Stadtrats und Kreisvorsitzenden seiner Partei und der erneuten Festnahme des Berliner Bauträgers Kurt Franke ist im Bestechungs- und Korruptionsskandal in der Stadt jetzt ein weiteres Kapitel eingeleitet worden. Exstadtrat Bernd Kaiser, der in der Bundestags-Verwaltung im Berliner Reichstagsgebäude tätig ist, wird vorgeworfen, für die Vergabe eines Grundstücks von Franke mit 10 000 Mark bestochen worden zu sein. Die Berliner SPD kündigte den Parteiausschluß von Kaiser an, falls sich die Vorwürfe bewahrheiten.

Der 71jährige Baufinanzier Franke war am 31. Januar 1986 gegen eine Kaution von einer Million Mark wieder auf freien Fuß gesetzt worden. Seine erneute Verhaftung begründete der Richter mit der Gefahr, Franke könnte sich durch eine Flucht in die Schweiz den deutschen Behörden entziehen. Franke hat dort ein förmliches Wohnrecht. Der Bauträger steht bald in einem weiterem Prozeß vor Gericht, weil er die früheren CDU-Baustadträte Wolfgang Antes und Jörg Herrmann mit hohen Summe bestochen haben soll.

Inzwischen wird der politische Skandal weiter aufgearbeitet: Am 26. Mai beginnen die ersten öffentlichen Zeugenvernehmungen vor dem Parlamentarischen Untersuchungsausschuß. Zu den 29 Zeugen, die die Abgeordneten hören wollen, gehören der Regierende Bürgermeister Eberhard Diepgen, sein früherer Stellvertreter Heinrich Lummer, CDU-Generalsekretär Klaus Landowsky, der frühere CDU-Baustadtrat und heutige Hauptangeklagte Wolfgang Antes sowie Beamte aus der Senatskanzlei des Regierenden Bürgermeisters.

Zunächst kommt der gesamte Komplex der disziplinarischen Ermittlungen gegen Antes zur Sprache, die schon 1984 begannen, aber nach Auffassung der Opposition zu keinen ausreichenden Konsequenzen führten.

Bei der Sonderkommission der Berliner Polizei, die den umfangreichsten Korruptionsskandal der Berliner Nachkriegszeit aufklärt, laufen inzwischen 50 Ermittlungsverfahren gegen 109 Tatverdächtige. Bei 226 Hausdurchsuchungen wurde in 186 Fällen belastendes Material gefunden.

Kohl an Reagan: Beim „Teststopp" muß der Westen Initiative zurückgewinnen

Verhandlungen behalten weiterhin Vorrang / Beratungen zwischen den Bündnispartnern

BERNT CONRAD, Bonn

Bundeskanzler Helmut Kohl hat bei Präsident Ronald Reagan dafür plädiert, sowjetischen Propaganda-Bemühungen im Zusammenhang mit einem nuklearen Teststopp wirksam zu begegnen. Nach Ansicht des Kanzlers wäre ein Teststopp keineswegs ein Ersatz für eine substantielle Reduzierung vorhandener Waffenarsenale. Darum müßten die Verhandlungen darüber auch weiterhin Vorrang haben. Dennoch wären Schritte in Richtung auf die Einstellung von Atomversuchen nützlich. Dies hat Kohl in einem Brief an Reagan zum Ausdruck gebracht, aus dem Teile durch eine Veröffentlichung in der „Bild"-Zeitung bekannt geworden sind.

Genfer Verhandlungen

Grundsätzliches Interesse an einem Teststopp hatte der Kanzler schon am 9. Januar 1986 und am 11. April 1986 vor der Bundespressekonferenz bekundet, ohne dabei allerdings die vom Westen vereinbarten Prioritäten für die Genfer Abrüstungsverhandlungen in Frage zu stellen.

Direkte Vereinbarungen über Reduzierungen der atomaren Waffenarsenale wären nach Meinung des Kanzlers ein besserer Einstieg in die Rüstungskontrolle als der von Moskau immer wieder propagierte Einstellung der Tests. Deshalb sollte der Weg zu Reduzierungen in den sowjetisch-amerikanischen Verhandlungen freigemacht werden.

Schon vor vier Wochen hatte Kohl öffentlich einen Weg, um eine Annäherung der Standpunkte der Supermächte zu erreichen, vorgeschlagen: „Beide Seite könnten als ersten Schritt beziehungsweise als Übergangslösung über eine Begrenzung von Tests nachdenken. So könnten zum Beispiel die für die Überprüfung der Funktionsfähigkeit von Nuklearwaffen notwendigen Tests auf vereinbarte, zeitlich eingegrenzte Intervalle begrenzt und im Rahmen vereinbarter Reduzierungen von Nuklearwaffen allmählich ganz eingestellt werden."

Unter dem Eindruck der verstärkten Propaganda-Kampagne Moskaus für eine Beendigung der Versuche wandte sich Kohl dann am 22. April in einem Brief an Reagan, der das Thema offenbar bisher primär unter dem zwar sachlich einleuchtenden, aber propagandistisch wenig wirksamen Gesichtspunkt der militärischen Zweckmäßigkeit betrachtet hatte. Der Westen sollte – nicht zuletzt mit dem Blick auf die Öffentlichkeit – „auf dem Gebiet des Teststopps die Initiative wiedergewinnen" und Gespräche mit Moskau darüber aufnehmen, schrieb der Kanzler dem Präsidenten.

Gemeinsame Überlegungen

Konkret schlug er vor, daß Sachverständige Bonns und Washingtons, „möglichst im Rahmen des Bündnisses und jedenfalls unter Beteiligung der an dieser Frage besonders interessierten Verbündeten, gemeinsam überlegen, wie den sowjetischen Bestrebungen im Teststopp-Bereich wirkungsvoll und für die Öffentlichkeit überzeugend begegnet werden kann. Zu diesem Zweck werden die in der Bundesregierung zuständigen Stellen binnen Kürze mit den zuständigen Behörden Verbindung aufnehmen."

Daß dies in die Presse gelangte, war dem Kanzleramt allerdings mit Rücksicht auf Reagan peinlich.

Die Union hält Rau „Widersprüche" vor

CDU-Sicherheitskongreß attackiert Leitantrag der SPD

rmc. Bonn

Scharfe, vom bevorstehenden Bundestagswahlkampf bestimmte Angriffe haben CDU-Politiker auf dem sicherheitspolitischen Kongreß der Partei in Bonn gegen die Sozialdemokraten gerichtet. Bundesverteidigungsminister Manfred Wörner bezeichnete die SPD als ein „Sicherheitsrisiko", deren Verteidigungspolitik „falsch und gefährlich" sei. Bei feierlichen Empfängen bekennten sich die führenden Sozialdemokraten zur Bundeswehr, auf der anderen Seite tolerierten sie aber, daß Parteimitglieder Kasernen blockierten oder gegen öffentliche Gelöbnisse vorgingen. Wörner kritisierte scharf den SPD-Kanzlerkandidaten Rau, der einen sicherheitspolitischen Leitantrag „voller Widersprüche" für den Wahlparteitag im August zugelassen habe. Einerseits würden in dem Papier ausreichende Kräfte zur Vorneverteidigung gefordert, andererseits lehne Rau die Verlängerung des Wehrdienstes ab und wolle die Bundeswehr sogar personell reduzieren sowie die finanziellen Verteidigungsleistungen vermindern. So sei der ganze Antrag „ein wackeres Sowohl-als-Auch, ein echter Rau".

Nach Ansicht des Verteidigungsministers kann der Personalbestand der Bundeswehr auch „über 1995 hinaus" gesichert werden. Allerdings bedürfe es „großer Anstrengungen", die Attraktivität des Dienstes zu steigern.

CDU-Generalsekretär Geißler forderte „angesichts des dramatischen außen- und sicherheitspolitischen Kurswechsels der SPD" eine Aufklärungskampagne über die Bedeutung der demokratischen Werte. Er erklärte, die Unionsparteien seien die einzige bedeutende politische Kraft, auf die sich die Bürger in Sicherheitsfragen verlassen könne.

Der stellvertretende Vorsitzende der CDU/CSU-Fraktion, Volker Rühe, sagte, die europäischen NATO-Partner sollten selbst für ein stärkeres Gewicht im Dialog mit Washington sorgen und eine gemeinsame Außenpolitik erarbeiten. Wer es mit dem transatlantischen Verhältnis gut meine, müsse sich dafür einsetzen, daß in Europa „nicht das Gefühl einer Unabhängigkeit von den USA" entstehe und Vorstellungen der Amerikaner entgegenwirken, die Verbündeten wollten ihren Teil der Verantwortung nicht übernehmen.

Kohl lobt Tarifpartner

Kanzler: Durch lohnpolitische Vernunft zu neuen Arbeitsplätzen

HANS J. MAHNKE, Heidelberg

Bundeskanzler Helmut Kohl hat den Tarifpartnern bescheinigt, in den vergangenen Jahren einen wesentlichen Beitrag zur Schaffung neuer Arbeitsplätze geleistet zu haben. Auf einer Veranstaltung des Deutschen Industrie- und Handelstages in Heidelberg sagte Kohl: „Steigende Beschäftigungszahlen signalisieren, daß lohnpolitische Vernunft durchaus zu greifbaren Ergebnissen führt." Er wies darauf hin, daß es schon Ende 1985 wieder mehr Arbeitsplätze gab als Ende 1982.

Zum Verhältnis von wirtschaftlichem Erfolg und sozialer Sicherheit meinte der Kanzler, das Anliegen der sozialen Marktwirtschaft sei heute so aktuell wie zur Zeit, als diese Republik aus den Trümmern wieder aufgebaut wurde. „Wirtschaftliche Leistung und unternehmerisches Engagement des einzelnen stehen nicht im Gegensatz zur sozialen Sicherheit für viele, sondern sie bedingen sich gegenseitig." Ohne wirtschaftlichen Erfolg sei es nur eine Frage der Zeit, wann es nichts mehr zu verteilen gebe. Umgekehrt sei wirtschaftlicher Erfolg auf Dauer nur möglich, wenn der Bürger, der zu diesem Erfolg an seinem Arbeitsplatz seinen Beitrag leistet, auf eine verläßliche soziale Sicherheit rechnen kann.

Für Helmut Kohl ist die Ausweitung des Welthandels keine abstrakte wirtschaftliche oder politische Angelegenheit, sondern von realer Bedeutung. An die Adresse Japans sagte er, daß die Teilnahme am Weltmarkt keine Einbahnstraße für die eigenen Exporte sein dürfe, sondern auf Gegenseitigkeit beruhen müsse.

Paris verbietet Verkauf von Spinat

rtr/DW. Paris/Moskau

Rund zweieinhalb Wochen nach dem Reaktorunglück in der UdSSR haben die französischen Behörden gestern erstmals ein Verkaufsverbot verhängt. Es betrifft Spinat aus dem südlichen Elsaß und gilt für die kommenden zehn Tage. Wie ein Sprecher des Innenministeriums in Paris sagte, handelt es sich um eine Vorsichtsmaßnahme zum Schutz der Verbraucher. Unterdessen berichtete die sowjetische Zeitung „Sowjetskaja Rossija", daß der ärztliche Notdienst der Ukraine nach dem Unglück in Tschernobyl nicht mit genügend Hilfsmaterial ausgestattet war. Der stellvertretende Chef des ukrainischen Gesundheitsdienstes habe mitgeteilt, daß erst in den vergangenen Tagen große Mengen an medizinischen Ausrüstungsgütern an Ort und Stelle eingetroffen seien.

Sowjetbürgern fallen Haare aus

DW. Bonn

Die Auswirkungen des Reaktorunglücks in Tschernobyl auf die Gesundheit der Menschen sind weitreichender, als bisher zugegeben wurde. Eine Frau aus der weißrussischen Stadt Gomel, 130 Kilometer nördlich von Tschernobyl, berichtete Freunden in Moskau am Telefon, ihr und ihrem fünfjährigen Kind seien in den vergangenen Tagen sämtliche Haare ausgefallen. Vielen Leuten in Gomel sei ähnliches passiert. Die Stadt ist nach Darstellung der Frau inzwischen geschlossen worden. Diese Angaben wurden von einem Sprecher des Außenministeriums in Moskau jedoch nicht bestätigt. Die Hälfte der Patienten, die nach dem Reaktorunfall in Krankenhäuser in Kiew eingeliefert worden waren, soll nach sowjetischen Zeitungsberichten wieder entlassen worden sein.

„Berlin ist eine sichere Stadt"

hrk. Berlin

Berlin ist nach Auffassung des neuen Innensenators Professor Wilhelm Kewenig auch nach den Attentaten ausländischer Terroristen auf die Discothek „La Belle" und die Deutsch-Arabische Gesellschaft „ebenso sicher wie jede andere Stadt in der übrigen Bundesrepublik oder in Europa". Das sagte er gestern in seiner ersten Pressekonferenz. Alle kolportierten Gerüchte, amerikanische Touristen mieden seit dem Anschlag vor allem Berlin, seien „eindeutig falsch". Zu den Erkenntnissen über die Lieferung von Sprengstoff durch die Ost-Berliner syrische Botschaft für zumindest einen der blutigen Anschläge in West-Berlin, sagte der Senator: „Konsequenzen gegenüber der DDR müssen die Allierten und die Bundesregierung ziehen, nicht der Senat."

Moskau steht im Wort

Genscher: Sowjets sollen bei MBFR-Runde konkret werden

BERNT CONRAD, Bonn

Bundesaußenminister Hans-Dietrich Genscher hat die Sowjetunion aufgefordert, bei der heute beginnenden neuen Runde der Wiener Truppenreduzierungs-Verhandlungen (MBFR) endlich die Ankündigungen ihres Parteichefs vom 15. Januar dieses Jahres zu konkretisieren. Gorbatschow hatte damals eine „vernünftige Kontrolle" von Truppenreduzierungen bejaht, ohne daß sich dies bei MBFR ausgewirkt hat.

Die negative Reaktion Moskaus auf die jüngsten Vorschläge des Westens, so Genscher, dürfe nicht das letzte Wort sein. Notwendig sei vor allem, daß die Sowjets folgende Punkte akzeptierten:

- Angaben über Streitkräfte im Reduzierungsgebiet dürften nicht auf Gesamtzahlen beschränkt werden, sondern müßten so weit aufgeschlüsselt werden, daß ihre Überprüfung möglich sei.
- Bei Inspektionen vor Ort, die für die Überprüfung der gemachten Angaben unerläßlich seien, dürfe es kein Ablehnungsrecht geben.
- Die halbjährlich stattfindende Rotation sowjetischer Streitkräfte, bei der jeweils mehrere hunderttausend Mann ausgetauscht würden, müsse von „ständigen Durchlaufpunkten" erfaßt werden, die Gorbatschow im Januar als möglich bezeichnet hatte.

Ein effektiver Beitrag Moskaus wäre nach Ansicht Genschers von Bedeutung auch für die Bewertung des Vorschlags für einen Abbau der konventionellen Streitkräfte in Europa bis zum Ural. Dieses Angebot hatte Gorbatschow im April auf dem SED-Parteitag in Ost-Berlin gemacht.

Nach Nordamerika fliegen wir sowieso.



Via London direkt in 30 Städte Nord- und Südamerikas, Kanadas und der Karibik.



Chiracs Alternative

J. Sch. (Paris) – Die „neue" französische Wirtschaftspolitik ist bisher kaum in Erscheinung getreten, wenn man von der umstrittenen Francabwertung absieht. Insbesondere die groß angekündigten Liberalisierungsaktionen lassen immer noch auf sich warten. Sowohl bei den Preisen als auch im Kapital- und Devisenverkehr begnügte sich die bürgerliche Regierung wie zuvor die sozialistische mit selektiven Maßnahmen von begrenzter Bedeutung. Das gleiche gilt für die Kreditpolitik.

In der Budgetpolitik wurde inzwischen sogar ein noch restriktiverer Kurs eingeschlagen. Zum Abbau der Defizite sollen die Staatsausgaben in diesem und im nächsten Jahr drastisch zusammengestrichen werden. Zwar sind den Unternehmen Steuererleichterungen in Aussicht gestellt. Aber sie werden erst ab Ende 1986 wirksam.

Unter diesen Umständen überrascht es nicht, daß sich die Wirtschaft mit Investitionen und Neueinstellungen stark zurückhält, zumal Entlassungen auch weiterhin reglementiert bleiben sollen, wenn auch nicht mehr so stark wie bisher. Aber Premierminister Chirac braucht gerade im Kampf gegen die Arbeitslosigkeit schnelle Erfolge, wenn er die Präsidentschaftswahlen in knapp zwei Jahren gewinnen will.

Da andererseits der Kampf gegen die Inflation nicht vernachlässigt werden darf, bleiben im wesentlichen nur die Mittel der psychologischen Kriegsführung. So hat jetzt Chirac die Unternehmer vor die „Alternative" gestellt: Entweder ihr schafft Arbeitsplätze, oder unsere Liberalisierungsaktion scheitert.

Überraschend

A. G. – Überraschendes, leider nicht nur Erfreuliches, förderte die neueste Frühjahrsumfrage der Arbeitsgemeinschaft Selbständiger Unternehmer zutage: In der „unternehmerischen Problem-Skala" sind der „Ärger mit der Bürokratie" und der „Facharbeitermangel" vorgerückt. Der erstgenannte Punkt liegt jetzt schon nach „Personalkosten" und „Steuerbelastung" auf Rang drei und damit noch vor „Absatzproblemen". Mit anderen Worten, die Schwierigkeiten mit gesetzlichen und behördlichen Vorschriften, Auflagen, Melde- und Genehmigungspflichten sind also inzwischen größer geworden als die Schwierigkeiten mit dem Markt, dem eigentlichen unternehmerischen Betätigungsfeld. Das ist einfach ärgerlich, da vermeidbar, und zeigt, daß die bisherigen Bemühungen zur Entbürokratisierung und Verwaltungsvereinfachung noch keineswegs ausreichen. Daß der „Facharbeitermangel" gleich um drei Stellen auf den sechsten Platz vorgerückt ist, kann man auch als gute Nachricht ansehen. Am Arbeitsmarkt geht es wieder aufwärts.

SELBSTÄNDIGE UNTERNEHMER / Alle Steuerzahler gleichermaßen entlasten

Bundesregierung soll endlich Ernst machen mit dem Subventionsabbau

ARNULF GOSCH, Bonn

In der kommenden Legislaturperiode sollte endlich ernst gemacht werden mit der von der Bundesregierung seit langem angekündigten „Offensive für mehr Markt". Das forderte die Arbeitsgemeinschaft Selbständiger Unternehmer (ASU) auf ihrer Jahrespressekonferenz in Bonn. Wie ASU-Vorsitzer Martin Leicht erklärte, gelte diese Forderung für die Themen Subventionen – die um mindestens 20 bis 25 Milliarden Mark abgebaut werden müßten – und Privatisierung.

Auch sollte eindeutiger als bisher geklärt werden, was die Rolle des Staates zum Beispiel in der Industriepolitik oder bei der Forschungsförderung sein solle und dürfe. „Wohltätiger Dirigismus" erscheine der ASU genauso problematisch wie jede andere Lenkung. In diesem Zusammenhang kritisierte Leicht das Bundesforschungsministerium. Was dort zum Teil gemacht werde, sei „manchmal schlecht, manchmal skandalös" – so zum Beispiel die Mega-Chip-Förderung. Nach Meinung der ASU muß die Bundesregierung in Zukunft auch noch mehr unternehmen bei der Deregulierung, der Entbürokratisierung, der Liberalisierung der wirtschaftlichen und rechtlichen Rahmenbedingungen dort, wo sie heute die Initiative behinderten und die Dynamik einschnürten.

Die ASU sieht sich durch ihre jüngste Frühjahrsumfrage bei rund 800 *Mitgliedern voll bestätigt: 40 Prozent* sehen Handlungsbedarf im ordnungspolitischen Bereich nach dem Motto: Mehr Markt – weniger Staat. An zweiter Stelle mit rund 30 Prozent der Nennungen steht die Forderung nach einer durchgreifenden Reform des Steuersystems. Wie Leicht dazu erklärte, gehen die Absichtserklärungen der Koalition in die richtige Richtung. Der vordringliche Ansatzpunkt sei: „Mehr Netto für alle".

Dabei gibt die ASU vor einer Entlastung bei Vermögen- und Gewerbesteuer die eindeutige Priorität der generellen Tarifentlastung für alle Steuerzahler. Das heiße auch Senkung des Spitzensteuersatzes. Und wenn es um den Abbau von steuerlichen Vergünstigungen gehe, dürfe es keinesfalls zu neuen zusätzlichen Sonderregelungen (zum Beispiel steuerstundende Investitionsrücklagen) kommen. Eine wirklich durchgreifende Tarifreform wird, wie Leicht hervorhob, finanziell nur möglich sein, wenn sie mit spürbarem Einschnitt in den Dschungel von Steuervergünstigungen und -subventionen verbunden werde.

Massive Kritik übte der ASU-Vorsitzende an den *Gewerkschaften*. Den DGB warnte Leicht, das Prinzip der Einheitsgewerkschaft aufs Spiel zu setzen. Was die Gewerkschaften aus dem Thema Pharagraph 116 Arbeitsförderungsgesetz gemacht hätten, könne nur betroffen stimmen. Auch wenn die Lage am Arbeitsmarkt weiterhin unbefriedigend sei, sollten auch die Gewerkschaften anerkennen, daß die deutsche Volkswirtschaft wieder aus der Sackgasse herausgefunden habe. Die ASU erwartet, daß der DGB von seiner Agitation abläßt und seinen politischen Anspruch und sein Selbstverständnis kritisch überprüfe und kläre.

Der mittelfristigen wirtschaftlichen Entwicklung sehen die ASU-Mitglieder mit „verstärktem Optimismus" entgegen. Daran werde auch Tschernobyl kaum etwas ändern, es sei denn, es komme aufgrund des Reaktor-Desasters zu einem Ausstieg aus der Kernenergie und/oder zu einem Regierungswechsel in Bonn. Der Anteil derer, die die Zukunftsaussichten ihres eigenen Unternehmens jetzt *gut oder sehr gut beurteilen*, sei deutlich von 48 auf 57 Prozent gestiegen.

Noch eindeutiger zeige sich die durchgreifende Verbesserung der Stimmung bei der Frage nach der Beurteilung der mittelfristigen Perspektiven der deutschen Wirtschaft insgesamt. War der Anteil derjenigen, die die Noten sehr gut und gut vergaben, in den letzten drei Jahren bei 20 Prozent ziemlich konstant, *so ist dieser Anteil nach der jüngsten* Umfrage auf „sensationelle" 51 Prozent hochgeschnellt. Jeder zweite befragte Unternehmer erwartet also, daß die Wirtschaftsentwicklung in den kommenden Jahren einen guten oder sogar sehr guten Verlauf nimmt.

NIEDERSACHSEN

Breuel: Wichtige Indikatoren signalisieren Aufwärtstrend

dos, Hannover

Die wirtschaftliche Entwicklung in Niedersachsen zeigt auch im Vergleich zum gesamten Bundesgebiet deutliche Besserungstendenzen. Bei der Vorlage des Jahreswirtschaftsberichts wies Wirtschaftsministerin Birgit Breuel darauf hin, daß speziell in der jüngsten Zeit auch der Arbeitsmarkt am Aufschwung partizipiere. Beim Abbau der Arbeitslosigkeit sei das Land jetzt *die Nummer eins*. Während im Bund die Arbeitslosenzahlen um 3,2 Prozent zurückgegangen seien, laute der entsprechende Wert in Niedersachsen 6,8 Prozent.

Frau Breuel zeigte sich zuversichtlich, daß die Aufwärtsentwicklung anhält. Die drei großen Investitionsnachfrager Maschinenbau, Elektrotechnik und Fahrzeugbau dürften 1986 in Niedersachsen zweistellige Zuwachsraten verzeichnen. Die Entwicklung des realen Bruttoinlandsprodukts verlaufe parallel zu der im übrigen Bundesgebiet.

Schließlich übersteige die Zahl der Firmenneugründungen in Niedersachsen deutlich die Löschungen. Gerade die Ansiedlungsprojekte in den letzten Monaten zeigten, daß „Niedersachsen wieder im Gespräch ist", wenn die Unternehmen über neue Standorte entscheiden, meinte die Ministerin. Derzeit werde über verschiedene neue Vorhaben gesprochen, *die allerdings noch nicht entscheidungsreif* seien.

Ein wesentlicher Faktor der jetzt greifenden günstigeren Entwicklung in Niedersachsen seien die Anstrengungen auf den Gebieten Forschung und Technologie. Die Gründung einer Vielzahl wirtschaftsnaher Institute beginne sich auszuzahlen, weil dadurch Unternehmen der Hochtechnologie angezogen würden. *Alles* spreche dafür, daß Niedersachsen im laufenden Jahr in vollem Umfang an der dynamischen Entwicklung des Bundes teilnehmen wird.

Nachdrücklich sprach sich Frau Breuel für die weitere Nutzung der Kernenergie aus. Es sei Augenwischerei zu glauben, daß in den nächsten 15 bis 20 Jahren auf Kernenergie verzichtet werden könne. Der in Niedersachsen erreichte Kernenergie-Anteil bei der Stromversorgung von rund 70 Prozent sei nicht zu ersetzen, es sei denn, man nehme eine soziale und wirtschaftliche Krise in Kauf. Dies schließe allerdings nicht aus, daß intensiv über Technologiealternativen nachgedacht werde, sagte Frau Breuel.

Die Hauptaufgabe für die Bundesrepublik sieht die Ministerin darin, die „Atomgefahren im Ausland zu bannen". Dazu sei es notwendig, weltweit alle Kernkraftwerke auf gleiche Sicherheitsstandards festzulegen. Auch der Mut zum Abschalten der *weniger sicheren Anlagen, die nach* Frau Breuels Worten „nicht zuletzt in unserer östlichen Nachbarschaft zu vermuten sind", sollte vorhanden sein. Sicherheitsfragen bei Kernkraftwerken seien keine ausschließlich nationalen Fragen mehr.

Mehr deutsche Investitionen

Von WILHELM FURLER, London

In *kein anderes Land*, ausgenommen die USA, steckt die deutsche Wirtschaft so viel Geld wie in Großbritannien. Offenbar haben die deutschen Unternehmen das Vereinigte Königreich als einen hervorragenden Platz für Direktinvestitionen erkannt. Wie die Deutsche Industrie- und Han*delskammer in London* der *WELT* mitteilte, erreichten die deutschen Direktinvestitionen in Großbritannien im vergangenen Jahr mit 2,616 Milliarden Mark den bisher mit Abstand höchsten Betrag. Sie liegen um nicht weniger als 140 Prozent über den Investitionen im Jahr zuvor. Damit betragen die akkumulierten Investitionen deutscher Unternehmen in Großbritannien per Ende 1985 8,725 Milliarden Mark.

Warum fließen seit 1982 jährlich eine Milliarden Mark und im vergangenen Jahr sogar mehr als 2,6 Milliarden Mark für Betriebserweiterungen oder Firmengründungen in ein Land, wo angeblich Auseinandersetzungen um Tee- und Waschpausen ständig zu Arbeitskämpfen und roten Unternehmenszahlen führen? Weil es mit der schon legendären Streikfreudigkeit der britischen Arbeitnehmer *nicht* mehr viel auf sich hat, und weil deutsche Investoren in einem marktwirtschaftlich dominierten und von der Regierung Thatcher mit günstigen Rahmenbedinugnen ausgestatteten Umfeld blendende Geschäfte machen können.

Den jüngsten vielbeachteten Coup landete die Allianz Versicherungs-Gruppe Anfang des Jahres. Für gut eine Milliarde Mark übernahm sie die Londoner Cornhill-Versicherung von dem englischen Mischkonzern BTR.

Doch auch weniger beachtete Investitionen tragen dazu bei, daß der deutsche Einfluß am britischen Markt spürbar zunimmt. Dazu zählen in den letzten drei Jahren die Übernahme des schottischen Uniroyal-Reifenwerks durch die Continental-Gummiwerke ebenso wie die 50prozentige Siemens-Beteiligung am Elektronik-Unternehmen Ferranti Measurements oder die Investitionen der Deminex in britische Nordsee-Ölfelder in Milliardenhöhe.

Zum Sprung über den Kanal oder zum weiteren Ausbau bestehender Kapazitäten reizen in erster Linie diese Faktoren:

- Niedrige Personalkosten und Körperschaftsteuern – die Personalkosten liegen in Großbritannien unverändert um rund 30 Prozent unter denen in Deutschland, und die Körperschaftsteuer wurde von der Thatcher-Administration schrittweise von 52 auf heute nur noch 35 Pro*zent reduziert*.
- Erheblich verbesserte Arbeitsbeziehungen – mit der neuen Gewerkschaftsgesetzgebung ist die Militanz britischer Gewerkschaften stark geschwächt worden. Gleichzeitig ist mit der allgemeinen Abspeckungskur in der britischen Wirtschaft und dem starken Anstieg der *Arbeitslosigkeit* die Streikneigung deutlich zurückgegangen.
- Hohe Motivation und Produktivität in deutschen Niederlassungen – die Erfahrungen deutscher Manager mit dem eigenen Betriebsverfassungsgesetz und der Mitbestimmung werden *meist* auch in britischen Tochterfirmen angewandt mit dem Resultat, daß der Betriebsfrieden fast immer gesichert *bleibt*. In der Regel bieten die deutschen Firmen auch modernere und schöner ausgestattete Fabriken und Büros als die meisten britischen Unternehmen, der Umgang mit den Beschäftigten ist menschlicher. Entsprechend haben einer Umfrage der deutschen Kam*mer in London zufolge 83 Prozent* der Manager von 263 befragten deutschen Niederlassungen die Produktivität in ihren Betrieben *als gut bis ausge*zeichnet beurteilt.

Führt man zudem noch immer geltende Vorzüge deutscher Fertigung hinsichtlich Qualität, Design, *Kundendienst* und Pünktlichkeit an, die die Absatzchancen gerade in Großbritannien in nicht zu unterschätzendem *Maße* verbessern, dann wird verständlich, warum inzwischen rund 550 deutsche Firmen mit Verkaufsorganisationen und 250 mit Produktionsstätten niedergelassen sind.

Die *jüngsten* Pfundkurs-Unsicherheiten werden die deutschen Unternehmen mehr noch als in zurückliegenden *Jahren* veranlassen, die *Möglichkeiten* der Direktinvestition und der Produktion in Großbritannien zu prüfen. „Sie erscheinen jetzt interessanter denn je", meint auch Klaus Balzer, der langjährige Chef der deutschen Kammer in London.

AUF EIN WORT



„Die künftige Wirtschafts- und Finanzpolitik muß alles daransetzen, das Stabilitätsniveau zu halten und auch die verbliebenen internen Kostensteigerungen *zurückzudrängen*. Dies berührt besonders die Lohnpolitik. Verteilungskämpfe sollten der Vergangenheit angehören."

Helmut Geiger, Präsident des Deutschen Sparkassen- und Giroverbandes FOTO: BONNPRESS

„Zwangsabgabe": Kosten eingeklagt

dpa, Gütersloh

In einem Musterprozeß vor dem Bonner Landgericht hat ein Gütersloher Bekleidungshaus die Bundesrepublik auf 2 316,20 DM Schadensersatz verklagt. Der Unternehmer will sich so seine Kosten zurückholen, die ihm durch das mittlerweile für verfassungswidrig erklärte Investitionshilfegesetz („Zwangsabgabe" für Besserverdienende) entstanden sind. Sollte das Gütersloher Bekleidungshaus in Bonn Recht bekommen, könnte dies enorme Auswirkungen haben: Etwa eine Million Bundesbürger waren von der „Zwangsabgabe" betroffen. Sie könnten dann ihre Kosten plus Zinsen (etwa für Büroaufwand oder den Steuerberater) einklagen.(AZ.: 1 O 459/85).

KONJUNKTUR

DIW erwartet Belebung der expansiven Kräfte

dpa/VWD, Berlin

Das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) rechnet für die kommenden Monate wieder mit einer Belebung der expansiven Kräfte, nachdem die gesamtwirtschaftliche Produktion im Jahresanfangsquartal 1986 „wesentlich schlechter *als erwartet" ausgefallen* sei. Das Bruttosozialprodukt sank, wie es im jüngsten DIW-Wochenbericht heißt, gegenüber dem vierten Quartal 1985 preisbereinigt um ein Prozent; um die unterschiedliche Zahl der Arbeitstage bereinigt waren es 1,5 Prozent.

Ausschlaggebend für den Produktionsrückgang war nach Ansicht des DIW die Schwäche des Exports und der Investitionstätigkeit. „Der reale *Außenbeitrag* sank erneut kräftig ab." Seit Herbst hätten die realen Auftragseingänge in der Industrie nicht mehr zugenommen.

„*Vieles spricht jedoch dafür, daß* sich die expansiven Kräfte in den nächsten Monaten wieder durchsetzen", heißt es. Insbesondere für einen Anstieg der Inlandsnachfrage seien die Rahmenbedingungen günstig. Die stabilen Preise erhöhten die Kaufkraft der Haushalte. Der private Verbrauch werde das gesamtwirtschaftliche Wachstum stimulieren. Die Bauinvestitionen würden allein *schon wegen des Wegfalls der Witte*rungshemmnisse in den kommenden Monaten expandieren, und auch der Export dürfte leicht zunehmen.

Zwar wirke die niedrige Bewertung des US-Dollar dämpfend. Aber die stimulierenden Effekte, die durch die Ölpreissenkungen auf das Wachstum der *importierenden Länder* ausgehen, würden bald „zu einer Zunahme der Nachfrage auch nach deutschen Produkten führen".

MASCHINENBAUMESSE IN MOSKAU

Grüner fordert bessere Kooperation mit UdSSR

A. G. Bonn

Soviel Kooperation wie möglich mit der Sowjetunion will die Bundesregierung auch und gerade bei der friedlichen Nutzung der Kernenergie. Das erklärte der Parlamentarische Staatssekretär beim Bundesminister für Wirtschaft, Martin Grüner, gestern in Moskau anläßlich der Eröffnung der *Ausstellung* „Metallbearbeitungstechnik in der Bundesrepublik Deutschland", auf der bis zum 24. Mai 227 deutsche Firmen ihr Maschinenangebot präsentieren.

Nach Grüners Worten möchte die Bundesregierung hier zu einer intensiven Informations- und Sicherheitszusammenarbeit kommen. Tschernobyl habe erneut die absolute Notwendigkeit eines Austauschs von Infor*mation und Know-how unterstrichen*. Die Bundesrepublik verfüge in der Anwendung höchstmöglicher Sicherheitsstandards über eine *große*, weltweit anerkannte Praxis, und die sollte von allen Ländern genutzt werden.

Der Staatssekretär forderte dazu auf, viel mehr Anstrengungen zur Steigerung des gegenseitigen Handels zu unternehmen. Die deutsche Seite setze dabei *große* Hoffnungen auf den neuen Fünf-Jahres-Plan der UdSSR. Daß die deutsche Industrie in allen ihren Sektoren ein *leistungs*fähiger und verläßlicher Partner sei, gelte besonders für den Maschinenbau, der in vielen Zweigen weltweit Marktführer sei.

Die UdSSR hat 1985 für gut drei Milliarden Mark Maschinen und Ausrüstungen aus der Bundesrepublik importiert. Der deutsche Maschinenbau, mit Abstand wichtigster westlicher Lieferant der Sowjetunion, rech*net mit einer weiteren Steigerung sei*ner Lieferungen und hält auch eine verstärkte Kooperation mit sowjetischen Betrieben für möglich.

WIRTSCHAFTS ● JOURNAL

Mensch und Computer

Eher Skepsis als Begeisterung

Alle befragten Personen = 100

	Bevölkerung insgesamt	Altersgruppe der 16-29-jährigen
Kenntnisse vorhanden		
will bald Kenntnisse erwerben		
Lernbereitschaft ohne zeitlichen Handlungszwang		
sehe keinen Grund Computeranwendung zu erlernen		

DIE WELT

Mit dem Computer können sich die Bundesbürger noch nicht so recht anfreunden. 54 von 100 Bürgern sehen den Computer, 49 die Mikroelektronik eher als unsympathisch an. 40 Prozent aller Erwerbstätigen haben heute schon direkt oder indirekt Kontakt mit der modernen Datenverarbeitung. 1990 etwa wird schon jeder zweite nicht mehr ohne EDV-Grundkenntnisse auskommen können. Bei der Jugend ist das Interesse an Computern und EDV allerdings größer als in der Gesamtbevölkerung.

QUELLE: IMU/IW

Baulandpreise sind erheblich gestiegen

Wiesbaden (AP) – Der Quadratmeterpreis für Bauland in der Bundesrepublik ist im vierten Quartal 1985 erheblich gestiegen. Wie das Statistische Bundesamt gestern mitteilte, erhöhte er sich im Vergleich zum vor*angegangenen Vierteljahr von durch*schnittlich 72,48 auf 81,26 DM. Baureifes Land wurde für 120,65 (108,06) DM je Quadratmeter, Rohbauland für 40,19 (38,23) und sonstiges Bauland für 28,07 (26,12) DM verkauft. Für das vierte Quartal 1985 wurden 15 052 Baulandkäufe mit einer Fläche von 1762 Hektar gemeldet.

Gegen Investitionsrücklage

Bonn (rtr) – Den Forderungen nach einer steuerstundenden Investitionsrücklage zur Verminderung der Steuerbelastung von Unternehmen hat der Staatssekretär im Bundeswirtschaftsministerium, Otto Schlecht, eine klare Absage erteilt. Mit einer Linearisierung des progressiven Steuertarifs und einer Senkung des Spitzensteuersatzes sei dem Mittelstand mehr gedient.

„Grüne Gefahr"

Köln *(dpa/VWD) – Das unterneh*mernahe Institut der deutschen Wirtschaft (IW) in Köln hat der Partei der Grünen vorgehalten, die Fundamente der modernen Industriegesellschaft in der Bundesrepublik würden zerstört, „ginge es nach ihrem Programm". In einer Untersuchung der *Wirtschaftsprogramme der Grünen* erklärte das Kölner Institut, mit dem im Februar von der Bundestagsfraktion vorgestellten und offensichtlich von „Realos" geprägten Entwurf für den „Umbau der Industriegesellschaft" solle dem Ausstieg aus der Industriegesellschaft ein „Umbau" vorangestellt werden.

Finnland: Zinserhöhung

Helsinki (rtr) – Die finnische Notenbank hat die Leitzinsen innerhalb von 24 Stunden zweimal erhöht, um die von den Abwertungsgerüchten belastete Landeswährung zu verteidigen. Die Notenbank teilte gestern mit, die Sätze bei der Ausleihung von Tagesgeld seien auf 16 Prozent, beim Kauf auf 15,3 Prozent angehoben worden. Diese Sätze waren erst am Dienstag nach 29 Monaten auf 13 von 11,2 Prozent beziehungsweise auf 12,: von *10,5 Prozent erhöht* worden.

Kündigungsrecht erweitert

Berlin (dpa/VWD) – Das Bundesaufsichtsamt für das Versicherungswesen sei zwar grundsätzlich für Beitragsanpassungklauseln in bestimmten Versicherungsverträgen, doch dürften die Rechte der Versicherungsnehmer dadurch nicht zu stark eingeschränkt werden. Nach Angaben seines Präsidenten, August Angerer, will das Amt den Versicherten ein Kündigungsrecht immer dann einräumen, wenn die Gesellschaften die Beiträge automatisch anpassen.

Bau noch unzufrieden

Bonn (A. G.) Trotz *einer deutlichen* Auftragsbelebung und eines starken Rückgangs der Kurzarbeit am Bau im April rechnet die Mehrzahl der baugewerblichen Unternehmen noch nicht mit einer Änderung der gegenwärti „unbefriedigenden" Geschäftsentwicklung. Das ergab die jüngst *Schnellerhebung des Zentralverban*des des Deutschen Baugewerbes. Im April stieg die Nachfrage nach Bauleistungen insbesondere im gewerblichen Bau sowie im Straßen- und Tiefbau. Die Zunahme der Bauproduktion dagegen hielt sich im saisonüblichen Rahmen.

Zeichnung geschlossen

Frankfurt (VWD) – Die Zeichnung der Aktien der Oberland Glas AG Bad Wurzach, wurde gestern im Einvernehmen mit der Gesellschaft wegen Überzeichnung mit sofortiger *Wirkung geschlossen. Das teilte d*ie im Emissionskonsortium federführende Deutsche Bank AG, Frankfurt mit.

MINERALÖL

Zum Sommer hin steigen die Benzinpreise meistens an

Bm. Essen

Auf breiter Front haben die Anbieter von Benzin in der Bundesrepublik den Vorstoß der Esso AG, die Preise um fünf Pfennig je Liter zu erhöhen, nachvollzogen. Selbst aggressive freie Anbieter, wie etwa Jet, sind der Preisanhebung sofort gefolgt.

Diese Preiserhöhung gilt in der Branche als überfällig. Seit Anfang April *ist der Preis* für Super in Rotterdam um vier Pfennig je Liter und der für Normalbenzin um sieben Pfennig gestiegen. Dieser Anstieg ist noch gebremst worden durch den gleichzeitigen Rückgang des Dollar von 2,34 auf 2,17 Mark. Auf dem deutschen Markt ist in dieser Zeit der Preis für Normalbenzin in Selbstbedienung um drei Pfennig auf durchschnittlich 96,3 Pfennig gefallen. Damit lagen die Großhandelspreise seit Ende April unter dem Rotterdamer Preisniveau.

Auch vom Rohölpreis läßt sich die jüngste Preiserhöhung bei Benzin ableiten. Anfang April war Nordseeöl auf 10 Dollar je Barrel gefallen. Jetzt liegt der Preis wieder bei 13,50 bis 14 Dollar. Diese Entspannung wird auch darauf zurückgeführt, daß die norwegische Ölproduktion drei Wochen durch Streik unterbrochen war.

Saisonal bedingt wird mit einer weiteren Befestigung des Benzinpreises gerechnet, da im Frühjahr und Sommer erfahrungsgemäß mehr Auto gefahren wird. Ein neuer Aspekt ist jedoch hinzugekommen: Die Änderung der Urlaubsgewohnheiten der Amerikaner, die auf Reisen nach Westeuropa verzichten und dafür ihren Urlaub in den USA verbringen. Aus Rotterdam ist zu hören, daß die Trendwende dort auch auf stärkere Nachfrage aus den USA zurückzuführen sei.

SPARKASSENTAG / Geiger fordert Landesbanken zu verstärkter Kooperation auf

„Diskontsenkung wäre ohne Nutzen"

CLAUS DERTINGER, Hamburg

Am Vorabend des heute in Hamburg beginnenden Deutschen Sparkassentages ermunterte Verbandspräsident Helmut Geiger die Bundesbank, an ihrer bisher verfolgten geldpolitischen Linie einer Absicherung der von den Marktkräften herbeigeführten Zinssenkung festzuhalten und sich nicht zu einer Diskontsenkung drängen zu lassen, von der er sich keinen Nutzen verspricht. Je niedriger das Zinsniveau mit forcierten geldpolitischen Maßnahmen gedrückt werde, um so eher müsse sich *ein Rückgang einstellen*. Völlig sinnlos sei es, von einer deutschen Zinssenkung eine Stabilisierung des Dollarkurses zu erwarten.

Der Sparkassenpräsident hofft, daß *die* niedrigen *Zinsen im Laufe* dieses Jahres auch die Konjunktur stimulieren und nicht zuletzt den Wohnungsbau. Bis jetzt läßt die Kreditentwicklung in der Sparkassenorganisation allerdings noch keine Anzeichen dafür erkennen. Die Kreditnachfrage sei bereits seit Mitte letzten Jahres schwach, und im ersten Quartal dieses Jahres habe sie sich das *Wachstum der Kredite (3,3 Milliar*den Mark) gegenüber der gleichen Vorjahreszeit nahezu halbiert. Als Ursache nennt Geiger vor allem die geringe Baukreditnachfrage, die Zurückhaltung der Kommunen bei der Aufnahme von Investitionskrediten und die hohe Selbstfinanzierung der Unternehmen.

Im Einlagengeschäft spüren auch die Sparkassen *den strukturellen* Umbruch der Märkte. Die Sparer achten verstärkt auf den Ertrag, sie richten ihre Dispositionen nach Zinsen, Laufzeiten und Verwendungszweck der Anlagen aus. So konzentrierte sich denn der Zuwachs an Spargeldern im ersten Quartal allein auf die höherverzinslichen Sondersparformen (plus 4,7 Milliarden Mark), während die anderen Spareinlagen um 2,9 Milliarden Mark abnahmen. Stark belebt hat sich auch das Interesse für Aktien.

Für dieses Jahr rechnet Geiger mit einer gegenüber 1985 unveränderten Sparquote von gut 13 Prozent. Als Problem sieht die Sparkassenorganisation ihre nur geringe Beteiligung an Konsortien für Aktienneuemissionen an, *die bei der Kundschaft* Verärgerung hervorrufe, ohne daß Depotkündigungen zu beobachten seien; allerdings verschiebe sich in Depots potenter Privatkunden das Gewicht von Sparkassen zu im Emissionsgeschäft aktiven privaten Banken.

Geiger forderte die Landesbanken auf, verstärkt gemeinsam aufzutreten und in Kooperation das Gewicht der Gruppe im Wettbewerb zu nutzen. Dies ist auch ein Thema auf dem Sparkassentag, der unter dem Motto „Leistung durch Wettbewerb" steht.

REINHEITSGEBOT

Schwerer Stand für Bonn

Ha. Luxemburg

Einen schweren Stand hatte die Bundesregierung gestern bei der Verteidigung des Importverbots für nicht nach dem deutschen Reinheitsgebot gebrautes Bier vor dem Europäischen Gerichtshof. Nach der mündlichen Verhandlung neigten viele Sachverständige jedoch der Ansicht zu, daß auch die EG-Kommission wohl von ihrer Forderung ablassen muß, jedem in einem anderen Mitgliedsland rechtmäßig hergestellten Bier freien Zugang zum deutschen Markt zu gewähren.

Aus Fragen der Europa-Richter ließ sich ableiten, daß sich Bonn kaum länger dagegen wehren kann, mit Rohfrucht (Mais, Reis, Sorghum) gebrautes ausländisches Bier in der Bundesrepublik zum Verkehr zuzulassen. Von diesen Erzeugnissen geht eindeutig keine gesundheitliche Gefährdung der Verbraucher aus. Bestimmte Zusatzstoffe dürften jedoch auch in Zukunft verboten bleiben.

Die achtstündige Verhandlung konzentrierte sich auf die Frage, wie weit die Bonner Bedenken gegen die durch derartige Zusätze entstehenden Gefahren berechtigt sind. Der Prozeßbevollmächtigte der Bundesregierung, Joachim Sedemund, machte geltend, Bier sei für die Deutschen ein Grundnahrungsmittel. Die Wirkung der Zusatzstoffe kumuliere wegen des hohen Bierverbrauchs.

Auch die Kommission leugnete nicht, daß ein toxikologisches „Restrisiko" bestehe und trat dafür ein, einige der in einzelnen Mitgliedsstaaten erlaubten Stoffe zu verbieten. Ihr Rechtsvertreter, Jörn Sack, meinte jedoch, ein Verbot aller mit Zusätzen behandelten Biere sei nicht zu verantworten. Als sicher galt in Luxemburg, daß das EG-Gericht den deutschen Bezeichnungsschutz für Bier aufheben wird.

PROTEKTIONISMUS

Baker warnt den US-Kongreß

dpa/VWD, Washington

US-Finanzminister James Baker und der Handelsbeauftragte des Weißen Hauses, Clayton Yeutter, haben den US-Kongreß nachdrücklich vor der Verabschiedung von Gesetzen gewarnt, die den Handel beschränken. Beide äußerten die Befürchtung, daß dies zu Vergeltungsmaßnahmen der Handelspartner führen werde.

In Washington wird damit gerechnet, daß das Repräsentantenhaus mit seiner demokratischen Mehrheit in der nächsten Woche ein Gesetz beschließt, das unter anderem Länder mit hohen Handelsüberschüssen wie Japan und die Bundesrepublik mit Restriktionen bedroht, wenn diese nicht vier Jahre lang ihre Exportüberschüsse gegenüber den USA um jährlich zehn Prozent reduzieren. Auch im Senat gibt es Bestrebungen, die Handelsposition der USA durch Verschärfung gesetzlicher Bestimmungen und gezielte Maßnahmen auf einigen Gebieten zu stärken. Die USA hatten 1985 ein Handelsdefizit von 148,5 Mrd. Dollar.

Baker sagte vor einem Senatsausschuß, protektionistische Beschlüsse des Kongresses würden die Bemühungen der USA um eine engere wirtschaftspolitische Zusammenarbeit der wichtigsten Industrieländer unterlaufen. Darin liegt nach seinen Worten auch die Lösung für die Handelsprobleme der USA. Für 1986 rechnete Baker damit, daß sich die Handelspilanz nicht weiter verschlechtert; für 1987 erwartete er aufgrund des gesunkenen Dollarkurses einen Rückgang des Defizits unter 100 Mrd. Dollar.

Yeutter bezeichnete die im Repräsentantenhaus verfolgten Pläne zur Reduzierung des Handelsdefizits als „schädlich" für die USA und den Welthandel. Die meisten Vorschläge verstießen gegen die GATT-Regeln.

BERLIN / Wirtschaftssenator Pieroth sieht schon jetzt alle Merkmale einer Metropole

An Rolle der Gründerjahre anknüpfen

HANS-R. KARUTZ, Berlin

Berlin muß eine umfassende politische, wirtschaftliche und soziale Strategie entwickeln, um die Stadt durch die Summe ihrer vielen positiven Seiten zu einer wahren Metropole werden zu lassen. Diese Forderung erhob Wirtschaftssenator Elmar Pieroth (CDU) in einem Grundsatzreferat vor der „Urania"-Gesellschaft.

Die aktuelle Wirtschaftsentwicklung in der Stadt zeige, „daß sich Berlin auf dem richtigen Weg befindet", stellte Pieroth fest. Die Stadt besitze schon jetzt alle Grundmerkmale einer Metropole:

- „Mit annähernd zwei Millionen Einwohnern in West-Berlin und einem in jüngster Zeit erfreulichen Wanderungsgewinn;
- durch zusätzliche 29 000 Arbeitsplätze seit 1984;
- durch eine Vielzahl von Unternehmensgründungen, Ansiedlungen und Betriebserweiterungen;
- mit zweistelligen Zuwachsraten beim internationalen Tourismus;
- Berlins Sprung auf den sechsten Platz der bedeutsamsten Kongreß-Städte der Welt;
- seine weltstädtische Kunst- und Kulturszene."

Mit diesen Daten seien Fundamente geschaffen worden, die es nun erlaubten, Berlin tatsächlich zu einer echten Metropole auszugestalten.

Pieroth erinnerte an den „Aushöhlungs-Prozeß" und die Verluste an „wirtschaftlicher und sozialer Substanz", die zwischen dem Mauerbau und dem Beginn der achtziger Jahre eingetreten seien: „Diesen Rückstand müssen wir jetzt durch frischen Geist und neue Initiativen aufholen."

Der Wirtschaftssenator empfahl, die Berliner für ihre Stadt neu zu begeistern und an die führende Rolle Berlins im Deutschland der Gründerjahre anzuknüpfen: „Wenn wir in unserem Qualitätsanspruch vorankommen und gegen das Damoklesschwert der ‚verlängerten Werkbank' erfolgreich ankämpfen wollen, müssen wir uns an Berlins Führungsposition während der industriellen Revolution vor 100 Jahren orientieren."

Zu den Bedingungen für eine gesicherte Aufwärtsentwicklung gehört nach Pieroths Analyse die Notwendigkeit, „noch mehr Selbständigkeit und Eigeninitiative zu entwickeln, die Subventionen zügiger abzubauen und die Zusammenarbeit von Wissenschaft und Wirtschaft zu verstärken".

Die Stadt verfüge auch im nationalen Maßstab über eine „einmalige Forschungslandschaft mit einem beispiellos breiten Know-how". Nirgendwo in Deutschland gebe es 180 Forschungsinstitute an einem Ort, 90 000 Studenten und 37 000 Wissenschaftler. Pieroth zeigte sich, auch aus dem Blickwinkel seines Ressorts, um die Zukunft Berlins nicht bange: „Wir Berliner besitzen die geistige Beweglichkeit, um uns im Wettbewerb mit anderen Regionen der Bundesrepublik auf allen Wachstumsfeldern zu behaupten."

ITALIEN / Einlagen und Darlehensgewährung der Kreditinstitute stagnieren

Banken unter starkem Zinssenkungs-Druck

ds. Mailand

Italienische Regierungssprecher lassen neuerdings kaum einen Tag vergehen, ohne die Banken an ihre „volkswirtschaftliche Pflicht" zur Zinssenkung hinzuweisen. Bankensprecher betonen dagegen, daß die letzte Diskontsenkung und die Reduzierung der Kapitalmarktsätze nicht ausreichend seien, um auch die Geldmarktzinsen fühlbar herabzusetzen.

Bankenexperten machen dabei geltend, daß in den Einlagenzinsen nicht mehr viel Luft stecke und schon jetzt der durchschnittliche Depositenzins real nahe bei Null liege. Gegenwärtig beträgt der Durchschnittssatz neun Prozent, was nach Abzug der Quellensteuer auf Giro- und Sparkonten von 25 Prozent und einer Inflationsrate von derzeit 6,6 Prozent einem Realzins von 0,15 Prozent entspricht. Die Banken zögern, hier noch mehr den Hebel anzusetzen, da die Einlagentendenz ohnehin im Abnehmen ist. Zwischen Dezember und April verminderte sich der Zuwachs der Einlagen von 10,1 auf sieben Prozent. Das heißt, daß die Depositen real gegenwärtig ungefähr gleich hoch sind wie in derselben Vorjahreszeit.

Dem Einlagenschwund steht auf der Aktivseite eine ebenso ausgeprägte Stagnation der Kreditgewährungen gegenüber. Der Zuwachs der Kreditgewährungen beträgt inzwischen sieben Prozent; real gibt es praktisch kein Wachstum. Gegenwärtig befindet sich das gesamte Darlehensvolumen des Bankensystems um rund 5000 Mrd. Lire unter dem von der Zentralbank anvisierten Limit.

Obwohl dadurch die Zinsen von selbst unter Druck gerieten und die durchschnittliche Prime Rate von 15,2 Prozent (März) auf nun 13 bis 14 Prozent sank, genügen der Regierung diese Resultate noch nicht.

YEN / Probleme für die japanische Exportwirtschaft

Kein Ende des Höhenflugs

FRED de LA TROBE, Tokio

Seit sich Japan auf dem Weltwirtschaftsgipfel in Tokio mit seinem Anliegen einer konzertierten Stützung des Dollars nicht durchsetzen konnte, hat sich der Yen-Höhenflug beschleunigt. Schon am Montag durchbrach die japanische Währungseinheit die Schallgrenze von 160 Yen zum Dollar, am Dienstag pendelte sie sich bei 161 und gestern bei 165 ein. Seit September 1985 beträgt die Aufwertung des Yen gegenüber dem Dollar fast 45 Prozent und gegenüber der Mark etwas über zehn Prozent.

Die Devisenhändler in Tokio erklären den jüngsten Auftrieb ihrer Währung mit der vorherrschenden Meinung, daß die USA und westeuropäischen Länder für eine weitere Stärkung des Yen seien. Außerdem hätten spekulative Käufe eine wichtige Rolle gespielt. Die Bank von Japan hat in den letzten Tagen wieder Dollar aufgekauft, konnte die Entwicklung aber nicht wesentlich beeinflussen. Finanzminister Takeshita betonte, daß die Zentralbank auch weiterhin rechtzeitig und angemessen eingreifen werde, um ein Chaos am Markt zu verhindern.

Tokio erwägt auch zusätzliche Maßnahmen wie vermehrte öffentliche Ausgaben, Sonderimporte und eine weitere Diskontsenkung. In Bankkreisen rechnet man mit einem Sinken des japanischen Zinsniveaus von durchschnittlich einem Prozent in den nächsten Wochen. Aus der Industrie kommen immer mehr Appelle an die Regierung, energische Maßnahmen gegen das Steigen des Yen und die deflatorischen Auswirkungen zu ergreifen.

Vorteile totgeschwiegen

Allgemein besteht die Tendenz, nur die Nachteile der Währungsaufwertung hervorzukehren, die Vorteile aber totzuschweigen. Dabei profitieren zahlreiche Unternehmen beträchtlich von den niedrigeren Preisen für Rohstoffe und Öl sowie von der Zinsersparnis bei der Kreditaufnahme. Ernstlich betroffen und teilweise zum Konkurs getrieben sind bisher hauptsächlich kleinere und mittlere Exportunternehmen.

Sie leiden stark unter der Konkurrenz billiger arbeitender Firmen in Ländern wie Südkorea, Taiwan oder Hongkong. Einer kürzlichen Umfrage des Industrie- und Handelsministeriums (MITI) zufolge sind 67 Prozent dieser Unternehmen durch die Yen-Aufwertung in Schwierigkeiten geraten. Ihre neuen Exportabschlüsse nahmen im Vergleich zum Vorjahr um durchschnittlich zehn Prozent ab. Der größte Teil der exportorientierten Branchen versucht, ihre Devisenverluste durch Rationalisierungen sowie durch Preiserhöhungen auszugleichen.

Abwanderung ins Ausland

Der Vizepräsident von Hitachi, Yasuo Miyauchi erklärte, daß bei einer Parität von 180 Yen zum Dollar gerade noch ein befriedigendes Geschäft möglich sei. Mehrere Unternehmen haben mit der Verlagerung von Betrieben ins Ausland begonnen, um den Nachteilen des stärkeren Yen zu entgehen. So hat etwa die Firma Matsushita Seiko ihre Produktion von elektrischen Ventilatoren teilweise nach Taiwan und Malaysia verlegt. Die Sanyo Electric wird bald mit der Herstellung von elektrischen Kühlschränken in den USA beginnen.

Die japanischen Konsumenten haben bisher kaum günstigere Angebote in der Folge des stärkeren Yens bemerken können. Dagegen haben viele Importeure und Zwischenhändler beachtliche Gewinne erzielt. Auch die Regierung gab kein gutes Vorbild, da sie öffentlich kontrollierte Preise für Einfuhren wie Fleisch oder Weizen nicht senkte. Für ausländische Investoren ist der Kauf von Boden und Anlagen teurer geworden, bisher hat sich das aber auf die Höhe der Investitionen noch nicht merklich ausgewirkt. Auch die japanische Handels- und Leistungsbilanz zeigt noch keinen Rückgang der Aktivsalden.

Der stellvertretende Geschäftsführer der Daiichi Kangyo Bank, Hirozumi Tanaka, ist der Ansicht, daß der Dollar gegenüber dem Yen so lange fallen werde, bis sich ein Abbau der amerikanischen Handelsdefizite mit Japan abzeichnen werde. Nach Meinung der meisten Beobachter werde die Rate von 150 Yen zum Dollar schon bald erreicht sein. (SAD)

Ausnahme von der Altersversorgung

Ha. Luxemburg

Warenhäuser können Teilzeitbeschäftigte von der betrieblichen Altersversorgung ausnehmen, wenn sie darlegen, daß diese Maßnahme gerechtfertigt ist und keine Diskriminierung auf Grund des Geschlechts darstellt. Dies hat der Europäische Gerichtshof auf Ersuchen des Bundesarbeitsgerichts entschieden.

Zur Diskussion stand, ob dieser Ausschluß eine Verletzung des in den Römischen Verträgen verankerten Grundsatzes des gleichen Entgeltes für Frauen und Männer bedeutet, wenn – wie im vorliegenden Fall – von der Maßnahme wesentlich mehr Frauen als Männer betroffen wurden.

Das Europagericht befand, daß ein solcher Verstoß dann vorliege, wenn die Sonderbehandlung der Teilzeitbeschäftigten nicht durch Umstände zu erklären sei, die eine Diskriminierung ausschlössen. Die Pensionsregelung müsse einem wirklichen Bedürfnis des Unternehmens entsprechen.

Es ging um die Klage einer Verkäuferin gegen die Bilka-Kaufhaus GmbH. Die Klägerin war von 1961 bis 1972 in dem Geschäft als Vollzeitbeschäftigte und anschließend als Halbtagskraft angestellt. Nach der Versorgungsordnung des Unternehmens haben Teilzeitbeschäftigte nur dann Anspruch auf ein betriebliches Altersgeld, wenn sie bei einer Betriebszugehörigkeit von 20 Jahren 15 Jahre lang vollzeitlich beschäftigt waren.

Die Klägerin sah in der Verweigerung des Altersruhegeldes einen Verstoß gegen den Gleichheitsgrundsatz. Arbeitnehmerinnen seien häufiger als ihre männlichen Kollegen gezwungen, aus familiären Gründen einer Halbtagsbeschäftigung nachzugehen. Das Unternehmen meint hingegen, es sprächen wirtschaftliche Gründe dafür, Teilzeitbeschäftigte von der Pensionsregelung auszunehmen.

FRANKREICH / Chirac appelliert an die Unternehmer

Geringe Investitionsneigung

JOACHIM SCHAUFUSS, Paris

Die internationale Wettbewerbsfähigkeit der französischen Wirtschaft wird sich in diesem Jahr weiter verschlechtern, sagt das statistische Amt INSEE in seinem Konjunkturbericht voraus. Sowohl im Export als auch auf dem Binnenmarkt gingen trotz der jüngsten Franc-Abwertung erneut Marktanteile verloren. Denn die Industrie sei der zunehmenden Nachfrage nicht gewachsen, weil sie zu wenig investiert, meinen die Konjunkturexperten.

Obwohl auch in Frankreich die Zinsen zurückgegangen sind, ziehen es die Unternehmen vor, sich zu entschulden oder lukrative Finanzengagements einzugehen, anstatt die Investitionen zu verstärken. Ihr Zuwachs hat sich in letzter Zeit stark vermindert. Dabei hat sich ihre Ertragslage wesentlich verbessert – nicht zuletzt deshalb, weil viele Exportunternehmen die Franc-Abwertung zur Erhöhung ihrer Margen verwenden, anstatt sie an die ausländischen Kunden weiterzugeben.

Zwar erwartet das INSEE für das laufende Jahr einen Handelsbilanzüberschuß von 55 Milliarden Franc nach 24 Milliarden Franc Defizit im vergangenen Jahr. Aber das ist ausschließlich auf die Verbilligung der Ölimporte und damit der Energierechnung um netto 75 Milliarden Franc zurückzuführen. Bei den Industriegütern dagegen würde sich der Saldo um 20 Milliarden Franc verschlechtern. So bliebe das Wirtschaftswachstum mit voraussichtlich zwei bis 2,5 Prozent weiterhin hinter dem OECD-Durchschnitt zurück. Damit gingen 75 000 Arbeitsplätze verloren (gegenüber 50 000 im letzten Jahr), womit sich die Arbeitslosigkeit um 160 000 bis 222 000 Stellensucher erhöhen könnte.

Angesichts dieser düsteren Prognose appellierte Premierminister Chirac am Dienstag abend auf dem Forum der Wirtschaftszeitschrift „Expansion" an die Unternehmer, mehr zu investieren und mehr Personal einzustellen. Anderenfalls sei die von der neuen Regierung eingeleitete Liberalisierungspolitik zum Scheitern verurteilt. Demgegenüber erklärte der Präsident des Unternehmerverbands CNPF, Gattaz, daß diese Politik zu wenig energisch betrieben würde.

Wirtschafts- und Finanzminister Balladur, der die INSEE-Prognose als „besorgniserregend" bezeichnet und ebenfalls die Unternehmen zu mehr Investitionen aufgefordert hatte, will weiterhin der Inflationsbekämpfung den Vorrang einräumen. Sein diesjähriges „Inflationsziel" hat er jetzt sogar von 2,4 auf 2,3 Prozent verschärft, während das INSEE 2,8 Prozent erwartet. Jedoch scheint Balladur in der Kreditpolitik etwas weiter gehen zu wollen, als von ihm ursprünglich angekündigt worden war. Heute soll eine erneute Herabsetzung der Zinsen und eine weitere Lockerung der Devisenkontrolle beschlossen werden.

WERBEWIRTSCHAFT / Neuer ZAW-Präsident: Zeiten für die Branche werden unruhiger

„Über Konzepte für 2000 nachdenken"

hg. Bonn

„Die deutsche Werbewirtschaft geht unruhigen Zeiten entgegen." Jürgen Schrader, neuer Präsident des Zentralausschusses der Werbewirtschaft (ZAW), registriert ein wachsendes kritisches Bewußtsein der Bürger nicht nur im Zusammenhang mit allgemeinen gesellschaftlichen Belangen, sondern auch im Hinblick auf Produkte und Dienstleistungen. Vor dem ZAW-Plenum der Werbung formulierte der Vorsitzende der Geschäftsführung der deutschen Unilever GmbH es gestern so: „In der nachindustriellen Gesellschaft von heute reichen kostengünstige Fertigung und Steigerung des Umsatzes nicht mehr aus."

Der scheidende ZAW-Präsident und Vorsitzender der Geschäftsführung der Henkel KGaA, Professor Helmut Sihler, beschrieb eine der Ursachen künftiger Unruhe: die demographische Entwicklung, „die uns alle vor neue Herausforderungen stellt". Schon heute lasse sich voraussagen, daß derjenige, der nur auf seine alten Zielgruppen setze und auf bisher bewährte Konzepte baue, „in einem schrumpfenden Markt agiert".

Sihler hält es nicht für entscheidend, daß die gesamte Bevölkerungszahl bis zum Jahr 2000 von heute 61 Millionen Menschen auf 60,4 Millionen zurückgehen wird. Viel wichtiger seien die strukturellen Veränderungen im Altersaufbau, „die vielen Branchen zu schaffen machen werden, aber bei sensiblem Marketing auch große Chancen bieten".

Er rechnete vor, daß die Nachfrage etwa nach Erzeugnissen für Kinder bis zur Jahrtausendwende um 30 Prozent sinken werde. Vor allem aber werde sich ein Verlust an Nachfrage bei der Altersgruppe der 20- bis 30jährigen bemerkbar machen – jener Altersgruppe, in die meist die Gründung einer Familie und damit zum Beispiel die Einrichtung einer Wohnung falle. Mit der Konsequenz, daß deutlich weniger Möbel, Küchengeräte oder Fernsehapparate verkauft werden können als heute.

Chancen sieht der Henkel-Vorsitzende indes bei solchen Waren, die sich speziell an ältere Menschen wenden „wie zum Beispiel hochwertige Möbel". Und weil trotz sinkender Bevölkerung die Zahl der Haushalte nicht abnehmen, sondern eher noch leicht steigen werde, erkennt er künftige Absatzpotentiale bei Produkten, die auf den kleinen Haushalt zugeschnitten sind, zum Beispiel durch die Packungsgröße. „Hersteller und Handel müssen sich angesichts der Umwälzungen im Altersaufbau der Bundesrepublik Deutschland auf eine neue Positionierung ihrer Zielgrupen vorbereiten", gab Sihler zu bedenken, und dies könne nur heißen: „rechtzeitig damit anfangen". Es dauere eben sehr lange, bis neue Marken aufgebaut und einmal festgesetzte Vorstellungen verändert seien.

Zum Abschied empfahl der ehemalige ZAW-Präsident allen an der Werbung Beteiligten, dafür zu sorgen, daß die negativen Stimmen gegen die Werbung nicht überhand nehmen. Die werbungtreibende Wirtschaft möge „hinreißende, aufregende, attraktive und unterhaltsame Werbung machen". An die Adresse der Medien richtete Sihler die Mahnung, „nicht den Ast abzusägen, auf dem man sitzt". Aufklärung über die angeblich schädlichen Folgen der Werbung sei ja möglicherweise ganz spannend, „aber das läßt sich ohne Folgen nur für eine begrenzte Zeit betreiben".

DEUTSCHER SPARKASSENTAG 1986

DIE SPARKASSEN ZIEHEN BILANZ:

Die 590 Sparkassen, 12 Landesbanken/Girozentralen und 13 Landesbausparkassen sind mit über 1 Billion DM Bilanzsumme die größte Gruppe im deutschen Kreditgewerbe.
247.000 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in mehr als 17.700 Geschäftsstellen bieten überall im Bundesgebiet den kompletten Service, wenn's um Geld geht.
Fast jede zweite Neubauwohnung in der Bundesrepublik wird von der Sparkassenorganisation mitfinanziert.
Die Institute der Sparkassenorganisation betreuen rund die Hälfte aller Girokonten in der Bundesrepublik.
58% der bundesdeutschen Wohnbevölkerung unterhalten mindestens ein Sparkassenbuch.

41% aller umlaufenden Inhaberschuldverschreibungen sind Landesbank-Emissionen.
Mit einem Bestand von 97 Milliarden DM an Mittelstandskrediten sind Sparkassen und Landesbanken die bedeutendsten Financiers der mittelständischen Wirtschaft.
Zur Zeit stellt die Sparkassenorganisation 25.260 Ausbildungsplätze und damit die meisten Lehrstellen im deutschen Kreditgewerbe.

Wettbewerb um den Kunden bedeutet immer auch Wettbewerb zugunsten des Kunden.
Mehr Leistung, neue Ideen bei der Geldanlage, der Kreditfinanzierung und im Zahlungsverkehr kommen ihm zugute:

LEISTUNG DURCH WETTBEWERB

Die Sparkassen
Landesbanken und
Landesbausparkassen



UdSSR / Experten erwarten wirtschaftliche Probleme

Abkehr von der Kernenergie?

rtr, London

Das Reaktorunglück in Tschernobyl könnte nach Einschätzung britischer Bankenfachleute den Geldbedarf der Sowjetunion kräftig erhöhen. Obgleich das volle Ausmaß der radioaktiven Verseuchung noch nicht bekannt ist, müßten steigende Nahrungsmitteleinfuhren und neue Energietechnologien finanziert werden. Der bisher gute Ruf als Schuldnerland der ohnehin vom Ölpreisverfall geplagten Sowjetunion könnte dadurch in Gefahr geraten.

Aufgrund des riesigen Wirtschaftsvolumens der UdSSR rechnen die meisten Experten jedoch nicht mit einer echten Zahlungskrise. Die Folgen würden sich auf zahlreiche Industriebereiche verteilen. Allerdings werden in der Ukraine, wo der Atommeiler weiter die Umwelt radioaktiv belastet, und dem benachbarten Weißrußland insgesamt rund 22 Prozent des sowjetischen Getreides geerntet. Die Verseuchung des Korns könnte deshalb nach Schätzungen von Rohstoffexperten die Getreideeinfuhren der Sowjetunion um vier Mill. Tonnen 1986 steigern.

Insgesamt könnten die Atomkatastrophe und der Ölpreisverfall das Bild der sowjetischen Wirtschaft nach Einschätzung der Experten radikal verändern. Ihr Status als Schuldner werde sich verschlechtern, während ihr Finanzbedarf gleichzeitig wachse. Die Banken würden in der Folge entweder höhere Zinsen verlangen oder weniger ausleihen. Bereits vor der Katastrophe hätten einige Institute ihre Kreditpolitik gegenüber der UdSSR überprüft.

Nach den jüngsten Zahlen der Bank für Internationalen Zahlungsausgleich hatte die UdSSR Ende 1985 Auslandsschulden von 22,63 Mrd. Dollar nach 16,64 Mrd. Dollar 1984. Bereits kurz nach dem Unglück von Tschernobyl hatte die sowjetische Außenhandelsbank das Volumen für einen großen Kredit auf 1,2 Mrd. von 1 Mrd. DM aufstocken können.

Das Reaktorunglück könnte nach Einschätzung der Experten langfristig auch zu einer Umorientierung der sowjetischen Energiepolitik führen. Möglicherweise werde die Sowjetunion nun das Schwergewicht ihrer Stromerzeugung von der Kernenergie wieder auf konventionelle Methoden verlagern.

P + S / „Deutlicher Gewinn" soll Verlustvortrag tilgen

Gute Stahlkonjunktur nutzen

dos, Hannover

Die Stahlwerke Peine-Salzgitter AG (P+S) rechnet im laufenden Geschäftsjahr 1985/86 (30. 9.) mit einem „deutlichen Gewinn". Vorstandschef Kurt Stähler erklärte auf der Hauptversammlung in Hannover, die Ergebnisse in den ersten sechs Monaten rechtfertigten die Erwartung, daß der bestehende Verlustvortrag (51 Mill. DM) „beseitigt" wird. Weitergehende Aussagen wollte Stähler allerdings nicht treffen. Das Unternehmen, das zum bundeseigenen Salzgitter-Konzern gehört, hatte 1984/85 einen Überschuß von 93 Mill. DM erwirtschaftet, der mit Verlustvortrag von 144 Mill. DM verrechnet worden war.

Ernst Pieper, Vorsitzender des P+S-Aufsichtsrats, wies darauf hin, daß es trotz des erkennbaren Erfolgs seit dem vergangenen Jahr „keinerlei Veranlassung zur Selbstgefälligkeit" gebe. Allerdings brauche P+S sich auch „hinter keinem Privatunternehmen der deutschen Stahlindustrie zu verstecken", meinte Pieper. Nunmehr gehe es darum, die derzeit guten Stahljahre zu nutzen, um die Wettbewerbsposition zu festigen und die Umstrukturierung voranzutreiben.

Im ersten Halbjahr 1985/86 erreichten die Walzstahl-Auftragseingänge bei P+S ein Volumen von 1,64 Mill. t gegenüber 1,88 Mill. t in der gleichen Vorjahreszeit. Die Abschwächung betreffe vor allem den Drittland-Bereich. Von der von der EG festgelegten Quotenstruktur sei sein Unternehmen in besonders starkem Maße betroffen, meinte Stähler, weil fast die Hälfte der Produktion auf Drittmärkten abgesetzt werden müsse.

Dies schlage sich in der Rohstahlproduktion nieder, die im Berichtszeitraum auf 1,8 (1,94) Mill. DM zurückging. Der Umsatz dagegen erreichte mit 1,4 Mrd. DM fast das Niveau des Vorjahres. Planmäßig abgewickelt, so Stähler, werden die Restarbeiten des Umstrukturierungsprogramms. Nach Abschluß dieser Arbeiten Ende dieses Jahres werde zugleich die Ertragskraft weiter gestärkt. Um den Standortnachteil zu kompensieren, verhandele das Unternehmen über den Bau einer Erzumschlagsanlage in Wilhelmshaven.

WOLFF WALSRODE / Massierung von Problemen

Ziele wurden nicht erreicht

dos. Walsrode

Die zum Bayer-Konzern gehörende Wolff Walsrode AG, Walsrode, hat 1985 empfindliche Ertragseinbußen verzeichnen müssen. Nach Angaben des Vorstands verschlechterte sich das Betriebsergebnis gegenüber dem Vorjahr um rund 15 Mill. DM. Vorstandsmitglied Ernst-Michael von Kistowsky beklagte die verschlechterte Situation auf dem Zellglas-Markt und die abgeschwächte Nachfrage nach den von Wolff hergestellten Chemieprodukten.

Das Unternehmen weist bei einem Umsatz von 607 (581) Mill. DM einen auf 10,5 (12,7) Mill. DM verringerten Jahresüberschuß aus. Daraus wird eine auf 9 (12) Prozent abgesenkte Dividende auf das Grundkapital von 58 Mill. DM gezahlt. Den freien Rücklagen werden 5,3 (5,6) Mill. DM zugewiesen. Die verschlechterte Ertragslage wird im Ergebnis vor Steuern sichtbar, das mit 21 (30) Mill. DM genannt wird.

Hart getroffen wurde Wolff von der Diskussion um die Verwendung von Diethylenglykol nach der Beimischung dieses Mittels in österreichischen Weinen. Das als Frischhaltezusatz bei der Folienherstellung genutzte Diethylenglykol mußte von einem auf den anderen Tag gestrichen werden. Dadurch entstanden Verluste von rund 10 Mill. DM. Der Zellglas-Bereich repräsentiert einen Umsatz von etwa 90 Mill. DM. Von Kistowsky ließ keinen Zweifel daran, daß die Produktion jetzt schneller als geplant auslaufen wird.

Die Entwicklung im laufenden Jahr beurteilt Wolff wieder zuversichtlicher, obwohl im ersten Quartal „durch eine Massierung von Problemen" sich das Geschäft deutlich verschlechterte. Gegenüber der gleichen Vorjahreszeit sei der Umsatz um 12,7 Prozent zurückgegangen. Verwiesen wird auf die Zurückhaltung der Kunden, die auf weiter sinkende Preise hofften. Hinzu kommen die Währungsschwankungen und die konjunkturellen Schwierigkeiten in der Erdölexploration und in der Bauindustrie. Inzwischen habe sich die Situation aber entspannt. Wolff geht davon aus, daß zumindest wieder eine Dividende von neun Prozent verdient wird.

BASF / Umfangreiche Akquisitionen „locker" verkraftet – Eigenkapitalquote noch verbessert

Das neue Jahr startete turbulent

JOACHIM WEBER, Ludwigshafen

Im „langanhaltenden Schlechtwetterfeld" des ersten Quartals 1986 habe die BASF – wie die gesamte Branche – „einiges einstecken" müssen, bekennt Hans Albers, Vorstandsvorsitzender des Ludwigshafener Chemiekonzerns. Inzwischen aber scheine sich der Horizont aufzuhellen, da Ölpreis wie Dollar eine untere Widerstandslinie erreicht hätten: „Wir sehen Chancen, im Laufe des Jahres wieder aufzuholen." Aber: „Wir können schon sehr zufrieden sein, wenn wir den Weltumsatz von 1985 wieder erreichen."

Nur den Akquisitionen des vergangenen Jahres hat es die BASF zu verdanken, daß die Turbulenzen des ersten Quartals keine deutlicheren Spuren im Zahlenwerk hinterlassen haben. So ging der Gruppenumsatz nur um ein Prozent auf 11 (11,1) Mrd. DM, der AG-Umsatz – zur Hälfte umrechnungsbedingt – um vier Prozent auf 5,04 (5,27) Mrd. DM zurück. Ohne die Umsätze vor allem der US-Zukäufe von Inmont (Farben), BASF Structural Materials (Verbundwerkstoffe) und des Fasergeschäfts der American Enka hätte die Gruppen-Lücke bei zehn bis elf Prozent gelegen.

Dieser Größenordnung entsprechen die Schrammen im Ertragsbild: Das Gruppenergebnis vor Steuern fiel – nicht zuletzt durch 180 Mill. DM Bestandsabwertungen – um 12,4 Prozent auf 650 (742) Mill. DM zurück; die AG kam – weil im Gegensatz zur Tochter Wintershall nicht mit Ölvorräten belastet – mit einem Minus von 1,6 Prozent auf 301 (306) Mill. DM davon.

Insgesamt überwiege die Zahl der Bereiche mit schlechterem Ergebnis. Die eingehende Ursachenanalyse hält Albers für verfrüht: „Eine präzisere Erfassung der Verwerfungen im komplexen Gefüge von Preis-, Umrechnungs- und Markteffekten wird erst später möglich sein." Ein Anhaltspunkt für die Währungseffekte: 22 Prozent der gesamten Auslandsumsätze (siehe Tabelle) und 15 Prozent der AG-Exporte von zuletzt 12,3 (11,8) Mrd. DM werden in Dollar fakturiert.

Der kürzerfristige Ausblick ist immerhin „vorsichtig optimistisch": Mit weiter stabilisierten Rohölpreisen könnte sich auch der Lagerzyklus normalisieren und damit ein spürbarer Mengenschub (als Nachholeffekt für die Absatzeinbußen der beiden letzten Quartale) wirksam werden.

Längerfristige Zuversicht bekundet die BASF mit ihren Investitionsplänen. Der Steigerung der Sachinvestitionen um 36 Prozent auf 2,8 Mrd. DM (von denen rund 340 Mill. DM dem Ankauf der Faserproduktion von American Enka zuzurechnen sind) soll in diesem Jahr eine weitere Erhöhung auf 2,9 Mrd. DM folgen. Davon sind 2 Mrd. DM fürs Inland vorgesehen. Schwerpunkte werden die Rohstoffgewinnung (Öl), die Rohölverarbeitung und die generelle Umschichtung zu höherveredelten Produkten sein.

Auch die Forschung soll mit 1,6 Mrd. DM – einschließlich des wegen der angespannten Ertragslage auf 200 (300) Mill. DM gekürzten Explorationsaufwands bei Wintershall – bedacht werden, ein Prozent mehr als die 1,44 (1,24) Mrd. DM des Vorjahrs. Auch hier sind die höherwertigen Produkte im Visier, vor allem aus den Grenzbereichen zwischen der Chemie einerseits und der Biologie, Medizin oder Physik andererseits.

Das langfristige Wachstum wird also mit Nachdruck vorbereitet – kurzfristig kann die BASF (wie ihre Konkurrenten) durchaus einmal auf dem Spitzenniveau des vergangenen Jahres verharren. Das Wachstum der Gruppenumsätze um zehn Prozent auf 44 (40) Mrd. DM stammte 1985 zu zwei Dritteln aus Absatzsteigerungen bei fast unveränderten Preisen, zu einem Drittel aus den US-Akquisitionen.

Wenn auch kein zweiter 74-Prozent-Sprung im weltweiten Nettoergebnis gelang, so hielt die Steigerung des Gruppen-Ergebnisses nach Steuern um 11,5 Prozent auf 1009 (913) Mill. DM durchaus Schritt mit der Umsatzentwicklung. Und ohne die schon fürs letzte Quartal 1985 nötigen Bestandsabwertungen (die in 250 Mill. DM gleich den Januar 1986 mit einbezogen) sowie steuerliche Vorsorgemaßnahmen (für noch strittige Rückstellungsposten) hätte das Bild insgesamt noch etwas erfreulicher ausgesehen.

Große Sprünge werden indessen auch in den „normalisierten" Ergebnissen je Aktie nicht ausgewiesen. So stieg das DVFA-Gruppenergebnis je Aktie, gerechnet auf ein unverändertes Grundkapital von 2,25 Mrd. DM – tatsächlich wurde es 1985 auf 2,58 Mrd. DM erhöht – auf rund 35 (33,63) DM. Bezogen auf das erhöhte Kapital ging es sogar auf 32 DM zurück, ebenso wie das DVFA-Ergebnis der AG mit 21,66 (24,45) DM.

Immerhin wurden die umfangreichen Akquisitionen – auch dank der Kapitalerhöhung – „locker" verkraftet. Die Eigenkapitalquote verbesserte sich sogar von 37,8 auf 38,8 Prozent. Und die Ergebnisverbesserung der Gruppe stammte nicht zuletzt aus einer leicht verbesserten Zinsbilanz.

BASF	1985	±%
Weltumsatz [1] (Mill. DM)	47 689	+ 9,6
Gruppenumsatz	44 377	+ 9,8
dav. Ausland	26 981	+ 12,2
Auslandsprod.	12 349	+ 12,4
Mitarbeiter	130 173	+ 12,4
Sachinvestitionen	2 794	+ 36,2
Brutto-Cash-flow [2]	5 421	– 15,4
Netto-Ergebnis [3]	1 038	+ 16,0
Netto-Cash-flow [4]	2 954	– 32,9
Ausschüttung [5]	507	+ 19,9
einbeh. Gewinn	502	+ 2,4

[1] Alle Beteiligungen von mehr als 50 % voll erfaßt; [2] Erg. nach Steuern + Zuführung zu lfr. Rückst. u. SoPo + Abschreibg. ± ao. Posten + EEV-Steuern; [3] Erg./Aktie nach Ang. d. Untern. 20,13 (19,89) DM; [4] Brutto minus EEV-Steuern u. Ausschüttg.; [5] dav. 11 (18) Mill. DM an Konzernfremde.

STEUERBERATER / Richtlinie für GmbH & Co KG

Gesetzgeber sorgt für Arbeit

HARALD POSNY, München

Steuerberater werden sich auch in den nächsten Jahren nicht über einen Mangel an Arbeit zu beklagen haben und die Fachanwälte für Steuerrecht wohl auch nicht, von den Finanzgerichten ganz zu schweigen. Das wurde auf dem Deutschen Steuerberater-Kongreß in München deutlich, auf dem in Podiumsdiskussionen und Arbeitskreisen deutlich wurde, daß neue und zu schnell wieder geänderte Gesetze und deren Ausgestaltung in der Steuer- und Finanzpraxis für mehr Arbeit sorgen. Das gilt für die „Neuordnung der steuerrechtlichen Behandlung des eigengenutzten Wohnraums" ebenso wie für die „bilanzpolitischen Überlegungen zum Rechnungslegungsrecht", zwei Themen aus insgesamt sechs Arbeitskreisen der Steuerberater.

Das Wohnen im eigenen Haus ist künftig nicht mehr im Rahmen der Einkunftsart Vermietung und Verpachtung zu besteuern. Es wird kein Mietwert mehr angesetzt, auf die Wohnung entfallende Ausgaben können aber auch nicht mehr als Werbungskosten steuerlich abgesetzt werden und zu steuerlich verrechnungsfähigen Verlusten führen. Nach den Worten des Ministerialdirigenten im Bundesfinanzministerium, Hans-Ulrich Kieschke, bewirkt diese grundlegend neue Auffassung, die das Wohnen des Eigentümers zu dessen Privatsphäre rechnet, auch eine Vereinheitlichung der bisher sehr unterschiedlichen steuerlichen Behandlung des selbstgenutzten Wohneigentums als pauschalierte Erfassung oder Einnahmen-Überschußrechnung je nach Haustyp, Nutzung der übrigen Teile des Hauses und Stichtag des Bauantrags oder Kaufvertrags.

Der Wegfall der Nutzungswertbesteuerung hat Folgen: Voll eigengenutzte Gebäude sind künftig grundsätzlich einkommensteuerrechtlich ohne Bedeutung. Die neue steuerliche Förderung der Vermögensbildung durch Schaffung von Wohneigentum erfolgt künftig im Sonderausgabenbereich. Hier werden die Regelungen des Paragraphen 7 b EStG und des Paragraphen 15 BerlinFG in verändertem Umfang neu angesiedelt. Erst unlängst vom BFH entwickelte Begriffe sind jetzt als überholt anzusehen und programmieren nicht selten neuen Streit.

Die Eigennutzung durch minderjährige Personen schließt das Gesetz jetzt aus. Sie muß vom Steuerpflichtigen tatsächlich bewohnt werden, erläuterte der Steuerberater und Wirtschaftsprüfer Wolfram Werner. Die Wohnung müsse für ihn und seine Familie Mittelpunkt des Lebensinteresses sein. Bei unentgeltlicher Überlassung an einen Nutzungsberechtigten kann weder er noch der Steuerpflichtige in der Regel den Abzugsbetrag nach Paragraph 10 e EStG geltend machen.

Unter dem Gesichtspunkt der Steuergerechtigkeit warf der Staatssekretär im NRW-Finanzministerium, Heinz Rolf Haacke, die Frage auf, ob sich Sonderausgaben um so höher auswirken müßten, je höher das Einkommen ist. Bei Sonderausgaben, die auf der Verminderung der steuerlichen Leistungsfähigkeit beruhen (Sozial- und Lebensversicherungsbeiträge), erscheine dies gerechtfertigt, bei Sonderausgaben mit Subventionscharakter (Bausparkassenbeiträge) führe nur ein Abzug von der Steuerschuld zu eine steuergerechten Lösung.

Überrascht wurden die Steuerberater durch den Hinweis des Ministerialrats im Bundesjustizministerium Herbert Biener, wonach in Brüssel ein Vorentwurf für eine neue Richtlinie die GmbH & Co. KG in die Publizitätspflicht des Bilanzrichtliniengesetzes einbezieht. Einige EG-Mitglieder hätten dies angesichts der in ihren Ländern ausgedehnteren Publizitätspflicht angeregt. Biener warnte vor Versuchen, die bestehenden Publizitätspflichten der GmbH zu unterlaufen.

Veltins investiert fast 40 Millionen

Bm. Essen

Die C. & A. Veltins Brauerei, Meschede-Grevenstein, hat sich für das Geschäftsjahr 1986 viel vorgenommen. Nach 15 (1984: 20) Mill. Mark Investitionen in 1985 sollen im laufenden Jahr 39 Mill. Mark in Sachanlagen investiert werden. Auch der Media-Etat wird jetzt im dritten Jahr hintereinander um 1 Million auf 7 Mill. Mark aufgestockt.

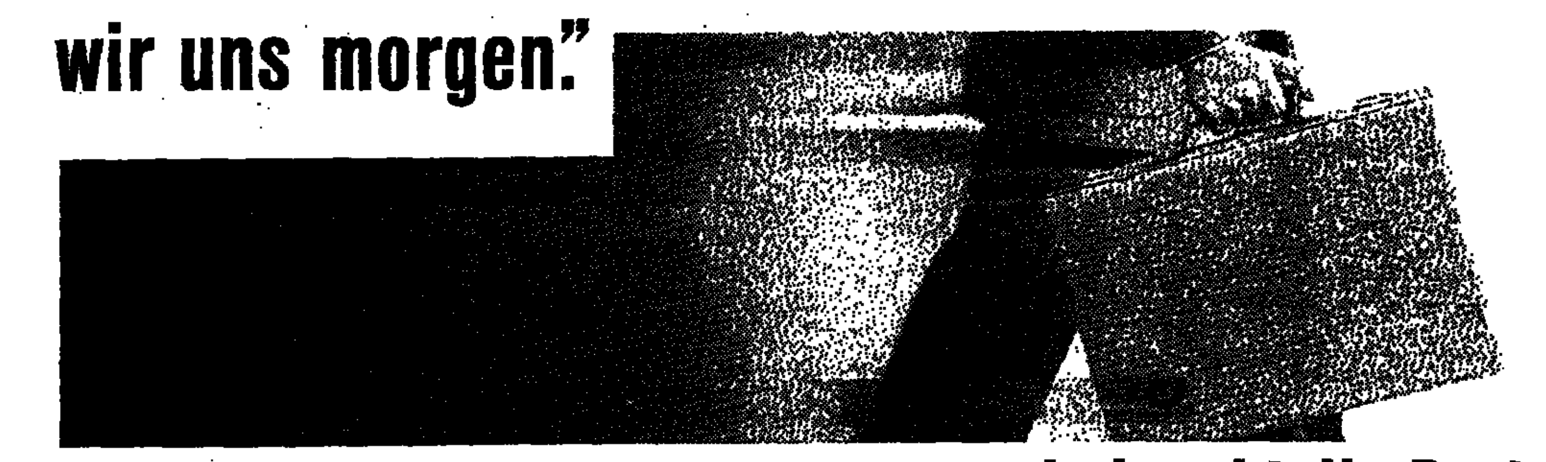
1985 standen Erweiterung des Hochlagers und Umrüstung auf KEG-Fässer im Vordergrund der Sachinvestitionen. Die Faßaktion wird 1987 abgeschlossen. 1986 fließen die Mittel vornehmlich in Gärkeller und Kläranlage. Installiert werden zwölf neue Gärtanks zu je 5000 Hektoliter, die 14 Mill. Mark in Anspruch nehmen werden. Weitere 10 Mill. Mark sind für den Ausbau der betriebseigenen Kläranlage vorgesehen. Für Grundstücke und Gebäude sind 6 und für maschinelle Anlagen in Zusammenhang mit der Umstellung auf KEG 9 Mill. Mark vorgesehen.

Im Geschäftsjahr 1985 erhöhte Veltins den Ausstoß um fast 21 Prozent auf 1,23 Mill. Hektoliter. Saldiert konnten 400 neue Gaststätten hinzugewonnen werden. Für das Preisbewußtsein des Hauses spricht der Umsatzerlös, der im Ausmaß des Ausstoßes um 21 Prozent auf 167 Mill. Mark zunahm. Ungewöhnlich hoch die Produktivität der Brauerei mit 5200 Hektoliter je Beschäftigten (Bundsdurchschnitt: knapp 1700 hl).

Die künftigen Wachstumsraten schätzt die Chefin des Hauses, Rosemarie Veltins, vorsichtiger ein. Jahr für Jahr sollen fünf Prozent Ausstoß hinzukommen. Bis in den Mai hinein wurde diese Vorgabe überschritten.

„Immer häufiger sind meine 517 Kollegen und ich als 'Unternehmensberater, Fachgebiet Logistik' tätig," sagte Jakob Daum, Kundenberater der Post.

„Gute Beratung weiß ich zu schätzen," bestätigte der Unternehmer. „Dann treffen wir uns morgen."



...und ab geht die Post

Die Lösung logistischer Probleme hilft Zeit und Kosten sparen – und die Service-Leistungen für die Kunden optimieren. Sie wissen das.

Kundenberater der Post helfen tagtäglich bei ganz unterschiedlichen Unternehmens-Engpässen. Beim Thema Paketabholung aus den Geschäftsräumen zum Beispiel. Oder dem rationellen Haus-Haus-Versand. Der Nutzung schnellster und doch preisgünstiger nationaler und internationaler Postkurierdienste. Oder dem Einsatz der EDV für den Paketversand. Und vielem mehr.

Wann haben Sie zuletzt mit Ihrem Kundenberater der Post gesprochen? Er bietet Ihnen möglicherweise Lösungen, die Sie bisher noch nicht in Erwägung gezogen haben. Sein „unternehmerischer" Rat kostet nichts, könnte aber viel einbringen.

Nur wer die Wege und vielfältigen Angebote der Post kennt, kann sie optimal nutzen. Mehr sagt Ihnen unser Kundenberater, wenn Sie uns den Beratungs-Coupon zusenden.

Post



Beratungs-Coupon

Wir wünschen spezielle Beratung für unseren Paketversand

Thema: ____________

Vorherige Terminabsprache mit

Frau/Herrn ____________ Telefon ____________

Unsere Anschrift: ____________

____

Straße und Haus-Nr. oder Postfach

Postleitzahl Bestimmungsort

An die Deutsche Bundespost, PTZ Vw 23-2a,
Postfach 1180,
6100 Darmstadt

6.675.016 E

MAINZER LANDESBANK / Durch DAL-Engagement „schwerstes Jahr in der Geschichte"

Ziel ist jetzt die Konsolidierung

adh. Frankfurt

Das „schwerste Jahr in der Geschichte der Bank", bekennt Paul Wieandt, Vorsitzender des Vorstands der Landesbank Rheinland-Pfalz beim Rückblick auf das Geschäftsjahr 1985. Gleichzeitig wehrt er sich jedoch gegen eine einseitige, nur am ausgewiesenen Ergebnis – ein mit 10 (15) Mill. DM äußerst magerer Jahresüberschuß, der aus der Landesbausparkasse stammt – ausgerichtete Betrachtung. Denn das erzielte Gesamtbetriebsergebnis von 211 Mill. DM liege deutlich über den langjährigen Durchschnittswerten.

Den starken Rückgang zum Betriebsergebnis des Vorjahres begründet der Geschäftsbericht mit Sondereinflüssen. Wieandt: Das hohe Ergebnis 1984 kam durch die Mobilisierung fast aller Kurswertreserven aus dem Wertpapierportefeuille zustande. Gedrückt wurde das 85er Ergebnis auch durch den Rückgang der durchschnittlichen Zinsspanne auf 1,05 (1,23) Prozent. Der Zinsüberschuß fiel bei einer um 4,2 Prozent auf 33,1 (31,8) Mrd. DM gestiegenen Bilanzsumme auf gut 280 (327) Mill. DM zurück.

Die im Grunde befriedigende Entwicklung bei der Landesbank wurde freilich wie im Jahr vorher durch den aus dem verunglückten Engagement bei der Deutschen Anlagen-Leasing (DAL) resultierenden Abschreibungsbedarf zunichte gemacht: Das öffentlich-rechtliche Institut mußte darüber hinaus bei seinen Eignern (dem Land Rheinland-Pfalz und der rheinland-pfälzischen Sparkassenorganisation) um 400 Mill. DM Beistand bitten. „Wir wurden damit in die Lage versetzt, dem insgesamt außerordentlich hohen Risikovorsorgebedarf entsprechen und zugleich die stillen Reserven wesentlich aufstocken zu können", unterstrich Wieandt.

Bereits im Jahre 1984 hatte die Bank für Wertberichtigungen im Zusammenhang mit der DAL gut 370 Mill. DM einsetzen müssen. Für das Geschäftsjahr 1985 waren weitere rund 150 Mill. DM im Gespräch, Wieandt sagte jedoch, daß man im Interesse einer „erstklassigen Abschirmung" weit darüber hinaus gegangen sei, ohne konkrete Beträge zu nennen. Auch in den anderen Bereichen, die im Vorjahr etwas zu kurz gekommen waren, habe man eine „sehr konsequente Bewertungspolitik" angewendet. Der Vorstand nannte als Schwerpunkt das Immobilienkreditgeschäft (Gesamtvolumen im Konzern 5,3 Mrd. DM) und Abschreibungen auf Auslandskredite für Problemländer, die knapp zehn Prozent des Auslands- Kreditvolumens (6,5 Mrd. DM) ausmachen.

Der Anstieg der Position Abschreibungen, Wertberichtigungen und Rückstellungen um 348 auf gut 607 Mill. DM dürfte dabei noch nicht die ganze Wirklichkeit zeigen. Dies, gemeinsam mit einer „namhafteren" Reservebildung schafft jedoch, wie Wieandt betont, die Grundlage für eine optimistische Strategie in den kommenden Jahren. Gestützt wird der Optimismus der Bank, die auch ihre Auslandsaktivitäten neu geordnet hat, ebenfalls durch die Entwicklung in den ersten vier Monaten dieses Jahres.

Die Zinsspanne ist wieder angestiegen; Wieandt sieht das Institut „voll auf Kurs", die befriedigende Entwicklung im ordentlichen Geschäft stimme hoffnungsvoll. „Wir setzen auf die Konsolidierung der Geschäfts- und Ertragsstrukturen, nicht auf Bilanzsummen-Wachstum", skizziert Wieandt die Linie der Landesbank, „unser Ziel, wieder ein überdurchschnittliches Betriebsergebnis zu erwirtschaften, ist realistisch." Neuen, zusätzlichen Wertberichtigungsbedarf sieht er nicht.

LEITENDE ANGESTELLTE / Sprecherausschüsse?

Ärger über Hinhaltetaktik

THOMAS LINKE, Bonn

Die Organisationen der Leitenden Angestellten sind aufgebracht. Sie befürchten, daß die beabsichtigte Änderung des Betriebsverfassungsgesetzes hinsichtlich des Ausbaus von Minderheitenrechten sowie der gesetzlichen Einführung von Sprecherausschüssen für leitende Angestellte nicht mehr in dieser Legislaturperiode vom Bundestag beschlossen werden soll. Das Thema wurde beim letzten Koalitionsgespräch am Montagabend nur kurz angesprochen und dann wieder vertagt.

Erstmals nach 12 Jahren und zum zweiten Mal überhaupt sahen deshalb in der letzten Woche mehr als 1000 Führungskräfte aus der ganzen Bundesrepublik Deutschland einen Grund, in Bonn zu demonstrieren. 1974 stritten sie angesichts der Mitbestimmungsgesetzgebung für eine Vertretung der Leitenden Angestellten in den Aufsichtsräten. Die mitgeführten Transparente zeigten diesmal deutlich den Unmut der Führungskräfte über die in Bonn regierenden Politiker: „Wir fühlen uns verraten", „500 000 Leitende sind Wähler".

Vieles bei dieser Protestveranstaltung wirkte improvisiert. Doch die Führungskräfte der deutschen Wirtschaft wollten schnell handeln. Nach einem Bundestagshearing Ende April verstärkte sich bei ihnen der Eindruck, daß der von den Koalitionsfraktionen eingebrachte Gesetzentwurf nur wenig Zustimmung findet. Sowohl die Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände als auch der Deutsche Gewerkschaftsbund und die Deutsche Angestellten-Gewerkschaft lehnen Sprecherausschüsse ab.

Unterstützt wurde der Koalitionsentwurf bei der Anhörung außer von der Union der Leitenden Angestellten (ULA) nur noch vom Christlichen Gewerkschaftsbund (CGB), der sich vom Ausbau des Minderheitenschutzes im Betriebsverfassungsgesetz einen stärkeren Einfluß in den Betriebsräten verspricht. Dieser Teil der Gesetzesnovelle war notwendig geworden, weil das Bundesverfassungsgericht die bisher geltende Quote der zur Einreichung einer Betriebsrats-Wahlliste erforderlichen Unterschriften von zehn Prozent der Wahlberechtigten für unzulässig erklärt hat.

„Glauben Sie etwa, Herr Bundeskanzler, Sie könnten den DGB milde stimmen, wenn Sie jetzt die Leitenden Angestellten verraten?", fragte Winfried Wiegräbe, Vertreter der Leitenden Angestellten im Aufsichtsrat des Chemiekonzerns BASF. Auch andere CDU-Politiker – CSU und FDP wissen die Führungskräfte noch auf ihrer Seite – wurden hart angegangen: „Herr Dregger, Sie haben das Minderheitenrechtsgesetz auf den Weg gebracht. Sorgen Sie für Disziplin in Ihrer Fraktion! Setzen Sie durch, was Sie begonnen haben."

Wie isoliert die Leitenden Angestellten im Augenblick dastehen, zeigten auch die Angriffe gegen die Arbeitgeber: „Die Arbeitgeber sind schlechte Politiker. Sie weigern sich jetzt, eine moderate Novellierung des Betriebsverfassungsgesetzes und die gesetzliche Verankerung der Sprecherausschüsse zu akzeptieren. Sie werden sich wundern, was sie in der nächsten Legislaturperiode hinzunehmen haben werden", meinte Hans Kern, Präsident der Union der Leitenden Angestellten. Winfried Wiegräbe forderte die Arbeitgeber enttäuscht auf: „Sagen Sie doch ehrlich. Es paßt ihnen nicht, daß die Leitenden Angestellten sich zusammenschließen. Es paßt Ihnen nicht, daß die Führungskräfte sich als eigenständige Kraft begreifen."

Anzeige

Wirtschaftswissen kann man abonnieren.

Bitte:

An: DIE WELT, Vertrieb, Postfach 30 58 30, 2000 Hamburg 36

Bitte liefern Sie mir vom nächsterreichbaren Termin an bis auf weiteres

DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

zum monatlichen Bezugspreis von DM 27,10 (Ausland 37,10, Luftpost auf Anfrage), anteilige Versand- und Zustellkosten sowie Mehrwertsteuer eingeschlossen.

Vorname/Name: ____

Straße/Nr.: ____

PLZ/Ort: ____

Beruf: ____

Vorw./Tel.: ____

Datum: ____

Ich habe das Recht, diese Bestellung innerhalb von 7 Tagen (rechtzeitige Absendung genügt) schriftlich zu widerrufen bei: DIE WELT, Vertrieb, Postfach 30 58 30, 2000 Hamburg 36

Unterschrift: ____

01-472

Sie haben das Recht, eine Abonnementsbestellung innerhalb von 7 Tagen (rechtzeitige Absendung genügt) schriftlich zu widerrufen bei: DIE WELT, Vertrieb, Postfach 30 58 30, 2000 Hamburg 36

DAIMLER-BENZ / Nach dem Zukauf von MTU, Dornier und AEG wird die innere Führungsstruktur zielstrebig angepaßt

Neue unternehmerische Dimensionen erreicht

WERNER NEITZEL, Stuttgart

Ziel und Stärke im Daimler-Benz-Konzern sollen sein, als Ganzes mehr zu erreichen, als es mit der Summe der Teile möglich wäre. Nach dieser vom Vorstandsvorsitzenden Werner Breitschwerdt ausgegebenen Devise sind bei dem durch die Zukäufe von MTU, Dornier und AEG in neue unternehmerische Dimensionen aufgebrochenen Stuttgarter Automobilkonzern Bemühungen im Gange, Möglichkeiten von Synergie-Effekten abzuklopfen und vor allem auch das Gesamtunternehmen in seiner inneren Führungsstruktur an die neuen Gegebenheiten anzupassen.

Leicht zu bewältigen ist gerade letztere Aufgabe keineswegs. Breitschwerdt beugt denn auch gleich vor: Das Thema werde mit großer Zielstrebigkeit behandelt, man werde es aber nicht vorschnell entscheiden. Er hoffe, daß man zur Jahresmitte ein Resultat des Denkprozesses haben werde.

Ein weiteres Problempaket wälzt man im Daimler-Benz-Management im Hinblick auf eine Weiterentwicklung der langfristigen Produktionsordnung. Während nämlich die Pkw-Werke Sindelfingen und Bremen „bis zur Halskrause" ausgelastet sind, gibt es Beschäftigungsschwächen in einigen dem Nutzfahrzeugbereich zuzuordnenden Werken. Zwar behalf man sich bisher mit der „Abordnung" einiger hundert Mitarbeiter in die Pkw-Werke beziehungsweise mit einer Verlagerung von Teilefertigungen in Nutzfahrzeugwerke. So wurden beispielsweise Kunststoffteile nach Wörth vergeben oder die Tauschmotoren- und Auspuffkrümmer-Fertigung in das Werk Berlin-Marienfelde.

Um aber eine nachhaltigere Ausweitung der Automobil-Kapazitäten und zugleich einen Beschäftigungsausgleich zu erzielen, rückt offenbar ein möglicher neuer Standort für eine Pkw-Montage in Rastatt (WELT vom 28. 4.) in den Bereich des Möglichen. Dort hat man jedenfalls „zur frühzeitigen Abklärung" den Gemeinderat konsultiert. Gleichwohl soll auch künftig an einer „maßvollen Kapazitätspolitik" festgehalten werden.

Andererseits ist es ein Faktum, daß – so Breitschwerdt – „der Mehrbedarf nach allen Mercedes-Pkw im In- und Ausland zur Zeit so hoch ist, daß wir ihn trotz großer Anstrengungen bei weitem nicht abdecken können". Beim 190er belaufe sich die durchschnittliche Lieferzeit auf drei bis fünf Monate, und bei den Modellen der neuen Mittelklasse reichten sie „weit in das nächste Jahr" hinein, teilweise sogar darüber hinaus. Ähnliches gelte für die S-Klasse.

Die Pkw-Produktion soll entsprechend den höheren Absatzzielen im laufenden Jahr 1986 um rund zehn Prozent auf mehr als 590 000 Fahrzeuge hochgefahren werden. Dazu wird im Werk Bremen die Produktion für den 190er in diesem Jahr von 500 auf 580 Einheiten pro Tag ausgeweitet, während in Sindelfingen die 190er-Produktion zugunsten der mittleren Klasse etwas zurückgenommen wird.



Kraftakt
ZEICHNUNG: KLAUS BÖHLE

Der Katalysator-Anteil bei den für das Inland in diesem Jahr vorgesehenen Benzinfahrzeugen wird auf fast 40 (1985: vier) Prozent zunehmen.

Für das Nutzfahrzeuggeschäft geht Breitschwerdt für dieses Jahr von einer leichten Belebung aus. Man erwarte, die Inlandsproduktion in dieser Sparte halten oder sogar leicht steigern zu können. Insbesondere bei Transportern zeige sich ein positiver Auftragseingang. Auch in den Auslandswerken soll insgesamt die Produktion etwas zunehmen.

In den ersten vier Monaten des laufenden Jahres, in denen sich die Automobilkonjunktur in der Bundesrepublik zunächst „etwas verhaltener als erhofft anließ" (Breitschwerdt), verbuchte der Daimler-Benz-Konzern einen Umsatz von 20 Milliarden DM, das sind über 20 Prozent mehr als im Vorjahr. Dieses hohe Plus basiert freilich überwiegend auf der erstmaligen Einbeziehung der neuen Töchter MTU, Dornier und AEG, wobei letzterer „deutliche Konsolidierungsfortschritte" attestiert werden.

Im Gesamtjahr 1985 steuert der Daimler-Benz-Konzern (einschließlich AEG) mit derzeit 310 000 Beschäftigten einen Umsatz in der Größenordnung von 66 Milliarden DM an, das wäre gut ein Viertel mehr als im vergangenen Jahr. Im Konzern sollen die Investitionen um zehn Prozent gegenüber 1985 gesteigert werden. Zur Ergebnisentwicklung heißt es, daß sich die Abschwächung des Dollar in Umsatz und Ertrag auf den Konzern auswirke, doch werde „das Schiff nicht außer Kurs geraten". Man habe noch nie eine Ausschüttung ermäßigt.

Mit dem Jahresabschluß 1985 hat Daimler-Benz eine große Ernte eingefahren. Unterstrichen wird dies durch eine Steigerung des Weltumsatzes um 20 Prozent auf 52,4 Milliarden DM, wovon 3,2 Milliarden DM auf die zeitanteilige Einbeziehung der Töchter MTU und Dornier entfallen. Im Pkw-Geschäft wuchs der Umsatz um 18 Prozent auf 27,5 Milliarden DM, im Nutzfahrzeug-Sektor um sieben Prozent auf 19,6 Milliarden DM.

Der Umsatz des Stammhauses allein nahm gegenüber dem vom Arbeitskampf beeinflußten Vorjahr um 16 Prozent auf 37,1 Milliarden DM zu bei einem Exportanteil von unter 54 Prozent. Mit dem Rückenwind eines noch starken Dollars verbesserten die Auslandstöchter den Umsatz auf 12,1 (11,4) Milliarden DM. Im Pkw-Bereich gab es vor allem im Inland eine regelrechte Sonderkonjunktur mit einem Anstieg der Mercedes-Neuzulassungen um 18 Prozent auf 265 578 Fahrzeuge. Der Diesel-Anteil kletterte weiter und erreichte beispielsweise bei den Inlandsbestellungen in der Kompaktklasse 53 (43) Prozent.

Exportiert wurden 278 157 Pkw (plus elf Prozent), davon rund 88 000 Stück (plus 2,9 Prozent) in die USA. Hier will Daimler-Benz im laufenden Jahr sogar über 90 000 Pkw verkaufen. Trotz flauer konjunktureller Lage an wichtigen Nutzfahrzeug-Märkten hat Daimler-Benz die Position weiter ausgebaut, wobei die Auslandstöchter, insbesondere Mercedes-Benz do Brasil und Freightliner, angenehm auffielen. Die neuen Töchter MTU und Dornier lagen mit Umsätzen von 2,7 Mrd. DM (plus 14 Prozent) beziehungsweise 2,1 Mrd. DM (plus 40 Prozent) voll im kräftigen Aufwind.

Das gute Pkw-Geschäft, der im Jahresdurchschnitt hohe Dollarkurs (er wirkte sich – so Finanzchef Edzard Reuter – mit einem dreistelligen Millionenbetrag ergebniswirksam aus) und die Ergebnisverbesserung im schwierigen Nutzfahrzeuggeschäft trugen zu einem Gesamtergebnis bei, von dem mehr denn je heller Glanz ausgeht: Der Nettogewinn stieg um 37 Prozent auf 2,8 Milliarden DM, der Jahresüberschuß sogar um 52 Prozent auf 1,7 Milliarden DM. Daß der Cash-flow um sieben Prozent abnahm, ist auf die unterschiedliche Dotierung der Pensions- und anderer Rückstellungen in den beiden vergangenen Jahren zurückzuführen.

Für die Aktionäre wurde anläßlich des Jubiläums „100 Jahre Automobil" ein Paket geschnürt, das ihren hochgesteckten Erwartungen gerecht werden dürfte. Sie erhalten – wie bereits berichtet – eine von 10,50 auf 12 DM je Aktie erhöhte Dividende zuzüglich 2,50 DM Jubiläumsbonus. Dies bedeutet eine Erhöhung der Ausschüttung um 38 Prozent auf 491 Mill. DM.

Den Rücklagen werden mehr als eine Milliarde DM zugeführt. Außerdem wird das Grundkapital durch Ausgabe von Berichtigungsaktien im Verhältnis 7:1 um 243 Mill. auf 1,94 Milliarden DM aufgestockt. Reuter: „Es geht darum, unsere Eigenmittel etwas umzudekorieren und einen größeren Teil ins vordere Regal zu stellen."

Das neu zu schaffende genehmigte Kapital von 500 Mill. DM (Hauptversammlung ist am 2. Juli) soll – so Reuter – es der Verwaltung ermöglichen, rasch und flexibel handeln zu können. Weitere Aquisitionen seien nicht ausgeschlossen. Für den Erwerb von MTU, Dornier und AEG wurden insgesamt 2,6 Milliarden DM aufgewendet. Die nach wie vor gut gepolsterte Bilanz weist die stattliche Nettoliquidität von 10,6 (8,5) Milliarden DM aus.

Daimler-Benz-Konzern	1985	±%
Produktion (Stück)		
Pkw	541 039	+13,1
Nutzfahrzeuge	230 213	+4,4
Umsatz (Mill. DM)	52 409	+20,5
dav. Auslandsanteil(%)	64,3	(66,3)
Beschäftigte (Jahresende)	231 077	+15,6
Jahresüberschuß (Mill. DM)	1 682	+52,4
in % d. Umsatzes	3,2	(2,5)
Nettogewinn *)	2 838	+36,7
Cash flow	5 875	– 3,6
in % d. Umsatzes	11,2	(14,0)
Investitionen	5 643	+57,1
Abschreibungen	3 275	+15,8

*) Gewinn je Aktie 83,60 (61,20) DM (nach Angaben der Verwaltung).

FERNSEHEN

Satellit für SAT-2 gesichert

A. G. Bonn

Die Deutsche Bundespost hat ihre Haftungsverpflichtung für die entstehenden Kosten beim Fernsehsatelliten TV SAT-2 gegenüber der Firma Eurosatellite um 40 Mill. auf insgesamt 51,2 Mill. DM aufgestockt. Wie Bundespostminister Christian Schwarz-Schilling gestern mitteilte, deckt dieser Betrag die Aktivitäten der Firma bis Ende Oktober ab und stelle einen frühzeitigen Liefertermin für diesen Satelliten, der Anfang 1989 gestartet werden soll, sicher.

Ein endgültiger Auftrag für den Bau von TV SAT-2 könne jedoch erst dann erteilt werden, wenn die konkreten Nutzer für die TV-Kanäle des direktstrahlenden Satelliten feststünden. Der Minister erinnerte an die Formulierung eines entsprechenden Sperrvermerkes durch den Postverwaltungsrat.

Wie der Sprecher des Postministeriums hierzu erläuterte, hätte ohne dieses „Überbrückungsgeld" die Gefahr bestanden, daß das Gesamtsystem mit einem Kostenvolumen von 1,1 Milliarden Mark zur Investitionsruine würde.

Pieroth verhandelt über Beteiligung

Nea. Frankfurt

Die im Zusammenhang mit den Weinskandalen in Schwierigkeiten geratene Pieroth-Gruppe, das größte deutsche Weinhandelsunternehmen, verhandelt, wie gestern auf Anfrage bestätigt wurde, mit mehreren in- und ausländischen Interessenten erfolgversprechend über eine Kapitalbeteiligung. Auch Konzepten, die „eine Beteiligung vieler inländischer Winzer am nach wie vor hohen Absatz der Pieroth-Gruppe vorsehen", stehe das Unternehmen „sehr aufgeschlossen gegenüber".

Wie das Unternehmen ergänzend mitteilte, verhandelt zur Zeit der Präsident des rheinhessischen Weinbauverbandes, Jäger, mit Pieroth über eine Beteiligung deutscher Winzerer-zeugergemeinschaften und -genossenschaften auf breiter Basis an der Vertriebsorganisation und den technischen Einrichtungen der Firma Pieroth. Neben den bestehenden rechtlichen Problemen taucht dabei insbesondere die Frage auf, wie weit deutsche Winzer sich über den weltweiten Pieroth-Vertrieb auch beim Verkauf ausländischer Weine engagieren sollen. Bei einer Pieroth-Beteiligung deutscher Erzeugergemeinschaften käme auch eine Förderung aus öffentlichen Mitteln in Frage.

BEIERSDORF / Dollar-Schwäche bremst Umsatz

Medical setzt auf Wachstum

dos, Hannover

Die Veränderung in der Bevölkerungsstruktur und die damit verbundenen stark ansteigenden Kosten im Gesundheitswesen werden sich in absehbarer Zeit nachhaltig auf die in der „Gesundheitsindustrie" tätigen Unternehmen auswirken. Diese Ansicht vertrat Ulrich Nafe, im Vorstand der Beiersdorf AG, Hamburg, zuständig für den Medical-Bereich, vor der Presse in Hannover. Nafe rechnet damit, daß es in den nächsten zehn Jahren zu Abschmelzungsprozessen in der Branche kommen wird. Überlebensfähig seien nur solche Firmen, die schon jetzt eine solide unternehmerische Größe erreicht haben.

Beiersdorf habe daraus bereits Konsequenzen gezogen und stelle sich durch den Ausbau des Produktsortiments auf diese Entwicklung ein. Dazu gehöre der Einstieg in den Markt der Implantate, der Diätetika und der Mittel gegen Venenleiden. Zugleich werde das Geschäft mit klassischen Erzeugnissen in Ländern mit „gesunder Bevölkerungsstruktur" forciert.

Zurückhaltend beurteilte Nafe die Entwicklung im laufenden Jahr. Die Dollar-Schwäche wirke sich auf die exportorientierte Medical-Sparte (Auslandsanteil gut 61 Prozent) belastend aus. Bis Ende April sei der Umsatz auf DM-Basis lediglich um 3,5 Prozent gestiegen. Der Stagnation im Exportgeschäft steht ein Plus von 8 Prozent im Inland gegenüber. Zahlen zur Ertragslage wollte Nafe nicht nennen. Für das gesamte Jahr sei real mit einem Umsatzwachstum von gut 6 Prozent und einer Stabilisierung des Ergebnisses zu rechnen.

Im Geschäftsjahr 1985 nahm der Umsatz mit Medical-Produkten um 8 Prozent auf 679 (629) Mill. DM zu; das entspricht einem Anteil von 22 Prozent am gesamten Beiersdorf Umsatz. Der Medical-Markt in der Bundesrepublik insgesamt wuchs demgegenüber nur um 6 Prozent auf rund 4,8 Mrd. DM. Besonders erfolgreich arbeiteten die im Professional-Geschäft tätigen Tochtergesellschaften S+G Implants GmbH, Varitex GmbH und Bode Chemie GmbH. Mit einer Umsatzrendite von vier Prozent liege die Sparte im Durchschnitt der Beiersdorf-Gruppe. Die Investitionen, die 1985 bei 24 Mill. DM lagen, sollen 1986 rund 25 Mill. DM erreichen.

UNTERNEHMEN UND BRANCHEN

IWKA erhöht

Karlsruhe (dpa/VWD) – Die Industrie-Werke Karlsruhe Augsburg AG (IWKA), Karlsruhe, schlägt für das Geschäftsjahr 1985 eine von 3 auf 5 DM je Aktie erhöhte Dividende auf 76 Mill. DM Grundkapital vor. Davon sind 7 Mill. DM neue Aktien aus der Kapitalaufstockung 1985 zur Hälfte gewinnberechtigt (HV am 11. Juli).

Ausschüttung gehalten

Mainz (VWD) – Eine unveränderte Dividende von zwölf Prozent auf 32,4 Mill. DM Grundkapital schlägt die Verwaltung der Bausparkasse Mainz AG, Mainz, der HV am 20. Juni für das Geschäftsjahr 1985 vor. Es wird ein Bilanzgewinn von 3,9 (Vorjahr 4,0) Mill. DM genannt.

Stärker im EDV-Bereich

Düsseldorf (Py.) – Die letztes Jahr mehrheitlich vom Gerling-Konzern zur Altana Industrie-Aktien- und Anlagen AG, Bad Homburg v. d. Höhe, gewechselte Deutsch-Atlantische Telegraphen-AG (DAT), Köln, hatte 1985 eine zufriedenstellende Geschäftsentwicklung. Der Gruppen-Umsatz erhöhte sich von 30,5 auf 47,4 Mill. DM. Im EDV-Bereich, dem bedeutendsten Umsatzträger, wurde ein Umsatz von 34,2 (26,1) Mill. DM erzielt. Im Fernmeldesektor stellt die DAT vor allem Mietleitungen im Datenübertragungsverkehr mit Nordamerika zur Verfügung. Die Air Lloyd (9,4 nach 8,5 Mill. DM Umsatz) war verstärkt mit Sprüheinsätzen im Ausland sowie erstmalig mit Off-shore-Flügen aktiv. Der Jahresüberschuß von 1,9 (1,8) Mill. DM geht etwa zur Hälfte in die Rücklagen, die andere Hälfte ermöglicht eine Ausschüttung von 20 Prozent (Vorjahr: 20 plus zwei Prozent Bonus; HV: 5. Juni).

Photo Porst wird AG

Schwabach (dpa/VWD) – Rückwirkend zum 1. Januar 1986 wird die Photo Porst GmbH & Co. KG, Schwabach, in eine Aktiengesellschaft umgewandelt. Das KG-Kapital von 12 Mill. DM, das derzeit zu 64 Prozent von der Schweizer Interdiscount-Holding S. A., Fribourg, und zu 36 Prozent von der Hannsheinz Porst GmbH & Co. KG gehalten wird, soll dann auf ein Aktienkapital von 25 Mill. DM aufgestockt werden. Zum Vorsitzenden des Aufsichtsrates ist Erich Traber, Präsident des Verwaltungsrates der Interdiscount-Gruppe gewählt worden. Den Vorstandsvorsitz wird der jetzige Vorsitzende der Geschäftsleitung Heinz Wohlrab übernehmen. Daneben werden noch die Geschäftsführer Gustav Kampmann und Werner Marx im Porst-Vorstand vertreten sein. Nach Angaben von Wohlrab ist der Gang an die Börse zum Jahresende 1987 beschlossen. Das Unternehmen hatte 1985 einen Umsatz von rund 360 Mill. DM erzielt.

Riegeler Bier gibt Bonus

Riegel (VWD) – Zuzüglich zur unveränderten Dividende von 7,5 Prozent schlägt die Verwaltung der Brauereigesellschaft vormals Meyer + Söhne AG, Riegel, für 1985 die Ausschüttung eines Bonus von zwei Prozent vor. Für die Bedienung des Aktienkapitals von unverändert 5,6 Mill. DM steht ein Bilanzgewinn von 0,5 (Vorjahr: 0,4) Mill. DM zur Verfügung (HV am 25. Juni). Am Grundkapital ist die Binding-Brauerei AG, Frankfurt, mit 2,86 Mill. DM beteiligt.

Land beteiligt sich

Kiel (VWD) – 19,05 Mill. DM wird das Land Schleswig-Holstein ausgeben, um 25,1 Prozent der HDW-Elektronik zu erwerben. Das geht aus dem Entwurf des zweiten Nachtragshaushalts hervor, den der Kieler Landtag veröffentlichte. Von der Summe sollen 12,15 Mill. DM im Haushalt 1986 bereitgestellt werden. Für 1987 sind 3,77 Mill. DM und für das folgende Jahr 3,13 Mill. DM in die Etats eingestellt worden. In der Begründung für diesen Schritt heißt es, nur durch die so mögliche Erhöhung des Stammkapitals bei HDW-Elektronik könne die geplante Erweiterung des Betriebes und damit die Schaffung neuer, hochwertiger Arbeitsplätze in Schleswig-Holstein gesichert werden. Das Land wird sich nur vorübergehend an der Gesellschaft, einer 100prozentigen Tochter der Howaldtswerke-Deutsche Werft AG, beteiligen.

Blaue Quellen: 7,50 DM

Rhens (VWD) – Eine unveränderte Dividende von 7,50 DM je 50-DM-Aktie zahlt die Blaue Quellen Mineral- und Heilbrunnen AG, Rhens/Rhein, für das Geschäftsjahr 1985. Dies geht aus der Einladung zur HV am 2. Juli in Frankfurt hervor. Der Bilanzgewinn sank auf 1,033 (2,234) Mill. DM. Am Grundkapital von 6,9 Mill. DM ist die Nestlé S. A. mit rund 75 Prozent beteiligt.

Ruberoid kürzt

Hamburg (VWD) – Der HV der Ruberoidwerke AG, Hamburg, am 1. August wird für das Geschäftsjahr 1985 eine Dividende von 2,50 (Vorjahr: 5,50) DM je Aktie vorgeschlagen. Der Hersteller von Flachdachabdeckungen und Abdichtungen hat sich 1985 angesichts der schwachen Baukonjunktur angemessen behaupten können. Nach einer Unternehmensmitteilung ging der Umsatz hauptsächlich wegen witterungsbedingter Verzögerungen bei der Bautätigkeit um 11,5 Prozent auf 159,2 (179,9) Mill. DM zurück.

KONKURSE

Konkurs eröffnet: Berlin-Charlottenburg: Siegfried Linke, Inh. d. Fa. Holzbau – Bautischlerei Knoblich & Scholz; Hermann Gebert; **Bonn:** Blumen Charme GmbH; **Dortmund:** Benfer Maschinenbau GmbH, Lünen-Brambauer; **Düsseldorf:** Nachl. d. Rolf Otto Kamps, Betriebswirt, Hilden; Nachl. d. Irene Riedel geb. Perpeet, Ratingen; **Freiburg:** Schätzle GmbH, Großhandel Kirchzarten; **Hannover:** KG i. Fa. Georg Böcker; **Hann. Münden:** Heinrich Homann; **Herford:** Doppelmüller GmbH & Co. KG; **Kaiserslautern:** Metallbau Volker Bender KG; **Mönchengladbach:** Burbach & Co. Ges. f. schlüsself. Altbausanierung und Neubauten mbH, Erkelenz-Immerath; **Nienburg:** Color-Bau GmbH; **Norderstedt:** Nachl. d. Kurt Christian Harald Düring, Kaltenkirchen; **Osnabrück:** Nachl. d. Elisabeth Maria Anna Trueson; **Pinneberg:** Jeimke-Karge Landmaschinenhandelsges. mbH, Hasloh; **Remscheid:** Malerbetrieb Bernd Hofmann GmbH, Solingen; **Rottweil:** Dr. Johann Marwedel Lackfabrik GmbH & Co., Schramberg; O. Schwer, GmbH, Schramberg-Sulgen; **Wolfratshausen:** Herbert Häsch, Maurermeister, Dietramszell; **Worms:** dsv Technische Software GmbH & Co. KG; dsv Beteiligungs GmbH; **Wuppertal:** Nachl. d. Martha Wilhelmine Lau geb. Behneke.

Anschluß-Konkurs eröffnet: Celle: Horst Odermann, Malermeister, Nienhagen; **Gelsenkirchen:** Bekleidungs-Union – Harald Feilgenbauer GmbH.

Vergleich beantragt: Wuppertal: C. Blumhardt Fahrzeugwerke GmbH & Co.

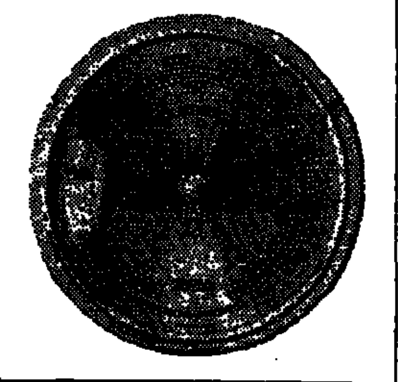
PERSONAL-DEFIZIT?

Der Konjunktur-Frühling nimmt keine Rücksicht.

Die Konjunktur steht auf Schönwetter. Doch wer sich an neuen Aufträgen wärmen will, muß personell flexibel sein und bleiben. Deshalb heißt die Strategie im erfolgreichen Personal-Marketing: Auftrags-Spitzen nur mit einem kompetenten Partner für Personal-Dienstleistungen meistern. **Mit time-power.**

Das deutsche Unternehmen mit qualifizierten, anpassungsfähigen und leistungsbereiten Mitarbeitern, dem bereits zahlreiche namhafte Firmen in der ganzen Bundesrepublik Deutschland vertrauen.

Denn: time-power hat mit 15 Jahren Erfahrung und 17 Geschäftsstellen im Bundesgebiet ausschließlich durch solides Wachstum und gesetzestreues Handeln von sich reden gemacht. Schließlich sind wir auch Gründungsmitglied des Bundesverbandes Zeitarbeit (BZA), und das verpflichtet.



Fordern Sie unser Informations-Material an, und gewinnen Sie ein wertvolles „Konjunktur"-Barometer.

Coupon:
Ich erbitte
○ Info-Material
○ Info-Gespräch

Name: ____
Position: ____
Firma: ____
Straße: ____
PLZ/Ort: ____

time-power
Personal-Dienstleistungen GmbH & Co. KG
Hauptverwaltung
Gustav-Heinemann-Ufer 68
5000 Köln 51

tp/A 1/86

GESCHÄFTSSTELLEN: Theaterstraße 8 **8900 Augsburg** Telefon 08 21/31 30 73 - 5, Tauentzienstraße 6 **1000 Berlin 30** Telefon 030/2117017 - 8, Herforder Straße 20 **4800 Bielefeld 1** Telefon 05 21/17 73 73 - 5, Reichsstraße 1 - 2 **3300 Braunschweig** Telefon 05 31/1 70 55 - 7, Gnadenort 2 - 4 **4600 Dortmund 1** Telefon 02 31/52 79 91 - 4, Am Wehrhahn 36 **4000 Düsseldorf** Telefon 02 11/35 20 51 - 4, Rathausstraße 24 **6686 Eppelborn** Telefon 0 68 81/8 76 87, Kaiserstraße 47 **6000 Frankfurt 1** Telefon 069/23 92 86 - 8, Kaiser-Joseph-Straße 261 **7800 Freiburg** Telefon 07 61/3 65 91 - 3, Lange Laube 2 **3000 Hannover 1** Telefon 05 11/32 64 91 - 4, Karlstraße 46 **7500 Karlsruhe 1** Telefon 07 21/2 70 84 - 7, Schloßstraße 36 **5400 Koblenz** Telefon 02 61/3 70 66 - 8, Hohenzollernring 79 - 83 **5000 Köln** Telefon 02 21/56 10 01 - 3, P 4, 1 - 3 **6800 Mannheim** Telefon 06 21/1 20 37 - 9, Tal 13 **8000 München 2** Telefon 089/22 66 27 - 9, Eberhardstraße 1 **7000 Stuttgart 1** Telefon 07 11/24 80 75 - 7, Hofkamp 131 **5600 Wuppertal 1** Telefon 02 02/45 04 77 - 9

time-power
Personal-Dienstleistungen

STERN-BRAUEREI / Die HV brachte keine Erleuchtung – Wieder ohne Dividende

Statt Ausverkauf Sanierung angesagt

HANS BAUMANN, Essen

Zähneknirschend und bei Gegenstimmen und Enthaltungen haben 238 Aktionäre der Stern-Brauerei Carl Funke AG, Essen, die gut 87 Prozent des Grundkapitals von 19,7 Mill. DM vertreten, erneut einen dividendenlosen Abschluß für 1984/85 verabschiedet. Aber nicht die Vergangenheit aus betriebswirtschaftlicher Sicht stand im Mittelpunkt einer unbefriedigenden Hauptversammlung, sondern die Sorge der Aktionäre um die Zukunft der Stern-Gruppe. Dies wegen der Übernahme von 78,3 Prozent des Kapitals von der englischen Grand Metropolitan Ltd., London, durch die Vertriebsgesellschaft deutscher Brauereien mbH (VdB), an der ein gutes halbes Dutzend branchenfremder deutscher Unternehmer beteiligt ist.

Als die Aktionäre ihre Befürchtungen formuliert hatten, die sich auf seit Monaten gärende Gerüchte stützten, ergriff der Geschäftsführer der VdB, Jan Reimer Haase, Karlsruhe, das Wort. Der neue Großaktionär stehe voll hinter den Plänen des Vorstandes. Das Ziel sei nicht, sich vom Bier wegzuorientieren, sondern die Wertigkeit der Aktie zu erhalten.

Tiefe Verunsicherung

In diese Richtung zielte auch eine Erklärung des neuen Aufsichtsratsvorsitzenden, Nikolaus Hensel, Anwalt und Notar in Frankfurt, der selbst keine Anteile an Stern hält, in der der neue Großaktionär bekundete, daß er keinerlei Aktivitäten in der deutschen Brauindusterie – bis auf Stern – verfolge, und daß man die qualifizierte Mehrheit bei Stern übernommen habe in der Gewißheit, daß die Gruppe eine unternehmerische Zukunft habe.

Doch die Verunsicherung der Kleinaktionäre saß zu tief, als daß sie solche Versicherungen beruhigt hätten. So verwunderte es nicht, daß Aktionär Kurt Fiebich und der Vertreter der Schutzgemeinschaft der Kleinaktionäre den Vorstand mahnten, sich von der VdB nicht zu Verstößen gegen das Aktiengesetz verleiten zu lassen. An Kurt Hochheuser, Vorstand bei der Commerzbank und Aufsichtsratsmitglied bei Stern, erging „im eigenen Interesse" die Bitte, ein waches Auge auf die Aktivitäten des neuen Großaktionärs zu richten.

Die Sorgen stammen nicht von ungefähr. Einigen deutschen Brauereien war die zur Stern-Gruppe gehörende Dom-Brauerei in Köln zum Kauf angeboten worden, unter anderem Wicküler und der König-Brauerei, die jedoch abwinkten. Zudem hätte nach geltendem Aktienrecht ein solcher Ausverkauf der Zustimmung einer außerordentlichen Hauptversammlung bedurft.

Zur Irritation der Aktionäre hatte schließlich auch beigetragen, daß der erst im Juli vorigen Jahres vom Aufsichtsrat bestellte Vorstandsvorsitzender Karl Erwin Gries am 21. April dieses Jahres in den Aufsichtsrat überwechselte – mit einem Beratungsvertrag für den Vorstand, dessen Sprecher Otto Schütze wurde.

Hier witterten die Kleinaktionäre Ämterverquickung, da Gries schließlich auch Beauftragter war für den Verkauf des bei Grand Metropolitan liegenden Aktienpaketes, das die Metropolitan-Tochter Wattney International 1973 für 140 Mill. DM übernommen hatte. Brutto 49,8 Mill. DM erhielten sie jetzt zurück, doch nur 30 Mill. DM brachten die Gesellschafter der VdB nur zusammen. Den Rest von 20 Mill. DM gab Grand Metropolitan als Darlehen, angeblich, weil die Sicherheiten „sehr gut sind" (niedrige Inflationsrate) und weil die Struktur der Sterngruppe mit ihren sechs operativen Teilen „nicht über Nacht kollabieren kann".

Unrat witterten die Kleinaktionäre auch, weil Gries als Vorstandsvorsitzender an die Gruppe der neuen Kleinaktionäre die Stern-Tochter VdB (reiner Firmenmantel) verkauft hatte, die dann ihren Sitz von Essen nach Karlsruhe verlegte. Aus der Tochter war über Nacht die Mutter geworden. Die Frage wurde diskutiert: Was steckt hinter der Vaterschaft, vor allem, nachdem Gries vom Vorstand in den Aufsichtsrat gewechselt war.

Vermögen wird abgespeckt

Doch Karl Erwin Gries und Otto Schütze haben ganz andere Erklärungen. Gries gehe in den Aufsichtsrat, weil er dort im Sinne einer Sanierung und Konzentration der Stern-Gruppe wirken und dem Vorstand über den Beratervertrag weiterhin zur Seite stehen wolle. Und Schütze ist sicher, daß eine „schlanke" Stern-Gruppe mit profilierter Marke sehr wohl im Markt bestehen kann. Dazu wird der Konzern um nicht betriebsnotwendige Vermögen abgespeckt. Nach Gries soll das Bilanzvolumen von 150 Mill. über zur Zeit 122 Mill. auf 105 Mill. DM reduziert werden.

Die Vokabel „Ausverkauf" mag Gries allerdings nicht hören, wie er in einem Gespräch mit der WELT betonte. Zudem lägen die rund 50 Mill. DM, die die neuen Großaktionäre aufbringen müßten, „über der Summe der Teile". Liquidation würde zudem eine außerordentliche Hauptversammlung erforderlich machen. Damit wären langen Vorlaufzeiten verbunden, die die Preise nur ruinieren würden.

Und wie lange soll die Umstrukturierung dauern, die nach Gries rund 25 Mill. DM freisetzen wird (Abgabe u. a. der Coca-Cola-Konzession)? „Wenn man mir freie Hand läßt, drei bis fünf Jahre." Und dann, so Gries, „wollen wir regelmäßig Geld verdienen". Die freien Aktionäre würden dann das erleben, was ihnen auf der Hauptversammlung von Werbeplakaten verheißen wurde: „Sternstunden".

DUEWAG

Auslastung stark gefährdet

Py. Düsseldorf

Auch im Geschäftsjahr 1984/85 (30. 9.) haben sich die bei der Duewag AG, Krefeld, in die Investitionstätigkeit der Bahnen gehegte Hoffnungen nicht erfüllt. Der Geschäftsbericht weist zwar einen gegenüber dem Vorjahr um 7,6 Prozent höheren Auftragsbestand aus, doch führt dies im laufenden Jahr nicht zu einer Vollauslastung und Vollbeschäftigung, da sich ein Teil der Auslieferungen bis 1988 erstreckt.

Die Auftragszusammensetzung hat sich zugunsten der Inlandsaufträge verlagert. Der Exportanteil des Bestands ging auf 28,1 Prozent zurück. Der Umsatz stieg um 7,4 Prozent auf 341 Mill. DM. Im wesentlichen resultiert dies aus in früheren Jahren geschlossenen Exportkontrakten (51 Prozent Umsatzanteil). Die Deutsche Bundesbahn bestreitet nur noch 5,4 (in den Vorjahren 15) Prozent des Gesamtumsatzes. Die Zahl der Beschäftigten ging um 116 auf 2235 zurück.

Bei den Ergebnisbeiträgen der einzelnen Unternehmensbereiche fiel der Uerdinger Fahrzeugbau infolge unzureichender Preise und geringerer Auslastung negativ aus. Der Ringfederbereich verbesserte sich leicht. Im Werk Düsseldorf gelang es, das Ergebnis parallel zur Umsatzentwicklung spürbar zu steigern. Investiert wurden 1984/85 rund 5,4 (4,4) Mill. DM, denen Abschreibungen von 6 (6) Mill. DM gegenüberstanden.

Die Eigenmittel von 36 (36) Mill. DM überdecken bei weitem das unveränderte Anlagevermögen von 31,4 Mill. DM. Der nach wie vor magere Jahresüberschuß von 1,4 (1,5) Mill. DM stammt überwiegend aus der Auflösung von Rückstellungen und bringt erneut 4 DM je Aktie. Das Grundkapital von 17,8 Mill. DM liegt zu 80 Prozent bei der Aachener Waggonfabrik Talbot (HV: 28. Mai).

FLOHR OTIS

Service-Geschäft immer wichtiger

tb. Berlin

Mit der weiter angespannten Lage in der Bauwirtschaft wird auch der Markt für Aufzüge und Rolltreppen immer schwieriger. Dennoch hat die Flohr Otis GmbH, Berlin, im Geschäftsjahr 1984/85 (30. 11.) erfolgreich abgeschnitten. Der Vorsitzende der Geschäftsführung, Rudolf Kunert, bezeichnete das Ergebnis denn auch als gute Leistung.

Der Umsatz erhöhte sich um drei Prozent auf 365,8 (353,5) Mill. DM. Dabei ging das Neuanlagengeschäft um 7 Mill. DM zurück. Einen Ausgleich fand man im Export, der um 9 Mill. DM auf 109 Mill. DM stieg und damit knapp ein Drittel des Umsatzes ausmacht. Fast 50 Prozent des Gesamtumsatzes entfallen den Angaben nach auf das Service-Geschäft.

Der Auftragseingang erhöhte sich um fünf Prozent auf 372 (355) Mill. DM. Vom Auftragsbestand in Höhe von 118 Mill. DM (plus 18 Prozent) entfielen am Jahresende 60 Mill. DM auf Auslandsbestellungen. Die Zahl der Mitarbeiter wurde auf 2545 (2494) vergrößert und wird sich weiter erhöhen.

Investiert hat Flohr Otis 11,2 Mill. DM. Für dieses Jahr sind rund 12 Mill. DM vorgesehen. Das laufende Jahr beurteilt Kunert zuversichtlich. Man sei gut ausgelastet.

Durch die Auflösung freier Rücklagen hat sich der Steueraufwand mit rund 26 (12,6) Mill. DM mehr als verdoppelt. Grund für die Auflösung war eine Steuerveränderung beim Hauptgesellschafter in den USA. Flohr Otis gehört über die Otis Elevator Comp. zum United-Technologies-Konzern. Die Mutter erhielt eine Vorabdividende von 39 Mill. DM – für 1986 werde aber nichts gezahlt. Außerdem wurde das Kapital der Flohr Otis GmbH im April von 22,6 Mill. auf 30 Mill. DM erhöht.

NAMEN

Dr. Otto Ambros, von 1938 bis 1945 Vorstandsmitglied der I.G. – Farben Industrie und nach dem Kriege Mitglied zahlreicher Aufsichtsräte sowie Berater europäischer und amerikanischer Unternehmen, feiert am 19. Mai 1986 in Mannheim seinen 85. Geburtstag.

Manfred Brohmeyer (62), seit 1967 technisches Vorstandsmitglied der Schleswag AG, Rendsburg, ist aus gesundheitlichen Gründen in den Ruhestand getreten.

Peter Kahn, Vorstandsvorsitzender bei der Kreissparkasse Augsburg, und **Eberhard Zinn**, Vorstandsmitglied der Deutschen Girozentrale-Deutsche Kommunalbank, Frankfurt, sollen zwischen Anfang Juli und Ende September in den jetzt achtköpfigen Vorstand der Bayerischen Landesbank Girozentrale, München, aufgenommen werden. Vorstandsmitglied **Heinz Kerkmann** war zum Jahresende 1985 ausgeschieden und im Juni wird **Franz Hörsch** den Vorstand verlassen.

Dr. **Werner A. Borrmann** (47), Mitglied der deutschen Geschäftsleitung von A. T. Kearney, Management Consultants, Düsseldorf, ist in den Board of Directors der amerikanischen Muttergesellschaft, A. T. Kearney, Inc., Chicago, gewählt worden.

Dr. **Peter Adolff**, Mitglied der Geschäftsleitung der Allianz Versicherungs-AG, und **Rudi Schühle**, Mitglied des Vorstands der Genossenschaftlichen Zentralbank AG, wurden in den Aufsichtsrat der Württembergischen Hypothekenbank AG, Stuttgart, gewählt.

Gerhard Jankowski, langjähriger Vizepräsident des Zentralverbands Sanitär Heizung Klima, St. Augustin, ist im Alter von 70 Jahren getorben.

Herbert Plum (45), bisher Geschäftsführer der Fläkt Lufttechnik GmbH, Butzbach/Hessen, hat bereits mit Wirkung vom 1. März 1986 die Geschäftsführung der Crawford Tor GmbH Deutschland übernommen.

STIEBEL ELTRON / Auslandsmärkte im Visier – Kooperation nur mit Fachhandel

Im Galopp zu neuen Produkten

J. GEHLHOFF, Düsseldorf

Verdrängungswettbewerb und Ausleseprozeß sieht Karl Salleck als Sprecher der Geschäftsführung der Stiebel Eltron GmbH & Co. KG, Holzminden, wenn er auf die nächsten ein bis zwei Jahrzehnte seiner Branche blickt. Die demographische Entwicklung (weniger Bundesbürger und weniger Haushalte) und der auf die Hälfte der 70er Jahresrate von 400 000 Einheiten sinkende Wohnungsneubau geben dem führenden deutschen Hersteller von Geräten zur Elektro-Warmwasserbereitung genug Anlaß zur Sorge vor Überkapazitäten.

Die eigene Position als auch in Europa (nach der Ariston-Gruppe) zweitgrößten Produzenten will die Familienfirma, die 1924 als Berliner Tauchsiederfabrik startete und heute den beiden Stiebel-Gründersöhnen gehört, dabei noch ausbauen. Dies durch eine energisch betriebene Erneuerung der Produktpalette mit dem Resultat, daß Ende 1986 „nahezu" kein Produkt mehr angeboten werde, das älter als zwei Jahre ist. Die mit Bilanzzahlen noch geizende Gruppe hat 1985 ihren Umsatz um 3,6 (1,7) Prozent auf 378 Mill. DM gesteigert und erwartet nach branchentypisch enttäuschendem ersten Quartal für 1986 mindestens fünf Prozent Plus. Zur Gruppe gehören 2130 (2090) Beschäftigte im Inland (drei Werke) und 370 (330) im Ausland, darunter ein Werk in Griechenland (Solarkollektoren mit 35 bis 40 Mill. DM Umsatz). Vergrößert wurde die Gruppe Ende 1985 durch Mehrheitsbeteiligung an der Ulmer Heißwassergerätefirma Hettler (40 Mill. DM Umsatz).

Das künftige Wachstum des Geschäfts (auf dem Heimatmarkt für die meisten Produkte zu weit mehr als der Hälfte Ersatzbedarf) wird vermehrt auf Auslandsmärkten gesucht. Da beginnen nun mit dem Armaturenhersteller Friedrich Grohe, Hemer/Westf., Vertriebskooperationen. Der bei 21 (19) Prozent liegende Exportanteil heimischer Produktion soll „recht bald" auf ein Drittel gebracht werden. Einen „zweistelligen Millionenbetrag vor Steuern" habe man 1985 verdient, umschreibt Salleck die „stets positive" Ertragslage der Gruppe. Innovation in Produkten und Fertigungsmethoden brachte die Investitionen 1985 auf die stattliche Höhe von 25 (13) Mill. DM, wo sie auch 1986 bleiben sollen. Das schaffe man, von Thesaurierungspolitik der Eigentümer gestützt, komplett aus der Innenfinanzierungskraft. Die Gruppe habe 80 Mill. DM Eigenkapital (30 Prozent Bilanzanteil) und 75 Mill. DM Pensionsrückstellungen.

Auch künftig will Stiebel Eltron „fast ausschließlich" die bewährten Vertriebswege des Elektro- und Sanitärgroßhandels sowie der Heizungsbaufirmen nutzen. Die Absage an die Selbermacher-Bewegung mit den entsprechenden Vertriebswegen wird stolz mit dem Hinweis unterstrichen, daß man als einziger deutscher Anbieter Garantieleistungen nur biete, wenn die Geräte-Installation vom Fachmann durchgeführt wurde.

SIEMENS

Information für Siemens-Aktionäre

Nochmals 9000 Arbeitsplätze mehr

Investitionen kräftig erhöht – Anhaltendes Wachstum im Inland

Schwankungen im Kraftwerksgeschäft und die vor allem gegenüber dem Dollar stärker gewordene DM wirkten negativ auf die rechnerischen Veränderungsraten für das erste Halbjahr des laufenden Geschäftsjahres 1985/86, also die Zeit vom 1. Oktober 1985 bis zum 31. März 1986.

Im Inland stiegen ohne Kraftwerksgeschäft der Umsatz um 10% und der Auftragseingang um 7%. Da Siemens mit weiterem Wachstum im In- und Ausland rechnet, wurden zusätzlich 9000 Arbeitsplätze besetzt und die Investitionen um 69% auf 2,3 Mrd. DM erhöht.

Umsatz

Während im ersten Halbjahr des Vorjahres die zwei Kernkraftwerke Gundremmingen C und Grohnde abgerechnet wurden und damit der Siemens-Umsatz um 33% auf 26,7 Mrd. DM sprang, ist in den ersten sechs Monaten des laufenden Geschäftsjahres der Weltumsatz um 18% auf 22 Mrd. DM zurückgeschwungen, da kein Kernkraftwerk abgerechnet wurde. Ohne das Kraftwerksgeschäft konnten die Siemens-Bereiche ihren Umsatz leicht steigern, im Inlandsgeschäft sogar um 10%. Auch der Umsatz im Auslandsgeschäft war real höher als im Vorjahr.

In Mrd. DM	vom 1.10.84 bis 31.3.85	vom 1.10.85 bis 31.3.86	Veränderung
Umsatz	26,7	22,0	−18%
Inlandsgeschäft	14,9	10,3	−31%
Auslandsgeschäft	11,8	11,7	− 1%

Auftragseingang

Auch beim Auftragseingang machten sich das Fehlen neuer Kraftwerksorders im Inland und die Wechselkursänderungen im Auslandsgeschäft bemerkbar. Daher blieb der Auftragseingang weltweit mit 25 Mrd. DM um 13% unter der Vergleichszahl des Vorjahres. Ohne Kraftwerksgeschäft stiegen die Bestellungen im Inland um 7%. Weltweit rechnet Siemens für das gesamte laufende Geschäftsjahr mit einem Auftragseingang von über 50 Mrd. DM.

in Mrd. DM	vom 1.10.84 bis 31.3.85	vom 1.10.85 bis 31.3.86	Veränderung
Auftragseingang	28,8	25,0	−13%
Inlandsgeschäft	14,0	11,4	−19%
Auslandsgeschäft	14,8	13,6	− 8%

Auftragsbestand

Der Auftragsbestand stieg im ersten Halbjahr um 3% auf 55,7 Mrd. DM. Die Vorräte wurden vor allem im Rahmen des längerfristigen Anlagengeschäfts auf 19,9 (i. V. 17,8) Mrd. DM erhöht.

in Mrd. DM	30.9.85	31.3.86	Veränderung
Auftragsbestand	54,0	55,7	+ 3%
Vorräte	17,8	19,9	+12%

Mitarbeiter

Nachdem bereits im letzten Geschäftsjahr 20 000 neue Arbeitsplätze geschaffen werden konnten, hat die Zahl der Mitarbeiter im ersten Halbjahr des laufenden Geschäftsjahres noch einmal um 9000 auf insgesamt 357 000 zugenommen. Im Inland wurden zusätzlich 5000 Mitarbeiter und im Ausland 4000 mehr beschäftigt. Im Durchschnitt des ersten Halbjahres waren bei Siemens 352 000 Mitarbeiter tätig, 6% mehr als im Vorjahr.

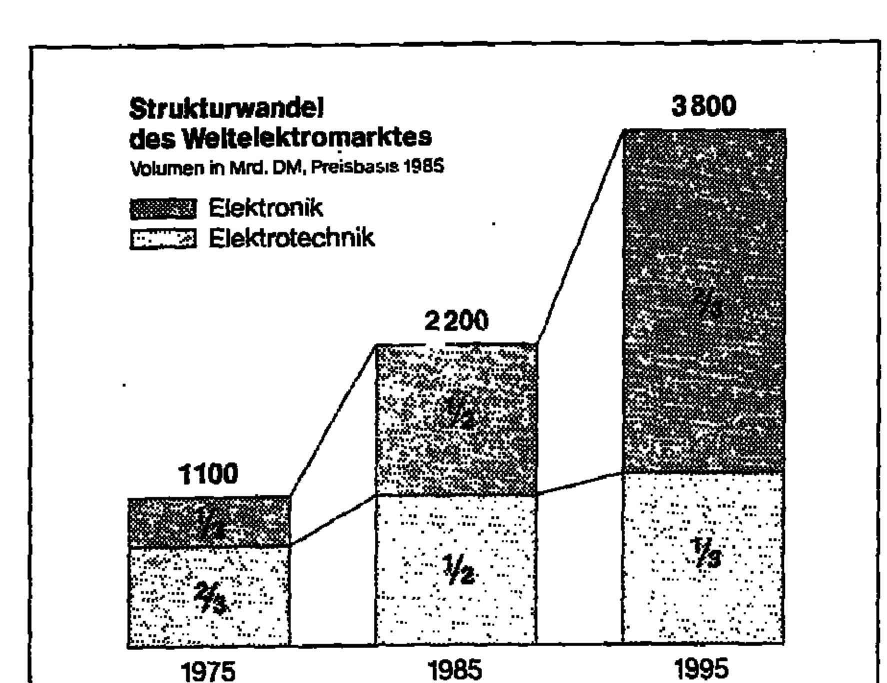
in Tsd	30.9.85	31.3.86	Veränderung
Mitarbeiter	348	357	+ 2%
im Inland	240	245	+ 2%
im Ausland	108	112	+ 3%

	vom 1.10.84 bis 31.3.85	vom 1.10.85 bis 31.3.86	Veränderung
Mitarbeiter im Durchschnitt in Tsd.	332	352	+ 6%
Personalaufwand in Mrd. DM	9,4	10,2	+ 8%

Investitionen Gewinn

In den ersten sechs Monaten des laufenden Geschäftsjahres investierte Siemens 2,3 Mrd. DM, 69% mehr als vor einem Jahr; für das gesamte Geschäftsjahr sind Investitionen in der Größenordnung von 6 Mrd. DM vorgesehen. Mit 638 Mio. DM Gewinn nach Steuern erreichte Siemens im ersten Halbjahr eine Umsatzrendite von 2,9% gegenüber 2,8% im gesamten abgelaufenen Geschäftsjahr.

	vom 1.10.84 bis 31.3.85	vom 1.10.85 bis 31.3.86	Veränderung
Investitionen in Mrd. DM	1,3	2,3	+69%
Gewinn nach Steuern in Mio. DM	640	638	0%
in % vom Umsatz	2,4	2,9	



Strukturwandel erfordert hohe Investitionen

Vor zehn Jahren betrug der Anteil der Elektronik am Elektromarkt noch ein Drittel, 1995 werden es rund zwei Drittel sein. Siemens hat sich auf den Wandel von der Elektromechanik zur Elektrc nik frühzeitig eingestellt und erzielt heute bereits die Hälfte seines Umsatzes mit elektronischen Geräten und Systemen. Dazu waren und sind hohe Zukunftsinvestitionen notwendig. Siemens wird deswegen im laufenden Geschäftsjahr 1985/86 seine Ausgaben für Forschung und Entwicklung von 4,8 auf rund 5,5 Mrd. DM steigern und die Investitionen von 4,2 auf etwa 6 Mrd. DM erhöhen.

Siemens AG

FINANZANZEIGEN

Ordentliche Hauptversammlung

BASF '86

Wir berufen hiermit unsere diesjährige ordentliche Hauptversammlung ein auf Donnerstag, den 26. Juni 1986, 10.00 Uhr, im BASF-Feierabendhaus, Ludwigshafen am Rhein, Leuschnerstraße 47.

Tagesordnung

1. Vorlage des Jahresabschlusses der BASF Aktiengesellschaft und des Konzernabschlusses; Vorlage des Geschäftsberichts der BASF Aktiengesellschaft und des Konzerngeschäftsberichts; Vorlage des Berichts des Aufsichtsrats.
2. Gewinnverwendung.
3. Entlastung des Aufsichtsrats.
4. Entlastung des Vorstands.
5. Wahl des Abschlußprüfers.
6. Genehmigtes Kapital I.
7. Genehmigtes Kapital II.
8. Optionsanleihen.

Die vollständige Tagesordnung mit Vorschlägen zur Beschlußfassung ist im Bundesanzeiger Nr. 88 vom 15. Mai 1986 enthalten. Wir bitten, dieser Bekanntmachung Einzelheiten über die Tagesordnung und über die Hinterlegung von Aktien zur Teilnahme an der Hauptversammlung zu entnehmen. Letzter Hinterlegungstag ist Mittwoch, der 18. Juni 1986.

Allen Kreditinstituten, die BASF-Aktien verwahren, haben wir die Kurzfassung unseres Geschäftsberichts für das Jahr 1985 mit der Bitte um Weiterleitung an jeden BASF-Aktionär übersandt. Wir bitten diejenigen Aktionäre, die ihre BASF-Aktien durch eine Bank verwahren lassen und von dieser wider Erwarten nicht bis Anfang Juni 1986 den Kurzbericht erhalten haben, ihn bei ihrer Bank anzufordern.

Ludwigshafen am Rhein,
den 15. Mai 1986
Der Vorstand

BASF Aktiengesellschaft
6700 Ludwigshafen

BASF

BAYERISCHE VEREINSBANK
AKTIENGESELLSCHAFT
MÜNCHEN
– Wertpapier-Kenn-Nr. 802 200 / 802 202 / 802 203 / 802 206 –

Bezugsangebot

Aufgrund der Ermächtigung in § 5 der Satzung unserer Gesellschaft haben wir mit Zustimmung des Aufsichtsrats beschlossen, das Grundkapital unserer Bank von DM 524.250.000,- auf DM 572.000.000,- zu erhöhen durch Ausgabe von

DM 41.169.500,- auf den Inhaber lautenden Stammaktien, zerlegt in
35.800 Aktien im Nennbetrag zu je DM 1.000,-
30.000 Aktien im Nennbetrag zu je DM 100,-
47.390 Aktien im Nennbetrag zu je DM 50,-,
DM 3.308.500,- auf Namen lautenden Stammaktien, zerlegt in
3.308 Aktien im Nennbetrag zu je DM 1.000,-
5 Aktien im Nennbetrag zu je DM 100,- und
DM 3.272.000,- auf Namen lautenden Vorzugsaktien ohne Stimmrecht, zerlegt in
3.272 Aktien im Nennbetrag zu je DM 1.000,-.

Die neuen Aktien sind ab 1. Januar 1986 gewinnberechtigt und werden zum Preis von DM 375,- je DM 50,- Aktiennennbetrag (750%) ausgegeben. Das gesetzliche Bezugsrecht der Aktionäre wurde ausgeschlossen. Ein Bankenkonsortium unter der gemeinsamen Führung der Deutschen Bank AG und der Commerzbank AG hat die neuen Aktien mit der Verpflichtung übernommen, sie den Aktionären unserer Bank im Verhältnis 11:1 zum Preis von DM 375,- je DM 50,- Aktiennennbetrag (750%) börsenumsatzsteuerfrei zum Bezug anzubieten, wobei die Vorzugsaktien nur vom Vorzugsaktionär, der Bayerischen Landesstiftung, bezogen werden können. Demgemäß können auf DM 451.864.300,- alte Inhaber-Stammaktien DM 41.078.600,- neue Inhaber-Stammaktien bezogen werden. Die Bayerische Landesstiftung wird auf ihren Aktienbesitz im gleichen Verhältnis die neuen Namens-Stammaktien und die neuen Vorzugsaktien beziehen. DM 90.900,- neue Inhaber-Stammaktien sind zur Verwertung bestimmt.

Nachdem die Durchführung der Kapitalerhöhung in das Handelsregister eingetragen worden ist, bitten wir unsere Aktionäre, ihr Bezugsrecht zur Vermeidung des Ausschlusses in der Zeit

vom 26. Mai bis 9. Juni 1986
bei der
Bayerischen Vereinsbank AG in München oder Nürnberg
oder einer ihrer Niederlassungen
oder einem der folgenden Kreditinstitute auszuüben:

Baden-Württembergische Bank AG, Stuttgart
Bank für Handel und Industrie AG, Berlin
Bankhaus H. Aufhäuser, München, Frankf. am Main
Bankhaus Gebrüder Bethmann, Frankfurt am Main
Bankhaus Max Flessa & Co., München
Bayerische Hypotheken- und Wechsel-Bank AG, München, Berlin, Frankfurt am Main, Hamburg, Hannover, Stuttgart
Joh. Berenberg, Gossler & Co., Hamburg, Frankfurt am Main
Berliner Bank AG, Berlin, Düsseldorf, Frankfurt am Main, Hamburg, Hannover, München, Stuttgart
Berliner Commerzbank AG, Berlin
Berliner Handels- und Frankfurter Bank, Berlin, Frankfurt am Main, Düsseldorf, Hamburg, Hannover, München, Stuttgart
Bremer Bank Niederlassung der Dresdner Bank AG, Bremen
Commerzbank AG, Düsseldorf, Bremen, Frankfurt am Main, Hamburg, Hannover, München, Stuttgart
CSFB-Effectenbank AG, Frankfurt am Main
Deutsche Bank AG, Frankfurt am Main, Bremen, Düsseldorf, Hamburg, Hannover, München, Stuttgart
Deutsche Bank Berlin AG, Berlin
Dresdner Bank AG, Frankfurt am Main, Düsseldorf, Hamburg, Hannover, München, Stuttgart
Fürst Thurn und Taxis Bank Albert Fürst von Thurn und Taxis, München
Merck, Finck & Co., München, Düsseldorf, Frankfurt am Main
B. Metzler seel. Sohn & Co., Frankfurt am Main
Sal. Oppenheim jr. & Cie., Köln, Frankfurt am Main
Reuschel & Co., München
Schwäbische Bank AG, Stuttgart
Schweizerische Bankgesellschaft (Deutschland) AG, Frankfurt am Main
Schweizerischer Bankverein (Deutschland) AG, Frankfurt am Main
Simonbank AG, Düsseldorf
Trinkaus & Burkhardt KGaA, Düsseldorf, Essen, Frankfurt am Main, München, Stuttgart
Vereins- und Westbank AG, Hamburg, Hannover
M. M. Warburg-Brinckmann, Wirtz & Co., Hamburg, Frankfurt am Main
Westfalenbank AG, Bochum, Düsseldorf

in Österreich:
Creditanstalt-Bankverein, Wien
Österreichische Länderbank AG, Wien

Auf je 11 alte Inhaber-Stammaktien zu je DM 50,- Nennbetrag (Wertpapier-Kenn-Nr. 802 200 und 802 202) kann eine neue Inhaber-Stammaktie zu DM 50,- Nennbetrag gegen Einreichung des Gewinnanteilscheins Nr. 49 bezogen werden. Auf 36 385 alte Namens-Stammaktien zu je DM 1.000,- Nennbetrag und 7 alte Namens-Stammaktien zu je DM 100,- Nennbetrag (Wertpapier-Kenn-Nr. 802 206) sowie 8 alte Vorzugsaktien zu je DM 1.000,- Nennbetrag (Wertpapier-Kenn-Nr. 802 203) sind die neuen Namens-Stammaktien, auf 35 992 alte Vorzugsaktien zu je DM 1.000,- Nennbetrag (Wertpapier-Kenn-Nr. 802 203) sind die neuen Vorzugsaktien – ebenfalls im Verhältnis 11:1 – beziehbar. Der Bezugspreis ist am 9. Juni 1986 zu zahlen.

Die Bezugsrechte aus den alten Stammaktien werden vom 26. Mai bis 5. Juni 1986 an den Wertpapierbörsen zu München, Berlin, Bremen, Düsseldorf, Frankfurt am Main, Hamburg, Hannover und Stuttgart gehandelt und amtlich notiert werden. Die Bezugstellen sind bereit, den börsenmäßigen An- und Verkauf von Bezugsrechten nach Möglichkeit zu vermitteln.

Für den Bezug wird die übliche Bankenprovision berechnet; er ist provisionsfrei, sofern er während der üblichen Geschäftsstunden am Schalter einer Bezugstelle ausgeübt wird und ein weiterer Schriftwechsel damit nicht verbunden ist. Die Stammaktionäre haben hierbei den Gewinnanteilschein Nr. 49 einzureichen.

Die neuen Inhaber-Stammaktien sind in einer Globalurkunde verbrieft, die bei der Bayerischen Wertpapiersammelbank AG, München, hinterlegt wird. Der Druck von neuen Aktien-Einzelurkunden ist nicht vorgesehen. Auf Wunsch stehen alte Einzelurkunden aus Beständen der Wertpapiersammelbanken zur Verfügung. Die Bogen zu diesen Aktien werden aus den Gewinnanteilscheinen Nr. 50 bis 60 und einem Erneuerungsschein bestehen.

Die Zulassung der auf den Inhaber lautenden neuen Stammaktien zum Handel und zur amtlichen Notierung an sämtlichen deutschen Wertpapierbörsen ist beantragt worden.

München, im Mai 1986

DER VORSTAND

Auslosungen

Am 7. Mai 1986 wurden unter Mitwirkung unseres stellvertretenden Treuhänders folgende Auslosungen vorgenommen:

5. planmäßige Auslosung unserer
7½ % Hypothekenpfandbriefe Reihe 102 J/J – 237 097 –
Es wurde die Gruppe 4
in allen Wertabschnitten ausgelost.

10. planmäßige Auslosung unserer
8 % Kommunalschuldverschreibungen Reihe 49 A/O – 237 343 –
Es wurde die Gruppe 5
in allen Wertabschnitten ausgelost.

Die Einlösung der ausgelosten Stücke wird
ab 1. Juli 1986 für die Pfandbriefe Reihe 102 und
ab 1. Oktober 1986 für die Komm.-Schuldv. Reihe 49
zum Nennwert gegen Einreichung der Stücke mit den noch nicht fälligen Zinsscheinen per 2. 1. 87 ff. (Pfe. R. 102) bzw. 1. 4. 87 ff. (KO R. 49) durchgeführt. Fehlende Zinsscheine werden vom Kapitalbetrag gekürzt. Einreichungen können bei unserer Gesellschaft in Hamburg bzw. Berlin sowie bei allen Banken im Bundesgebiet und West-Berlin vorgenommen werden.

Die Verzinsung der ausgelosten Schuldverschreibungen endet
für die Pfandbriefe Reihe 102 am 30. Juni 1986 und
für die Komm.-Schuldv. Reihe 49 am 30. September 1986.

Restanten: 8 % Kommunalschuldverschreibungen Reihe 49

Gruppe 9 – verlost per 1. 10. 82	
Buchst. J Nr. 431, 443, 444	= 3/5 000,–
Gruppe 6 – verlost per 1. 10. 83	
Buchst. F Nr. 603, 604, 626	= 3/1 000,–
Buchst. J Nr. 290	= 1/5 000,–
Gruppe 10 – verlost per 1. 10. 84	
Buchst. F Nr. 1035	= 1/1 000,–
Gruppe 4 – verlost per 1. 10. 85	
Buchst. F Nr. 338	= 1/1 000,–
Buchst. J Nr. 179	= 1/5 000,–

Restantenliste
– Stand vom 2. Mai 1986 –

Aus folgenden Emissionen, die zu den genannten Terminen ausgelost, gekündigt oder endfällig waren, sind uns noch nicht alle aufgerufenen Stücke zur Einlösung vorgelegt worden:

237 013	4 %	Hyp.-Pfe. Reihe 18 J/J alle restl. Stücke	verl./gek. z. 1. 07. 65 – 1. 07. 76
237 021	4 %	Hyp.-Pfe. Reihe 26 J/J alle restl. Stücke	endf. z. 1. 07. 81
237 030	5 %	Hyp.-Pfe. Reihe 35 J/J alle restl. Stücke	gek. z. 1. 07. 78
237 064	7 %	Hyp.-Pfe. Reihe 69 J/J alle restl. Stücke	endf. z. 1. 07. 85
237 091	8½ %	Hyp.-Pfe. Reihe 96 A/O alle restl. Stücke	endf. z. 1. 10. 80
237 100	8 %	Hyp.-Pfe. Reihe 105 J/J alle restl. Stücke	endf. z. 1. 07. 81
237 101	8 %	Hyp.-Pfe. Reihe 106 A/O alle restl. Stücke	gek. z. 1. 04. 78
237 103	8 %	Hyp.-Pfe. Reihe 108 J/J alle restl. Stücke	gek. z. 1. 07. 78
237 105	7½ %	Hyp.-Pfe. Reihe 110 A/O alle restl. Stücke	endf. z. 1. 04. 84
237 111	8 %	Hyp.-Pfe. Reihe 116 J/J alle restl. Stücke	gek. z. 1. 07. 78
237 113	8 %	Hyp.-Pfe. Reihe 118 A/O alle restl. Stücke	endf. z. 1. 10. 82
237 115	7½ %	Hyp.-Pfe. Reihe 120 A/O alle restl. Stücke	endf. z. 1. 04. 84
237 116	8 %	Hyp.-Pfe. Reihe 121 A/O alle restl. Stücke	gek. z. 1. 10. 78
237 121	8 %	Hyp.-Pfe. Reihe 126 J/J alle restl. Stücke	endf. z. 2. 01. 78
237 122	8 %	Hyp.-Pfe. Reihe 127 J/J alle restl. Stücke	gek. z. 2. 01. 79
237 125	9 %	Hyp.-Pfe. Reihe 130 J/J alle restl. Stücke	gek. z. 1. 07. 79
237 129	9 %	Hyp.-Pfe. Reihe 134 J/J alle restl. Stücke	gek. z. 2. 01. 79
237 134	9 %	Hyp.-Pfe. Reihe 139 A/O alle restl. Stücke	endf. z. 1. 04. 86
237 136	8½ %	Hyp.-Pfe. Reihe 141 J/J alle restl. Stücke	endf. z. 1. 07. 85
237 140	7 %	Hyp.-Pfe. Reihe 145 J/J alle restl. Stücke	endf. z. 1. 07. 84
237 141	6 %	Hyp.-Pfe. Reihe 146 J/J alle restl. Stücke	endf. z. 1. 07. 85
237 155	5½ %	Hyp.-Pfe. Reihe 160 1. 03. alle restl. Stücke	endf. z. 1. 03. 86
237 167	6½ %	Hyp.-Pfe. Reihe 172 1. 12. alle restl. Stücke	endf. z. 1. 12. 85
237 187	7 %	Hyp.-Pfe. Reihe 192 1. 06. alle restl. Stücke	endf. z. 1. 06. 84
237 343	8 %	Komm.-Schuldv. Reihe 49 A/O Gruppe 9	verl. z. 1. 10. 82
		Gruppe 6	verl. z. 1. 10. 83
		Gruppe 10	verl. z. 1. 10. 84
		Gruppe 4	verl. z. 1. 10. 85
237 346	7 %	Komm.-Schuldv. Reihe 52 A/O alle restl. Stücke	endf. z. 1. 10. 85
237 354	8 %	Komm.-Schuldv. Reihe 60 1. 07. alle restl. Stücke	endf. z. 1. 07. 82
237 358	7 %	Komm.-Schuldv. Reihe 82 1. 04. alle restl. Stücke	endf. z. 1. 04. 81
237 359	8 %	Komm.-Schuldv. Reihe 65 1. 07. alle restl. Stücke	endf. z. 1. 07. 81
237 364	7½ %	Komm.-Schuldv. Reihe 70 1. 10. alle restl. Stücke	endf. z. 1. 10. 79
237 368	7 %	Komm.-Schuldv. Reihe 74 1. 10. alle restl. Stücke	endf. z. 1. 10. 80
237 370	6½ %	Komm.-Schuldv. Reihe 76 2. 01. alle restl. Stücke	endf. z. 2. 01. 82
237 385	5 %	Komm.-Schuldv. Reihe 91 1. 12. alle restl. Stücke	endf. z. 1. 12. 82
237 396	6 %	Komm.-Schuldv. Reihe 102 1. 10. alle restl. Stücke	endf. z. 1. 10. 84
237 397	5½ %	Komm.-Schuldv. Reihe 103 1. 11. alle restl. Stücke	endf. z. 1. 11. 83
237 438	10 %	Komm.- Schuldv. Reihe 144 1. 04. alle restl. Stücke	endf. z. 1. 04. 86

Hamburg – Berlin, im Mai 1986

DG HYP
Deutsche Genossenschafts-Hypothekenbank
Hypothekenbank der Volksbanken und Raiffeisenbanken

GIRMES-WERKE AKTIENGESELLSCHAFT

Grefrath-Oedt bei Krefeld
– Wertpapier-Kenn-Nummern 587900, 587902 und 587904 –

Hiermit laden wir unsere Aktionäre zu der am
Freitag, dem 27. Juni 1986, 10.00 Uhr,
im Seidenweberhaus in Krefeld, Theaterplatz, stattfindenden
ordentlichen Hauptversammlung
ein.

Tagesordnung

1. **Vorlage des festgestellten Jahresabschlusses und des Konzernabschlusses zum 31. Dezember 1985, des Geschäftsberichts und Konzerngeschäftsberichts des Vorstands über das Geschäftsjahr 1985 sowie des Berichts des Aufsichtsrats über das Geschäftsjahr 1985.**
2. **Beschlußfassung über die Verwendung des Bilanzgewinns**
Vorstand und Aufsichtsrat schlagen vor, den Bilanzgewinn des Geschäftsjahres 1985 in Höhe von 32.513,41 DM auf neue Rechnung vorzutragen.
3. **Beschlußfassung über die Entlastung des Vorstands**
Vorstand und Aufsichtsrat schlagen vor, den Mitgliedern des Vorstands für das Geschäftsjahr 1985 Entlastung zu erteilen.
4. **Beschlußfassung über die Entlastung des Aufsichtsrats**
Vorstand und Aufsichtsrat schlagen vor, den Mitgliedern des Aufsichtsrats für das Geschäftsjahr 1985 Entlastung zu erteilen.
5. **Änderung der Satzung der Girmes-Werke Aktiengesellschaft**
Vorstand und Aufsichtsrat schlagen vor, folgende Änderungen der §§ 1 und 4 der Satzung der Girmes-Werke Aktiengesellschaft zu beschließen:
§ 1 – Firma, Sitz – erhält folgende Neufassung:
(1) Die Aktiengesellschaft führt die Firma »Girmes-Aktiengesellschaft«.
(2) Ihr Sitz ist 4155 Grefrath 2.
§ 4 – Grundkapital – erhält folgende Neufassung:
Das Grundkapital der Gesellschaft beträgt 49.916.500 DM, in Worten: neunundvierzigmillionenneunhundertsechzehntausendfünfhundert Deutsche Mark. Es ist eingeteilt in 43.250 Aktien über je 1.000 DM, 43.150 Aktien über je 100 DM und 47.030 Aktien über je 50 DM.
Die Änderung des § 1 soll am 1. Januar 1987 in Kraft treten.
Die Änderung des § 4 wurde durch den bereits erfolgten Umtausch der Wandelanleihe erforderlich.
6. **Wahl des Abschlußprüfers für das Geschäftsjahr 1986**
Der Aufsichtsrat schlägt vor, zum Abschlußprüfer für das Geschäftsjahr 1986 wiederum die Deutsche Treuhand-Gesellschaft AG Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, Köln, zu bestellen.

Zur Teilnahme an der Hauptversammlung und zur Ausübung des Stimmrechts sind diejenigen Aktionäre berechtigt, die ihre Aktien spätestens am 24. Juni 1986 bei der Gesellschaftskasse, einem deutschen Notar, einer Wertpapiersammelbank oder bei einem der nachstehend aufgeführten Kreditinstitute während der üblichen Geschäftsstunden hinterlegen und bis zur Beendigung der Hauptversammlung dort belassen:

Deutsche Bank AG
Commerzbank AG
Dresdner Bank AG
Trinkaus & Burkhardt
J.H. Stein
Delbrück & Co.
Sal. Oppenheim jr. & Cie.
Sparkasse Krefeld

Im Fall der Hinterlegung bei einem deutschen Notar oder bei einer Wertpapiersammelbank muß die von diesen auszustellende Bescheinigung über die Hinterlegung spätestens am 25. Juni 1986 bei uns eingegangen sein.

Die Aktien sind auch dann ordnungsgemäß hinterlegt, wenn sie mit Zustimmung der Hinterlegungsstelle für diese bei einer anderen Bank bis zur Beendigung der Hauptversammlung gesperrt werden.

Grefrath-Oedt bei Krefeld, 15. Mai 1986
Der Vorstand

Bei Antworten auf Chiffreanzeigen immer die Chiffrenummer auf dem Umschlag vermerken! W 286

CONTIGAS '84/85

Kurzfassung des Jahresabschlusses für das Geschäftsjahr vom 1. Oktober 1984 bis 30. September 1985
Bilanz zum 30. September 1985

AKTIVA	1984/85 1000 DM	1983/84 1000 DM
Sachanlagen	330.062	296.463
Finanzanlagen	374.552	362.633
Vorräte	5.458	5.448
Wertpapiere	727	727
Forderungen	74.919	74.408
Flüssige Mittel	14.822	18.049
	800.540	757.728

PASSIVA	1984/85 1000 DM	1983/84 1000 DM
Grundkapital	140.000	140.000
Rücklagen (einschl. Sonderposten)	161.619	156.639
Wertberichtigungen	190.846	172.696
Baukostenzuschüsse	37.443	33.965
Rückstellungen	61.560	58.038
Verbindlichkeiten	186.424	175.200
Bilanzgewinn	22.648	21.190
	800.540	757.728

GEWINN- UND VERLUSTRECHNUNG	1984/85 1000 DM	1983/84 1000 DM
Umsatzerlöse	287.744	261.813
Aktivierte Eigenleistungen	3.153	3.112
Gesamtleistung	290.897	264.925
Sachaufwendungen	211.168	191.358
Rohertrag	79.729	73.567
Beteiligungserträge	47.722	42.343
Übrige Erträge	6.644	5.724
	134.095	121.634
Personalaufwendungen	33.246	27.742
Abschreibungen auf Sachanlagen	20.354	18.240
Zinsaufwendungen	9.858	8.726
Steuern	23.694	23.817
Übrige Aufwendungen	19.485	17.124
Jahresüberschuß	27.458	25.985
Gewinnvortrag	190	205
	27.648	26.190
Einstellung in offene Rücklagen	5.000	5.000
Bilanzgewinn	22.648	21.190

AUS DER GESCHÄFTSENTWICKLUNG

		*)
Umsätze		
CONTIGAS-AG	288 Mio. DM	(+ 9,9%)
CONTIGAS-Gruppe	2,85 Mrd. DM	(+ 8,8%)
Stromabgabe		
CONTIGAS-AG	874 Mio. kWh	(+ 3,4%)
CONTIGAS-Gruppe	7.81 Mrd. kWh	(+ 1,6%)
Gasabgabe		
CONTIGAS-AG	1,93 Mrd. kWh	(+ 12,0%)
CONTIGAS-Gruppe	5,75 Mrd. kWh	(+ 9,8%)
Investitionen		
CONTIGAS-AG		
in Sachanlagen	36 Mio. DM	
in Finanzanlagen	12 Mio. DM	
Cash-Flow		
CONTIGAS-AG	53 Mio. DM	
Beschäftigte		
CONTIGAS-AG	438	

*) Jeweils gegenüber dem Vergleichszeitraum 1983/84

Der vollständige Abschluß mit dem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk der Treuarbeit Aktiengesellschaft, Düsseldorf, wird in Kürze im Bundesanzeiger veröffentlicht.

DIVIDENDEN-BEKANNTMACHUNG

In der Hauptversammlung vom 14. Mai 1986 wurde die Ausschüttung einer Dividende von 8,– DM je Aktie = 22.400.000,– DM beschlossen.

Die Dividende wird vom 15. Mai 1986 an gegen Einreichung des Gewinnanteilscheines Nr. 6 durch unsere Gesellschaftskasse, Goltsteinstraße 28, 4000 Düsseldorf, sowie die nachstehend aufgeführten Banken ausgezahlt:

Deutsche Bank AG
Deutsche Bank Berlin AG
Bank für Handel und Industrie AG
Bayerische Landesbank Girozentrale
Berliner Handels- und Frankfurter Bank
Dresdner Bank AG
Berliner Bank AG
Commerzbank AG
Merck, Finck & Co.
Trinkaus & Burkhardt KGaA

Neben der Dividende erhalten die anspruchsberechtigten Aktionäre eine Steuergutschrift von 9/16 der Dividende.

Wegen der Einzelheiten verweisen wir auf die Veröffentlichung im Bundesanzeiger Nr. 88 vom 15. Mai 1986.

Düsseldorf, im Mai 1986 **Der Vorstand**

ORGANE DER GESELLSCHAFT

Aufsichtsrat:
Dr. Hans Heitzer – München, Vorsitzender
Dr. Jochen Holzer – Icking, stellv. Vorsitzender
Dr. Heinz Horn – Essen, stellv. Vorsitzender
Hermann Menzel – Gottmadingen, stellv. Vorsitzender

Dieter Hagedorn – Langelsheim
Prof. Dr. Dietrich Köllhofer – München
Dr. Hans Krämer – Essen
Dr. Werner Lamby – Bonn
Bernd Rogge – Gifhorn

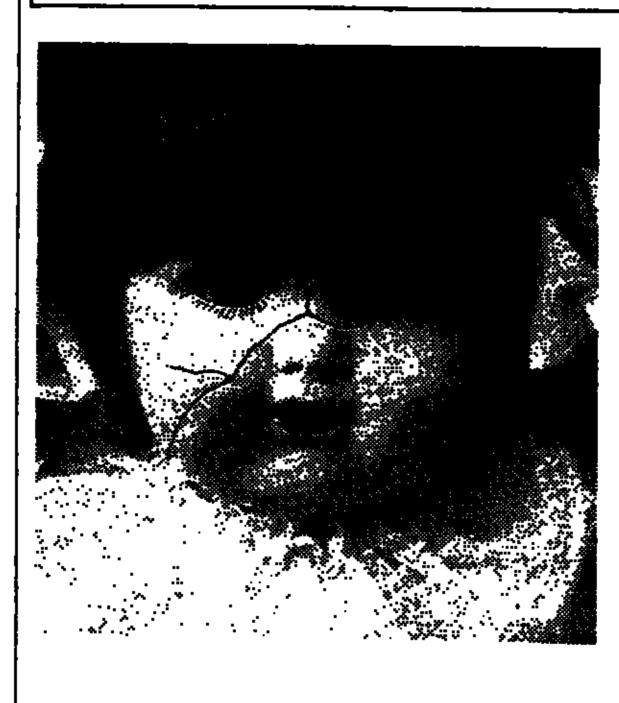
Vorstand:
Dr. Wolfgang Dotzenrath – Düsseldorf
Dr. Klaus-Dietrich Meyer – Düsseldorf
Franz-Josef Schamoni – Düsseldorf

Stand: 14. 5. 1986

CONTIGAS Deutsche Energie-Aktiengesellschaft Düsseldorf

Große Interviews

Jedes Jahr erscheinen in der WELT ca. 350 Interviews. Gespräche mit kompetenten Persönlichkeiten aus Politik, Wirtschaft, Kulturleben und Sport. WELT-Leser erfahren so aus erster Hand die Gedanken der Akteure des Weltgeschehens. W 3461



Ein Kind kann man nicht kleben

Jedes Jahr kommen in der Bundesrepublik Deutschland 60.000 Kinder zur Welt, die das Risiko tragen, ein Leben lang behindert zu sein. Die Chancen stehen 9:1, daß eines Tages Ihr Kind nicht darunter ist.

Die Chancen könnten besser stehen. Durch rechtzeitige Vorsorge, Früherkennung und Frühbehandlung ließen sich zwei Drittel dieser Behinderungen vermeiden oder doch ganz wesentlich bessern.

Die Stiftung für das behinderte Kind bemüht sich um genetische Beratung, praktische Vorsorge und individuelle frühtherapeutische Betreuung.

Um ihr Ziel zu verwirklichen, bedarf die Stiftung Ihrer Hilfe: So zum Aufbau einer Ausbildungsstätte für Entwicklungs-Rehabilitation. Hier sollen Fachkräfte ausgebildet werden, die allein helfen können, daß Risiko-Kinder nicht als lebenslang Geschädigte geboren werden.

Mit Ihrer Spende erwerben Sie einen Anteilschein für den Aufbau dieser Akademie. Sie werden über deren Arbeit regelmäßig informiert.

Helfen Sie mit Ihrer Spende, denn ein Kind kann man nicht kleben.

Coupon
Name
PLZ/Ort
Straße



Stiftung für das behinderte Kind zur Förderung von Vorsorge und Früherkennung

Renten deutlich heraufgesetzt

Zeichen eines Zinsrückgangs in den USA waren am deutschen Rentenmarkt das Signal für neue Anlagekäufe. Die Kurssteigerungen fielen nach den Renditeanhebungen der letzten Tagen deutlich aus. In den öffentlichen Langläufern wurden die Kurse um bis zu 1,50 Prozentpunkte angehoben. In den Papieren mit mittleren und kürzeren Laufzeiten waren die Tagesgewinne zwar geringer, aber die vorangegangenen Einbußen hatten auch nicht das Ausmaß erreicht wie bei den langen Laufzeiten. Bei den DM-Auslandsanleihen gestaltete sich die Tendenz freundlicher.

Bundesanleihen

[illegible]

Bundesbahn

[illegible]

Bundespost

[illegible]

Länder – Städte

[illegible]

Sonderinstitute

[illegible]

Industrieanleihen

[illegible]

Optionsscheine

F 6½ dgl. 85 m. O.	265G	265G
F 6½ dgl. 85 o. O.	96	95
F 3¾ dgl. 85 m. O.	240T	240T
F 3¾ dgl. 85 o. O.	94,2	94,25
F 6½ dgl. 86 m. O.	137	134
F 6½ dgl. 86 o. O.	100,4	100
F 3½ Didier 85 m. O.	145T	141
F 3½ Didier 85 o. O.	82T	81,75
F 4 Dresdn.Bk. 85 m. O.	200G	197
F 4 dgl. o. O.	94,5	94,25
F 8 dgl. 84 m. O.	224	220G
F 8 dgl. 84 o. O.	100,3	100,7
F 3½ Fuji 84 m. O.	140T	141T
F 3½ dgl. 84 o. O.	91,2	91,5

[illegible]

Optionsanleihen

[illegible]

Währungsanleihen

[illegible]

Wandelanleihen

[illegible]

Frankfurt

DM-Auslandsanleihen

	14.5.	13.5.
7½ Afr. Entwicklbk. 79/86	99,8G	99,8G
8 dgl. 79/87	101,05	101,5T
10 dgl. 82/89	110,5G	110,5G
8 dgl. 84/91	105,35G	105,35
9 Air Canada 82/92	112,75	112G
7¾ dgl. 85/95	106	105,5
9½ Alcoa 82/89	105,75T	105,5bB
7½ Allied Chem. 84/94	105T	104,5

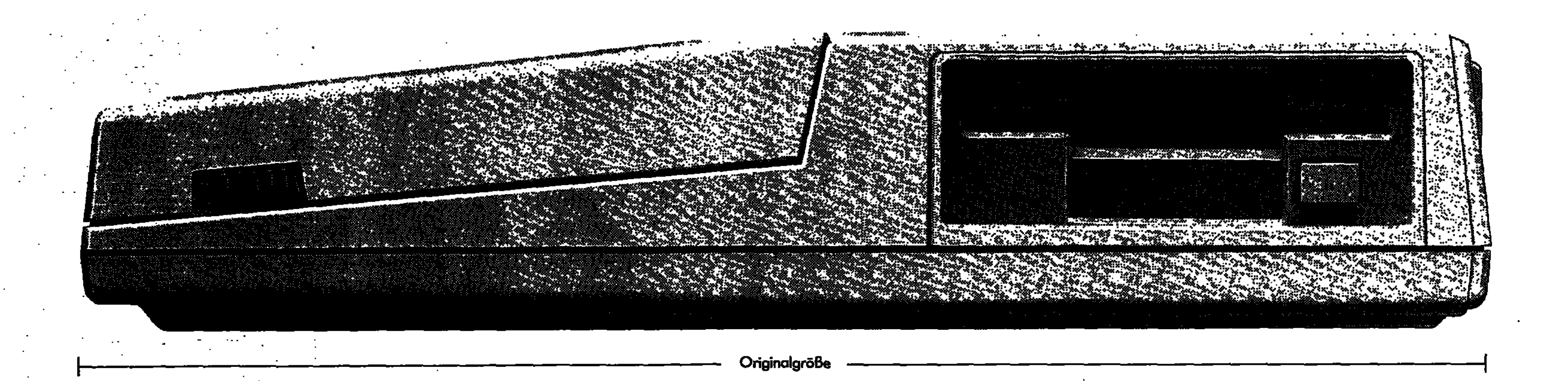
[illegible]

Düsseldorf

DM-Auslandsanleihen

[illegible]

Größer sollte ein Computer heute nicht mehr sein.
Teurer sollte ein Computer heute nicht mehr sein.



Originalgröße

Die Leistungsfähigkeit eines Computers ist für Toshiba heute keine Frage der Größe mehr. Vorbei die Zeit, wo man sich ein voluminöses Rechenzentrum auf den Schreibtisch stellen mußte: *Dafür gibt es jetzt den portablen, netzunabhängigen Toshiba T 1100.* Bei aller Kompaktheit ist er so intelligent wie ein herkömmlicher Tisch-Computer. Mit nur 4,1 kg ist er so leicht, daß er kaum ins Gewicht fällt. Und natürlich ist er so vielseitig und schnell, daß Sie seine schwere, unbewegliche Konkurrenz nicht vermissen werden.

Im Gegenteil. Die Mobilität des T 1100 würde Ihnen fehlen. *Weil er überall da für Sie arbeitet, wo Sie gerade arbeiten.* Weil er Sie von Arbeiten befreit, in die Sie viel Zeit und Energie stecken müßten. Und natürlich, weil er kompatibel zum IBM-PC ist; damit können Sie sich das gesamte Software-Angebot des Weltmarktes nutzbar machen.

Mit dem T 1100 erledigen Sie Kalkulation, Projektplanung, Terminverfolgung, Datenerfassung, Textverarbeitung, Auftragserfassung, Statistik, Finanzplanung und vieles mehr.

Der Preis für den Toshiba T 1100 ist ebenso überraschend wie seine Leistung. Hinzu kommt, daß er aufgrund seiner Beweglichkeit viel effizienter, z.B. von mehreren Mitarbeitern, genutzt werden kann. Computerleistung ist also nicht mehr an den Arbeitsplatz gebunden wie bei stationären Systemen. Der T 1100 richtet sich *ganz nach Ihnen und geht mit Ihnen dorthin wo Sie ihn brauchen,* genauso selbstverständlich wie Ihr Taschenrechner.

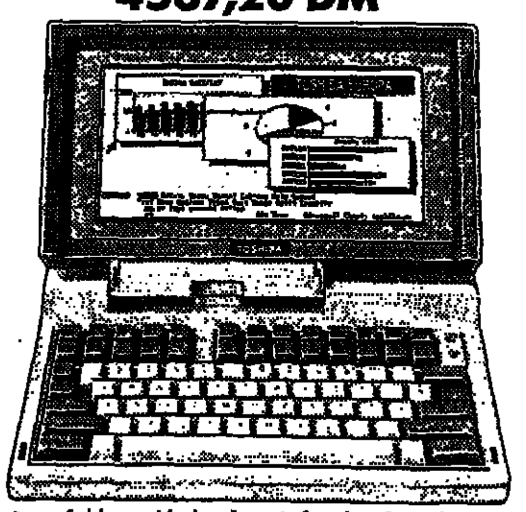
Wie jeder technische Fortschritt bringt natürlich auch der T 1100 eine kleine Schattenseite mit: wohin in Zukunft mit den großen, teuren, speziell konstruierten Computertischen? Aber das ist glücklicherweise nicht Ihr Problem, wenn Sie den T 1100 aus der Schreibtischschublade holen, auf seinen hervorragend ablesbaren LCD-Bildschirm schauen und z.B. Ihre Gewinnspannen neu kalkulieren.

Wie der T 1100 das macht? Dafür hat er den 16-Bit-Processor 80C88, 256 bis 512 KB Arbeitsspeicher und ein 720 KB Diskettenlaufwerk (3,5"). Dazu Anschlüsse für Drucker, externes Diskettenlaufwerk, Datenübertragung und zusätzlichen Farbbildschirm.

Testen Sie den T 1100 doch einfach mal bei einem unserer Vertragshändler. Oder schreiben Sie uns:

TOSHIBA Europa (I.E.) GmbH, IPS-Division, Hammer Landstraße 115, 4040 Neuss 1.

4537,20 DM*



*empfohlener Verkaufspreis für das Grundgerät einschl. gesetzl. MwSt.

TOSHIBA

IHR ANSCHLUSS AN DIE ZUKUNFT.

Aktien kräftig erholt

Fonds kauften – Keine Angstverkäufe mehr

DW. – Den Banken ist es offensichtlich gelungen, inländische institutionelle Anleger unter Hinweis auf die empfindlichen Kursverluste in den letzten Tagen zur Aufgabe ihres bisher geübten Anlageattentismus zu bewegen. Ein Teil ihrer durch Gewinnmitnahmen aufgebaute Liquidität wurde am Aktienmarkt zu Rückkäufen genutzt. Da gleichzeitig die Verkäufe der aus vielerlei Gründen verängstigten privaten Kundschaft fast völlig aufgehört haben, kam es auf breiter Front zu deutlichen Kursanhebungen.

Gesund an der gegenwärtigen Marktverfassung ist das Bestreben der Börsenkulisse, sich möglichst bis zum Ende jeder Börsensitzung wieder glattzustellen. Das deutet zwar auf eine gewisse Skepsis hin, verhindert aber spekulative Überhänge, durch die eine nachhaltige Kurserholung später gestört werden könnte. Zu den bevorzugten Papieren zählten an der Mittwochbörse die Finanzwerte. Bei den Bankaktien gab es teilweise Kursanhebungen von 10 DM. Im Versicherungsbereich wurde die Allianz um rund 80 DM heraufgesetzt. Ausländer waren an den Käufen diesmal nur selektiv beteiligt. Ihr Interesse richtete sich in erster Linie auf Spezialwerte, so auf Deutsche Babcock und PKI. In beiden Fällen wurden die Kurse kräftig angehoben. Mit fast 20 DM waren auch Siemens-Aktien an der festeren Tendenz beteiligt. Lebhafte Anlagekäufe im Bereich der Großchemie. Bescheiden fiel dabei der Anstieg bei Hoechst aus, weil offensichtlich noch die vor kurzem durchgeführte Kapitalerhöhung verkraftet werden muß.

Frankfurt: Binding und Enka erhöhten um jeweils 10 DM, Degussa um 9 DM und Pfaff um 6 DM. Altana lagen um 14 DM fester. Henkel VA gewannen 12 DM und Henninger 7 DM. Aesculap gaben um 37 DM und Binding um 10 DM nach.

Düsseldorf: DAT und DAB verringerten jeweils um 5 DM und Bilfinger um 4 DM. Verbessert haben sich Dyckerhoff St um 8 DM, Heinrich um 10 DM und Hochtief um 17 DM. Keramag legten 2 DM und Nino 5 DM zu.

Hamburg: Phoenix Gummi lagen um 7,50 DM fester. Jeweils um 4 DM höher lagen HEW und Bremer Vulkan. Beiersdorf stockten um 2 DM auf. Bavaria Brauerei lagen um 1 DM leichter. Vereins- und Westbank erhöhten um 10 DM.

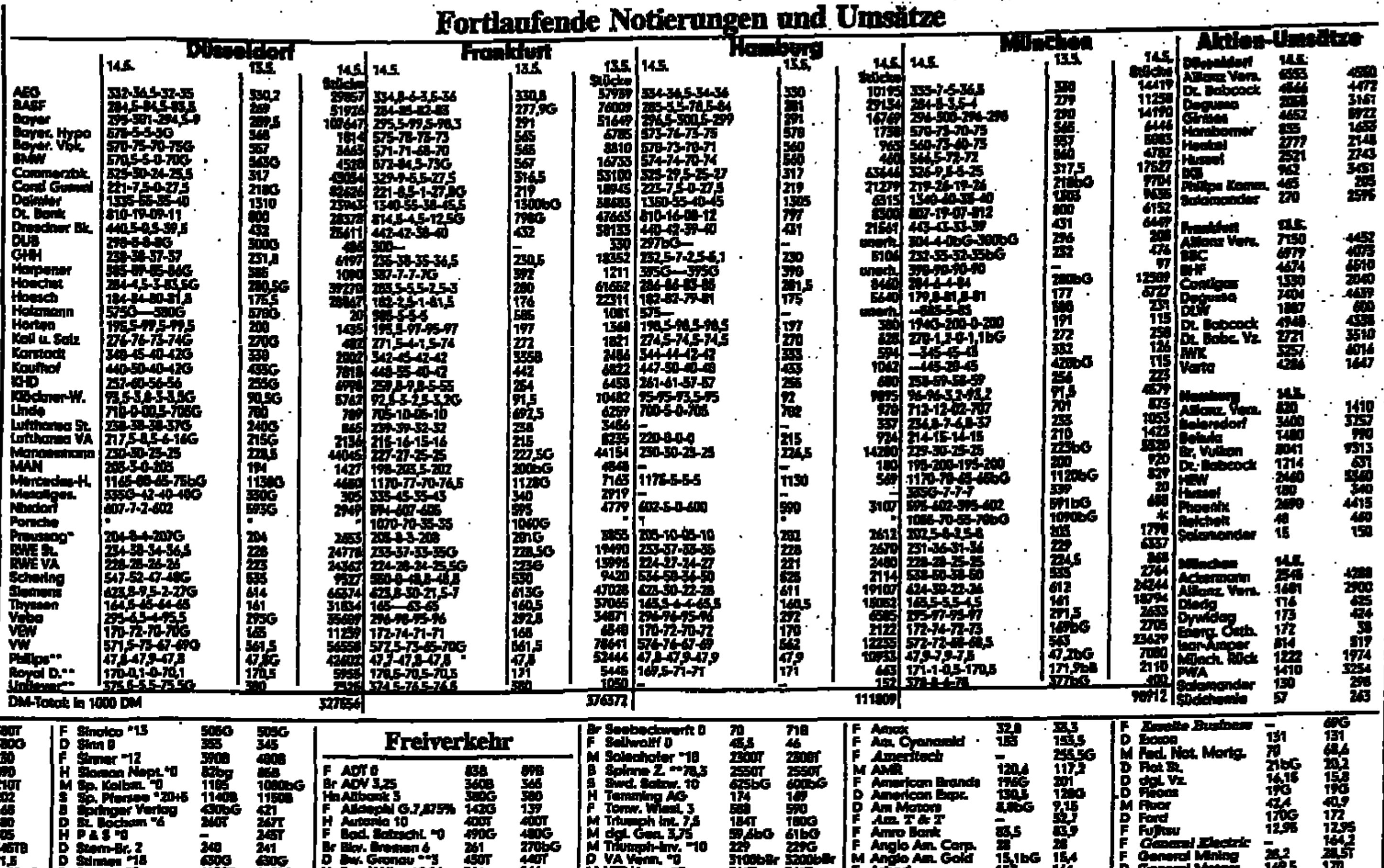
Berlin: Schering zogen um 23 DM, Rheinmetall St. um 19 DM und Kempinski um 14 DM an. Springer und Berliner Bank erhöhten jeweils um 9 DM. Engelhardt ermäßigten sich um 7 DM und Herlitz St um 4 DM.

München: Agrob St stockten um 5 DM, Hutschenreuther um 5 DM und Stumpf um 10 DM auf. Nachgegeben haben Audi um 20 DM, Flachglas um 4 DM und Knürr um 9 DM. Tucher verminderten um 20 DM. Leonische Draht verloren 23 DM.

Nachbörse: fest

WELT-Aktienindex: 281,63 (276,96)
WELT-Umsatzindex: 4565 (6257)
Advance-decline-Zahl: 136 (102)

Fortlaufende Notierungen und Umsätze



Inland



Freiverkehr

Ungeregelter Freiverkehr

Unnotierte Werte

Ausland in DM

Ausland

Amsterdam

Brüssel

Hongkong

Kopenhagen

London

Luxemburg

Madrid

Mailand

New York

Paris

Johannesburg

Stockholm

Singapur

Tokio

Sydney

Oslo

Toronto

Wien

Zürich

Inlandszertifikate

Optionshandel

Auslandszertifikate

WELT-Aktien-Indizes

Kursgewinner (Frankfurt):

Kursverlierer (Frankfurt):

Junge Aktien

Devisenmärkte

Devisen und Sorten

Warenpreise – Termine

Einbußen verzeichneten am Dienstag die Goldnotierungen an der New Yorker Comex. Schwächer gingen Silber, Kupfer und Kakao aus dem Markt. Fester in den vorderen und niedriger in den entfernteren Sichten notierte Kaffee.

Getreide/Getreideprodukte

WEIZEN Chicago (c/bush)

	13.5.	12.5.
Mai	345,00	342,50
Juli	287,50	279,00
Sept.	288,00	280,00

WEIZEN Winnipeg (can.$/t) Wheat Board cif.

St.L. 1 CW	278,11	281,31
Am. Durum	275,96	279,60

ROGGEN Winnipeg (can.$/t)

Mai	114,50	109,50
Juli	117,00	112,00
Okt.	117,00	112,00

HAFER Winnipeg (can. $/t)

Mai	83,00	82,50
Juli	82,00	80,80
Okt.	80,70	80,20

HAFER Chicago (c/bush)

Mai	115,25	111,50
Juli	120,50	117,25
Sept.	126,50	123,00

MAIS Chicago (c/bush)

Mai	250,50	246,75
Juli	240,00	235,00
Sept.	215,50	211,25

GERSTE Winnipeg (can.$/t)

Mai	102,50	100,00
Juli	97,00	94,50
Okt.	94,20	92,80

Genußmittel

KAFFEE New York (c/lb)

	13.5.	12.5.
Mai	213,00	211,25
Juli	216,00	214,80
Sept.	221,05	224,75

KAKAO New York ($/t)

	13.5.	12.5.
Mai	1708	1730
Juli	1750	1786
Sept.	1817	1845
Umsatz	3320	3987

ZUCKER New York (c/lb)

Nr. 11 Juli	8,26	8,68
Sept.	8,41	8,74
Okt.	8,50	8,84
Jan.	8,62	8,96
März	8,83	9,15
Umsatz	21045	9917

Isa-Preis fob karibische Häfen (US-c/lb)

	8,35	8,33

KAFFEE London (£/t) Robusta

	13.5.	12.5.
Mai	1845-1860	1950-1955
Juli	1905—	1997-2000
Sept.	—1935	2038-2039
Umsatz	11036	6482

KAKAO London (£/t)

Mai	1279-1284	1265-1268
Juli	1292-1294	1274-1275
Sept.	1313-1314	1297-1298
Umsatz	3535	2239

ZUCKER London (£/t) Nr.6

	13.5.	12.5.
Aug.	202,00-204,80	209,00-214,00
Okt.	200,00-209,00	210,00-217,00
Dez.	–	–
Umsatz	8	8

PFEFFER Singapur (Straits-Sing. $/100 kg)

	14.5.	13.5.
schw. Saraw.spez.	795,00	795,00
weiß.Saraw.	1115,00	1115,00
weiß.Munt.	1130,00	1130,00

ORANGENSAFT New York (c/lb)

	13.5.	12.5.
Mai	97,00	96,30
Juli	96,90	96,00
Sept.	95,65	94,80
Nov.	95,65	94,80
Jan.	95,60	94,90
Umsatz ...400	400	

Öle, Fette, Tierprodukte

ERDNUSSÖL New York (c/lb) Südstaaten fob Werk

	13.5.	12.5.
	26,50	25,50

MAISÖL New York (c/lb) US-Mittelweststaaten fob Werk

	18,50	18,50

SOJAÖL Chicago (c/lb)

Mai	17,83	17,55
Juli	18,10	17,82
Aug.	18,25	17,95
Sept.	18,30	17,95
Okt.	18,30	17,95
Dez.	18,60	18,35
Jan.	18,65	18,40

BAUMWOLLSAATÖL New York (c/lb) Mississippi-Tal fob Werk

	16,50	16,50

SCHMALZ Chicago (c/lb)

loco lose	11,00	11,00
Choise white hog 4 % fr. F.	10,00	10,00

TALG New York (c/lb)

top white	12,00	12,00
fancy	11,50	11,50
bleichf.	11,25	11,25
yellow max. 10% fr.F	10,00	10,00

SCHWEINE Chicago (c/lb)

Juni	48,00	46,90
Juli	47,85	46,70
Aug.	45,40	44,55

SCHWEINEBÄUCHE Chicago (c/lb)

Mai	64,52	62,50
Juli	64,60	62,56
Aug.	62,00	60,05

HÄUTE Chicago (c/lb)

	13.5.	12.5.
Ochsen einh. schwere River Northern	69,50	61,50
Kühe einh. schwere River Northern	51,50	51,50

SOJABOHNEN Chicago (c/bush)

Mai	539,00	537,50
Juli	539,50	537,00
Aug.	537,00	533,50
Sept.	533,00	528,00
Nov.	532,00	528,50
Jan.	541,25	537,50
März	551,00	546,50

SOJASCHROT Chicago ($/sht)

Mai	152,60	150,80
Juli	154,40	153,40
Aug.	154,50	153,50
Sept.	155,00	153,80
Okt.	155,00	153,60
Dez.	156,70	155,50
Jan.	157,00	155,50

LEINSAAT Winnipeg (can. $/t)

	13.5.	12.5.
Mai	273,10	269,50
Juli	277,60	275,00
Okt.	285,50	283,00

KOKOSÖL New York (c/lb) – Westk. fob Werk

	13.5.	12.5.
	11,50	11,25

ERDNUSSÖL Rotterdam ($/t)

	14.5.	13.5.
jegl. Herk. cif	595,00	580,00

LEINÖL Rotterdam ($/t) jegl. Herk. ex Tank

	465,00	465,00

PALMÖL Rotterdam ($/lgt) – Sumatra

cif	237,50	237,50

SOJAÖL Rotterdam (hfl/100 kg) roh Niederl. fob Werk

	85,00	83,50

KOKOSÖL Rotterdam ($/lgt) – Philippinen

cif	240,00	245,00

LEINSAAT Rotterdam ($/t) – Kanada Nr. 1

cif	218,00	714,00

Wolle, Fasern, Kautschuk

BAUMWOLLE New York (c/lb)

Kontr.Nr2	13.5.	12.5.
Juli	67,35	67,25
Okt.	37,10	36,90
Dez.	37,10	36,92
März	38,35	38,10
Mai	39,45	38,85
Juli	40,00	39,65

KAUTSCHUK New York (c/lb) Händlerpreis loco RSS-1

	40,00	40,00

WOLLE London (Neusl. c/kg) – Kreuzz.

	14.5.	13.5.
Mai	461-470	461-470
Dez.	523-527	516-521
Jan.	–	518-520
Umsatz	1428	1419

WOLLE Roubaix (F/kg) Kammz.

	14.5.	13.5.
Mai		
Juli		
Okt.	unerh.	unerh.
Umsatz	–	–
Tendenz:		

WOLLE Sydney (austr. c/kg) Merino-Schweißw. Standard

	14.5.	13.5.
Mai	586,00-600,00	586,00-600,00
Okt.	613,00-615,00	–
Dez.	619,00-620,00	619,00-620,00
Umsatz	1	10

SISAL London ($/t) cif eur. Haupthäfen

	14.5.	13.5.
EA	680,00	680,00
UG	570,00	570,00

SEIDE Yokohama (Y/kg) AAA ab Lager

	14.5.	13.5.
Mai	12465	12456
Juni	12367	12360

KAUTSCHUK London (p/kg)

	13.5.	12.5.
RSS 1 Juni	54,00-55,00	53,00-54,00
RSS 1 Juli	53,75-54,75	52,75-53,75
RSS 2 Juni	52,75-53,75	51,75-52,75
RRS 3 Juni	51,50-52,50	50,50-51,50
Tendenz: stetig		

KAUTSCHUK Malaysia (mal. c/kg)

	14.5.	13.5.
Juni	198,00-200,00	198,00-200,00
Juli	198,50-200,50	198,50-200,50
Nr. 2 Juni	196,00-197,00	196,00-197,00
Nr. 3 Juni	194,00-195,00	194,00-195,00
Nr. 4 Juni	190,00-191,00	190,00-191,00
Tendenz: ruhig		

JUTE London (£/lgt)

	14.5.	13.5.
BWC	395	395
BWD	360	360
BTC	395	395
BTD	360	360

Erläuterung – Rohstoffpreise

Mengenangaben: 1 troyounce (Feinunze) = 31,1035 g; 1lb = 0,4536 kg; 1 R. – 76 WD – (–); BTC – (–); BTD – (–)

Westd. Metallnotierungen

(DM je 100 kg)

	14.5.	13.5.
ALUMINIUM: Basis London		
lfd. Mon.	258,32-258,66	257,13-257,47
dritt. M.	254,10-254,27	254,10-254,44
BLEI: Basis London		
lfd. Mon.	82,95-83,12	81,55-81,72
dritt. M.	84,31-84,64	83,74-83,91
NICKEL: Basis London		
lfd. Mon.	893,75-897,12	880,00-889,68
dritt. M.	916,72-917,40	906,53-908,22
ZINK: Basis London		
lfd. Mon.	133,47-136,85	133,12-134,80
Prod.-Pr.	160,40	158,99
REINZINN 99,9 %	unerh.	unerh.

Zinn-Preis Penang

Straits-Zinn ab Werk prompt (Ring/kg)

	14.5.	13.5.
	14,10	14,05

NE-Metalle

(DM je 100 kg)

	14.5.	13.5.
ELEKTROLYTKUPFER für Leitzwecke DEL-Not.*	320,85-323,20	317,80-320,16
BLEI in Kabeln	90,75-91,75	89,25-90,25
ALUMINIUM für Leitzwecke (VAW)		
Rundb.	455,00-458,50	455,00-458,50
Vorz.dr.	464,00-464,50	464,00-464,50

* Auf Grundlage der Meldungen ihrer höchsten und niedrigsten Kaufpreise durch 19 Kupferverarbeiter und Kupferbeisteller

Messingnotierungen

	14.5.	13.5.
MS 58, 1. Verarbeitungsstufe	290-294	287-292
MS 58, 2. Verarbeitungsstufe	330-331	328-333
MS 63	314-318	311-315

Deutsche Alu-Gußlegierungen

(DM/100 kg)	14.5.	13.5.
Leg. 225	312-320	312-325
Leg. 226	314-322	314-327
Leg. 231	349-357	349-362
Leg. 233	359-367	359-372

Preise für Abnahme von 1 bis 5 t frei Werk

Edelmetalle

	14.5.	13.5.
PLATIN (DM/g)	31,20	31,20
GOLD (DM/kg Feingold)		
Bank-Vkfpr.	24660	24540
Rückn.-Pr.	23910	23790
GOLD (DM/kg Feingold) (Basis Londoner Fixing)		
Deg.-Vkfpr.	24700	24550
Rückn.-Pr.	24050	23900
verarbeitet	25910	25750
GOLD (Frankfurter Börsenkurs) (DM/kg)	24165	24070
SILBER (DM je kg Feinsilber) (Basis Londoner Fixing)		
Deg.-Vkfpr.	368,10	370,20
Rückn.-Pr.	356,90	358,90
verarbeitet	384,30	386,40

Internationale Edelmetalle

	14.5.	13.5.
GOLD (US-$/Feinunze) London		
10.30	342,75	343,80
15.00	342,25	343,70
Zürich mit.	342,70-343,10	343,65-344,15
Paris (F/1-kg-Barren) mittags	76950	77000
SILBER (p/Feinunze) London		
Kasse	330,65	333,70
3 Mon.	338,85	342,00
6 Mon.	346,85	349,70
12 Mon.	361,15	364,75

PLATIN (£/Feinunze) London	13.5.	12.5.
fr. Markt	270,90	273,50
PALLADIUM (£/Feinunze) London		
f. Händl.-Pr.	71,10	71,10

New Yorker Metallbörse

	13.5.	12.5.
GOLD H & H Ankauf	343,70	345,45
SILBER H & H Ankauf	509,50	523,50
PLATIN		
f.Händl.-Pr.	415,00-419,00	415,00-419,00
Prod.-Pr.	475,00	475,00
PALLADIUM		
f. Händl.-Pr.	109,50-110,50	107,50-108,50
Prod.-Pr.	150,00	150,00
SILBER (c/Feinunze)		
Mai	509,00	515,40
Juni	510,40	517,40
Juli	512,00	519,50
Sept.	519,00	527,00
Dez.	529,00	536,00
Jan.	532,50	539,90
März	538,60	546,10
Umsatz	13000	13000

KUPFER (c/lb)

	13.5.	12.5.
Mai	62,80	63,50
Juni	62,90	63,65
Juli	63,20	63,85
Sept.	63,45	64,25
Dez.	63,85	64,70
Jan.	64,10	64,85
März	64,35	65,10
Umsatz	4100	3200

Londoner Metallbörse

	14.5.	13.5.
ALUMINIUM (c/lb)		
mitt. Kasse	764,50-765,50	766,50-767,50
3 Mon.	752,00-752,50	757,00-757,50
BLEI (£/t)		
mitt. Kasse	245,50-246,00	244,00-245,00
3 Mon.	249,50-250,50	247,50-248,00
KUPFER Highergrade (£/t)		
mitt. Kasse	931,00-951,50	924,00-925,00
3 Monate	ausg.	ausg.
ab. Kasse	–	922,50-923,50
3 Monate	–	ausg.
KUPFER-Standard		
mitt. Kasse	ausg.	ausg.
3 Monate	928,00-930,00	922,00-923,00
ZINK Highergrade (£/t)		
mitt. Kasse	454,50-455,00	452,00-453,00
3 Monate	466,00-467,00	463,00-464,00
ZINN (£/t)		
mitt. Kasse	ausg.	ausg.
3 Monate	ausg.	ausg.
QUECKSILBER ($/Fl.)	–	220-230
WOLFRAM-ERZ ($/t-Einh.)	–	46-50

Energie-Terminkontrakte

HEIZÖL Nr. 2 – New York (c/Gallone)

	13.5.	12.5.
Juni	42,65-43,08	42,90-43,05
Juli	42,28-42,40	42,50-42,70
Aug.	42,50-42,65	42,80-43,06
Sept.	43,00-43,25	43,40-43,70

GASÖL – London ($/t)

	13.5.	12.5.
Juni	–	136,50-136,75
Juli	—133,00	136,50-136,75
Aug.	131,50-131,75	137,00-137,25
Sept.	133,75-134,00	136,75-138,00
Okt.	135,25-135,50	137,50-139,00
Nov.	136,00-136,50	—139,00
Dez.	136,00-139,00	140,00-142,00
Jan.	136,00-139,00	140,00-144,00

BENZIN – New York (c/Gallone)

	13.5.	12.5.
Juni	54,50-54,99	54,25-54,50
Juli	52,50-52,90	52,20-52,70
Aug.	50,20-50,35	50,30-50,55
Sept.	47,25-47,50	48,20-48,50
Okt.	44,50	45,20

ROHÖL – New York ($/Barrel)

	13.5.	12.5.
Juni	15,80-15,95	15,70-15,83
Juli	15,12-15,25	15,10-15,20
Aug.	14,80-14,90	14,85-14,90
Sept.	14,75-14,80	14,70-14,75
Okt.	14,55	14,70

ROHÖL-SPOTMARKT ($/Barrel) mittlere Preise in NW-Europa – alle fob

	13.5.	12.5.
Arabian Lg.	–	–
Arabian Hv.	–	–
Iran Lg.	–	–
Forties	14,00	14,60
N. Sea Brent	13,60	14,75N
Bonny Light	–	–

Kartoffeln

London (£/t)

	13.5.	12.5.
Nov.	87,50	95,80
Febr.	96,50	101,50
April	117,60	126,20
Mai	128,50	137,30

New York (c/lb)

	13.5.	12.5.
Mai	2,99	3,02
Nov.	3,35-3,38	3,30-3,35
März	3,58-3,59	3,50-3,57
Mai	4,17-4,18	4,14-4,18

Bauholz

Chicago ($/1000 Board Feet)

	13.5.	12.5.
Mai	181,50-182,00	184,50
Juli	177,00-177,50	180,80-180,50
Sept.	172,00	173,20-173,30
Nov.	164,40	167,10-166,00

Devisenterminmarkt

Aufgrund unveränderter Zinsgegebenheiten am Euromarkt notierten am 14. 5. die Terminkurse auf Vortagsbasis.

	1 Monat	3 Monate	6 Monate
Dollar/DM	0,49-0,39	1,35-1,25	2,60-2,40
Pfund/Dollar	0,44-0,47	1,20-1,17	2,18-2,13
Pfund/DM	2,30-0,90	5,20-3,80	12,0-10,6
FF/DM	-14+2	27-11	45-29

Geldmarktsätze

Geldmarktsätze im Handel unter Banken am 14.5. : Tagesgeld 4,25-4,40 Prozent; Monatsgeld 4,50-4,65 Prozent; Dreimonatsgeld 4,45-4,60 Prozent. FIBOR 3 Mon. 4,60 Prozent, 6 Mon. 4,60 Prozent.
Privatdiskontsätze am 14.5. : 10 bis 29 Tage 3,05 G–2,90B Prozent; und 30 bis 90 Tage 3,05 G–2,90B Prozent. Diskontsatz der Bundesbank am 14.5. : 3,5 Prozent; Lombardsatz 5,5 Prozent.

Euro-Geldmarktsätze

Niedrigst- und Höchstkurse im Handel unter Banken am 14.5.; Redaktionsschluß 14.30 Uhr:

	US-$	DM	sfr.
1 Monat	6¾-7	4⅜-4½	4¼-4½
3 Monate	6¾-7	4⅜-4½	4⅛-4⅜
6 Monate	6¾-7	4⅜-4½	4-4¼
12 Monate	6⅞-7⅛	4½-4⅝	4-4¼

Mitgeteilt von: Deutsche Bank Compagnie Financière Luxembourg, Luxemburg

Ostmarkkurs am 14.5. (je 100 Mark Ost) – Berlin: Ankauf 16,50; Verkauf 19,00 DM West; Frankfurt: Ankauf 15,50; Verkauf 18,50 DM West.

Goldmünzen

In Frankfurt wurden am 14.5. folgende Goldmünzenpreise genannt (in DM):

Gesetzliche Zahlungsmittel*	Ankauf	Verkauf
20 US-Dollar	1000,00	1322,40
5 US-Dollar (Indian)**	650,00	802,50
5 US-Dollar (Liberty)	370,00	502,90
1 £ Sovereign alt	183,00	231,42
1 £ Sovereign Elizabeth II.	171,00	217,74
20 belgische Franken	137,25	182,69
10 Rubel Tscherwonez	186,75	240,26
2 südafrikanische Rand	165,75	210,62
Krüger Rand, neu	741,75	885,50
Maple Leaf	759,75	906,02
Platin Noble Man	935,00	1105,86
Außer Kurs gesetzte Münzen*		
20 Goldmark	220,25	279,59
20 schweiz. Franken „Vreneli"	157,00	207,48
20 franz. Franken „Napoléon"	160,50	211,47
100 österr. Kronen (Neuprägung)	708,25	863,27
20 österr. Kronen (Neuprägung)	141,00	183,54
10 österr. Kronen (Neuprägung)	72,50	99,75
4 österr. Dukaten (Neuprägung)	327,75	407,84
1 österr. Dukaten (Neuprägung)	76,25	109,73

*Verkauf inklusive 14 % Mehrwertsteuer
**Verkauf inklusive 7 % Mehrwertsteuer

Bundesschatzbriefe (Zinslauf vom 1. Mai 1986 an, Zinsstaffel in Prozent jährlich, in Klammern Zwischenrenditen in Prozent für die jeweilige Besitzdauer): Ausgabe 1986/5 (Typ A) 3,00 (3,00) – 4,50 (3,74) – 5,00 (4,14) – 5,50 (4,46) – 6,50 (4,82) – 7,50 (5,21). Ausgabe 1986/6 (Typ B) 3,00 (3,00) – 4,50 (3,75) – 5,00 (4,16) – 5,50 (4,50) – 6,50 (4,89) – 7,50 (5,32) – 8,00 (5,70). Finanzierungsschätze des Bundes (Renditen in Prozent): 1 Jahr 3,50, 2 Jahre 4,25. Bundesobligationen (Ausgabebedingungen in Prozent): Zins 5,50, Kurs 99,60, Rendite 5,59.

Nullkupon-Anleihen (DM)

Deutsche Emittenten	Rückzahlung Preis	Datum	Kurs 14.5.	Rendite in %
BW-Bank E.69	400,00	1.7.95	56,753	6,40
BW-Bank E.70	192,16	1.7.95	109,06	6,40
Berl. Bk. E.54	100,00	1.7.95	58,74	6,00
Berl. Bk. E.55	100,00	1.7.00	42,74	6,20
Commerzbank	100,00	22.5.95	56,85	6,36
Commerzbank	100,00	4.8.00	40,25	6,57
Deutsche Bk. $	287,00	23.1.95	134,00	9,17
DSL-Bank R.264	137,01	2.7.90	109,81	5,50
DSL-Bank R.265	100,00	2.7.90	80,15	5,50
DSL-Bank R.266	100,00	1.8.95	55,97	6,50
Fr. Hyp. KO 468	196,72	1.6.95	111,29	6,50
Hbg. Ldbk. A.2	100,00	15.8.96	52,10	6,56
Hess. Ldbk. 245	100,00	1.6.95	57,79	6,25
Hess. Ldbk. 246	100,00	1.6.00	41,24	6,51
Hess. Ldbk. 247	100,00	1.6.95	57,30	6,35
Hess. Ldbk. 248	100,00	1.7.05	29,02	6,68
Hess. Ldbk. 251	100,00	2.11.05	28,91	6,58
SGZ-Bank 060	100,00	12.6.95	57,81	6,22
WestLB 600	100,00	2.5.95	57,35	6,40
WestLB 601	100,00	2.5.00	unerh.	unerh.
WestLB 603	100,00	1.6.01	37,65	6,71
WestLB 602	100,00	3.10.05	unerh.	unerh.
WestLB 500	126,86	16.2.89	111,55	4,79
WestLB 501	137,01	16.2.90	113,05	5,26
WestLB 503	115,76	3.10.88	104,05	4,59
WestLB 504	141,85	1.10.91	106,30	5,52
Emittenten (DM) Ausland				
Österreich	200,00	24.5.95	109,75	6,39
Österreich	294,12	24.5.00	111,50	6,91
Atl. Richfield	$ 100	4.2.92	147,80	11,12
Campbell Soup	$ 100	21.4.92	148,20	10,70
Prud Realty	$ 100	15.1.99	69,40	11,34
Emittenten (Dollar)				
Wells Fargo(AA)	100,00	4.2.88	–	10,20
Pepsi-Co. (AA)	100,00	4.2.92	64,125	8,06
Beatrice Foods	100,00	9.2.92	58,00	9,94
Xerox (AA)	100,00	11.2.92	61,50	8,82
Gulf Oil (AAA)	100,00	2.3.92	61,50	8,73
Gen. Elec.(AAA)	100,00	17.2.95	59,00	8,11
Caterp.Fin (AA)	100,00	11.2.94	50,75	9,14
Penney (A+)	100,00	17.2.94	50,875	9,09
Sears (AA)	100,00	27.5.94	51,625	8,56
Philip Morris/A	100,00	8.4.94	50,75	8,76
Gen. Elec (AAA)	100,00	4.3.95	50,25	8,12

Renditen und Preise von Pfandbriefen und KO

Laufzeit Jahre	Rendite* ca. % (Vortag)		Schwankungspreise** bei Nominalzinsen von 5%	6%	7%	8%	9%	10%
1	4,55	(4,55)	100,5	101,3	102,3	103,2	104,2	105,1
2	5,00	(4,95)	100,0	101,7	103,6	105,4	107,3	109,1
3	5,30	(5,25)	99,20	101,6	104,3	107,1	109,8	112,5
4	5,55	(5,55)	97,75	101,2	104,7	108,2	111,7	115,2
5	5,80	(5,90)	96,20	100,9	104,7	108,9	113,1	117,3
6	6,00	(6,05)	94,60	100,0	104,4	109,3	114,2	119,1
7	6,30	(6,32)	92,30	98,35	103,5	108,8	114,3	119,8
8	6,51	(6,52)	90,25	96,30	102,4	108,5	114,5	120,6
9	6,65	(6,78)	88,50	95,05	101,7	108,3	114,8	121,4
10	6,70	(6,82)	87,25	94,35	101,4	108,5	115,6	122,7
15	7,00	(7,05)	81,00	90,05	100,0	108,2	117,2	126,3

*Die Rendite wird auf der Basis aktueller Kupons berechnet (ca. %)
**Aufgrund der Marktrendite errechnete Preise, die von den amtlich notierten Kursen vergleichbarer Papiere abweichen können.

Commerzbank Rentenindex: 112,871 (112,660)
Performance-Rentenindex: 241,728 (241,457)

Mitgeteilt von der COMMERZBANK

New Yorker Finanzmärkte

Fed Funds	13. Mai	6,75-6,909
Commercial Paper (Direktplazierung)	30–59 Tage	6,70-6,75
	60–270 Tage	6,00-6,60
Commercial Paper (Händlerplazierung)	30 Tage	6,75
	60 Tage	6,65
	90 Tage	6,60
Certificates of Deposit	1 Monat	6,55
	2 Monate	6,55
	3 Monate	6,55
	6 Monate	6,55
	12 Monate	6,70
US-Schatzwechsel	13 Wochen	6,07
	26 Wochen	6,07
US-Staatsanleihe	10 Jahre	7,62
	30 Jahre	7,39
US-Diskontsatz		6,50
US-Primerate		8,50
Geldmenge M1	2. Mai	648,6 Mrd. $ (+ 3,0 Mrd. $)

NYSE-Aktienindex (New York)		
Juni	136,65	136,50
Sept.	137,80	137,80

Mitgeteilt von Hornblower Fischer & Co., Frankfurt

Dollar-Anleihen

	13.5.	12.5.
9¾ EEC 90	104,625	105,375
11¼ dgl. 90	110,25	111,125
10¾ EIB 95	108,75	110,125
11 dgl. 91	112,125	113,125
11¾ dgl. 90	113,25	114,5
11¾ dgl. 95	119,125	120,875
12 dgl. 96	121,125	123
12¾ dgl. 90	115,25	116,25
12¾ dgl. 95	125,5	126,875
13 dgl. 96	120,5	121,875
10¾ Wld Bk 95	113,125	114,875
10¾ dgl. 88	105,25	106,25
10¾ dgl. 90	109,125	110,25
10¾ dgl. 95	115	116,5
11 dgl. 92	113	114,125
11¼ dgl. 88	107	107,5
11¼ dgl. 90	112,25	113,25
11¾ dgl. 89	108,5	109,25
11½ dgl. 90	112,875	113,5
12 dgl. 93	120,5	122
12¾ dgl. 94	124,5	125,75
12¾ dgl. 94	124,5	127,75

Euro-Yen

	13.5.	12.5.
6¾ Al.Corp 91	100,125	101,5
6¾ Allied 93	100	101,375
7¾ ADB 94	107,75	108,25
7 Austria 95	107,25	108,575
7 BP 92	102,75	103,875
6¾ Denmark 92	103,625	104,375
7 Denm.Bk. 92	103	104,5
7 Dow Chem.94	101	101,75
6¾ EDF 95	105,875	107,125
6¾ Eurofima95	100,625	102,5
6¾ dgl. 92	101	102,5
6¾ dgl. 95	100,375	101,5
7¾ dgl. 94	104,5	105,125
6¾ Fannie 92	104	105
6¾ Fst.Rep90	103,75	104,625
6¾ GMAC 90	102,375	103,75
7¾ Goodyear95	102,75	103
6¾ dgl. 94	101,75	102,375
6¾ ITT 92	101	102,75
6¾ McDonal.92	101,5	102,375
6¾ Montreal95	102	103,125
7¾ N.Bruns.95	104,875	105,75
7¾ N.Zeald.90	105,375	106,75
7¾ dgl. 89	106,375	107,125
7 Pac.Gas 94	102,875	103,75
6¾ Penney 92	100,625	102
6¾ Procter 92	102,25	103,75
6¾ Sallie 92	102,625	104
6¾ Sears 91	105	104
6¾ Swed.Ex.91	101,6	102,125
7 TRW 94	100,5	101,5
6¾ Un.Tech.92	101,375	102,375
6¾ World Bk90	103,5	104,5
6¾ dgl. 94	104,625	106,125
7 dgl. 94	107,75	108,625
7¾ dgl. 95	111	111,75
8 dgl. 95	112,375	113,25

Lux. Franc Bonds

	13.5.	12.5.
9¾ Akzo 87	100	100
9¾ Asea 89	101	101
6¾ Asian Dv87	98,5	98,5
10¾ BFG Lux90	105,25	105,25
11 BNP 90	104	104
9 dgl. 93	103	105
10¾ Ceca 94	105	105
11 dgl. 92	105,75	105,75
13 dgl. 91	101	101
12¾ Consei92	105	105
8 Coptel 88	100	100
8¾ dgl. 89	100	100
11 Cr.Lyon.88	105	105
13 dgl. 89	109,5	109,5
7¾ Den.Mtg 88	99	99
9¾ Euratom 85	100,75	100,75
10¾ dgl. 96	109	109
11 dgl. 95	102	102
12¾ dgl. 88	100,5	100,5
9 Eurofima 95	107	107
10 dgl. 91	105	105
10 dgl. 94	105	105
11¾ dgl. 89	100,5	100,5
8 EIB 91	100	100
9¾ dgl. 95	105,5	105,5
9¾ dgl. 88	102	102
9¾ dgl. 93	103,75	103,75
10¾ dgl. 94	109,75	109,75
11¾ dgl. 88	102	102
12¾ dgl. 90	100,5	100,5
9¾ Hypo Bk.88	102,75	102,75
9¾ Ind.B.F.95	104	104
11 Kredlet.93	107	107
7¾ dgl. 87	99,75	99,75
10 dgl. 93	102,75	102,75
11¾ dgl. 89	100,5	100,5
8 Lwalr 87	100	100
8¾ dgl. 87	100	100
10¾ Lux Bk.91	101,75	101,75
8¾ Met.Chin92	103,25	103,25
9 dgl. 95	105,75	105,75
10¾ N.Lx.Alf92	100	100
8 Norges 86	99,75	99,75
8 Oslo 89	99	99
8¾ dgl. 87	100	100
9 Paribas 92	102,5	102,5
10¾ Paribas89	101	101
8 Philips 89	99,75	99,75
7¾ Renault 88	100	100
9¾ Sogenal 92	105	105
10¾ Solvay 87	100,25	100,25
8 Sverige 88	99,75	99,75
9¾ Volvo 87	100	100
8 WorldBk. 96	105,5	105,5
9¾ dgl. 90	106	106
10¾ dgl. 89	107	107

Rechnungs-Einheiten

RE 9 DM 2,52832

	13.5.	12.5.
8¾ Cop City91	98,5	98,5
12¾ dgl. 97	102	102
8¾ CCA 91	99,5	99,5
11¾ Ned. G.86	101	101
9¾ Queb. P.94	99	99
8¾ SDR 94	99	99

ECU

	13.5.	12.5.
9¾ ABN 92	109,25	109,875
All Nippon 95	109	110
9¾ ANZ 92	108,125	109,125
10¾ Austria95	115,625	116,575
8¾ B.d.Roma93	101,375	102,375
10 BNDA 92	108	108
9 M.+Hope 92	106,25	107,375
9 Bk.Hels.96	104,625	105,5
9¾ Bk.Tok.90	107,625	108
7¾ BNP 93	98,875	99,5
8¾ dgl. 95	105,875	106,625
8¾ Bay.Vbk.88	105,75	106,5
8¾ BFCE 93	102,375	103,125
9¾ dgl. 92	111,125	112,625
9¾ dgl. 95	111,125	112,5
9¾ Bull 92	107,375	108,125
9¾ CNT 92	111	112,5
9¾ dgl. 95	111,125	112,5
8¾ Cargill 95	106,625	108,125
10¾ Ceca 89	108,25	109
9 Chrysl. 92	103,5	104,375
9¾ dgl. 94	105,75	106,75
10 dgl. 91	109,75	111,25
10¾ dgl. 95	115,625	116,75
9 ClubMed 88	102,75	103,625
9 Colgate 91	102	103,5
9 Cop City 95	109,75	111,125
9¾ CCP 95	108,875	110,25
9¾ CrdNord 91	108,375	109,25
11¾ CrdFonc90	109,375	110,125
11¾ dgl. 90	112,625	113,5
8¾ CrdNat 96	107,75	109
10¾ dgl. 94	119,5	120,125
8¾ Crdanst.94	107,375	108,875
9¾ Credito 92	107,75	108,625
7¾ Denmark 96	99,625	100,5
10¾ dgl. 91	105,75	106,575
9 EDF 97	107,625	109
8¾ EEC 93	106,75	108,125
8¾ ElfAqu. 88	102,875	103,5
9 Enso Gut 91	104	105
9¾ dgl. 95	104,25	105,25
10 Euratom 97	114,5	115,5
9¾ Eurofima95	106,875	108,25
11 dgl. 92	112,875	113,5
8¾ EIB 90	107,875	108,875
8¾ dgl. 93	107	108
8¾ dgl. 92	107,875	108,875
9¾ dgl. 95	113,875	114,25
10¾ dgl. 94	114	115
10¾ dgl. 94	114,375	115,25
10¾ dgl. 90	115,875	116,375
11¾ dgl. 92	112,375	113
9 Eutelsat 93	107	107,875
8¾ Fiat 90	102,425	103,625
9 IBKFinnl 95	105,875	106,75
8¾ Ford C.93	107,375	108,5
7 Giroz. 93	99,125	99,25
10¾ dgl. 93	114,375	115,5
10 IADB 93	112,875	113,875
8¾ IBM 90	104,625	105,625
8¾ IKB 93	102,5	103,25
9 Imatran 96	106,25	107,375
9¾ Italie 89	104,375	105,5
10¾ dgl. 92	115,875	117
11¾ dgl. 90	115	115,5
9¾ Kansall 92	109,5	109,625
9¾ Kolfima 92	113,375	113,75
10¾ Megal 95	110,625	111,375
8¾ Mits.Tr.93	106,125	107,125
9 MostHen.91	106,625	107,75
9¾ Mal 90	103,725	103,875
8¾ Morgan 90	103	104
8¾ Motorola92	107	108
9 Nerea 95	106,25	107
8¾ N.S.Wal.93	107,25	109
9¾ N.Zeal. 90	105,25	106,75
9¾ N.Zeal.92	107,5	108,375
9 Östbk. 89	104,5	105,875
8¾ Olivetti95	107,75	108,375
8¾ Parbel 89	101,875	103,625
10 Pechin.90	107	108
9 Petroc.93	104,25	104,75
10¾ Peugt. 90	114,25	114,125
9¾ dgl. 90	107	108,125
8¾ Pitoro 96	102,25	103,625
9 Philips 93	109	110,5
9¾ Pkba 92	108,375	109,125
10 Prvbk. 92	107	107,875
10¾ RATP 92	107,75	108,125
11 dgl. 94	112,5	112,75
7¾ Robobk. 96	100,5	101,625
9¾ dgl. 95	117	117,75
8¾ Reynolds91	103,875	105,125
9 SAS 95	107,575	108,875
9 Sanwa 95	106,75	107,625
8¾ Secpac 90	102,625	103,875
11¾ SNCF 94	118,5	118,75
9 SNCI 95	107,75	108,5
8¾ Sumitomo92	105,125	106,625
9¾ dgl. 93	108,75	110,625
9 dgl. 93	109,375	111
9 Unbk.Nor.95	107,75	108,75
8¾ Vict. 90	104	105,25
8¾ WaltD. 94	107	108,25
9¾ dgl. 95	109,625	110,575
8¾ Washgt.96	107,125	107,75
9¾ Westpac92	108,25	109,125
8¾ Worldbk.95	106,75	108
8¾ dgl. 93	105,875	107,25
9¾ dgl. 92	109,125	110
10¾ dgl. 89	107,75	108,5
10¾ dgl. 94	111,75	112,625
11 dgl. 93	110,25	110,75
8¾ Xerax 90	106,875	107,5

ECU-Tageswerte

	13.5.	12.5.
Dollar	0,986873	0,988985
Bfr	43,8063	43,8565
DM	2,15020	2,14906
Hfl	2,42129	2,42054
£	0,638546	0,639499
Dkr	7,94828	7,95539
FF	6,84742	6,84625
Lira	1474,88	1476,06
I-£	0,706171	0,705914
Sfr	1,78852	1,78294
öS	15,1090	15,1216
Peseta	136,554	136,876
Skr	6,95006	6,95405
Nkr	7,34974	7,36299
Kan-$	1,35991	1,36381
Esc	144,33	143,897
Fmk	4,89084	4,89894
Yen	159,834	159,287
Drachme	134,752	134,77

SZR-Wert

	13.5.	12.5.
Dollar	1,18621	1,18452
DM	2,57882	2,572947



JWT Hbg 16/6

Es gibt Zeiten, in denen sich zeigt, was Verpflichtung zur Qualität bedeutet.

Lange war es leicht, viel von Qualität zu reden. Aber heute fällt es manchem schwer, sein Wort zu halten.

Wir von Jacobs Kaffee haben uns von Anfang an nur höchster Qualität verschrieben. Das zeigt sich besonders in unserem besten Kaffee, der Marke Jacobs Krönung.

Seit vielen Jahren ist die Krönung der beliebteste Kaffee. Und dieses Stück deutscher Lebensqualität zu bewahren, sehen wir als unsere Aufgabe an.

Jacobs Qualität kennt keine Kompromisse. Unser Wort darauf.

Qualität hält Wort.



Blick zurück auf die Katholikentage in Aachen

Von Kolping bis § 116

Katholikentage haben mit den Veranstaltungen des Deutschen Evangelischen Kirchentages eines gemeinsam: Während ihrer Dauer füllen sie die Zeitungen und (heutzutage) auch die Bildschirme, doch anschließend geraten sie rasch in Vergessenheit. Und damit verschwindet auch das aus der Erinnerung, was auf und durch diese Veranstaltungen erreicht wurde, was weiterwirkt.

Dieses Jahr ist in Aachen der 89. Deutsche Katholikentag unter dem Motto „Dein Reich komme". Das ist aktuell. Doch wer erinnert sich an die Katholikentage in der Stadt Karls des Großen 1862, 1879 und 1912? Der Journalist Joachim Widera tut es in



seinem Buch „Katholikentage in Aachen. Umfeld – Aufgaben – Ausstrahlung".

Er macht deutlich, welche Wegemarken damals gesetzt wurden: Im Zeichen des Kulturkampfes wurden die völlige Gleichberechtigung des katholischen Bevölkerungsteils und die ungehinderte Religionsausübung gefordert. Angesichts der Industrialisierung und der damit verbundenen Verarmung großer Teile der katholischen Arbeiterschaft machte man konkrete Vorschläge, wie sozialer Gedanke und Lehre der Kirche miteinander verbunden werden könnten. Durch das Engagement einiger Bürger – hier seien nur Franziska Schervier, Pauline von Mallinckrodt und Heinrich Hahn genannt – wurde Aachen zum Mittelpunkt einer Caritas der Tat. Bis heute sind drei große katholische Hilfswerke in der Stadt beheimatet.

Widera macht in seinem Buch knapp, aber verständlich die Zeit und ihre Verhältnisse deutlich. Sachlich, doch nie trocken stellt er die jeweiligen Umstände dar, in denen die Katholikentage durchgeführt wurden, läßt Beteiligte zu Wort kommen. So ist die im Text abgedruckte Rede des Mainzer Domkapitulars und späteren Zentrums-Abgeordneten Christoph Moufang, in der er eine katholische Erziehung bis hin zur Gründung katholischer Universitäten forderte (die erste entstand vor wenigen Jahren, über ein Jahrhundert später, in Eichstätt) auf dem Hintergrund des ehemals mächtigen Liberalismus in Preußen zu sehen. Moufangs Wort, „Es fehlt an Männern in unserer Zeit", gilt unter veränderten Verhältnissen noch heute.

Die damaligen Verhältnisse arbeitet Widera für heutige Menschen verständlich heraus. Ob es nun der „Gesellenvater" Adolf Kolping ist, der auf dem ersten Aachener Katholikentag teilnahm, ob Bismarcks großer Gegenspieler, der Zentrums-Vorsitzende Ludwig Windthorst („die Perle von Meppen"), ob der Philosophieprofessor, spätere bayerische Ministerpräsident und schließlich ab 1917 als Reichskanzler tätige Georg von Hertling – immer werden die weitergehenden Folgen ihres Wirkens in Aachen gezeigt.

Weiter wirkt bis auf den heutigen Tag auch, was in Aachen (und Mönchengladbach) unter dem Begriffepaar „Sozialer Katholizismus – Katholische Soziallehre" seinen Anfang nahm. Etwas davon wurde jüngst bei den Auseinandersetzungen innerhalb der CDU aus Anlaß der Revision des Paragraphen 116 Arbeitsförderungsgesetz spürbar, ist in der Katholischen Arbeiterbewegung (KAB) bis heute präsent und stark.

Der Autor Joachim Widera ist, wie gesagt, Journalist. Davon profitiert der Leser, denn das Buch ist in einem flüssigen Stil geschrieben. Der Autor Joachim Widera ist aber auch gelernter Historiker. Das hat den Vorteil, daß jede Behauptung fundiert und belegt ist. Der erfahrene Publizist Joachim Widera schließlich sorgt durch einen Anhang, in dem beispielsweise die bewegte Referendarzeit des Otto von Bismarck in Aachen ebenso wie die nicht minder bewegte Geschichte des Bistums Aachen geschildert wird, die Heiligtumsfahrten ebenso wie der Kirchenkampf im Dritten Reich, dafür, daß sein Buch über die Thematik „Kirchentage in Aachen" weit hinausführt. Ein zusätzlicher Gewinn: die reiche Ausstattung mit dem Bildteil von Martin Widera. HENK OHNESORGE

Joachim Widera, „Katholikentage in Aachen. Umfeld – Aufgaben – Ausstrahlung", Einhard-Verlag, Aachen, 156 Seiten, 29,80 Mark.



Fern, rauh und abgeschlossen: die Bergwelt des Himalaya, hier: der Klosterkomplex von Lamayuru im Land der Pässe, aus der Kölner Ausstellung FOTO: JAROSLAV PONCAR

Das Museum für Ostasiatische Kunst in Köln zeigt „Ladakh – Land der Pässe"

Audienz beim Buddha von Alchi

Ich finde es überaus schwierig, diese extreme Trostlosigkeit in passenden Worten zu beschreiben." Das notierte Thomas Thomson, Mediziner und Botaniker, 1846 nach seiner Expedition nach Ladakh. Was Worte nicht vermögen, gelingt zwei Künstlern, Jaroslav Poncar mit der Kamera und Jörg Schmeißer mit der Radiernadel. Das ist im Museum für Ostasiatische Kunst in Köln ausführlich zu besichtigen und – kompakter, aber nicht weniger fesselnd – auch in dem Bildband „Ladakh – Land der Pässe" des Wienand-Verlages.

Es ist eine der seltenen Ausstellungen, in denen der Künstler mit seinen Werken nicht nur von sich selbst spricht, sondern in der er uns etwas über die Welt, eine unbekannte Welt, mitteilt. Poncars Photos sind nicht nur Dokumentation, die Radierungen von Jörg Schmeißer nicht nur Nachzeichnung des Gesehenen. Sie sind Ausdruck der Einsicht in eine fremde Wirklichkeit, sind gestaltete Bilder und Erzählungen. Dabei ist Jaroslav Poncar natürlich unmittelbar an das Reale gebunden. Aber wie er photographiert, vor allem mit der Panoramakamera, spiegelt deutlich Empfindungen und Erlebnisse wider.

Der Radierer Jörg Schmeißer hat es da einfacher. Er kann die unterschiedlichen Eindrücke in einem Bild verschränken. Sie sprechen eine Sprache, die manchmal verständlicher als die Photos zu sein scheint, die uns aber auch von der Wirklichkeit weg, in märchenhafte Welten zu entführen droht.

Für Poncar war die gemeinsame mehrwöchige Reise nicht die erste Begegnung mit dem Himalaya. Der 1945 in Prag geborene Photograph hat Ladakh, seit es 1974 für Ausländer wieder geöffnet wurde, häufig besucht. Und er hat auch die Expedition des Museums für Ostasiatische Kunst, Köln, 1981 nach Alchi begleitet, die der Dokumentation von Malereien aus dem 11. und 12. Jahrhundert in dem dortigen Kloster diente.

Alchi lag auch jetzt wieder an der Route. Und so kehrt auf einer Radierung Schmeißers die Wandmalerei mit dem vertausendfachten Buddha Manjushri im Sumtsek von Alchi über den Häusern des Ortes wieder. Schmeißer, 1942 im pommerschen Stolp geboren, hat sich seit vielen Jahren immer wieder den Einflüssen europaferner Kulturen ausgesetzt. Das gilt auch für die Radierungen aus Ladakh, die nicht über den Umweg der Zeichnung entstanden, sondern die direkt vor Ort radiert wurden, denn Schmeißer schleppte auf der strapaziösen Wanderung vorbereitete Radierplatten mit.

Jaroslav Poncar reiste ebenfalls nicht mit leichtem Gepäck. Neben zwei Kleinbild- und einer Mittelformatkamera benutzte er auch eine russische Panoramakamera, wodurch sich ihm vielfältige Möglichkeiten eröffnen. So ragt z. B. Tiksey im Winterpanorama auf seiner Felskuppe weit über die Landschaft hinaus, während sich der Ort in der Aufnahme über den Indus hinweg plötzlich als enge Häuseransammlung an den Fuß mächtig aufragender Bergmassive schmiegt. Solche Bildwechsel machen die Dimensionen dieser Landschaft deutlich, die Schroffheit der Berge. Und wenn nicht Häuser oder Menschen ins Bild kämen, würde man völlig die Maßstäbe verlieren, man könnte nicht mehr abschätzen, wie hoch die Steilwände aufragen, wie weit sich die Täler erstrecken.

So schwankt man zwischen Graphik und Photographie, gibt erst dem einen, dann dem anderen Medium den Vorzug, ehe man spürt, wie sich beide ergänzen. PETER DITTMAR

Bis 13. Juli; Katalog 48 Mark; außerdem zeigt auch die Hamburger Galerie in Flottbek die Photos von Poncar und die Radierungen von J. Schmeißer bis 8. Juni.

Paris: P. Chéreau inszeniert Koltès' „Quai ouest"

Vision mit Fallstricken

Vor einer großen Mauer wanken zwei Menschen durch die Nacht, ein verbrauchter Alter und eine um mindestens zwanzig Jahre jüngere aufgedonnerte Blondine. Man zankt sich. Sie beendet jeden dritten Satz mit „Seigneur", was soviel heißen soll wie „Herrgott im Himmel", eine Floskel, die ihr keiner abnimmt, aber die sie unverdrossen im Munde führt, stur bis zum Ende. Bis zum Ende des neuen Stücks von Bernard-Marie Koltès, „Quai ouest", das jetzt von Patrice Chéreau am Théâtre des Amandiers in Nanterre (bei Paris) herausgebracht wurde.

Plötzlich verlieren sich die beiden in der Dunkelheit. Aus dem grauen, bedrohlichen Dunkel ertönen Geräusche, ein Krachen, ein Quietschen (vielleicht reibt sich ein Boot an der Mole). Maurice ruft ins Dunkel hinein um Hilfe, mit einer Stimme, die seltsam leer tönt, ebenso leer und unwirklich wie diejenige von Monique. Er entledigt sich nach und nach seiner sogenannten Luxushabseligkeiten, legt sie sorgsam auf den Boden, als Köder und Lohn offenbar für den, der ihm helfen soll: seine Kreditkarten, sein Dupontfeuerzeug, seine Rolexuhr...

In diesem Moment wird er von dem aus dem Dunkel auftauchenden Charles am Arm gepackt. Und nun erfahren wir, daß er, Maurice, sich in seinem Jaguar an diesen verfluchten, heruntergekommenen Ort, zu diesem verlassenen Hangar hat fahren lassen, um Selbstmord zu begehen. Selbstmord mit zwei Steinen in der Tasche, auf daß er besser untergehe. Der Grund: Die Gelder einer religiösen Institution, die er verwaltet hatte, sind plötzlich verschwunden. Dafür wird er nun haftbar gemacht, und dabei hat er keine Ahnung, was damit geschehen ist.

Es tauchen weitere Personen auf. Zuerst Abas, ein Schwarzer, der das ganze Stück über stumm bleibt, die ältliche Mutter von Charles und Rodolphe, ihr Mann, ein alterndes, kriegsversehrtes, halb debiles Ekel, sowie Charles' Schwester Claire, eine verschlagene, gewitzte Göre, die aber ebenfalls eine Gejagte ist, panische Angst vor dem Alleinsein hat. Und schließlich wird das Stück noch belebt durch *Fak*. Im Englischen bedeutet sein Name soviel wie beischlafen, und das ist denn auch sein Hauptinteresse.

Für alle diese Typen ist der Hangar so etwas wie eine Heimat, letzter Zufluchtsort in einer Welt des Nichts, wo nicht einmal mehr die Träume eine Chance haben. Das einzige, an das Charles noch glauben kann, ist die Macht des Geldes. Mit ihm könnte er aus diesem Loch herauskommen. Auch zeigt er einen menschlichen Zug, als er, bevor er für immer weggehen will, um den Segen des Vaters bittet. Natürlich wird ihm dieser verweigert. Gewisse menschliche Züge trägt auch Claire, die, nachdem sie von Fak auf der Bühne vergewaltigt worden ist, zu ihm sagt: „Jetzt kannst du mich doch nicht so in der Mitte stehen lassen."

Es gibt keine Handlung, keine Dramaturgie, am wenigsten Tragik. Alle Figuren sind auf eine zähe, belanglose Art in ihre elende, ausweglose Hoffnungslosigkeit verstrickt, und zwar von Anfang an, ohne Aussicht auf Änderung. Einzig eine raffinierte Lichtregie bringt Bewegung in die Szene, macht Zeit sichtbar. Und als Phantom der Hoffnung blitzt hinten der Jaguar auf. Er ließe sich eventuell versilbern. Doch versinkt dieser Aspekt schnell wieder im Morast der Ausweglosigkeit.

Schließlich kommt man zum Ende: Maurice wird von Fak in Gegenwart von Charles und Abas, jedoch ohne seine zwei Steine in der Tasche, tot ins Wasser geworfen. Die näheren Umstände des Todes erfahren wir nicht. Und Abas, der gutmütige Schwarze, erschießt Charles. Warum? Weil er realisiert, daß er dem Schicksal nicht entfliehen kann? Oder weil ihm Rodolphe gesagt hat, daß zwei Tote mehr zählen als einer, besonders wenn man auf dieser Welt eine Spur hinterlassen will? Die eine Antwort ist so gut wie die andere.

Es ist eine deprimierende und unappetitliche Sache, der wir da beiwohnen. Eine schwarze Vision, mit einer Grammatik voller Fallstricke und Leerstellen. Ein vollgestellter Horror vacui.

Wenn der Abend einen dennoch gefangen hält, so liegt dies an der schauspielerischen Kraft aller Beteiligten, nicht zuletzt an Claire, gespielt von Marion Grimault. Hinzu kommt die Leistung des Regisseurs. Trotz des spartanischen Bühnenbildes von Richard Peduzzi (im Grunde werden bloß diverse Container unterschiedlicher Farbe hin- und hergeschoben) gelingt es Chéreau, eine terrorisierende Unruhe und Beunruhigung zu erzeugen.

BEATRICE SCHAFFHAUSER

FINANZANZEIGE

UNILEVER

Konsolidierte Bilanzen zum 31. Dezember 1985
in Millionen Gulden

	Total	N.V.	PLC
Anlagevermögen			
Sachanlagen	12 162	7 305	4 857
Finanzanlagen	1 246	498	748
Umlaufvermögen			
Vorräte	9 744	5 679	4 065
Debitoren	8 259	5 229	3 030
Wertpapiere	3 492	1 840	1 652
Kasse und Bankguthaben	2 398	1 664	734
	23 893	14 412	9 481
Abzüglich:			
Kreditoren, die innerhalb eines Jahres fällig werden			
Kreditaufnahmen	3 919	3 063	856
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen sowie andere Kreditoren	9 404	6 139	3 265
Rückstellungen für Ertragsteuern	1 020	575	445
Dividenden	502	330	172
Netto-Umlaufvermögen	9 048	4 305	4 743
Anlagevermögen und Netto-Umlaufvermögen	22 456	12 108	10 348
Kreditoren, die nach mehr als einem Jahr fällig werden			
Kreditaufnahmen	2 587	2 125	462
Sonstige Kreditoren	419	243	176
Rückstellungen für Verbindlichkeiten			
Pensionen und ähnliche Verpflichtungen	2 978	2 331	647
Latente Steuern und sonstige Rückstellungen	2 258	1 258	1 000
Gegenseitige Posten – N.V./PLC	–	(1 085)	1 085
Anteil Dritter am Vermögen von Konzerngesellschaften	684	356	328
Eigenkapital			
Eingefordertes Aktienkapital	1 399	905	494
Rücklagen aus Agio	87	52	35
Im Betrieb einbehaltener Gewinn und sonstige Rücklagen	12 044	5 923	6 121
	13 530	6 880	6 650
Betriebskapital insgesamt	22 456	12 108	10 348

Konsolidierte Gewinn- und Verlustrechnungen 1985
in Millionen Gulden

	Total	N.V.	PLC
Umsatzerlöse	66 771	40 790	25 981
Kosten	(62 974)	(38 668)	(24 306)
Betriebsgewinn	3 797	2 122	1 675
Erträge und Aufwendungen aus Finanzanlagen	302	36	266
Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	494	348	146
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	(779)	(540)	(239)
Finanzielle Erträge und Aufwendungen	17	(156)	173
Gewinn der normalen Geschäftstätigkeit vor Steuern	3 814	1 966	1 848
Ertragsteuern	(1 591)	(862)	(729)
Gewinn der normalen Geschäftstätigkeit nach Steuern	2 223	1 104	1 119
Anteil Dritter am Gewinn der Konzerngesellschaften	(159)	(80)	(79)
Inhabern von Aktien zustehender Gewinn der normalen Geschäftstätigkeit	2 064	1 024	1 040
Außerordentliche Erträge und Aufwendungen nach Steuern und Anteilen Dritter	–	–	–
Inhabern von Aktien zustehender Gewinn nach außerordentlichen Erträgen und Aufwendungen	2 064	1 024	1 040
Dividende auf Vorzugsaktienkapital	(16)	(15)	(1)
Dividende auf Stammkapital	(718)	(474)	(244)
Im Betrieb einzubehaltender Gewinn	1 330	535	795
Änderungen des im Betrieb einbehaltener Gewinn			
Im Betrieb einzubehaltender Gewinn	1 330	535	795
Goodwill	(152)	(132)	(20)
Einfluß von Wechselkursänderungen	(1 526)	(743)	(783)
Wertänderung Pfund Sterling gegenüber Gulden	(209)	–	(209)
Per Saldo dem im Betrieb einbehaltener Gewinn zuzuführen	(557)	(340)	(217)
Saldo am 1. Januar	12 908	6 280	6 628
Saldo am 31. Dezember	12 351	5 940	6 411

Der Geschäftsbericht der Unilever N.V., der auch Erläuterungen zu den Abschlußzahlen und die Prüfungsvermerke der Abschlußprüfer enthält, ist bei den untengenannten Banken und Unilever N.V., Afdeling Externe Betrekkingen, Postbus 760, 3000 DK Rotterdam, Niederlande, erhältlich.

UNILEVER N.V.
ROTTERDAM
DIVIDENDENBEKANNTMACHUNG
FÜR DIE ZERTIFIKATE VON STAMMAKTIEN

Im Zusammenhang mit der Zahlbarstellung einer Schlußdividende von hfl. 10,16 je **Stammaktie** zu hfl. 20,– der UNILEVER N.V. für das Geschäftsjahr 1985 geben wir bekannt, daß auf die von uns ausgegebenen Zertifikate von Stammaktien der Gesellschaft eine entsprechende Dividende ausgeschüttet wird. Diese Dividende ist unter Abzug von 25% niederländischer Dividendensteuer gegen Einreichung des Dividendenscheines Nr. 116 zu den Zertifikaten von Stammaktien **ab 27. Mai 1986** erhältlich.

Die Dividende wird in der Bundesrepublik Deutschland und in Berlin bei folgenden Banken gezahlt:

Dresdner Bank AG., Hamburg, Düsseldorf, Frankfurt/Main, München
Deutsche Bank AG., Hamburg, Düsseldorf, Frankfurt/Main, München
Bank für Handel und Industrie AG., Berlin
Deutsche Bank Berlin AG., Berlin.

Die Auszahlung erfolgt spesenfrei in Deutscher Mark, umgerechnet zum jeweiligen Tagesgeldkurs, insofern nicht ausdrücklich eine Auszahlung in holländischen Gulden gewünscht wird.

Von der niederländischen Dividendensteuer von 25% werden aufgrund des deutsch-niederländischen Doppelbesteuerungsabkommens an Steuerinländer zwei Fünftel vergütet, sofern baldmöglichst ein vom Wohnsitz-Finanzamt bestätigter Antrag auf dem dafür vorgeschriebenen Formular „92 D" vorgelegt wird, der über die Zentralzahlstelle an die Gesellschaft geleitet wird.

Der endgültig in den Niederlanden verbleibende Teil der niederländischen Dividendensteuer ist auf die für diese Einkünfte zu zahlende deutsche Einkommen- bzw. Körperschaftsteuer anrechenbar.

Amsterdam, den 14. Mai 1986

N.V. NEDERLANDSCH ADMINISTRATIE- EN TRUSTKANTOOR





Aus Politik und Gesellschaft mit Deutschlands erstem Gourmet-Journal.
Ein Magazin für Lebenskünstler das Spaß macht

In der neuesten Ausgabe:

- **EG finanziert Rote Armee mit: Teure Folgen des politischen Opportunismus**
- **Frankreichs Publikumsknüller: Telesex per Teletex**
- **Sparkassenpräsident Geiger: Weltwirtschaft ein Dollar-Roulette**
- **Demokratie auf bengalisch: 100-Millionen-Volk mit 80 Parteien zur Wahl**
- **H. R. Choudhury, neuer Präsident der UN-Vollversammlung: Wenn sich Gaddafi die Atombombe beschafft**
- **Gourmet-Preise: Was kostet Luxus?**

Esprit
Michel macht's möglich: Telesex durch Teletex
Weltwirtschaft unter dem Daumen des Dollars
Schlankheitskur für Lippizaner: Das Wiener Pferdeballett

COUPON

Bitte senden Sie mir die zwei neuesten Ausgaben von Esprit. Als Schutzgebühr füge ich DM 6,– in Briefmarken bei.

Name _______________

Anschrift _______________

____

HEINZ MÖLLER VERLAG
Provinzialstraße 89-95, 5300 Bonn 1
Dieses Angebot gilt nur für die Bundesrepublik und West-Berlin

Lose Blätter mit Dame

P. F. R. – Bibliothekare der weltberühmten Library of Congress in *Washington klagten jüngst* über die rasche Vergänglichkeit heutiger Buchschätze. Schon nach wenigen Jahrzehnten, so haben sie beobachten müssen, löst sich das noch so inhaltsschwer bedruckte Papier auf, als sei darüber Säure verschüttet worden.

Gar so schlimm sind meine eigenen Erfahrungen noch nicht, doch höchst ärgerlich sind sie allemal. In den heimischen Regalen hat der *Zahn der Zeit* es vorwiegend auf die Werke Heinrich Bölls abgesehen. Als ich wenige Jahre nach Erscheinen der Erstausgabe von „Gruppenbild mit Dame" von den Zerstörungen las, *die der Rotstift des sowjetischen Zensors* in der russischen Übersetzung angerichtet hatte, konnte ich das Ausmaß des Schadens nicht mehr feststellen, als ich mich vergewissern wollte. Statt eines sorgfältig gebundenen Exemplars hielt ich nur noch lose Blätter in der Hand.

Jetzt haben sich auch die „Ansichten eines Clowns" in den Orkus verabschiedet. Ich besorgte mir eine neue Paperback-Ausgabe. Sie überstand indes nicht einmal eine einzige Lektüre. Auf Seite 50 brach sie auseinander. Die Erzählung „Entfernung von der Truppe" folgte dem unrühmlichen Beispiel. Mir fiel ein, daß der Autor dieses Werk als „Andachtsnische" und „Gedächtniskapelle" für ihm liebe Menschen bezeichnet hatte. So kurzlebig kann also Gedenken sein, wenn es zwischen zwei Buchdeckeln stattfindet.

Oder ist Heinrich Bölls Verleger vielleicht ein verkappter Katholik? In den „Ansichten" war mit Vehemenz die Ansicht vertreten worden, die Katholiken hätten „nicht den geringsten Sinn für Details". Kein Wunder, daß dann selbst Bücher vorzeitig zerfleddern.

Der Clown hört Bach „wie eine dreißigbändige Dogmatik". Es braucht ja nicht gleich Rahner zu sein. Mir würde genügen, wenn 30 Bände Böll produktionstechnisch am Leben blieben, zwecks Überprüfung der literarischen Qualität ohne Zukäufe im laufenden Meter.

Mit Geigerzählern ans Festbankett – Martin Scorseses Mitternachts-Yuppie – Zwischenbilanz der Filmfestspiele von Cannes

Eine Schimpansenliebe wird zur Co-Habitation

Selten hat es die Sonne so gut gemeint mit den *Festivaliers* von Cannes. Sie strahlt, als müsse sie ganz allein die Schatten des Terrorismus vertreiben, die auf die Côte d'Azur gefallen sind. Die Strand-Restaurants haben *Hochkonjunktur. Um die Mittagszeit* ist nur mit sehr viel Glück ein Plätzchen zu ergattern, obgleich Amerikas Star-Prominenz samt Gefolge durch Abwesenheit glänzt.

Die schreibende Zunft von jenseits des großen Teiches ist freilich reichlich *vertreten. Am köstlichen Buffet,* das Bürgermeisterin Anne-Marie Dupuy zu Ehren der internationalen Presse gab, konnte man sie an ihren kleinen Geigerzählern erkennen, mit *denen sie Gemüse und Salate gründlich* auf Radioaktivität abtasten.

Wie sah es während der ersten Festspielhälfte in den Kinosälen aus? Sie blieben trotz des prächtigen Wetters keineswegs leer. Dafür war das Programm zu vielversprechend. Ein Höhepunkt war der dritte Spielfilm des 37jährigen irischen Schriftstellers und Regisseurs Neil Jordan, der „Mona Lisa" heißt und auf Nat King Coles gleichnamigen Song der frühen fünfziger Jahre anspielt. Es ist ein Thriller aus der Londoner Unterwelt von heute.

Ein Mann mittleren Alters, der – eher aus Naivität denn aus Schuld – ins Straucheln und in den Knast geriet, findet nach der Entlassung einen Job bei seinem früheren Boß. Im Jaguar kutschiert er ein schwarzes, bestrickend schönes Callgirl (Cathy Tyson von der Royal Shakespeare Company *in ihrer ersten Filmrolle*) zu ihrer Kundschaft in den Nobelhotels des Westends. Er verliebt sich in die rätselhafte Frau und hilft ihr, so manchen Fallstricken von Gangstern und *Zuhältern zu entkommen. Erst spät* erkennt er, daß sie ihn nur für ihre Interessen ausnutzt. Und er entdeckt ihre Liaison mit einer kindlichen, drogensüchtigen Prostituierten.

Bob Hoskins, ein profilierter englischer Bühnenschauspieler in der Rolle des Chauffeurs, ein ewiger Verlierer, ein unscheinbarer, rundlicher kleiner Mann, der eigentlich viel zu schade *ist für diese korrupte Welt,* liefert eine eindrucksvolle Leistung ab und ist für einen Darstellerpreis im Gespräch. Und das nächtliche London spielt einen faszinierenden Solopart.



Die nächtlichen Abenteuer eines Programmierers: Griffin Dunne (rechts) als Paul Hacket in Martin Scorceses Festspielbeitrag *„Die Zeit nach Mitternacht"*

FOTO: WARNER BROS.

Überhaupt ist die Nacht die bevor*zugte Zeit in vielen Filmen, die man* bislang sah. So auch in Martin Scorseses schwarzer Komödie „Die Zeit nach Mitternacht", die die Filmfans an der Croisette förmlich von den Stühlen riß. Ein junger Yuppie von der Eastside Manhattans, Junggeselle, Textprogrammierer von Beruf und mit dem Computer gewissermaßen verheiratet, gerät zufällig in eine ihm völlig fremde Welt: in den Alltag von Soho mit seinen Künstlern, Intellektuellen, Sado-Masochisten, Punkern, *Rockern* und Schwulen.

Eine morbide blonde Künstlerin bittet ihn spät abends in ihr Atelier – und nimmt sich gleich darauf das Leben. Der junge Mann flüchtet in die *Nacht, wo er für einen lang gesuchten* Einbrecher gehalten und von einer zum Lynchen bereiten Meute gejagt wird. Wird er mit heiler Haut davonkommen? Gewiß! Am frühen Morgen sitzt er wieder an seinem Computer – und im Kinosaal hat man sich selten *so amüsiert. Scorsese, der New York* wie seine Westentasche kennt, ist erneut ein irrwitziger Alptraum aus dem *Big Apple* gelungen, einer in Rosa freilich und nicht in Schwarz wie „Taxi Driver". Und der brillante Held Griffin Dunne, der an Dustin Hoffman und Dudley Moore denken läßt, könnte nicht besser sein.

Frankreich setzt im diesjährigen Wettbewerb viel Hoffnung auf Bertrand Blier und seinen Film „Tenue de Soirée", der schon in Paris Furore *gemacht hat. Kein Wunder, begegnen* wir doch hier überraschend zwei großen französischen Publikumslieblingen in der ersten Transvestitenrolle ihres Lebens: Gérard Depardieu und Michel Blanc.

Depardieu, der aus der Welt des Jean Genet entsprungen scheint, macht einer jungen Frau den Ehemann streitig, einen sanften, schüchternen Bourgeois mit traurigem Hundeblick. Er umwirbt ihn nach allen Regeln der Kunst. Das wirkt ungemein komisch und eine Weile auch recht unterhaltsam, denn Michel Blanc gibt der Versuchung nur zögernd, dann aber um so leidenschaftlicher nach. Und damit verliert der Film an Spannung, sinkt aufs Niveau von Herren-Toiletten und Straßenstrich herab, auf dem das Gespann Depardieu/Blanc mit Federboas und auf Stöckelschuhen grotesk lustwandelt.

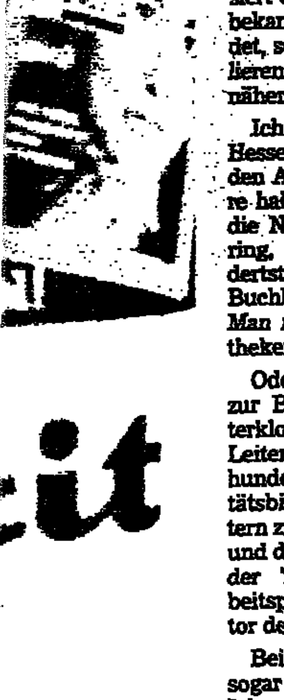
Wenig Erfolg konnte Robert Altman für seinen Streifen „Fool for Love" verbuchen, der nach Sam Shepards Drama entstanden ist. Unter dem Titel „Liebestoll" war es auch auf deutschen Bühnen zu sehen, zu*letzt am Stuttgarter Schauspiel.* Shepard spielt selbst den Eddie, den eine unselige Leidenschaft an seine Halbschwester bindet. Leider hat der Film den Bühneninszenierungen nicht viel hinzuzufügen.

Schwer zugänglich wie immer gibt sich der Russe Andrej Tarkowskij in seiner in Schweden entstandenen poetischen Parabel „Sacrificatio". In einer leeren, grünlich-blauen Landschaft stellt er seine Endzeitvision vor. Erland Josephson als dekadenter Journalist und Schriftsteller, erschreckt von der Ahnung eines Nuklear-Krieges, versucht die Katastrophe aufzuhalten, indem er sich dem Schicksal – ein antikes Thema – zum Opfer anbietet und sein Haus den Flammen preisgibt. Ein esoterisches Opus von großem ästhetischen Reiz, das aber leider bestimmt kein Kino-Hit werden wird. Im Unterschied zu zwei kuriosen Romanzen vielleicht, die der ersten Festival-Hälfte einen Hauch von Perversität verliehen.

In Marco Ferreris Film „I love you" ist Christophe Lambert, der unbändige Tarzan aus „Greystoke", ein Traumtänzer, eine Mimose von Mann. *Er schmachtet einen Schlüsselanhänger* in Form eines Mädchengesichtes an, das immer, wenn er pfeift, hingebungsvoll „Ich liebe dich" flüstert. Mädchen aus Fleisch und Blut haben neben diesem Plastic-Face keine Chance. Pech für den Jungen, daß er eines Tages einen Zahn – und damit auch sein hübsches Pfeifen – verliert. Ferreri variiert hier sein altes Thema und führt es gleichsam ad absurdum: Es gibt keine glückliche Liebe zwischen Mann und Frau und auch kein wirkliches Verständnis.

Ähnlich denkt der Japaner Nagisa Oshima, der in seinem Werk fast immer sexuelle Tabus angegangen ist und Cannes vor Jahren mit seinem „Reich der Sinne" schockte. In seinem jüngsten, in Frankreich produzierten Film „Max mon amour" verliebt sich Charlotte Rampling, wohlbehütete Diplomaten-Gattin, ausgerechnet in einen Schimpansen namens Max. Sie führt ihn in die eheliche Wohnung ein. Es gibt zunächst *eine Hölle zu dritt und schließlich* eine friedliche „Co-Habitation". Geschockt hat freilich dieses abwegige Dreiecksverhältnis niemanden in Cannes. Viel heiteres Gelächter für *Max – und wenig Aussicht auf eine* Palme, die doch gerade einem Affen interessant zu Gesicht stehen würde.

DORIS BLUM





Zur Frankfurter Dokumentation über Leben und Werk von Ludwig Börne

Für ein Plätzchen im Narrenhaus

Sollte man nicht annehmen, ein Literaturfan, der auch nur einen einzigen Satz Börnes wie diesen liest: „Kaum haben sie den Kaiser mit großem *Gepränge gekrönt,* und, wollte er hier bleiben und in Frankfurt ansässig werden, könnte er nicht einmal Torschreiber werden" – ein solcher Literaturinteressierter würde elektrisiert ausrufen: Den Mann, der einen bekannten Sachverhalt so verfremdet, so höhnisch, so genau zu formulieren versteht, den Mann *muß* ich näher kennenlernen?

Ich habe vor Jahren in meinem Hessenbuch Börne einen bewundernden Abschnitt gewidmet, auch andere haben über ihn geschrieben, aber die Nachfrage war und blieb so gering, daß jetzt, zu seinem zweihundertsten Geburtstag, sein Œuvre im Buchhandel überhaupt nicht vorliegt. *Man muß also in öffentliche* Bibliotheken gehen.

Oder erst einmal nach Frankfurt zur Börne-Ausstellung im Karmeliterkloster. Was Alfred Estermann, Leiter der Forschungsstelle *19. Jahr*hundert an der Stadt- und Universitätsbibliothek, mit seinen Mitarbeitern zur Realisierung der Ausstellung und des Katalogs geleistet hat, geht in *der Tat auf ein* „immenses Arbeitspensum" zurück, wie der Direktor der Bibliothek nobel anerkennt.

Bei den Vorbereitungen wurden sogar einige Entdeckungen gemacht. Ich war gerade über eine *Zeitschrift* mit Aphorismen Börnes gebeugt, als Dr. Estermann hinzutrat. Man müsse im Gesamtœuvre lange suchen, bis man diese hübsche Rubrik finde, meinte ich. Er lachte und sagte: „Sie finden sie nicht, sie ist nicht drin. Nach dieser verschollenen Zeitschrift wurde seit langem gesucht, und zu unserer Überraschung haben wir sie in unseren eigenen Beständen entdeckt." Und er nannte gleich noch einige andere Entdeckungen. Man findet sie im Katalog.

Dort sind die 330 Objekte selbstverständlich noch etwas eingehender als in den Vitrinen erläutert. Sehr angenehm ist die Einteilung des Katalogs. Am Anfang steht nur eine knappe Liste mit biographischen Jahreszahlen, und man ist enttäuscht über die kurze Abfertigung. Dann beginnt sofort der Katalog. Aber: Vor jedem Thema, zum Beispiel Jeanette Wohl, *steht vor den Objektnummern (Fotos,* Handschriften, Briefproben) eine kurze, aufschlußreiche Hintergrundskizze.

So geht man denn die Ausstellung durch *und lernt im zeitlichen* Voranschreiten allmählich die anschauliche Biographie Börnes kennen. Das ist ein vorbildlicher Ausstellungsaufbau und eine vorbildliche Katalogeinteilung *nach so viel* kiloschweren, didaktisch überanstrengten und von Eitelkeit strotzenden Katalogen der letzten Jahre.

Apropos Jeanette Wohl. Drei Jahre älter *als Börne, lernte sie* den Dreißigjährigen in Frankfurt kennen. Er hatte erst weniges veröffentlicht, zum Beispiel „Die Juden in der freien Stadt Frankfurt und ihre Gegner" („Ich liebe nicht den Juden, nicht den Christen, weil ich Jude, oder Christ! Ich liebe sie nur, weil sie Menschen sind und *zur* Freiheit geboren" – das Motto seines ganzen Lebens.)

Jeanette erkannte sofort die eminenten Gaben des jungen Mannes. Sie war es, die ihn anspornte, aus Paris, wo er später im Exil lebte, spontane Briefe an sie zu schreiben, die dann redigiert und veröffentlicht werden könnten, in Zeitungen und später gesammelt in Buchform. So *also* entstanden die „Briefe aus Paris". Und sie siedelte mit ihrem Mann drei Jahre vor Börnes frühem Tod (1836) nach Paris über und pflegte den Kranken, als es mit ihm zu Ende ging. Und sie war seine Testamentsvollstreckerin. *Und* in der Vornotiz heißt es auch: „Sie schreiben sich in manischem Zwang Hunderte von Briefen, in denen sich die verschiedenen Stationen ihrer komplizierten – Beziehung spiegeln ... Viele seiner Briefe an sie unterzeichnet er mit: Dr. Börne, geb. Wohl."



Ludwig Börne, gemalt von Moritz Oppenheim, 1851, aus der Frankfurter Ausstellung FOTO: KATALOG

Wenn man diese Vornotiz, nicht einmal eine Katalogspalte lang, gelesen hat, sieht man die Objekte zum Thema mit hellwachen Augen und – *bekommt Lust, diese Beziehung, die* bis über den Tod hinaus gedauert hat, in ihrer ganzen Fülle kennenzulernen. Denn wo gibt es so etwas noch einmal: Dr. Börne, geb. Wohl!

Und so übersichtlich und spannend sind sämtliche Epochen dieses Lebens präsentiert. Die Jugend in der Judengasse, der vorzügliche Privatunterricht, den der wohlhabende Vater ihm zuteil werden ließ, seine kurze Freiheit in der gettolosen napoleonischen Ära (in der er Polizeiaktuarius der Stadt war und nach Napoleons Sturz sofort wieder hinaus und zurück ins Getto flog), die herrlichen Theaterrezensionen in seiner Zeitschrift „Die Wage", sein Übertritt *zum lutherischen Christentum* (warum? wieso? das ist gleichgültig unterm christlichen Terror, der den Juden nicht einmal die Benutzung des Bürgersteigs erlaubte), seine Denkrede auf Jean Paul, sein Ruhm in ganz Deutschland, denn so wie er schrieb kein anderer.

Nehmen wir die verblüffende Tell-Kritik: Tell, ein Meuchelmörder, *der auf dem stürmischen See Geßler* zu retten verspricht und nur auf Flucht sinnt und darüber später berichtet: „Ich stand am Steuerruder und fuhr redlich hin." Da fährt Börne heraus: „Das nennt er redlich hinfahren." Er hätte niemals auf sein Kind schießen dürfen, „und wäre darüber aus der ganzen Schweizer Freiheit nichts geworden". In der Ausstellung ist ein Stück Handschrift zum Thema zu sehen: „... die Fehler des Gedichts sind die Tugenden des Dichters ... Ich vermisse, doch ich beklage nicht ... Es tut mir leid um den guten Tell, aber er ist ein großer Philister."

Börne verrennt sich also nicht doktrinär in einen einseitigen Gesichtspunkt. So wie er auch dem un*geliebten Goethe, dem er ein Leben* lang auf die politisch leisetreterischen Füße trat, schließlich absolut zutreffend in zwei kurzen Sätzen nachrief: „Goethe war das größte künstlerische Genie und der *größte* Egoist seines Jahrhunderts. Ohne dies zu sein, hätte er jenes nicht sein können."

Erschütternd: „Seit 18 Jahren bin ich getauft, und es hilft mir nichts. Drei Louisdor für ein Plätzchen im deutschen Narrenhaus. Es war eine törichte Verschwendung." (Bis 15. Juni, Katalog 38 Mark)

RUDOLF KRÄMER-BADONI

ZEITSCHRIFTENKRITIK: Die neuen Monatshefte von „Westermann's"

Cicero hält nichts von Gießkannen

Zeitschriften unterscheiden sich von reiferen Damen dadurch, daß sie selten ein Facelifting überleben. Gewiefte Blattmacher setzen daher lieber einen neuen Titel auf die grüne Publikumswiese, als an einem alten herumzuschnippeln. Man erinnert *sich noch mit* Bedauern, wie *das* kulturelle Flaggschiff der deutschen Katholiken, „Hochland", zum „Neuen Hochland" umgebaut, alsbald ruhmlos unterging.

*Nun unterzogen sich „Wester*manns Monatshefte", die seit Januar in einem neuen Verlag (Magazinpresse Verlag, Elisenstr. 3, 8000 München 2) und unter einem neuen Chefredakteur (dem Ex-ZDF-Aspekte-Moderator Reinhart Hoffmeister) erscheinen, der riskanten Operation. Was in Gestalt der *Mai-Nummer jetzt aus dem* OP am Münchener Hauptbahnhof herausgerollt wurde, trägt den neuen Namen „Westermann's" (der seit Konrad Duden nicht mehr gebräuchliche Apostroph erinnert an die 1856 erfolgte Gründung von „Westermann's illustrierten deutschen Monatsheften für das gesamte geistige Leben der Gegenwart") und soll ein Kulturmagazin („das neue, das einzige") sein.

Man kann nicht umhin, mit Hoffmeister zu sympathisieren, wenn ihn am Silvesterabend in einer Bahnhofs*buchhandlung das Grauen über*mannte: „Fassungslos starrte ich auf die Fülle zwischen Aero-Club und Zen, auf Fliegen-Fischer und Judo-Aktivist." Und Hoffmeisters gepreßter Brust entrang sich der Ruf: „Wo bleibt die Kultur?" Nun gibt es ja Theater-, Musik-, Film-, Literaturzeitschriften. Soll man sie zu einem gemeinsamen Kulturorgan addieren? Und käme dabei etwas anderes heraus als die Kultur der Kulturreferenten, die mit der Subventionsgießkanne *alle* künstlerischen Sparten gleichmäßig bewässern?

Hoffmeister sieht die „Chance, mit Kultur Freude zu bereiten", und ergreift sie mit zwei Kurzgeschichten von Günter Kunert nach Thomas Mann und Rotkäppchen. Doch das sind drei von 148 Seiten des Zwölf-Mark-Heftes. Der Rest ist, mit Verlaub, ein ziemlicher Wust. Habermas' *Formel von der „neuen Unübersicht*lichkeit" scheint inzwischen zu den Layoutern vorgedrungen zu sein. In „Westermann's" wird eine Aneinanderreihung von Einzelbeiträgen über eine Opernverfilmung, einen zeitgenössischen Maler, ein Theaterstück, einen Klaviervirtuosen etc. (Seite 36 bis 108) wie der Inhalt eines Sandwichs zwischen zwei Magazinteile *geklappt und statt mit Ketchup* mit viel Farbe übergossen.

Für Verwirrung sorgen auch ständige Rubriken mit Namen wie „Memo 5", „Metropoli" und „Extras". Mit *bemühtem Witz faßt „Westermann's"* Kulturpreise und Auktionsergebnisse in eine Rubrik, „Preise & Preise", zusammen. Am gelungensten will uns ein Tag-für-Tag-Kulturkalender, „Der Kultur-Mai", und ein Gedicht auf ein Bild (Wondratschek auf Hopper) scheinen. Als „Flop des Monats" – eine weitere Rubrik – gilt der Redaktion „die miese Absetzung des Günter-Wallraff-Films ‚Ganz unten'" durch einige ARD-Sender. Wieso handelt es sich – von der auch sonst *durchschimmernden linken Warte* aus gesehen – um einen Flop und nicht um die „systematische Unterdrückung der Werktätigen durch die Herrschenden"?

Um eine 130 Jahre alte Dame zu liften, bedarf es größerer Diskretion, vielleicht sogar eines Rückgriffs auf Cicero, der sagte: „Cultura animi est philosophia" – die Kultur des Geistes ist die Philosophie (und nicht die Gießkanne).

CASPAR v. SCHRENCK-NOTZING

Staatsoper Kiew mit der „Zarenbraut" bei den Wiesbadener Maifestspielen

Strahlen sollte hier nur der Erfolg

In Wiesbadens feinstem Carré zwischen Kurhaus und Theaterkolonnaden zogen die bunten Demonstranten auf zur ersten Gastspiel-Vorstellung der Staatsoper von Kiew bei den Maifestspielen, machten einen lustigen Lärm auf allerlei Musikinstrumenten und entrollten ihre Transparente. *Aha, dachte man,* „Russki go home" wird draufstehen, jetzt nach Tschernobyl, oder irgendwelche Warnungen vor verstrahlten Bühnenbildern, Proteste auch gegen deutsche KKWs. *Nichts da: Es wurde nach* Geld für Wiesbadens alternative Kultur gerufen angesichts der luxuriösen Maifestspiele, für Free Jazz und Kulturfabrik. Die haben Sorgen!

Sorgen hatte die Staatsoper Kiew. Denn als sie mit ihren Kulissencon*tainern reinwollte in die Bundesrepu*blik, da machte der Grenzschutz ein bedenkliches Gesicht und forderte großes Gerät zur Feststellung der radioaktiven Strahlung an, ließ den ganzen Theaterzauber decontaminieren, ehe der Konvoi aus dem Bannkreis des Katastrophengebiets passieren durfte. In Ludwigshafen, dem ersten Gastspielort der Ukrainer, dasselbe noch einmal, so daß sich Wiesbadens Festspielchef Christoph Groszer ganz sicher war: „Hier strahlt nur noch der Erfolg!"

Mit dem strahlenden Erfolg für Nikolai Rimskij-Korssakows Oper „Die Zarenbraut" war das freilich so eine Sache. *Dabei hatten die Ukrainer* sichtbar eine ihrer jüngsten und aufwendigsten Produktionen dabei: Die Bühnenbilder (Wjatscheslaw Okunjew) und die Kostüme (Irina Press) *leuchteten in grellen bunten Farben:* nichts mehr von der verstaubten, rissigen, angeschlissenen Ausstattung, mit der sowjetische Bühnen vor ein paar Jahren noch herumreisten.

Aber die neuen Kulissen sind abermals aus dem alten Geist entstanden, nach dem russische Opern in erster Linie pittoreske Folkloreveranstaltungen sind. Man mag diesen mit so viel Arbeit und so wenig Stil angefertigten Plunder nicht mehr sehen auf der Bühne. Wenn schon solche Ausstattungen, dann müssen sie doch wenigstens etwas von der gebrochenen Eleganz eines Leon Bakst haben.

Die Inszenierung (Irina Molostowa) ist *keinen Deut anders als die* Ausstattung: hohle Gesten, krumme Posen, seltsam dräuende Meiningerei von Guten und Bösen, die einem mit ihren sehr russisch timbrierten Stimmen und ihrem *altfränkischen* Gesangsstil seltsam fern bleiben. Da liest man zwar im Programm, „Die Zarenbraut" sei „ein historisches Alltagsdrama, dessen Grundidee die Tragödie der Frau im alten Rußland darstellt", aber von der Herausarbeitung selbst eines solchen minimalen Interpretationsansatzes war die Regie noch meilenweit entfernt. Die Bühne ist nur ein Schau-Kasten, für das Drama ganz ohne Bedeutung.

Nun mag es für den Zuschauer *im* Westen ohnehin nicht so entscheidend sein, wie eine Braut Iwans des Schrecklichen mit allen möglichen Gifttränken eifersüchtiger Rivalen und *Rivalinnen* (die sich zum Schluß gegenseitig meucheln) in den Wahnsinn getrieben wird, hier spitzt man sich doch eher auf Rimskij-Korssakows selten zu hörende Musik, die mit ihrer schillernden Orchesterpalette in Sachen der Instrumentation mit das Gekonnteste ist, was jemals komponiert wurde. Das mag eine für 3½ Stunden Oper nicht ganz ausreichende Qualität sein, und in der Tat zieht sich die Aufführung unter dem *Dirigenten Stefan Turtschak ziemlich* träge dahin. Das aber liegt wohl auch daran, daß er dieses nervöse und geheimnisvoll irisierende Klingen von Rimskijs Musik einfach nicht hört, sondern tumb darüberpinselt.

REINHARD BEUTH

Heute eine weitere Aufführung; Karteninfo: 0 61 21 / 13 23 25

JOURNAL

Das Werk von Karl Kraus künftig bei Suhrkamp

dpa, **Wien**

Der Suhrkamp Verlag, Frankfurt, hat vom Kösel Verlag, München, alle Rechte am Werk von Karl *Kraus übernommen. Einen entspre*chenden Vertrag haben die beiden Unternehmen jetzt unterzeichnet, wie im Rahmen des Karl-Kraus-Symposions bekanntgegeben wurde, *das zur Zeit in Wien stattfindet.* Bereits zum 50. Todestag am 12. Juni sollen die ersten beiden Bände einer zwölfbändigen Taschenbuchausgabe vorliegen, die der Suhrkamp Verlag bis Ende 1988 herausbringen will. Danach ist an eine ausführlich kommentierte Ausgabe gedacht, die zusammen mit dem Wiener Löcker Verlag erarbeitet werden soll.

Sutherland und Pavarotti in die Hollywood Bowl

DW. **Los Angeles**

André Previn führt als neuer Chefdirigent des Los Angeles Philharmonic Orchestra auch *die Liste* der Dirigenten für die Sommerkonzerte in der Hollywood Bowl an und wird u. a. Aufführungen von Beethovens Neunter dirigieren. Das Israel Philharmonic Orchestra gastiert unter der Leitung von Zubin Mehta. Einer der Höhepunkte unter den 40 Konzerten, die Klassik und Jazz umfassen, wird das Auftreten von Joan Sutherland und Luciano Pavarotti in einem Benefizkonzert mit Arien und Duetten aus Opern *Donizettis* und Verdis sein.

Kölner Schauspiel plant 13 Neuinszenierungen

lnw, **Köln**

Das Kölner Schauspiel hat für die kommende Spielzeit 13 Neuinszenierungen geplant. Der Spielplan reicht von Molières „Tartuffe" und Lessings „Emilia Galotti" bis zu insgesamt sechs Theaterstücken, die nach 1980 entstanden sind, wie Intendant Klaus Pierwoß jetzt bekanntgab. Horst Siede wird zu Beginn der Saison Stefan Dähnerts Bundeswehr-Stück „Herbstball" als Uraufführung auf die Bühne bringen. Ebenso realisiert er Else Lasker-Schülers seit 1932 nur zweimal inszeniertes Werk „Arthur Aronymus und seine Väter". Vorgesehen sind u. a. noch die deutsche Erstaufführung von „Cabale" des französischen Autors Enzo Cormann sowie die selten gespielten Strindberg-Einakter „Gläubiger" und „Die Stärkere".

„Mozart zum Anfassen" für Touristen

dpa, **Salzburg**

Das Mozart-Wohnhaus soll 1991 *zum 200. Todestag* des berühmtesten Salzburgers originalgetreu wiedererstehen. Das jedenfalls haben sich die Stadtväter vorgenommen, um in Erinnerung an den Komponisten Wolfgang Amadeus Mozart (1756–1791) eine neue Touristenattraktion zu schaffen. 1944 durch eine Bombe halb zerstört, soll das sogenannte Tanzmeisterhaus nach dem Wiederaufbau eine Audiothek, eine Schau „Mozart zum Anfassen" und einen kleinen Konzertsaal enthalten.

Drittes „Literaturbüro" in Gladbeck eröffnet

dpa, **Gladbeck**

Die Literaturschaffenden im Ruhrgebiet haben jetzt erstmals eine offizielle Anlaufstelle, über die sie Betreuung bei ihrer Arbeit und Kontakte zu Kollegen, Verlagen und literarischen Aktionen finden. In der Stadt Gladbeck im Norden des Reviers wurde das „Literaturbüro Ruhrgebiet", nach Düsseldorf und Unna die dritte Einrichtung dieser Art in Nordrhein-Westfalen, eröffnet. Es soll eine Infrastruktur schaffen, die dauerhaft den Schriftstellern und Nachwuchsautoren der Region bei der Arbeit zur Seite steht und der Literatur im Revier einen angemessenen Platz in der Kulturszene einräumt.

Robert Altman inszeniert „The Rake's Progress"

AFP, **Lille**

Der amerikanische Filmregisseur Robert Altman („M.a.s.h." und „Nashville") inszeniert an der Oper der nordfranzösischen Stadt Lille „The Rake's Progress" von Igor Strawinski. *Die 1951 komponierte* Oper wird insgesamt fünfmal zwischen dem 23. und dem 31. Mai aufgeführt. Vor vier Jahren hatte er das Werk bereits in den USA zum *100. Geburtstag Strawinskis* mit Studenten der Musikhochschule von Michigan aufgeführt.

Richard-Bampi-Preis für 1987 ausgeschrieben

DW. **Neuss**

Den Richard-Bampi-Preis zur Förderung künstlerisch begabter Keramiker hat die Gesellschaft der Keramikfreunde (Albert-Schatz-Str. 1, 4040 Neuss 22) für 1987 ausgeschrieben. Bewerben können sich Töpfer der Jahrgänge 1957 und jünger. Die Preissumme beträgt 28 000 Mark. Die Jurierung findet in der Fachhochschule Fulda statt.

Auch heute noch sind Scheintote zu beklagen

Stuttgart besorgt über „fehlerhafte Leichenschauen"

HARALD GÜNTER, Stuttgart

Eine 33 Jahre alte Frau erliegt in Konstanz einer Tablettenvergiftung. Der Notarzt, der das festgestellt hat, füllt den Totenschein aus. Aber die Leiche atmet noch. Ein Polizist sieht es, die Frau kommt ins Krankenbett statt in den Sarg. Und lebt weiter.

Das war im September 1985. Ein Jahr zuvor, ebenfalls in Baden-Württemberg, unterläuft einem Kollegen des Notfallmediziners dieselbe Fehldiagnose. Der Arzt erklärt einen Patienten für tot, glaubt jedoch an Mord oder Selbstmord und alarmiert die Kripo. Die freilich entdeckt an der Leiche keine Hinweise auf Fremdeinwirkung, sondern Lebenszeichen.

Zwei krasse Fälle von ärztlichen Kunstfehlern am Totenbett. Aber es sind keine Einzelfälle. Allein in Baden-Württemberg sollen in den letzten beiden Jahrzehnten rund ein Dutzend Scheintote wiederbelebt worden sein. Das Stuttgarter Innenministerium, das 1980 mit der statistischen Erfassung von „fehlerhaften Leichenschauen" begonnen hat, registrierte seit Mitte 1984 vierteljährlich jeweils einen solchen Fall. Das mag wenig sein angesichts von durchschnittlich 90 000 Toten im Jahr. „Aber jede einzelne ist eine zuviel", sagt Landeskriminaldirektor Heinz Hertlein gegenüber der WELT. Die Vorstellung, es könnte am Ende jemand lebendig begraben werden, gibt ihm recht.

Das sind aber nicht die einzigen möglichen Schnitzer. In der ersten Hälfte dieses Jahrzehnts kam es im Land nach polizeilichen Erkenntnissen zu insgesamt 150 Fehlern bei der ärztlichen Leichenschau. Da stellte beispielsweise ein Hausarzt bei seinem verstorbenen Patienten als Todesursache Herzversagen fest. Später erkannte die Polizei, von mißtrauischen Angehörigen alamiert, daß der Mann erwürgt worden war. Als Mörder wurde der Enkel des Toten ermittelt.

Solche und ähnliche Pannen, bei denen Ärzte einen unnatürlichen Todesfall nicht erkannt hatten, passierten im letzten Halbjahr 1985 im Südwesten nachweislich dreimal, seit 1980 waren es gut drei Dutzend Fälle. Ebenfalls ein häufig vorkommender Fehler: Bei attestierten Morden, Selbstmorden und Unfällen wird die Polizei zu spät oder gar nicht informiert.

Des Übels Wurzel liegt im geltenden Bestattungsgesetz vergraben. Bis 1970 waren in Baden-Württemberg zur Leichenschau nur amtlich bestellte Leichenbeschauer zugelassen. Seitdem kann jeder niedergelassene Arzt, also auch Augen- oder HNO-Fachärzte Todesscheine ausstellen. Die Fehler, die sich dabei aus Mangel an Erfahrung und Qualifikation einschleichen, konnten bis heute, entgegen den Beteuerungen der Standesvertreter, nicht ausgemerzt werden. „Eine Reform des Bestattungsgesetzes", erklärte Innenminister Dietmar Schlee (CDU) im Gespräch mit der WELT, „ist überfällig".

LEUTE HEUTE

Nicht schwanger

Sichtbar genervt erklärte der Sprecher des Buckingham-Palastes gestern: „Die Prinzessin hat mich autorisiert zu sagen, daß sie nicht schwanger ist." Am Dienstag hatte das Boulevard-Blatt „Today" trotz aller Dementis berichtet, Prinzessin **Diana** erwarte im November ihr drittes Kind. Die Spekulationen rankten sich um eine kurze Ohnmacht der Gattin von Prinz **Charles** beim Besuch der „Expo '86" in Vancouver. Gestern kehrte das königliche Paar nach der zweiwöchigen Reise durch Kanada und Japan nach England zurück. Die Prinzessin lächelte freundlich und ließ sich nicht anmerken, daß sie von all den Gerüchten um eine Schwangerschaft „die Nase voll" habe, wie es in Tokio hieß.

Stellt er sich?

„Ich werde mich stellen", soll Star-Regisseur **Roman Polanski** einer englischen Boulevard-Zeitung verraten haben. Der 52jährige wird in den Vereinigten Staaten der Unzucht mit einer 13jährigen beschuldigt. Seit acht Jahren ist er auf der Flucht vor der amerikanischen Staatsanwaltschaft und lebt in Frankreich. Die Vorliebe des gebürtigen Polen für junge Mädchen sind allgemein bekannt. Zu seinen Gespielinnen gehörte auch die damals noch blutjunge **Nastassja Kinski**, Tochter von **Klaus Kinski**.

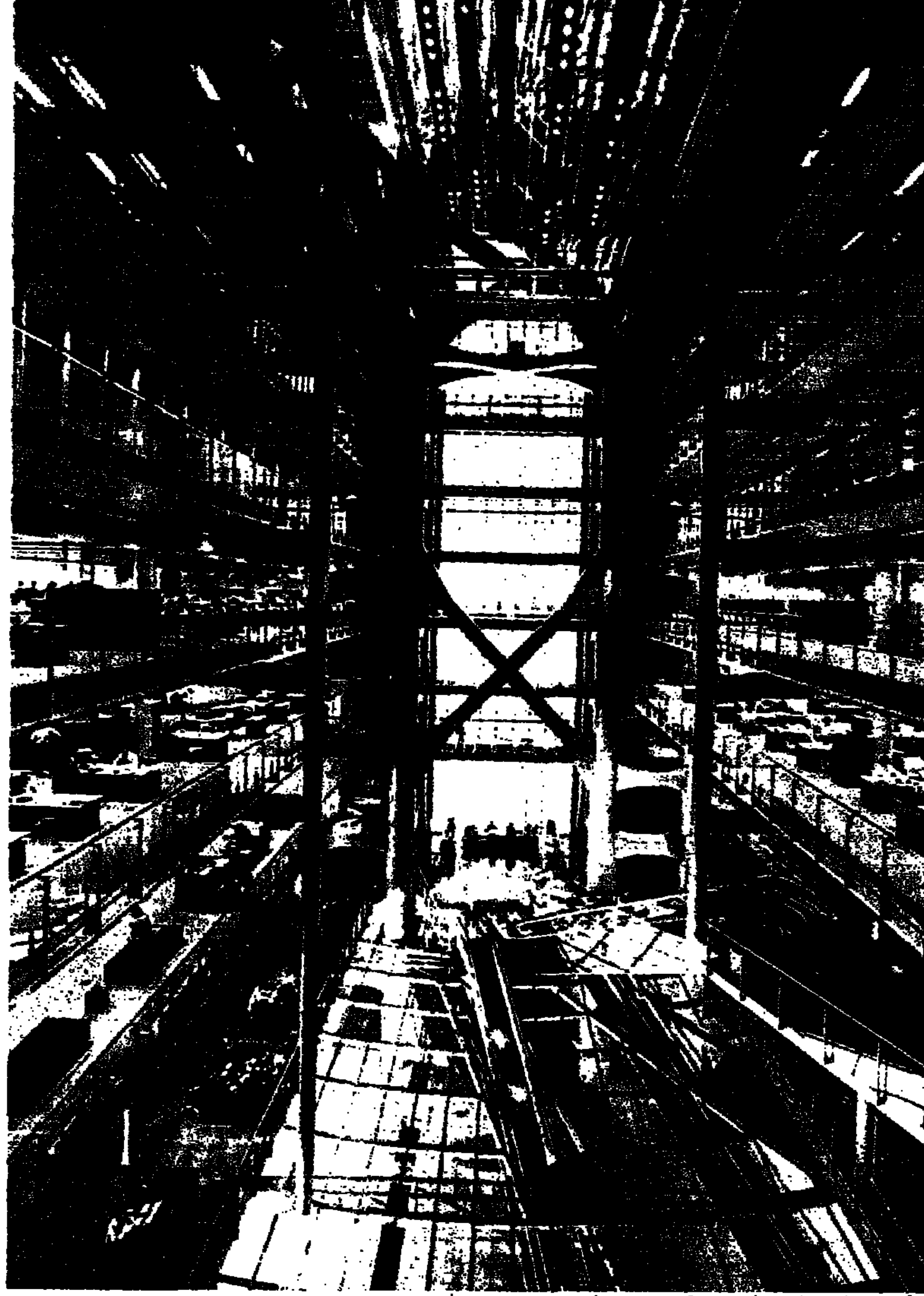
Die Finanzmetropole Hongkong hat eine neue Attraktion – ein Bankgebäude aus Stahl und Glas

Lichte Kathedrale des Geldes

„Bauen Sie das schönste Bankgebäude der Welt", lautete der Auftrag, den die Manager der Hongkong & Shanghai Banking Corporation, eines der größten Geldinstitute der Welt, dem britischen Architekten Norman Foster, gaben. Das war 1979. Foster ging ans Werk, und was da auf dem Reißbrett, gestützt durch Computer- und Windkanal-Analysen, entstand, war ein genialer Entwurf. Genial, aber nicht abgehoben von der Realität des Bankgeschäfts. Jetzt, nach fünfjähriger Bauzeit, erhebt sich mitten in der verkehrsumtosten City der südostasiatischen Finanz-Metropole, an Queen's Road und Des Voeux Road, eine imponierende Dominante aus Stahl und Glas.

Raum ist rar in der britischen Kronkolonie, eine Expansion nur vertikal möglich, die Richtung also vorgegeben. Das Resultat ist ein schmal wirkender Wolkenkratzer, dessen 52 Stockwerke sich 200 Meter hoch in den Himmel recken. Der Bau ist eine architektonische Meisterleistung ersten Ranges. Die Konstruktion gemahnt an Hängebrükken: Acht gigantische Masten, vier auf jeder Seite, zusammengesetzt aus hohlen Stahlsäulen, strecken sich vom felsigen Untergrund bis zur Spitze des Gebäudes in 200 Meter Höhe. Zwischen den Masten sind in einen gespannten Stahlrahmen die 139 Module eingehängt, die den Körper des Riesen bilden.

Stahl, mit Aluminium ummantelt, und Glas bestimmen das Bild der Bank, außen wie innen, wo das Atrium sich dem staunenden Blick öffnet. Nahezu 60 Meter ist es hoch, und die mit 25 Metern längsten freitragenden Rolltreppen der Welt bringen die Kunden durch ein mit dünnen Stahlfäden verstrebtes Glasgewölbe, das die klimatisierte Innenwelt der Bank vom lärmenden Getriebe der Welt draußen trennt, zu den Schalterhallen in der dritten Etage. An beiden Seiten des Atriums reihen sich Schalter aus schwarzschimmerndem Marmor an Schalter. Nichts versperrt den Blick durch die verglaste Außenhaut. Und ein Spiegelsystem lenkt Tageslicht auch in den letzten Winkel dieser Kathedrale des großen Geldes. R. Z.



Durch ein Spiegelsystem an der Decke wird Tageslicht eingefangen und in die Tiefe des Schalterbereichs geworfen. Rolltreppen „durchschneiden" das gläserne Zwischengewölbe des Atriums FOTO: WATT/CAMERA PRESS

Gute Aussichten auf sonnige Pfingsttage

dpa, Hamburg

Die diesmal milden Eisheiligen verabschieden sich heute zum Tag der Kalten Sophie mit Regenschauern, doch dann eröffnen sich nach einhelliger Meinung der Meteorologen vor allem für Süddeutschland die sonnigsten Pfingstaussichten. Bis zum Samstag sollen die Temperaturen in weiten Gebieten bis auf 25 Gad gestiegen sein. Nur der Norden muß bei Temperaturen unter 20 Grad noch bis Pfingstmontag warten, ehe sich die dunklen Regenwolken von der Nordseeküste verzogen haben.

Der Pfingstreiseverkehr wird schon am Freitag nachmittag einsetzen und gegen Abend einen ersten Höhepunkt erreichen. Verkehrsspitzen auf den Fernstraßen werden auch am Samstag morgen und am Montag nachmittag erwartet. Belastet sind voraussichtlich die Strecken Karlsruhe–Basel, Stuttgart–München, München–Salzburg, Köln–Frankfurt–Würzburg, Kassel–Frankfurt, Kassel–Fulda–Würzburg.

Immer noch Blindgänger

hs. Hamburg

Noch immer werden in erheblichem Umfang Bomben aus dem letzten Krieg geborgen – im vergangenen Jahr waren es allein 3000 Blindgänger und 900 Tonnen andere Munition. Diese Angaben machte der Hamburger Bausenator Eugen Wagner (SPD) gestern bei der Eröffnung einer Fachtagung von Leitern der Kampfmittelräumdienste aus dem gesamten Bundesgebiet. Durch die Auswertung von 2,5 Millionen britischen Luftbildern aus dem Zweiten Weltkrieg wurden allein in Niedersachsen 23 Bomben entdeckt.

Weniger Verkehrslärm

dpa, Bonn

Neue Straßenbeläge, die den Verkehrslärm auf die Hälfte reduzieren könnten, werden gegenwärtig vom Bundesverkehrsministerium in einem mehrjährigen Test geprüft. Wie ein Sprecher gestern mitteilte, ist ein erster Versuch bei der Ortsumgehung Dormagen auf der Bundesstraße 9 begonnen worden.

1985 war ein Hageljahr

dpa, Köln

Der Hageltag des Jahrhunderts war der 12. Juli 1984, als ein Hagelsturm in München großen Schäden anrichtete. Doch 1985 war nach einem Geschäftsbericht der Kölnischen Hagel-Versicherungs-AG mit 61 Hageltagen das Hageljahr des Jahrhunderts. Die Schäden waren mit 2127 gemeldeten Fällen dreimal so hoch wie 1984.

Tod auf der Kegelbahn

dpa, Bad Bramstedt

Durch den sogenannten Schlitten einer automatischen Kegelbahn ist in der Nacht zum Mittwoch ein 30jähriger Mann in einem Hotel in Bad Bramstedt getötet worden. Er hatte versucht, einen abgerissenen Kegel anzuknoten und geriet dabei mit dem Hals in die automatische Anlage. Als der Schlitten zurückfuhr, brach dem Mann das Genick.

Wieder Busunglück

AFP, Johannesburg

Bei einem zweiten schweren Busunglück innerhalb von zwei Tagen sind im südafrikanischen Homeland Transkei am Dienstag 31 Schulkinder ums Leben gekommen. 145 Kinder wurden schwer verletzt. Der Bus hatte sich überschlagen.

Einem Teil unserer heutigen Ausgabe liegt ein Prospekt der Grundig-Elektrogeräte-GmbH, Fürth, bei.

ZU GUTER LETZT

Verunsicherte Verbraucher stellen nach dem Reaktorunglück immer häufiger die Frage, „ob die Eier auch von eingesperrten Hühnern stammen". Nach den massiven Protesten der Tierschützer gegen die Legehennenhaltung in Batterien müßte die Devise der Tierschützer jetzt eigentlich „Hühner rein" lauten, meint Eberhard von Schrötter von der Bundesvereinigung des Eier-, Wild- und Geflügel-Groß- und Außenhandels.

WETTER: Sonnig, teils bedeckt

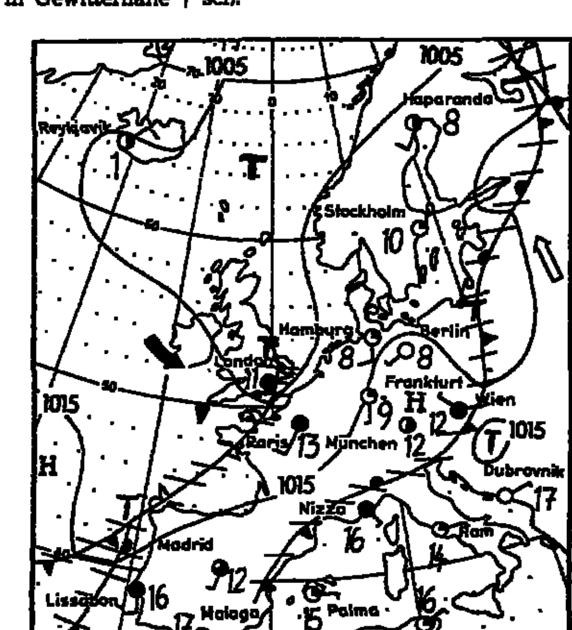
Lage: Auf der Rückseite eines Tiefausläufers über den östlichen Landesteilen fließt weiterhin feuchte Meeresluft mit Zwischenhocheinfluß nach Deutschland.

Vorhersage für Donnerstag: Zunächst aufgelockerte, im Tagesverlauf von West nach Ost zunehmende Bewölkung und Durchzug eines Regengebietes. Temperaturen um 17 Grad, nachts 8 bis 10 Grad. Schwacher bis mäßiger, in Gewitternähe zeitweise böig auffrischender Wind aus südwestlichen Richtungen.

Weitere Aussichten: Übergang zu wechselnder Bewölkung und einzelne Schauer, im weiteren Verlauf von Westen zunehmend freundlicher und wärmer.

Sonnenaufgang am Freitag: 5.30 Uhr*, Untergang: 21.07 Uhr; **Mondaufgang:** 11.24 Uhr, Untergang: 2.56 Uhr (* in MESZ, zentraler Ort Kassel).

Vorhersagekarte für den 15. Mai, 8 Uhr



Temperaturen in Grad Celsius und Wetter vom Mittwoch, 14 Uhr (MESZ):

Deutschland:		
Berlin	14	Sp
Bielefeld	15	bw
Braunlage	11	bd
Bremen	12	R
Dortmund	11	R
Dresden	21	bw
Düsseldorf	15	bw
Erfurt	15	Rs
Essen	13	bw
Feldberg/S.	8	bw
Flensburg	13	bw
Frankfurt/M.	15	bw
Freiburg	17	R
Garmisch	20	bw
Greifswald	21	bw
Hamburg	13	bd
Hannover	13	bd
Kahler Asten	8	Rs
Kassel	13	bd
Kempten	18	bw
Kiel	13	Rs
Koblenz	15	bd
Köln-Bonn	14	bw
Konstanz	18	bw
Leipzig	20	bd
List/Sylt	12	he
Lübeck	13	R
Mannheim	16	R
München	21	bw
Münster	14	bw
Norderney	13	bw
Nürnberg	17	Rs
Oberstdorf	19	bw
Passau	23	he
Saarbrücken	12	bw
Stuttgart	16	Rs
Trier	14	bw
Zugspitze	3	bw
Ausland:		
Algier	23	he
Amsterdam	14	he
Athen	22	he
Barcelona	20	he
Belgrad	23	he
Bordeaux	14	bw
Bozen	26	bw
Brüssel	15	he
Budapest	25	he
Bukarest	18	bw
Casablanca	20	bw
Dublin	7	R
Dubrovnik	23	he
Edinburgh	10	he
Faro	21	he
Florenz	26	he
Genf	16	bd
Helsinki	13	bw
Hongkong	30	bw
Innsbruck	25	he
Istanbul	19	he
Kairo	23	he
Klagenfurt	24	he
Konstanza	20	he
Kopenhagen	10	R
Korfu	23	he
Las Palmas	20	he
Leningrad	17	Rs
Lissabon	17	he
Locarno	19	bw
London	15	he
Los Angeles	14	bd
Luxemburg	13	he
Madrid	20	bw
Mailand	24	he
Malaga	26	he
Mallorca	25	he
Moskau	15	bw
Neapel	24	he
New York	13	he
Nizza	20	he
Oslo	12	he
Ostende	14	he
Palermo	23	he
Paris	15	bw
Peking	28	he
Prag	19	bw
Rhodos	21	he
Rom	23	he
Salzburg	26	he
Singapur	27	bw
Split	24	he
Stockholm	14	he
Straßburg	15	bw
Tel Aviv	21	he
Tokio	20	Rs
Tunis	26	he
Valencia	23	bw
Varna	19	bw
Venedig	24	he
Warschau	23	he
Wien	25	he
Zürich	16	bw

bd = bedeckt; bw = bewölkt; Gr = Graupel; Gw = Gewitter; he = heiter; IW = in Wolken; Ne = Nebel; R = Regen; Rs = Regenschauer; S = Schneefall u. Schneeschauer; Sp = Sprühregen; Sr = Schneeregen; wl = wolkenlos; – = keine Angabe

Alle Zweifel an der Echtheit widerlegt

Vollständige Ausgabe des Tagebuchs der Anne Frank / Schriftvergleiche und Papieranalysen

HELMUT HETZEL, Amsterdam

„Man schrieb den 16. August 1933. In das Amsterdamer Bevölkerungsregister wurde der Name: Frank, Otto Heinrich, letzter Wohnsitz: Frankfurt am Main" aufgenommen. Mit diesem Satz beginnt die Neuausgabe des inzwischen weltberühmten und in 56 Sprachen übersetzten Tagebuches der Anne Frank. Eine Neuausgabe, die, so der Leiter des Amsterdamer Reichsinstituts für Kriegsdokumentation, Haary Paape, „leider notwendig war, weil die Echtheit des Tagebuches in der Vergangenheit wiederholt von rechtsradikalen Organisationen und Neonazis angezweifelt worden war".

Die nun nach vierjähriger Forschungsarbeit von einem Wissenschaftlerteam zusammengestellte Neufassung des Tagebuches erzählt nicht nur umfassend und vollständig die gesamte Geschichte der Familie Frank in den Kriegsjahren, sondern sie belegt in einem Extra-Kapitel durch Schriftvergleiche und Papieranalysen unwiderlegbar die Echtheit der von Anne Frank in ein Poesie-Album und eine Buchkladde zwischen 1942 und 1944 aufgeschriebenen Tagebücher. Buchstabe für Buchstabe der Handschrift von Anne Frank aus dem Tagebuch werden mit anderen Schriften von ihr verglichen, das Schriftbild graphologisch analysiert. Papierproben der Tagebücher wurden wiederholt angestellt. Die Expertisen sind auf den Seiten 99 bis 193 nachzulesen. Faksimile-Wiedergaben der Originalhandschrift und zahlreiches dokumentarisches Bildmaterial belegen die Analysen der Wissenschaftler.

Dann, ab Seite 195, folgt die vollständige Wiedergabe des Tagebuches in drei Teilen. 1.: Der ursprünglich



Anne Frank

von Anne Frank niedergeschriebene Tagebuchtext. 2.: Der von Anne Frank selbst redigierte Text dieser ersten Originalfassung und 3.: Der in der ersten Ausgabe von Anne Franks Vater unter dem Titel „Het Achterhuis" 1947 in Holland publizierte und gekürzte Text der Tagebücher.

Der Leser hat so die einmalige Möglichkeit, die verschiedenen Fassungen zu vergleichen. Mit in die 714seitige Neuausgabe aufgenommen wurden außerdem bisher unveröffentlichte Aufzeichnungen der Anne Frank, wie etwa der von ihr erlebte und beschriebene körperliche Wandel vom Mädchen zur Frau – Anne Frank war gerade 13 Jahre alt, als sie 1942 mit den Tagebuchaufzeichnungen begann – und zahlreiche andere, die Intimsphäre der Familie betreffende und von Anne detailgetreu beschriebenen Einzelheiten. Lediglich einige Namen von noch lebenden Personen wurden nach Angaben des Wissenschaftlerteams nicht veröffentlicht. Mit dieser Publikation, so der Historiker Haary Paape weiter, könne nun jedweder Zweifel an der Authentizität der Tagebücher wissenschaftlich widerlegt werden.

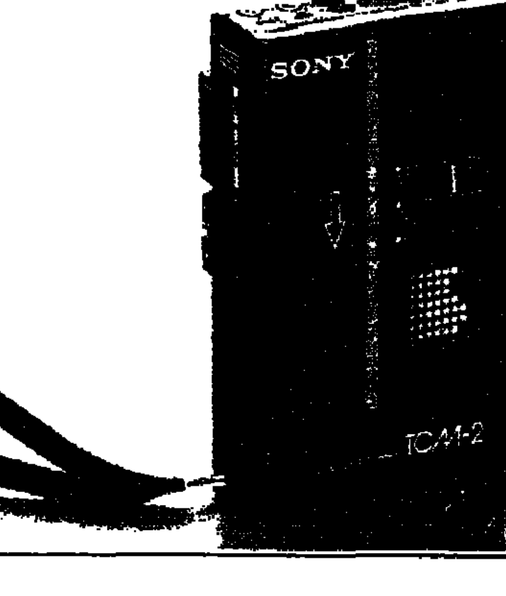
„Nun noch etwas anderes", schrieb die damals 15jährige Anne Frank am 11. Mai 1944 in ihr als „Briefe an Kitty" aufgebautes Tagebuch, „Du kennst seit langem meinen Lieblingswunsch, einmal Journalistin und später eine berühmte Schriftstellerin zu werden. Ob diese Neigung zum Größenwahn (oder Wahnsinn) jemals Wirklichkeit werden wird, muß sich noch zeigen, aber Themen habe ich bis jetzt reichlich. Nach dem Krieg will ich auf jeden Fall ein Buch herausgeben."

Annes Traum wurde Wirklichkeit, ihr Buch ist jetzt zum zweiten Mal – bereits die erste Ausgabe fand rund 16 Millionen Leser – und nunmehr vollständig erschienen. Nur mußte das junge jüdische Mädchen dafür einen allzu hohen Preis bezahlen.

Unser Dankeschön für Sie wenn Sie für die WELT einen neuen Abonnenten gewinnen

DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND
Der neue Abonnent kann den Auftrag innerhalb von 10 Tagen (rechtzeitige Absendung genügt) schriftlich widerrufen bei: DIE WELT, Vertrieb, Postfach 30 58 30, 2000 Hamburg 36.

Sprechen Sie mit Ihren Freunden und Bekannten, Nachbarn und Kollegen über die WELT, über ihre Aktualität, ihre Vielseitigkeit, ihre weltweite Sicht. Sicher werden Sie den einen oder anderen für die WELT gewinnen.



Cassetten-Recorder/Diktiergerät

Modell Sony TCM-2.
Handlicher Monorecorder für Aufnahme und Wiedergabe.
Aufnahmesystem: 2-Spur, 1 Kanal Mono.
Automatische Aufnahme-Aussteuerung und Bandendabschaltung. Sofort-Review-Funktion. Sofort-Schnitt-Funktion. Cue/Review-Funktion. Integriertes ECM-Mikrofon. 3stelliges Bandzählwerk. Lautsprecher Durchmesser 4,5 cm. Frequenzgang 150–8000 Hz. Ausgangsleistung 300 mW. Anschluß-Möglichkeit für Netzteil AC-D 22 oder Autoadapter DCC-70. Maße 8,5 x 13,2 x 3,1 cm.

An: DIE WELT, Vertrieb, Postfach 30 58 30, 2000 Hamburg 36

Prämien-Gutschein

Ich bin der Vermittler.
Ich habe einen neuen WELT-Abonnenten gewonnen (siehe nebenstehenden Bestellschein).
Als Belohnung dafür wünsche ich
den **Cassetten-Recorder**

Vorname/Name: ____________
Straße/Nr.: ____________
PLZ/Ort: ____________
Vorw./Tel.: ____________ Datum: ____________

Der neue Abonnent gehört nicht zu meinem Haushalt.
Die Dankeschön-Prämie steht mir zu, wenn das erste Bezugsgeld für das neue Abonnement beim Verlag eingegangen ist.

Unterschrift des Vermittlers: ____________

Bestellschein

Ich bin der neue WELT-Abonnent. Bitte liefern Sie mir die WELT mindestens 12 Monate ins Haus. Der günstige Abonnementspreis beträgt im Inland monatlich DM 27,10, anteilige Versandkosten und Mehrwertsteuer eingeschlossen. Die Abonnements-Bedingungen ergeben sich aus dem Impressum der WELT. Ich war während des letzten halben Jahres nicht Abonnent der WELT.

Vorname/Name: ____________
Straße/Nr.: ____________
PLZ/Ort: ____________
Vorw./Tel.: ____________ Datum: ____________

Unterschrift des neuen Abonnenten: ____________
Ich habe das Recht, diese Bestellung innerhalb von 10 Tagen (rechtzeitige Absendung genügt) schriftlich zu widerrufen bei: DIE WELT, Vertrieb, Postfach 30 58 30, 2000 Hamburg 36.

Unterschrift des neuen Abonnenten: ____________

01-572